



universität  
wien

# MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

Die westungarische Frage.  
Das Ringen um einen schmalen Landstrich  
im Spiegel der Presse 1918 – 1921

verfasst von / submitted by

Mag. Dr. Stefan Horvath, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of  
Master of Arts (MA)

Wien, 2020 / Vienna 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt /  
degree programme code as it appears on  
the student record sheet:

A 066 803

Studienrichtung lt. Studienblatt /  
degree programme as it appears on  
the student record sheet:

Masterstudium Geschichte

Betreut von / Supervisor:

o.Univ.-Prof. Dr. Peter Becker

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung .....	4
2. Forschungsstand, zentrale Konzepte, Begriffe .....	7
2.1 Forschungsstand .....	7
2.2 Zentrale Konzepte .....	9
2.3 Begriffe .....	10
2.4 Identität und Selbstverständnis .....	18
3. Methode .....	19
4. Quellenkorpus .....	20
4.1 Reichspost .....	20
4.2 Arbeiter-Zeitung .....	21
4.3 Deutsches Volksblatt .....	21
4.4 Neue Freie Presse .....	22
4.5 Pester Lloyd .....	22
5. Nationales Selbstverständnis .....	24
5.1 Ungarischer Nationalismus .....	24
5.1.1 Ungarische Volksrepublik .....	27
5.1.2 Revolutionäres Ungarn .....	32
5.1.3 „Christlich-nationales“ Ungarn .....	37
5.2 Österreichisches Nationalbewusstsein .....	38
5.2.1 Die Frage der Grenzen .....	41
5.2.2 Ernährungssituation .....	44
6. Autonomie für Deutsch-Westungarn? .....	46
7. Saint Germain-en-Laye .....	54
7.1 Friedensberatungen .....	54
7.2 Selbstbestimmungsrecht für Westungarn? .....	56
7.3 Der Friedensvertrag .....	59
8. Mobilisierung für und gegen die Durchführung des Friedensvertrages .....	64
8.1 Auswirkungen des Vertrages .....	64
8.2 Ungarischer Widerstand .....	65
8.3 Ungarische Verhandlungsvorschläge .....	76
9. Der Friede von Trianon .....	80
9.1 Ungarische Friedensmission .....	80
9.2 Friedensbedingungen .....	81
9.3 Der Friedensvertrag .....	83
9.4 Ungarische Revisionsbestrebungen .....	86
10. Vorbereitungen für die Übergabe des Burgenlandes .....	91
10.1 Modalitäten der Übergabe .....	91
10.2 Auffassungsunterschiede .....	94
10.3 Verhandlungsversuche .....	97
11. Erster Übernahmeversuch .....	100
11.1 Ungarische Widerstandssignale .....	100

11.2	Gewaltsame Verhinderung .....	105
11.3	Putschgerüchte .....	110
12.	Schlüsselzone Ödenburg .....	112
12.1	Ultimatum an Ungarn .....	112
12.2	Wer hat die Macht in Westungarn? .....	114
12.3	Vermittlungsangebot .....	116
12.4	Abstimmungsvorbereitungen .....	120
12.5	Besitznahme des Burgenlandes .....	122
12.6	Die Abstimmung .....	123
13.	Analyse .....	129
13.1	Veränderungen im westungarischen Diskurs .....	129
13.1.1	Allgemeines .....	129
13.1.2	Ungarische Volksrepublik .....	130
13.1.3	Ungarische Räterepublik .....	134
13.1.4	„Christlich-nationale“ Periode .....	137
13.1.5	Schlussfolgerunen .....	141
13.2	Textanalyse: Nation und Nationalismus .....	146
13.2.1	Deutschösterreich .....	146
13.2.2	Ungarn .....	149
13.3	Zusammenfassung .....	154
14.	Literatur- und Quellenverzeichnis .....	164
15.	Abstract .....	169

*In einem von Kräften durchflossenen Gemeinwesen führt jeder Weg an ein gutes Ziel, wenn man nicht zaudert und überlegt.<sup>1</sup>*

## **1. Einleitung**

Die Ereignisse, die im Folgenden einer näheren Untersuchung unterzogen werden sollen, liegen ein Jahrhundert zurück. Dennoch ist es wert, sich ihrer aus dem Blickwinkel der Gegenwart neuerlich zu erinnern. Hundert Jahre sollten genügen, um frei von jeglichem Vorurteil über die damaligen Vorgänge im Zusammenhang mit dem Anschluss des Burgenlandes an Österreich urteilen zu können. Doch bei der Deutung der Vergangenheit entstanden und entstehen bei ein und demselben Ereignis nicht selten unterschiedliche Geschichtsbilder, die oft ziemlich genau entlang ideologischer Trennlinien verlaufen. Es ist unleugbar, dass jede Vergangenheit ihre eigene Gegenwart hat. Und es sollte klar sein, dass historische Realität stets mit Widersprüchlichkeit und Ambivalenz behaftet ist. Denn nur „selten geht es um ein Entweder-Oder, meist um ein Sowohl-Als-auch“.<sup>2</sup>

Das Auseinanderbrechen des Habsburgerreiches mit dem Ende des Ersten Weltkrieges wird in der älteren Forschung als Endpunkt des Konfliktes zwischen den nationalen Gruppen im multinationalen Reich verstanden. Nicht zuletzt sei dieser Auflösungsprozess darauf zurückzuführen, „dass das Reich unfähig war, das Nationalitätenproblem zu lösen, unfähig, sich überfalligen sozialen Änderungen anzupassen, und sich in einen Krieg stürzte, dessen Ausgang [...] schlimmere Folgen für die Habsburgermonarchie mit sich bringen musste, als ein allfälliges Nachgeben in der Balkanfrage und auf anderen Gebieten des Nationalitätenkampfes“.<sup>3</sup> Die jüngere Nationalismusforschung kehrt durch einen Perspektivenwechsel die früheren Vorstellungen von Nation und Nationalitäten als etwas Gegebenes um. Nationen werden nun als Konstruktionen angesehen, die mittels diskursiver und symbolischer Praktiken erst hervorgebracht werden. Grenzen sind ebenso konstruiert, sie bilden keine gegebenen Realitäten ab. Pieter M. Judson etwa stellt das Habsburgerreich als Ganzes in den Mittelpunkt seiner Forschungen, indem er das Verhältnis von Staat und Gesellschaft aus zwei verschiedenen Richtungen – von oben und von unten – betrachtet. Er kommt zum Schluss: „Regionale, sprachliche, religiöse oder ethnische Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen, also das, was

---

<sup>1</sup> Robert *Musil*, *Der Mann ohne Eigenschaften* (Reinbek bei Hamburg 1998) 31.

<sup>2</sup> Ernst *Hanisch*, *Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert* (Österreichische Geschichte 1890 – 1990, hg. v. Herwig *Wolfram*, Wien 1994) 9.

<sup>3</sup> Robert A. *Kann*, *Geschichte des Habsburgerreiches 1526 – 1918* (Wien/Köln/Graz 1982) 463.

man um 1900 global als ‚nationale Differenzen‘ bezeichnet hat, bestimmten keinesfalls entscheidend die Politik der Habsburger in Mitteleuropa, und sie führten keineswegs dazu, dass die Geschichte des Reiches eine unausweichliche – tragische – Entwicklung nahm.“<sup>4</sup>

Ereignisse in der Geschichte eines Volkes können sich augenfällig so zeigen, dass die selbstverständliche Basis der alltäglichen Lebenswelt eine Erschütterung oder gar eine grundlegende Umwälzung erfährt. Die Vorkommnisse bis zum Anschlusses des Burgenlandes an Österreich waren einerseits spektakulär, zumindest aus der Perspektive der betroffenen Bevölkerung, wo sie ihre Wirksamkeit in der Auflösung fast aller bisherigen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen und darüber hinaus in der dramatischen Veränderung und oft auch Gefährdung vieler familiärer und individueller Existenzen entfalteten. Andererseits verdeckt bis heute eine scheinbare kulturelle Kontinuität des Deutschtums im neu entstandenen Österreich und dem angeschlossenen Burgenland den Blick auf die Dimension des geschichtlichen Geschehens, das sich bloß als „Anschluss“ eines neuen Landesteiles an das Staatsgebiet darstellt. Der Umgang der Presse mit den unterschiedlichen Problemen und Lösungen, die diese Vorkommnisse mit sich brachten, sind Gegenstand dieser Arbeit.

Mit dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie 1918 und der beginnenden Bildung von Nationalstaaten unter Berufung auf das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ stellte sich auch für die deutsche Bevölkerung Westungarns die Frage der zukünftigen Staatszugehörigkeit. Als „Deutschwestungarn“ wird der westliche Teil eines bis zum Ende des Ersten Weltkrieges zum Königreich Ungarn gehörigen Gebietes bezeichnet – das spätere Burgenland. Dieser westliche Teil Ungarns stellte nie eine Verwaltungseinheit dar, vielmehr war er auf die vier Komitate Preßburg, Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg aufgeteilt. Im Grenzstreifen dieser Komitate lebten damals ca. 75 Prozent Deutsche, 15 Prozent Kroaten und 10 Prozent Ungarn.

Die Deutschen Westungarns waren nicht auf die Situation nach dem Zusammenbruch der Monarchie vorbereitet, deshalb fielen ihre Reaktionen auf die neuen Verhältnisse auch unterschiedlich und uneinheitlich aus. Personen, die nun in den Vordergrund traten, hatten bereits in der Monarchie Versuche zur Integration unternommen, blieben aber bei ihren Vorhaben auf lokale Gebiete beschränkt, was sich nun negativ bemerkbar machte. Wegen des Fehlens einer schlagkräftigen Anschlussbewegung in Westungarn selbst wurde in Wien eine Bewegung ins

---

<sup>4</sup> Pieter M. Judson, *Habsburg. Geschichte eines Imperiums 1740 – 1918* (München 2017) 18.

Leben gerufen, der „Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn“, der sich den Anschluss Deutschwestungarns an Deutschösterreich zum Ziel setzte.<sup>5</sup>

Ein maßgeblicher Anteil an der Information der österreichischen Öffentlichkeit über die westungarische Frage kam den Wiener Zeitungen zu, denn Radio und Fernsehen gab es zu dieser Zeit noch nicht. Die aus dieser Frage resultierenden Ereignisse und Konflikte zwischen Österreich und Ungarn gaben den Medien Anlass zur ausführlichen Beschäftigung mit dem westungarischen Problem. Auch die Berichte in einer deutschsprachigen ungarischen Zeitung befassten sich häufig mit der westungarischen Frage, dies allerdings aus ungarischer Sicht und für das meist städtische ungarische Publikum. Aus diesen Gründen steht die mediale Berichterstattung über die Vorgänge im Zusammenhang mit der „westungarischen Frage“ – so wird der schwelende Konflikt zwischen Österreich und Ungarn in den Jahren 1919 bis 1921 überwiegend in den Überschriften vor allem in der ungarischen Presse zitiert und war daher auch für die Titelwahl ausschlaggebend – im Zentrum dieser Arbeit.

Die Zeitungsberichte über die westungarische Problematik lassen sich in drei Kategorien gliedern: kurze Meldungen (Eigenberichte) der jeweiligen Zeitung, amtliche Mitteilungen der (deutsch)österreichischen bzw. der ungarischen Staatskorrespondenz und längere Kommentare, die sich mit der westungarischen Frage beschäftigen. Wegen ihres unmittelbaren Bezuges zur westungarischen Frage kommt in der gegenständlichen Arbeit auch den Zeitungskomentaren zu den Friedensverträgen von Saint-Germain-en-Laye und Trianon eine wesentliche Bedeutung zu.

In der Analyse von Artikeln aus vier österreichischen Tageszeitungen – der Reichspost, der Neuen Freien Presse, der Arbeiter-Zeitung und des Deutschen Volksblattes – sowie einer ungarischen Tageszeitung – dem *Pester Lloyd*<sup>6</sup> – der Jahre 1918 bis 1921 wird folgenden zentralen Fragen nachgegangen:

1. Wie wurde die Frage des Anschlusses Deutsch-Westungarns an Österreich in den Wiener Printmedien und in der deutschsprachigen ungarischen Presse der Jahre 1918 bis 1921 diskutiert?
2. Was bedeutet für die deutsche Bevölkerung Westungarns aus Sicht der Medien eine Integration in die Republik (Deutsch)Österreich?

---

<sup>5</sup> Charlotte *Heidrich*, *Burgenländische Politik in der Ersten Republik. Deutschnationale Parteien und Verbände im Burgenland vom Zerfall der Habsburgermonarchie bis zum Beginn des autoritären Regimes (1918-1938)* (Wien 1982) 10.

<sup>6</sup> Helmut Rumppler bezeichnet die *Wiener Neue Freie Presse* und den *Pester Lloyd* als politische Leitsterne der „reichsweiten“ Presse. Helmut *Rumppler*, Peter *Urbanitsch* (Hg.), *Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918. Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft*, Bd. VIII, 1. Teilband (Wien 2006) XIX.

3. Hat sich auf Grund innen- und/oder außenpolitischer Ereignisse im Untersuchungszeitraum der Diskurs verändert? Wenn ja, wann und in welcher Weise?

Auf Grund dieser Fragen erfolgt an Hand ausgewählter Artikel eine systematisch-chronologische Darstellung der Ereignisse. Dabei interessiert die Frage nach der Sichtweise von Nation und Nationalismus in Ungarn, Westungarn aber auch in Österreich. Augenmerk wird auch dem Aspekt von „Nation als Produktion von Anderen“<sup>7</sup> gewidmet, weshalb eine Beschäftigung mit Begriffen wie Nation und Nationalismus, nationale Identität, Autonomie und Selbstbestimmung notwendig erscheint.

## 2. Forschungsstand, zentrale Konzepte und Begriffe

### 2.1 Forschungsstand

Autoren, die sich mit dem Anschluss des Burgenlandes an Österreich auseinandergesetzt haben, beleuchten diese Problematik zumeist als Ereignisgeschichte und oft aus einer österreich-zentrischen Sicht.

Gerald Schlag weist in seinem Buch „Aus Trümmern geboren ... Burgenland 1918 – 1921“ neben der Darstellung der Vorgänge um den Anschluss des Burgenlandes an Österreich auch auf die europäische Dimension dieses Geschehens hin und sieht „die Entscheidungsjahre des Burgenlandes 1918 – 1921“ als „eine Zeit der zerbrechenden Strukturen, drückendster wirtschaftlicher Probleme und eines unheilvollen Nationalismus“.<sup>8</sup>

Die „Geschichte des Burgenlandes“ von August Ernst versucht eine umfassende sukzessive Gesamtschau des Ablaufes der historischen Ereignisse des burgenländisch-westungarischen Grenzraumes darzustellen, beginnend mit der Ur- und Frühgeschichte bis zum Jahr 1990. Ein Teil dieser Geschichte ist in knapper Form dem Werden des Burgenlandes gewidmet, wobei in kurzen Kapiteln die Anschlussbestrebungen, die Frage, ob Anschluss an Österreich oder Autonomie in Ungarn, der Friedensvertrag von Saint-Germain-en-Laye, der ungarische Widerstand, der Verlust Ödenburgs sowie die Festlegung der burgenländischen Ostgrenze 1922/23 beschrieben werden.<sup>9</sup>

---

<sup>7</sup> Nora Rätzl, *Gegenbilder. Nationale Identitäten durch Konstruktion des Anderen* (Opladen 1997) 94.

<sup>8</sup> Gerald Schlag, *Aus Trümmern geboren ... Burgenland 1918 – 1921* (Eisenstadt 2001) 11.

<sup>9</sup> August Ernst, *Geschichte des Burgenlandes* (Wien 1991) 186-199.

Der von Josef Tiefenbach zum Jubiläum „90 Jahre Burgenland“ herausgegebene „Historische Atlas Burgenland“ ist eine Fortführung eines bereits in den 1930er Jahren in Angriff genommenen Projekts zur Erstellung eines „Burgenland Atlas“. Dieses Werk war als ein für das Burgenland wichtiger Baustein zur Identitätsfindung und Identitätsfestigung konzipiert.<sup>10</sup> Im Vorwort bezeichnet Tiefenbach das von ihm herausgegebene Werk als einzigartiges Nachschlagewerk zur Geschichte des Burgenlandes von der Jungsteinzeit bis in die Gegenwart. Zwölf Autoren beschäftigen sich in drei Querschnittsthemen mit „Gesellschaft, Kultur, Umwelt und infrastrukturelle Versorgung“, „Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung im burgenländisch-westeuropäischen Raum“ und „Religiöse, ethnische und sprachliche Vielfalt und ihre Entwicklung“. Die Vorgänge der Jahre 1918 bis 1921 werden im Kapitel „Das Burgenland als österreichisches Bundesland“ beleuchtet, wobei der Arbeit des Vereins „Deutsche Landsleute in Ungarn“ und die ihrer Proponenten in den Anschlussbemühungen besonders Augenmerk gewidmet wurde.<sup>11</sup>

Charlotte Heidrich untersucht in „Burgenländische Politik in der Ersten Republik. Deutschnationale Parteien und Verbände im Burgenland vom Zerfall der Habsburgermonarchie bis zum Beginn des autoritären Regimes (1918-1938)“ die Rolle der deutschnationalen Parteien in der Frage des Anschlusses des Burgenlandes an Österreich sowie die politische Kultur des Burgenlandes im Untersuchungszeitraum. Für die politische Kultur weist sie der ungarischen Wurzel des Burgenlandes eine wichtige Rolle zu. Insbesondere im ungarischen Erziehungswesen sah sie eine nicht zu unterschätzende Stütze der Magyarisierungsbestrebungen im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert. Ein besonderes Augenmerk widmete Heidrich den Initiativen der Wiener Anschlussbewegung, deren Ziel die Vereinigung mit Deutschösterreich war.<sup>12</sup>

Anikó Kovács-Bertrand widmete in „Der ungarische Revisionismus nach dem Ersten Weltkrieg“ auch der Burgenlandfrage Raum. Sie behandelt ausführlich Aspekte der nationalen Frage im Königreich Ungarn des 19. Jahrhunderts und geht der Frage nach, in welchem Verhältnis die ungarische revisionistische Propaganda nach dem Vertrag von Trianon zur offiziellen Politik stand. Gefragt wird, welche Träger für die Propaganda verantwortlich waren und welche politischen Ziele mit welchen Argumenten erreicht werden sollten, wobei als Quellengrundlage die Akten der Abteilung für Presse und Kultur des ungarischen Außenministeriums

---

<sup>10</sup> Josef Tiefenbach (Hg.), Historischer Atlas Burgenland (Eisenstadt 2011) 3.

<sup>11</sup> Josef Tiefenbach, Historischer Atlas, 119-125.

<sup>12</sup> Heidrich, Burgenländische Politik in der Ersten Republik, 10-15.

dienten. Besondere Aufmerksamkeit wird der Auswirkung der Propagandakampagne auf die ungarische Gesellschaft gewidmet.<sup>13</sup>

Zur Fragestellung, wie der Diskurs über die Vorgänge in Westungarn, dem „Konfliktherd Territorium“<sup>14</sup>, unter dem Blickwinkel der nationalen Identität im Untersuchungszeitraum in Zeitungen, sowohl in Österreich als auch in Ungarn geführt wurde, ist bisher, soweit ersichtlich, nicht gearbeitet worden. Zeitungen sind zwar kein Spiegel der Realität, sie gestalten aber Diskurse aktiv mit. Zeitungen bilden daher durchaus Stimmungen ab, die in der Gesellschaft zu bestimmten Themen herrschen. Sie waren zwar nicht die Ursache des westungarischen Konflikts, konnten aber in einer erhitzten gesellschaftlichen Debatte gleichsam als Brandbeschleuniger wirken. Ihnen kommt ein gewichtiger Stellenwert bei der Formulierung des Rahmens, in dem diskutiert werden kann, zu. Ein Konsens wird weniger durch Antworten organisiert, die auf bestimmte Fragen gegeben werden, als durch Fragen, die gestellt werden können, ohne dass die Fragenden sich aus dem Diskurs ausschließen. Das Herbeiführen eines Konsenses findet sich darin, den Rahmen zu sichern, innerhalb dessen politische Alternativen diskutiert werden können, ohne die Grundstruktur in Frage zu stellen.<sup>15</sup>

## 2.2 Zentrale Konzepte

Pieter M. Judson untersuchte in „Guardians of the Nation. Activists on the Language Frontiers of Imperial Austria“<sup>16</sup> die Kämpfe nationalistischer Aktivisten von 1880 bis 1914 in den sprachlichen Grenzregionen Österreich-Ungarns. Hauptthemen sind dabei Sprache und Sprachpolitik, Schulen, Ansiedlung bzw. Kolonisierung. Judson kehrt das gängige Bild von Nationen und Nationalitäten um. Nationen und Grenzen sind für ihn Konstruktionen, die keine gegebene Realität abbilden. Nach seiner Auffassung konnten Nationalisten nur sehr begrenzt Nationen schaffen. Die Grenzen des Erfolges nationalistischer Agitation lagen seiner Ansicht nach im Beharrungsvermögen überkommener Strukturen und vor allem im Pragmatismus, mit dem Menschen sich zu einer oder auch gar keiner Nationalität oder zu mehreren Nationalitäten bekennen. In seinem Buch „Habsburg. Geschichte eines Imperiums 1740 – 1918“ schreibt Judson aus der Perspektive des Imperiums, wobei er die Akteure, Absichten, Institutionen und Instrumente des sich ausbildenden kaiserlich-königlichen Zentralstaates in den Vordergrund stellt. Entsprechend den Erkenntnissen der neueren Nationalismusforschung

---

<sup>13</sup> Anikó Kovács-Bertrand, *Der ungarische Revisionismus nach dem Ersten Weltkrieg* (München 1997)

<sup>14</sup> Dieter Langewiesche, *Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa* (München 2000) 45.

<sup>15</sup> Rätzsch, *Gegenbilder*, 118-119.

<sup>16</sup> Pieter M. Judson, *Guardians of the Nation. Activists on the Language Frontiers of Imperial Austria* (Cambridge 2006)

spricht er anstatt von „Nationalismen“ von „Nationalisten“. Nationen sind demnach politische Ideologien, die von Nationalisten erfunden und propagiert wurden. Seiner Ansicht nach bereiteten nicht die vermeintlichen Nationalismen der Monarchie Probleme, sondern nationalistische Politiker und Agitatoren. „Das für das beginnende zwanzigste Jahrhundert typische Beharren darauf, dass alle Menschen ethnischen oder nationalen Gemeinschaften angehörten, muss teilweise als Ergebnis der politischen Arbeit nationaler Aktivisten verstanden werden.“<sup>17</sup>

Die Erkenntnisse Judsons, soweit sie auch auf Berichte über Westurgarn übertragbar sind, werden in diese Arbeit berücksichtigt.

Nora Rätzzel analysiert in „Gegenbilder – Nationale Identitäten durch Konstruktion des Anderen“ bestimmte Momente der deutschen Nationsbildung. Dabei stellt sie die Frage, wie Zustimmung zur nationalen Zugehörigkeit über den Bezug auf Gegenbilder zum Selbstbild hergestellt wird. Als Material für ihre Analysen dienten Presseveröffentlichungen, wobei sie bestimmte Wendepunkte in der Entwicklung der Bundesrepublik herausgriff. Im Ergebnis stellte Rätzzel fest, dass, wenn ein jeweils bestehender politisch-sozialer Konsens zusammenbricht, ein neuer Konsens entwickelt werden muss, um die auseinander strebenden Teile der Nation zusammenzuhalten. Diese Notwendigkeit sehen jene gesellschaftlichen Kräfte, die an der Stabilität des gesellschaftlichen Zusammenhalts unter Beibehaltung der jeweiligen Herrschaftsverhältnisse interessiert sind. Motivation dafür kann für jene, die an den Schalthebeln der Macht sitzen ihr Streben nach Behalten oder Festigung der Macht sein. Aber auch Kräfte, die an einer Veränderung der Machtverhältnisse Interesse haben, können einen „parteiübergreifenden“ Konsens wollen, da sie befürchten, die Lage könne sonst außer Kontrolle geraten.<sup>18</sup>

Die folgende Arbeit wird sich auch den Ansatz von Nora Rätzzel zu Nutze machen und zu zeigen versuchen, wie weit das Bild vom Anderen in der Diskussion der westungarischen Frage eine Rolle spielte.

### **2.3 Begriffe**

Die folgenden Ausführungen beschäftigen sich mit Definitionen der Begriffe Selbstbestimmung, Autonomie, Nation, Nationalstaat und Nationalismus, die für die Fragestellung als brauchbar angesehen werden.

---

<sup>17</sup> Judson, Habsburg, 25.

<sup>18</sup> Rätzzel, Gegenbilder, 17.

## *Selbstbestimmung*

„Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist eines der erfolgreichsten rechtlich-politischen Schlagworte des 20. und 21. Jahrhunderts.“<sup>19</sup> Dies trifft bereits für die Zeit des Ersten Weltkriegs und der Pariser Friedenskonferenz zu. Sowohl im Ersten Weltkrieg auf alliierter und bolschewistischer Seite als auch von den Mittelmächten als Propagandawaffe gebraucht, wurde das Schlagwort in der Zwischenkriegszeit vor allem in Deutschland und in Österreich als „Hauptinstrument im Kampf gegen die als ungerecht, ja verbrecherisch empfundenen Pariser Vororteverträge“ verwendet.<sup>20</sup> Nicht nur in der deutschen Geschichtswissenschaft wird überwiegend argumentiert, dass „Woodrow Wilson mit der Verkündung des Selbstbestimmungsrechts speziell der Bevölkerung Deutschlands und der österreichisch-ungarischen Monarchie eine Zukunft verheißen, ein Versprechen gegeben hätte, das er später nicht eingelöst habe.“<sup>21</sup>

Selbstbestimmung ist radikal, weil „sie Fremdbestimmung ausschließt“, daher „schließt sie auch Ungleichheit aus.“<sup>22</sup> Obwohl von einem Recht gesprochen wird, ging es zunächst nicht um ein einklagbares Recht, das einem Subjekt (dem Volk) zustand, sondern bestenfalls um ein Prinzip, eine Forderung, die die Völker erheben konnten, ohne dass die Adressaten zur Gewährung verpflichtet gewesen wären. Historiker, Juristen, Philosophen und Politiker sprachen im 19. Jahrhundert nicht vom „nationalen Selbstbestimmungsrecht“ oder vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, sondern vom „Nationalitätenprinzip“. Der Rechtsphilosoph Friedrich Julius Stahl hielt bereits 1856 eine Neuordnung des europäischen Staatenbestandes nach Nationalitäten für „undurchführbar und chimärisch, da die Nationalitäten auch in den Wohnsitzen nicht geschieden bleiben [...] und man so die eine [Nationalität] nicht befreien kann, ohne die andere zu unterdrücken.“<sup>23</sup>

In der letzten Phase des Ersten Weltkrieges und in den ersten Jahren danach blieb das Selbstbestimmungsrecht ein Schlagwort, obwohl es „zum obersten Prinzip des Friedensschlusses“<sup>24</sup> erhoben wurde, das eine gerechte Weltordnung schaffen sollte. In diesem Zusammenhang ist

---

<sup>19</sup> Jörg *Fisch*, *Das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Domestizierung einer Illusion* (München 2010) 17.

<sup>20</sup> Georg E. *Schmid*, *Selbstbestimmung 1919. Anmerkungen zur historischen Dimension und Relevanz eines politischen Schlagwortes*. In: Karl *Bosl* (Hg.), *Versailles – St. Germain – Trianon: Umbruch in Europa vor fünfzig Jahren* (München/Wien 1971) 127-142, hier 127.

<sup>21</sup> *Schmid*, *Selbstbestimmung 1919*, 130.

<sup>22</sup> *Fisch*, *Das Selbstbestimmungsrecht der Völker*, 28.

<sup>23</sup> Rudolf *Walther*, „Nationale“ Selbstbestimmung: Der Stimmungsmacher im Schlachthaus. In: Giuseppe *Orsi* et al. (Hg.), *Rechtsphilosophische Hefte. Beiträge zur Rechtswissenschaft, Philosophie und Politik*, Bd. III. Nation, Nationalstaat, Nationalismus (Frankfurt am Main 1994) 70.

<sup>24</sup> *Fisch*, *Das Selbstbestimmungsrecht der Völker*, 18.

es notwendig, auf die differente Terminologie im deutschen und angelsächsischen Sprachgebrauch und dem Verständnis in Bezug auf das „nationale Selbstbestimmungsrecht“ hinzuweisen. Die Frage nach dem Selbstbestimmungsprinzip im deutschsprachigen Bereich ist terminologisch „mit der Problematik von Volk, Staat und Nation untrennbar verknüpft“.<sup>25</sup> Der deutsche Begriff „Nation“ bedeutet nicht dasselbe wie „nation“ im Französischen oder Englischen. Der englische Begriff „nation“ entspricht am ehesten dem deutschen Terminus „Staat“, woraus sich ableiten lässt, dass „nationale Selbstbestimmung“ („national self-determination“) nach angelsächsischem Verständnis allenfalls „staatliche Selbstbestimmung“ (im Sinne von innerstaatlich) heißen kann.<sup>26</sup> Der Terminus „Selbstbestimmung“ kommt im englischen Sprachgebrauch vor 1918 kaum vor. Die differente Terminologie zeigt bis zum Ersten Weltkrieg deutlich, dass es im deutschsprachigen Bereich und in Mitteleuropa „bei der Selbstbestimmung wesentlich um eine Nichtidentität von Staatsbürgerschaft und Volkszugehörigkeit geht, sodaß die Selbstbestimmung zunächst einmal dazu dienen muß, ein Überwechseln von einer politisch-staatlichen Autorität zu einer anderen zu ermöglichen.“<sup>27</sup>

Der Begriff „Selbstbestimmung“ ist ein Schlüsselbegriff der Moderne und kommt aus dem Individualbereich. Es ist naheliegend, diesen Begriff, der die höchsten Werte wie Freiheit, Gleichheit und Autonomie miteinander verbindet, vom Individuum auf Kollektive zu übertragen. Mit dem Kollektiv ist im speziellen das Subjekt Volk gemeint. Die Ausgestaltung des Begriffes „Volk“ ist grundlegend für die Bestimmung von Inhalt und Wirkungsweise des Selbstbestimmungsrechts. Setzt man ihn mit dem Begriff des „Staatsvolkes“ gleich, erweist sich das Selbstbestimmungsrecht als konservierendes, den Status quo der Staatenwelt legitimierendes, schwaches Prinzip. Erkennt man das Selbstbestimmungsrecht auch dissidenten Gruppen oder separatistischen Bewegungen zu und versteht man inhaltlich darunter ein unbeschränktes Recht auf Sezession, führt es in letzter Konsequenz zur Weltanarchie.

Man sollte annehmen, „daß der Zielpunkt des Selbstbestimmungsrechts eines Volkes darin liegt, daß dieses einen eigenen unabhängigen, souveränen Staat bilden kann“, aber nicht muss.<sup>28</sup> Zu dieser Sichtweise besteht weder völkerrechtlich noch in der politischen Debatte Konsens, denn sie enthält enorme Sprengkraft. Die Bildung eines eigenen Staates wird im Regelfall nur als „ultima ratio des Selbstbestimmungsrechts betrachtet, die dann zur Anwendung

---

<sup>25</sup> Schmid, *Selbstbestimmung 1919*, 129.

<sup>26</sup> Schmid, *Selbstbestimmung 1919*, 129.

<sup>27</sup> Schmid, *Selbstbestimmung 1919*, 137.

<sup>28</sup> Jörg Fisch, *Das Selbstbestimmungsrecht – Opium für die Völker*. In: Erich Reiter (Hg.), *Grenzen des Selbstbestimmungsrechts. Die Neuordnung Europas und das Selbstbestimmungsrecht der Völker* (Graz 1996) 11-33, hier 11.

gelangen soll, wenn alle anderen Möglichkeiten, die für legitim anerkannten Wünsche eines Volkes zu befriedigen, ohne Erfolg ausgeschöpft worden sind und das betroffene Volk zum Opfer einer unerträglichen Fremdherrschaft geworden ist.“<sup>29</sup> Dem Selbstbestimmungsrecht steht vor allem das Prinzip der Unverletzlichkeit und territorialen Integrität von bestehenden Staaten entgegen. Eine Abschwächung erfährt es durch die Unterscheidung in inneres und äußeres Selbstbestimmungsrecht. Das äußere bezieht sich auf die Gründung eines eigenen Staates, während das innere lediglich Autonomie oder Minderheitenschutz verleiht.

Für Rudolf Walther „gab und gibt [es] keine konsensfähige Theorie und Praxis, wie und von wem das ‚Selbstbestimmungsrecht‘ der ‚Nation‘ legitim in Anspruch genommen bzw. durchgesetzt werden soll.“<sup>30</sup>

Selbstbestimmung zur Zeit des Ersten Weltkriegs und der Pariser Friedenskonferenz von 1919 bedeutete im westeuropäischen Bereich ein „(inner)staatliches Selbstbestimmungsrecht“, das innerhalb der Grenzen eines Staates im Rahmen einer integrierten Gesellschaft politische Mitbestimmung des individuellen Staatsbürgers garantiert. In Mittel- und Osteuropa, wo es keine im Staatlichen integrierte Gesellschaften gab, ist davon auszugehen, dass alle einem Volk zugerechneten sich kollektiv für den entsprechenden Nationalstaat entscheiden.<sup>31</sup>

### ***Autonomie***

Nach Karl Renner ist der Nation eine Eigenpersönlichkeit zuzubilligen, aus der sich die Notwendigkeit der nationalen Souveränität bzw. nationalen Autonomie ergibt. Beide Forderungen gehen in der Formulierung „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ ineinander über. Die nationale Autonomie ist für Renner elementarer Bestandteil einer Lösung des Nationalitätenproblems im Habsburgerreich, der rechtlichen Verankerung in einer Verfassung komme daher höchste Bedeutung zu.<sup>32</sup>

Im heutigen Verständnis ist Autonomie ein Instrument des völkerrechtlichen Gruppenschutzes. Grundlegendes Element der Autonomie ist die „Übertragung bestimmter Rechte an einen spezifischen Teil eines Staatsvolkes [einer Minderheit], der sich durch seine Merkmale von

---

<sup>29</sup> *Fisch*, Das Selbstbestimmungsrecht – Opium für die Völker, 13.

<sup>30</sup> *Walther*, „Nationale“ Selbstbestimmung, 75.

<sup>31</sup> *Schmid*, Selbstbestimmung 1919, 141-142.

<sup>32</sup> Carsten *Ensbach*, Nation und Nationalität im Werk von Karl Renner und Otto Bauer. In: *Endre Kiss*, Justin *Stagl* (Hg.), Nation und Nationenbildung in Österreich-Ungarn, 1848-1938: Prinzipien und Methoden (Wien 2006) 73-85, hier 75.

der Mehrheit der Bevölkerung unterscheidet.“<sup>33</sup> Unterscheidungsmerkmale sind ethnische, religiöse und sprachliche Eigenheiten. Der Autonomiebegriff entzieht sich einer generellen Definition, da völkerrechtlich stets nur Einzelfallregelungen getroffen werden. Der Aufenthaltsstaat sichert der Minderheit gewisse Rechtspositionen zu, die nach heutigem Verständnis beinhalten:

- a) Recht auf Existenz und Identität,
- b) Recht auf Sprache, Kultur und Religion,
- c) Recht auf politische Partizipation.<sup>34</sup>

Autonomie als Durchsetzung des Minderheitenschutzes ist allerdings nicht unumstritten. In der Argumentation wird die Assimilation als vorteilhafter angesehen, da jede unterschiedliche Behandlung von Menschen auf Grund ihrer Gruppenzugehörigkeit bei anderen Gruppen auf Widerstand stoße. Auch könne die Autonomie zur Abgrenzung einer Minderheit und Entfremdung der Volksgruppen untereinander und im Extremfall zur Segregation führen.

Ebenso wie beim Selbstbestimmungsrecht ist auch beim Autonomiebegriff das Fehlen von verbindlichen Definitionen der Begriffe „Minderheit“ und „Volk“ das größte Problem bei der Bestimmung des genauen Umfangs der Rechte von Gruppen.<sup>35</sup>

### *Nation, Nationalstaat, Nationalismus*

Was ist eine Nation? Diese Frage stellte bereits Ernest Renan 1882.<sup>36</sup> Seitdem gibt es ein verwirrend vielfältiges Feld der Nationalismustheorien. Viele Ansätze konkurrieren miteinander, jeder neue Ansatz versucht den alten abzustößten und das Feld für sich allein zu behaupten. Die Definition von **Nation** bereitet deswegen Schwierigkeiten, weil sie Elemente wie Sprache, Religion, Territorium oder Rassen nicht definieren können, da es Nationen gibt, für die diese Elemente nicht konstitutiv sind. Als Ausweg wird daher vielfach die Definition von Renan herangezogen, der die Nation als eine Gruppe von Leuten bezeichnet hat, die zusammen leben will. Und er sagt weiter, die Einheit zwischen Nation und Staat gibt es nicht, denn in einem Staat können mehrere Nationalitäten leben. Allerdings stellt Renan ganz pragmatisch

---

<sup>33</sup> Hans-Joachim Heintze, Selbstbestimmungsrecht und Minderheiten. In: Erich Reiter (Hg.), Grenzen des Selbstbestimmungsrechts. Die Neuordnung Europas und das Selbstbestimmungsrecht der Völker (Graz 1996) 61-85, hier 73.

<sup>34</sup> Heintze, Selbstbestimmungsrecht und Minderheiten, 63-65.

<sup>35</sup> Heintze, Selbstbestimmungsrecht und Minderheiten, 79.

<sup>36</sup> Ernest Renan, Was ist eine Nation? und andere politische Schriften (Wien 1995)

den Schutz vor sozialen Krisen als Element in den Vordergrund. Nation wird dadurch aus der spirituellen Ebene herausgelöst und als notwendige Institution dargestellt.<sup>37</sup>

Nach Ernest Gellner können Nationen „nur in Begriffen des Zeitalters des Nationalismus definiert werden, und nicht ... umgekehrt“. Erst, „wenn die allgemeinen sozialen Verhältnisse nach standardisierten, homogenen und durch staatliche Zentralgewalt geschützten Hochkulturen rufen“, entstehe „eine Situation, in der klar definierte, durch Ausbildung sanktionierte und vereinheitlichte Kulturen fast schon die einzige Art Einheit bilden, mit der sich Menschen bereitwillig und häufig glühend identifizieren.“<sup>38</sup> „Es ist der Nationalismus, der die Nationen hervorbringt, und nicht umgekehrt.“<sup>39</sup> Für Gellner ist Nationalismus „vor allem ein politisches Prinzip, das besagt, politische und nationale Einheiten sollten deckungsgleich sein.“<sup>40</sup> Gellners vertritt die These, dass die Verbreitung dieser Vorstellung mit dem Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft einsetzt, der gleichbedeutend ist mit der Ablösung segmentierter, vertikal wie horizontal gegliederter Kulturen durch eine einheitliche, homogene Kultur. Nicht der Nationalismus erzwingt diese Homogenität, sondern umgekehrt nimmt eine objektiv durch die Industriegesellschaft erzwungene Homogenität die Form des Nationalismus an.<sup>41</sup> Gellner meint, „der Nationalismus ist *nicht* das Erwachen einer uralten, latenten, schlafenden Kraft, wenn er sich auch selbst gerne so darstellt. Er ist in Wirklichkeit die Konsequenz einer neuen Form der sozialen Organisation, die sich auf zutiefst verinnerlichte, von schulischer Ausbildung abhängige Hochkulturen gründet, von denen jede von ihrem eigenen Staat beschützt wird.“<sup>42</sup>

Benedict Anderson war mit seinem Buch „Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts“<sup>43</sup> ebenso wie Ernest Gellner Wegbereiter der „konstruktivistischen Wende“ in der Nationalismusforschung. Anderson hält Nationen für ein historisch neues Phänomen, das nicht ubiquitär, sondern universell in der Welt vorhanden ist. „[I]n der modernen Welt kann, sollte und wird jeder eine Nationalität ‚haben‘, so wie man ein Geschlecht ‚hat‘.“<sup>44</sup> Er definiert Nation als „eine vorgestellte politische Gemeinschaft – vorgestellt als begrenzt und souverän“. „*Vorgestellt* ist sie [die Nation] deswegen, weil die Mitglieder selbst der

---

<sup>37</sup> Rätzl, Gegenbilder, 63-65.

<sup>38</sup> Ernest Gellner, Nationalismus und Moderne (Berlin 1991) 86.

<sup>39</sup> Gellner, Nationalismus und Moderne, 87.

<sup>40</sup> Gellner, Nationalismus und Moderne, 8.

<sup>41</sup> Gellner, Nationalismus und Moderne, 63.

<sup>42</sup> Gellner, Nationalismus und Moderne, 76.

<sup>43</sup> Benedict Anderson, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts (Frankfurt/Main 1998)

<sup>44</sup> Anderson, Die Erfindung der Nation, 14.

kleinsten Nation die meisten anderen niemals kennen, ihnen begegnen oder auch nur von ihnen hören werden, aber im Kopf eines jeden die Vorstellung ihrer Gemeinschaft existiert.“ „Die Nation wird als *begrenzt* vorgestellt, weil selbst die größte von ihnen mit vielleicht einer Milliarde Menschen in genau bestimmten, wenn auch variablen Grenzen lebt, jenseits derer andere Nationen liegen.“ „Die Nation wird als *souverän* vorgestellt, weil ihr Begriff in einer Zeit geboren wurde, als Aufklärung und Revolution die Legitimität der als von Gottes Gnaden gedachten hierarchisch-dynastischen Reiche zerstörten.“ „Schließlich wird die Nation als *Gemeinschaft* vorgestellt, weil sie, unabhängig von realer Ungleichheit und Ausbeutung, als ‚kameradschaftlicher‘ Verbund von Gleichen verstanden wird.“<sup>45</sup>

Die Gemeinschaft wird durch kommunikative Netze, wie etwa eine nationale Sprache, Print- oder anderen Medien oder eine gemeinsame Geschichte, möglich, dass sich Menschen als zusammengehörig empfinden. Durch die Medien oder durch die Erzählung einer gemeinsamen Geschichte wurden sie einander virtuell vorgestellt. „Sie brauchen (und erzeugen deshalb) eine homogene Zeit und – noch mehr – einen homogenen Raum, der durch die Grenzen nach außen abgetrennt ist; und sie benötigen eine Geschichte mit einem Ursprungsmythos, selbst wenn sie eine solche erfinden müssen.“<sup>46</sup>

Anderson vertritt den Standpunkt, Nationalismus dürfe nicht als Weltanschauung wie „Liberalismus“ oder „Faschismus“ behandelt werden, sondern wie „Verwandtschaft“ oder „Religion“.<sup>47</sup>

Der Begriff des Imaginierten bei Anderson ist realer als derjenige der Erfindung, der bei Gellner dominiert. Während Erfindung eine Angelegenheit der Macher, der Intellektuellen war und von oben nach unten erfolgte, war die Imagination eine Sache aller, auch der „normalen Leute“. Dadurch wurde die Nation zu einer realen, geschichtsmäßigen Angelegenheit, bewahrte sich aber gleichzeitig den Charakter der Vorstellungen, des Geträumten.<sup>48</sup>

Eric J. Hobsbawm versteht unter Nation „jede ausreichend große Gemeinschaft von Menschen, deren Mitglieder sich als Angehörige einer ‚Nation‘ betrachten.“<sup>49</sup> Er gebraucht den

---

<sup>45</sup> Anderson, Die Erfindung der Nation, 15-17.

<sup>46</sup> Anderson, Die Erfindung der Nation, 283-284.

<sup>47</sup> Anderson, Die Erfindung der Nation, 15.

<sup>48</sup> Anderson, Die Erfindung der Nation, 287-288.

<sup>49</sup> Eric J. Hobsbawm, Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780 (Frankfurt/Main<sup>3</sup> 2005) 19.

Begriff „Nationalismus“ im Sinne Gellners als „ein politisches Prinzip, das besagt, politische und nationale Einheiten sollten deckungsgleich sein.“<sup>50</sup>

Für Hobsbawm ist die „Nation“ keine ursprüngliche oder unveränderliche soziale Einheit. Sie gehört einer bestimmten historisch jungen Epoche an. Eine gesellschaftliche Einheit ist sie nur insofern, als sie sich auf eine bestimmte Form eines modernen Territorialstaates bezieht, auf den „Nationalstaat“. Es sei sinnlos, von Nation und Nationalität zu sprechen, wenn diese Beziehung nicht mitgemeint ist. Ebenso wie Gellner sieht Hobsbawm in der Bildung von Nationen etwas Künstliches. Aus Gründen der Analyse „kommt der Nationalismus vor der Nation. Nicht Nationen sind es, die Staaten und Nationalismen hervorbringen, sondern umgekehrt.“<sup>51</sup>

Für Hobsbawm stellen sich Nationen als Doppelphänomene dar, die im Wesentlichen zwar von oben konstruiert sind, aber erst richtig verstanden werden können, wenn sie auch von unten analysiert werden, „vor dem Hintergrund der Annahmen, Hoffnungen, Bedürfnissen, Sehnsüchten und Interessen der kleinen Leute, die nicht unbedingt national und noch weniger nationalistisch sind.“<sup>52</sup> Kritik an Gellner übt Hobsbawm nur, weil dessen Perspektive einer Modernisierung von oben zu sehr den Blick von unten verstellt.

Der Blick auf die Nation von unten, also nicht aus dem Blickwinkel der Regierungen und nationalistischen Aktivisten, sondern aus der Sicht normaler Menschen, die Objekte der Handlungen und Propaganda der ersteren sind, könne Aufschluss darüber geben, ob für die meisten Menschen die Identifikation mit der Nation alle anderen gesellschaftlichen Identifikationen ausschließt. Schließlich „kann eine nationale Identifikation samt allen ihren Weiterungen sich im Laufe der Zeit, ja selbst innerhalb sehr kurzer Perioden verändern und verlagern.“<sup>53</sup>

Als entscheidende Mittel des Nationalismus nach 1918 und der nationalen Identifikation sieht Hobsbawm den Einsatz moderner Massenmedien: Presse und Film. „Mit ihrer Hilfe konnten Ideologien für die Massen einerseits standardisiert, homogenisiert und umgeformt und andererseits natürlich von Privatinteressen und Regierungen für die Zwecke einer gezielten Propaganda eingesetzt werden. ... Dennoch war eine gezielte Propaganda zweifellos weniger ausschlaggebend als die Fähigkeit der Massenmedien, letztlich nationale Symbole zu einem Bestandteil des Lebens jedes einzelnen zu machen und auf diese Weise die Trennung zwischen

---

<sup>50</sup> Hobsbawm, Nationen und Nationalismus, 20.

<sup>51</sup> Hobsbawm, Nationen und Nationalismus, 20-21.

<sup>52</sup> Hobsbawm, Nationen und Nationalismus, 22.

<sup>53</sup> Hobsbawm, Nationen und Nationalismus, 22.

dem Privatbereich und der lokalen Sphäre ... einerseits und der öffentlichen und nationalen Sphäre andererseits aufzuheben. <sup>54</sup>

Pieter M. Judson begreift Nation und Nationalismus als ideologische Konstrukte, die von politischen Akteuren geschaffen wurden. Seine Untersuchungen der Gesellschaft und Politik der Habsburgermonarchie von 1867 bis 1918 zeigen, dass soziale, politische, ökonomische und administrative Modernisierung auch ohne Nationalstaatsbildung möglich war. Judson sieht den politischen Nationalismus unter den Habsburgern als ein „Produkt aus imperialen Strukturen und regionalen Traditionen, nicht als etwas, mit dem sich übergeschichtlich existierende Ethnien Ausdruck verschafften, wie Aktivisten des neunzehnten Jahrhunderts behaupteten.“<sup>55</sup>

### **3.4 Identität und Selbstverständnis**

Das Bild verschiedener Gruppen voneinander wird weitgehend von deren Geschichtsbildern bestimmt.<sup>56</sup> Um das Jahr 1900 gab es in Ostmitteleuropa eine Fülle von multiethnischen Regionen, wie etwa auch das deutsch-magyarisch-kroatische Westungarn. Im Gefolge des Ersten Weltkrieges wurden viele seit Jahrhunderten gewachsene Strukturen aufgelöst. Die Ausrichtung am französischen Nations- und Nationalstaatsmodell führte zu schärferen Nationalitätenkämpfen, da die Nationsbildung auch als wesentlichstes Element der gesellschaftlichen Emanzipation gesehen wurde. Verschärft wurde dies nach der Bildung von „Nationalstaaten“ mit neuen „Staatsnationen“ und neuen nationalen Minderheiten auf der Pariser Friedenskonferenz 1919/20. Das Prinzip des nationalen Selbstbestimmungsrechtes wurde nur in wenigen multiethnischen Regionen durch Plebiszite angewendet.<sup>57</sup>

Identitätsbewusstsein von Kleingruppen entsteht durch ständigen Verkehr und Reibungen mit anderen Gruppen. Vor allem Sprache und Sprechart sowie Religion und Religionsausübung gehörten schon früh zu den Erkennungszeichen einer ethnischen Gemeinschaft. Identitätsbewusstsein in den in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstehenden modernen Nationen Mittel- und Osteuropas setzte sich aus ethnischen, regionalen und konfessionellen Traditionen zusammen, „vor allem auch aus den in dieser Zeit verwissenschaftlichten Herkunftsmymen der einzelnen Nationen sowie aus einem Berufungsbewusstsein und der sich zu Stereotypen

---

<sup>54</sup> *Hobsbawm*, Nationen und Nationalismus, 167.

<sup>55</sup> *Judson*, Habsburg, 24.

<sup>56</sup> *Arnold Suppan*, Identitäten und Stereotypen in multiethnischen europäischen Regionen. In: Valeria *Heuberger* et al. (Hg.), *Das Bild vom Anderen. Identitäten, Mentalitäten, Mythen und Stereotypen in multiethnischen europäischen Regionen* (Frankfurt am Main 1998) 9-20, hier 9.

<sup>57</sup> *Suppan*, Identitäten und Stereotypen, 12.

verdichtenden Nationalcharakterologie.“<sup>58</sup> Schriftsteller und Politiker versuchten die Herkunft ihrer Völker bis zu biblischen Ahnen zurückzuverfolgen, um damit zu beweisen, dass das eigene Volk ein Vorrecht auf ein bestimmtes Territorium habe. Sich selbst sahen sie als kulturschaffend, ein Bollwerk des Christentums und Vorkämpfer der modernen Zivilisation, ihre Nachbarn als Eindringlinge, in allen Fällen jedoch als primitiveres Volk.<sup>59</sup>

#### 4. Methode

Da für diese Arbeit Artikel überregionaler Zeitungen, die sich mit der behandelten Region beschäftigten, die wesentlichen Quellen darstellen, handelt es sich im weitesten Sinn um eine Medienanalyse zur Frage der Zugehörigkeit von Westungarn. Das gewählte Thema lässt sich in mehrere Bereiche historischer Forschung einreihen. Der Vorrang wird hier der Nationalismusforschung eingeräumt, über die es eine Vielzahl von Studien gibt – häufig auf theoretischer, seltener auf praktischer Forschungsarbeit basierend. Eine Verbindung beider Ansprüche findet sich in den Arbeiten von Pieter M. Judson, der Nationen als Konstruktionen sieht, die keine Realität abbilden. Im gegebenen Zusammenhang ist an eine rechtlich-politische Fiktion eines einheitlichen Nationalstaates Ungarn zu denken. Nach Judson wären Nationen nicht zu verstehen, wenn sie nur aus der Sicht der Herrscher und Staatsmänner gesehen und nicht auch von unten analysiert werden, vor dem Hintergrund der Annahmen, Hoffnungen, Bedürfnisse, Sehnsüchte und Interessen der „kleinen Leute“, die nicht unbedingt national und noch weniger nationalistisch wären. Die Identifikation mit der Nation verbindet sich deswegen mit den Identifikationen anderer Art. Neben die ethnische Identität tritt daher die geographisch-wirtschaftliche, die historisch-politische, die sprachlich-kulturelle, die konfessionelle Identität oder auch die Minderheitenidentität.<sup>60</sup> Solche Mehrfachidentitäten lassen sich auch für die Deutschen Westungarns konstatieren.

Hinsichtlich der funktionalistischen Aspekte der Zeitungsartikel soll in teilweiser Anlehnung an die Diskursanalyse vergleichend nach der Instrumentalisierung der westungarischen Frage sowohl in Ungarn als auch in Österreich gefragt werden. Mit Hilfe der vergleichenden Methode soll aufgezeigt werden, welche rhetorischen Strategien angewendet wurden, um Kritik

---

<sup>58</sup> Suppan, Identitäten und Stereotypen, 13-14.

<sup>59</sup> Suppan, Identitäten und Stereotypen, 14.

<sup>60</sup> Judson, Habsburg, 18.

am Gegner zu üben und welche Interessen auf nationaler, regionaler beziehungsweise individueller Ebene sich im Diskurs widerspiegeln.

## 5. Quellenkorpus

Als Quelle dienen die im Projekt ANNO<sup>61</sup> – AustriaN Newspapers Online – der Österreichischen Nationalbibliothek online zur Verfügung stehenden digitalisierten historischen Zeitungen der Reichspost, der Neuen Freien Presse, der Arbeiter-Zeitung, des Deutschen Volksblattes und des Pester Lloyd. Ausgaben der Zeitungen des Deutschen Volksblattes stehen für den Zeitraum vom 1. April bis 31. Dezember 1919 auf dieser Plattform nicht zur Verfügung.

Ebenso fehlen dort die Ausgaben der Zeitungen des Pester Lloyd vom 4. August bis 27. September 1919, vom 23. Juni bis 8. August 1920 und vom 13. August bis 30. September 1920. Artikel in diesen Zeitungen, die sich während der genannten Zeiträume auf Westungarn beziehen, werden daher in dieser Arbeit nicht berücksichtigt.

Im Folgenden werden in kurzer Form die jeweiligen Blattlinien und die relevanten Charakteristika der betreffenden Zeitungen skizziert.

### 4.1 Reichspost

Die Reichspost war eine christlich-sozial-orientierte Wiener Tageszeitung, die vom 1. Jänner 1894 bis 30. September 1938 erschien. Der Untertitel wies sie als „Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk“ aus. Hinter der Gründung standen die fortschrittlichen Kräfte des österreichischen Katholizismus. Die politische Aussage der Reichspost richtete sich nicht nur gegen Liberalismus und Sozialdemokratie, sondern auch gegen den konservativen Katholizismus. Ihr Chefredakteur war ab 1902 Friedrich Funder. Die Zeitung erschien 1901 in einer Auflage von 5.000 Stück, 1914 von 36.000 Stück, 1925 von 50.000 Stück und 1938 von 35.000 Stück.<sup>62</sup>

Das Blatt sah seine Aufgabe auf das Reich und alle seine Nationen erstreckt sowie in der Bejahung des Staatsgedankens des Habsburgerreiches gegen alle Separatisten und Nationalisten. Hauptinhalt der Reichspost war der politische Teil. Das Blatt polemisierte gegen Liberale, Sozialdemokraten und Deutschnationale. Es vertrat den Antisemitismus von Karl Lueger. Nach

---

<sup>61</sup> <http://anno.onb.ac.at/>

<sup>62</sup> Richard Bamberger et al. (Hg.), Österreich Lexikon in zwei Bänden. Bd. II, M – Z (Wien 1995) 264.

dem Ersten Weltkrieg änderte die Reichspost ihr Format. Das Morgenblatt wies acht, später zwölf Seiten, das Mittagsblatt vier Seiten Umfang auf. Während der Ersten Republik verfolgte die Reichspost die Ereignisse im Donauraum aus der großösterreichischen Perspektive, den Anschlussbestrebungen an Deutschland stand das Blatt reserviert gegenüber und stellte sich in scharfen Gegensatz gegen Kommunisten und die Sowjetunion sowie gegen die Sozialdemokratie.<sup>63</sup>

#### **4.2 Arbeiter-Zeitung**

Die Arbeiter-Zeitung wurde 1889 von Viktor Adler als Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie gegründet. Sie erschien ab 12. Juli 1889 14-tägig, ab 18. Oktober 1889 wöchentlich und ab 1. Jänner 1895 als Tageszeitung bis zum Verbot am 12. Februar 1934. Bedeutende Chefredakteure wie Friedrich Austerlitz (1895 – 1931) und prominente Mitarbeiter aus der Führungsschicht der Partei machten die Zeitung zu einer wichtigen Stimme in der politischen Diskussion: vor dem Ersten Weltkrieg klassenkämpferisch, in den 1920er Jahren „Linienorgan“ der Partei. 1900 betrug die Auflage der Zeitung 24.000 Stück, 1914 54.000 Stück und 1930 100.000 Stück.<sup>64</sup>

Der Schwerpunkt des Blattes lag im politischen Teil, innenpolitischen Problemen wurde mehr Raum gegeben als der Außenpolitik. Die Zeitung betonte die internationale Solidarität und den Pazifismus der Arbeiterschaft. Durch ihre scharfe Sprache wurde sie um die Jahrhundertwende oft konfisziert. In der Zeit nach 1918 bis zu ihrer Einstellung am 12. Februar 1934 erschien die Arbeiter-Zeitung mit 8 bis 12 Seiten. Das Blatt bekämpfte die Christlichsozialen und nahm auch gegen die Liberalen Stellung. Die Kommunisten wurden ebenfalls abgelehnt. Außenpolitisch befürwortete die Arbeiter-Zeitung bis 1933 den Anschluss an Deutschland.<sup>65</sup>

#### **4.3 Deutsches Volksblatt**

Das Deutsche Volksblatt wurde erstmals am 15. Dezember 1888 herausgebracht und am 3. September 1922 auf Grund der Auswirkungen der Inflation eingestellt. Der Nachrichtenteil gliederte sich in einen inländischen und einen ausländischen Teil, der Leitartikel auf der Titelseite befasste sich meist mit außenpolitischen Themen. Das Deutsche Volksblatt war das bedeutendste deutschnationale antisemitische Organ Österreichs. In außenpolitischer Hinsicht

---

<sup>63</sup> Kurt Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte 1848 – 1959, Bd. I: Wien (Wien 1960) 97ff.

<sup>64</sup> Bamberger, Österreich Lexikon, Bd. I, A – L, 44.

<sup>65</sup> Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte, 88ff.

befürwortete es ein Bündnis mit Deutschland. Nach 1918 verlor das Blatt immer mehr an Verbreitung. Die Zeitung erschien 1904 in einer Auflage von 45.000 Stück, 1910 von 25.000 Stück. In den letzten Jahren seines Erscheinens vertrat das Deutsche Volksblatt eine gemäßigte Linie, es stützte die Christlichsozialen.<sup>66</sup>

#### **5.4 Neue Freie Presse**

Die Neue Freie Presse wurde 1864 von den „Presse“-Redakteuren Michael Etienne und Max Friedländer nach einem Zerwürfnis mit dem Verleger August Zang als Wiener Tageszeitung gegründet. Sie erschien vom 1. September 1864 bis 31. Jänner 1939. Die Neue Freie Presse verfolgte eine großbürgerlich-liberale Linie. Auf Grund hervorragender Mitarbeiter und moderner Gestaltung in Journalistik und Technik entwickelte sich die Neue Freie Presse unter ihrem Mitherausgeber Moriz Benedikt zum Weltblatt. 1870 betrug die Auflagenstärke 25.000 Stück, 1901 55.000 Stück, 1920 90.000 Stück und 1938 59.000 Stück.<sup>67</sup>

Anfangs knüpfte die Neue Freie Presse in ihrer Haltung an die „Presse“ an und vertrat vor allem einen großbürgerlichen Liberalismus. Innenpolitisch befürwortete sie eine zentralistische Haltung und stellte sich gegen den Ausgleich von 1867. Sie trat für eine Reform des Wahlrechts ein und forderte ihre Leser 1897 auf, sozialdemokratisch zu wählen. Auch am Ende des Ersten Weltkrieges hielt die Neue Freie Presse am zentralistischen Prinzip fest. Nach 1918 erschien die Zeitung weiterhin zweimal täglich. Das Blatt ging nach dem Tod Moritz Benedikts im Jahre 1921 auf seinen Sohn Ernst über, der auch die Funktion des Chefredakteurs übernahm. Die inhaltliche Gestaltung des Blattes blieb unverändert, das Hauptgewicht lag nach wie vor im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich.<sup>68</sup>

#### **5.5 Pester Lloyd**

Der Pester Lloyd erschien von 1854 bis 1945 und war das einzige ungarische Blatt, das zweimal täglich als Morgen- und Abendblatt ausgegeben wurde. Zu seinen Lesern zählten einflussreiche Handels- und Industriekreise sowie die Intelligenzkreise im ganzen Land. Der Pester Lloyd galt als Organ des Großhandels, der Großindustrie und der Großbanken. Er war liberal eingestellt und galt als Sprachrohr der ungarischen Regierung.<sup>69</sup> Er verfolgte eine national-ungarische Richtung. Im Hinblick auf die Nationalitäten Ungarns vertrat der Pester Lloyd

---

<sup>66</sup> Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte, 106f.

<sup>67</sup> Bamberger, Österreich Lexikon, Bd. II, M – Z, 103.

<sup>68</sup> Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte, 144ff.

<sup>69</sup> Karl Bömer, Handbuch der Weltpresse. Eine Darstellung des Zeitungswesens aller Länder (Berlin 1931) 345.

die Position der territorialen Integrität der Länder der ungarischen Krone.<sup>70</sup> Ab 22. März 1919 und während der Räteregierung bis zum 5. August 1919 erschien unter dem Zeitungskopf Pester Lloyd weiterhin das Blatt, wurde jedoch nicht mehr von der Pester Lloyd-Gesellschaft und von den leitenden Funktionären der Redaktion gezeichnet. Die Zeitung wurde von der Räteregierung in Besitz genommen und in den Dienst der kommunistischen Bestrebungen gestellt. Während dieser Zeit war das Blatt mit dem Wesen und Inhalt des ehemaligen Pester Lloyd nicht identisch. Am 5. August 1919 konnte die Pester Lloyd-Gesellschaft wieder von ihrem Blatt Besitz ergreifen.<sup>71</sup>

Für die gegenständliche Arbeit wird von der Annahme ausgegangen, dass die Repräsentation der deutsch-westungarischen Frage in den einzelnen Zeitungen variiert. Die Auswahl gerade dieser Zeitungen sollte für Österreich das Spektrum der im Untersuchungszeitraum regierenden Parteien (Arbeiter-Zeitung als Organ der Sozialdemokraten, Reichspost als den Christlichsozialen nahe stehend und Deutsches Volksblatt als Organ der Deutschnationalen) abbilden und zusätzlich eine liberale Stimme (Neue Freie Presse) zu Wort kommen lassen. Für Ungarn bot sich, mangels ungarischer Sprachkenntnisse des Autors, eine deutschsprachige Tageszeitung, der als liberales Blatt geltende „Pester Lloyd“, als Quelle an.

Die Wahl des Analysezeitraumes ergibt sich aus den Bestrebungen um einen Anschluss Deutsch-Westungarns an Österreich seit der Staatsgründung Deutschösterreichs 1918 und dem tatsächlichen Anschluss des Burgenlandes Ende 1921.

Die Spezifizierung des Quellenmaterials lässt sich aus den Forschungsfragen herleiten, die auf die Untersuchung der Darstellung des Diskurses über Nation, nationale Identität, Selbstbestimmung und Andere sowie Integration im Zusammenhang mit der westungarischen Frage abzielen: Wie gestaltet sich der Diskurs darüber in den gewählten Tageszeitungen bis zur endgültigen Lösung der westungarischen Frage? Der Quellenkorpus besteht aus allen im fraglichen Zeitraum in den gewählten Tageszeitungen veröffentlichten Artikeln und Beiträgen, die einen Bezug zu Westungarn aufweisen. Es handelt sich dabei um 2.169 mehr oder weniger umfangreiche Texte. Mit einbezogen sind auch Artikel über die Friedensverträge von St.-Germain-en-Laye und Trianon, da sie die Basis für die Auseinandersetzungen der beiden betroffenen Staaten in der westungarischen Frage bilden. Durch das Vorhaben, Zeitungskom-

---

<sup>70</sup> Petronilla *Ehrenpreis*, Die „reichsweite“ Presse in der Habsburgermonarchie. In: Helmut *Rumpler*/Peter *Urbanitsch* (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918. Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft, Bd. VIII, 2. Teilband (Wien 2006), hier 1803-1804.

<sup>71</sup> Erklärung. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 66, Nr. 182 (28. 9. 1919) 1.

mentare zu den Stichworten „Nation“, „nationale Identität“ u.a. zu untersuchen, liegt der Fokus sowohl auf der unmittelbaren Berichterstattung zu den Vorgängen in und um Westungarn, als auch auf Artikeln, die sich mit den Fragestellungen ausführlicher beschäftigen und so einen Teilaspekt der westungarischen Frage betreffen. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass es sich dabei um eine subjektive Auswahl der zu analysierenden Texte handelt, die, abgeleitet von der Fragestellung der Arbeit, auf den dargestellten Kriterien basiert.

## **6. Nationales Selbstverständnis**

Mit dem Ausgleich 1867 erhielt Ungarn, was seine inneren Angelegenheiten betraf, vollständige Unabhängigkeit vom Rest des Kaiserreiches. Durch dieses Abkommen wurden zwei Staaten geschaffen, das Königreich Ungarn und „die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“. In beiden Staaten war keine Sprachgruppe in der Mehrheit. Auch keine ethnische Gemeinschaft konnte für sich in Anspruch nehmen, in der Mehrheit zu sein. Von nun an beschritten beide Staaten verschiedene Wege im Umgang mit Fragen der Vielsprachigkeit und der nationalen Identifikation. In den folgenden dreißig Jahren bestätigten verfassungsrechtliche Regelungen immer wieder den multilingualen Status des österreichischen Staates. Demgegenüber banden in Ungarn Nationalisten den traditionellen Staatspatriotismus mit einem sich immer stärker ausbildenden ethnischen Nationalismus im Bemühen, ein spezifisch ungarisches Volk zu schaffen. „Sie versuchten, Staatsbürger, die keine ethnischen Ungarn waren, von ihrem Empfinden her an solche zu assimilieren, die es waren, und eine gemeinsame Identität, das Gefühl, einem Volk anzugehören, zu schaffen.“<sup>72</sup>

### **5.1 Ungarischer Nationalismus**

Die durch den Ausgleich 1867 neu geschaffenen Strukturen erforderten in beiden Hälften der Monarchie die ethnischen Gegebenheiten zu ordnen. In Transleithanien stellten die Ungarn 1880 bloß 41,2 Prozent der Bevölkerung des Königreiches Ungarn, in Ungarn selbst betrug ihr Anteil 46,6 Prozent. Diesen Realitäten standen sich zwei diametral entgegengesetzte Lösungsansätze gegenüber: Die ungarischen Politiker strebten eine zentralistische Lösung an, für

---

<sup>72</sup> Judson, Habsburg, 339-340.

sie kam die Schaffung von Autonomiegebieten, wie sie die nationalen Minderheiten des Landes forderten, außer im Fall Kroatien, nicht in Frage. Beide Parteien trennten dadurch unveröhnliche politische Vorstellungen.<sup>73</sup>

Der Verabschiedung des Nationalitätengesetzes im Jahr 1868 gingen heftige Diskussionen voraus. Die ungarischen Liberalen wollten mit Hilfe erweiterter bürgerlicher Freiheitsrechte die Minderheitenfrage lösen, was von den nationalistischen Politikern strikt abgelehnt wurde. Der liberale Vorschlag stand auch im Widerspruch mit den Forderungen der Nationalitäten, die kollektive politische Rechte forderten und für eine territoriale Neueinteilung des Landes auf ethnischer Basis eintraten. Die Idee einer territorialen Autonomie wiesen allerdings sämtliche ungarischen Politiker, auch die liberale Elite, zurück, weil sie darin eine Zerstückelung Ungarns erblickten. Das schließlich vom König sanktionierte Nationalitätengesetz garantierte allen Bürgern uneingeschränkt freien Sprachgebrauch in Verwaltung, Rechtsprechung, Schule und Kirche. Gleichzeitig wurde der ungarische Anspruch auf einen einheitlichen Nationalstaat verankert. Die nationalen Minderheiten erhielten damit zwar wertvolle Individualrechte, nicht aber die Anerkennung ihres Status als selbständige Nationen. Fehlende Durchführungsrichtlinien, die den lokalen Behörden überlassene Durchführung mit einem weitgehenden Ermessensspielraum und das Fehlen einer Beschwerdeinstanz bewogen die nationalen Minderheiten, das Gesetz abzulehnen.<sup>74</sup>

Das Gedankengut des ungarischen Nationalismus trat den nationalen Minderheiten mit der Hervorhebung der historischen Rechte der ungarischen Staatsnation gegenüber. Nach dem Ausgleich erstarkte der staatsrechtliche Nationalismus, der einerseits die Existenz einer ungarischen Staatsnation innerhalb der Monarchie postulierte, was weder Wien noch die anderen Nationen der Monarchie anerkannten; andererseits hielt er am Anspruch einer ungarischen Staatsnation innerhalb des Königreiches Ungarn fest. Weil sich dieser nicht auf die Realität berufen konnte, fand er seine Legitimation in der Historie. Eine wichtige Rolle spielte dabei der Mythos vom tausendjährigen Reich. Die These von der Kontinuität hochentwickelter staatlicher Institutionen diente als historischer Beweis für die staatsbildende Fähigkeit des Ungarntums, was wichtig war, um die Herrschaft über die Nationalitäten zu rechtfertigen. Den vermeintlichen historischen Aufgaben entsprechend wurde um die Jahrhundertwende der nationale Charakter neu definiert, das Selbstbild erhielt adelige Züge. Träger des nationalen Ge-

---

<sup>73</sup> Kovács-Bertrand, Ungarischer Revisionismus, 17-18.

<sup>74</sup> Kovács-Bertrand, Ungarischer Revisionismus, 19-21.

dankengutes war der ehemalige mittlere Adel, die Gentry. Trotz des wirtschaftlichen Aufschwunges in den 1880er-Jahren gelang es dem Bürgertum nicht, die geistige Vormachtstellung der Gentry zu schwächen.<sup>75</sup>

1875 erklärte Ministerpräsident Kálmán Tisza, „innerhalb Ungarns kann es nur eine lebensfähige Nation geben: Die politische Nation ist ungarisch.“<sup>76</sup> Die Umwandlung des ungarischen Nationalitätenstaates in einen rein magyarischen National- und Zentralstaat war angetrieben von einem wachsenden ungarischen Sendungsbewusstsein. Für die „anderen“ Nationalitäten, die Slowaken, Rumänen, Deutschen, blieb bei dieser Definition von Nation und Staat kein Raum. Kennzeichen der „Nation“ war die zentral ausgebildete Nationalsprache. Nation und Staat bildeten eine Einheit. Als Reaktion darauf folgte die endgültige Entfremdung der gebildeten, national gesinnten Elite der „anderen“ Bevölkerungshälfte. Sie folgte immer mehr irredentistischen Ideen. Die Wiedergeburt des Ungarntums im Zeichen der Muttersprache wurde zum sichtbaren Symbol einer triumphalen Überhöhung der nationalen Identität. Unabwendbare Folge davon war die ständige Herausforderung der anderen Hälfte der Gesamtbevölkerung.

Für die ungarischen Regierungen war das Schulwesen ein wichtiger Faktor in der Nationalitätenpolitik. Die Schulgesetze 1879, 1883 und 1891 sahen den Unterricht in ungarischer Sprache in Kindergärten, Volks- und Mittelschulen obligatorisch vor. Die rigorosesten Vorgaben für die Magyarisierung wurden durch die „Lex Apponyi“, benannt nach den von 1906 bis 1910 amtierenden Unterrichtsminister Graf Apponyi, durchgesetzt.

In den 1890er-Jahren wurde die Illusion eines einheitlichen Nationalstaates unter Ministerpräsident Bánffy zum Regierungsprogramm entwickelt. Die öffentliche Meinung, vor allem die Bürgerlichen und Intellektuellen, war überzeugt, in Ungarn gebe es keine nationale Unterdrückung, sondern die magyarische Nation gewähre den Volksgruppen Freiheiten und Privilegien, die in der Geschichte beispiellos seien. Diese Überzeugung in der öffentlichen Meinung wurde vorwiegend durch Erziehung und Presseberichterstattung gewonnen. Das mangelnde Verständnis aller ungarischen Regierungen für die Wünsche nationaler Gruppen nach Identität und territorialer oder persönlicher Autonomie, die Einschränkung des Wahlrechts und kor-

---

<sup>75</sup> Kovács-Bertrand, Ungarischer Revisionismus, 21-22.

<sup>76</sup> Paul Lendvai, Die Ungarn. Ein Jahrtausend Sieger in Niederlagen (München 1999), 336.

rupte Praktiken der politischen Klasse haben wesentlich zur Zuspitzung der nationalen Gegensätze beigetragen. Hinzu kamen infolge der historischen Schicksalsschläge der Ungarn Angstkomplexe gegenüber Wien.<sup>77</sup>

### 5.1.1 Ungarische Volksrepublik

1918 sah die neue Landkarte Europas nach dem Ende des Ersten Weltkriegs völlig anders aus als die von 1914. Vier große Reiche, das russische, das osmanische, das österreichisch-ungarische und das deutsche, waren zusammengebrochen. Dies hatte eine unglaubliche Veränderung in den politischen Strukturen Mittel-, Ost- und Südeuropas zur Folge. Aus diesen alten Reichen gingen zehn neue Nationalstaaten hervor.<sup>78</sup> Nachdem in vier langen Kriegsjahren 1918 die Ressourcen des Habsburgerreiches in extremer Weise erschöpft waren, „war das Reich schließlich nicht mehr in der Lage, Hoffnungen auf eine andere – eine bessere Zukunft – zu erwecken, ja es konnte noch nicht einmal mehr das physische Überleben in der Gegenwart garantieren.“<sup>79</sup> Das Kriegsende führte auch in Ungarn zu tiefgreifenden politischen Veränderungen.

In einer Rede am 16. Oktober 1918 in der Nationalversammlung verkündete der Oppositionspolitiker Mihály Károlyi: „Den Krieg haben wir verloren. Jetzt ist es wichtig, dass wir den Frieden nicht verlieren“. Dazu forderte er eine neue Orientierung in der Außenpolitik, die Demokratisierung des Landes und die Neugestaltung der Nationalitätenpolitik, damit „die territoriale Integrität Ungarns bewahrt bleiben kann“.<sup>80</sup> Programmatisch wird mit der Erklärung in Bezug auf die Nationalitäten in Ungarn einbekannt, dass die geplante Regierung wegen der sprachlich und kulturell inhomogenen ungarischen Gesellschaft vor großen Herausforderungen steht, um einen neuen Nationalstaat schaffen zu können.

Am 23. Oktober 1918 wurde zwecks Verhinderung einer mit Gewalttätigkeiten verbundenen sozialen Revolution in Budapest von der Opposition, angeführt von der Károlyipartei und einer bürgerlich radikalen Gruppe sowie von sozialistischen Parteien, ein ungarischer Nationalrat gegründet. Die Opposition forderte während einer stürmischen Sitzung des ungarischen Parlaments die Demission des Kabinetts Wekerle.<sup>81</sup> Zu diesen Vorgängen im Parlament sprach sich der Pester Lloyd für eine unverzügliche Ernennung Károlyis zur Regierungsführung wegen dessen Kontakte zur Entente und gegen eine Konzentrationsregierung aus. Denn,

---

<sup>77</sup> Lendvai, Die Ungarn, 336 ff.

<sup>78</sup> Ian Kershaw, Höllensturz. Europa 1914 bis 1949 (München 2017), 168.

<sup>79</sup> Judson, Habsburg, 549.

<sup>80</sup> Kovács-Bertrand, Der ungarische Revisionismus, 40.

<sup>81</sup> Demission des Kabinetts Wekerle. Gerüchte. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 249 (24. 10. 1918) 1-2.

hieß es weiter: *„Es knüpfen sich gewisse Hoffnungen an die Sendung Károlyis; wenn dem Mann Gelegenheit geboten wird, für sein Vaterland zu tun was er kann, und jene Hoffnungen erfüllen sich: umso besser für Ungarn. Erfüllen sie sich nicht: so hat Ungarn nichts, nicht einmal an Zeit Nennenswertes verloren, [...]“*.<sup>82</sup>

Der Ruf der Zeitung nach einer neuen Führung in der Gewissheit der Niederlage Österreich-Ungarns gegen die Alliierten ist verständlich, hatte doch die bisherige Regierung die Politik des Krieges mit zu verantworten. Mit diesem Makel hatte sie in großen Teilen der Bevölkerung das Vertrauen verloren. Weder dieser Regierung, noch einer Konzentrationsregierung, der ja wieder Vertreter der alten Garde angehören würden, traute man zu, einen für Ungarn akzeptablen Frieden zu erreichen. Und die neue Regierung sollte sich in ihrer ideologischen Ausrichtung von der bisher herrschenden aristokratischen Führungsschicht unterscheiden. Die „Scheidung der Verantwortungen“ sei das Gebot der Stunde, hieß es im Artikel. Das bedeutete auch eine Neudefinition der Nation. Die Opposition, bestehend aus der Károlyigruppe, die sich auf ihre Ententebeziehungen berief, aus kleinen bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie, die noch nicht im Parlament vertreten war, versprach Demokratie und das allgemeine Wahlrecht, das von der alten Regierung bisher immer abgelehnt wurde. Diese demokratischen Reformen, so hoffte man, sollten das Schicksal Ungarns in der Friedensfrage zu einem guten Ende führen.

Schließlich wurde bei Massendemonstrationen am 28. Oktober 1918 die Übergabe der Regierungsgewalt an den unter dem Vorsitz von Graf Mihály Károlyi stehenden Nationalrat gefordert, und am 30. und 31. Oktober 1918 erzwangen die Massen, die von streikenden Arbeitern unterstützt wurden, die Einsetzung der neuen Regierung.<sup>83</sup> An diesem 31. Oktober 1918 siegte damit in Budapest die unblutige demokratische „Astern-Revolution“ und König Karl IV. ernannte Mihály Károlyi zum Ministerpräsidenten. Am 13. November 1918 erklärte der König den Verzicht auf jeden Anteil an den Regierungsgeschäften und am 16. November 1918 rief Károlyi die demokratische Republik Ungarn aus. Er wurde am 11. Jänner 1919 zu ihrem Präsidenten gewählt.<sup>84</sup>

Von der ungarischen Presse wurde die revolutionäre Umwälzung, die ohne Blutvergießen und getragen durch *„eine mächtige Volksbewegung“* zur Gründung der ungarischen Demokratie

---

<sup>82</sup> Budapest, 23. Oktober. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 249 (24. 10. 1918) 1.

<sup>83</sup> Judson, Habsburg, 560.

<sup>84</sup> Lendvai, Die Ungarn, 408.

führte, begrüßt. Gleichzeitig mahnte sie, die „*ungarische Volksregierung, die sich heute gebildet hat, wird stark sein müssen, stark gegen die Feinde, die die ungarische Demokratie von der Peripherie her bedrängen können, stark auch gegen die inneren Feinde jeglicher Freiheitsbewegung, [...]*“<sup>85</sup> An den Grenzen des Landes gelte es, die lauerten Gegner, die einfallen könnten, um sich ihre Stammesbrüder einzuverleiben, abzuhalten, im Inneren müsse die Regierung das Nationalitätenproblem klug behandeln, um die freie ungarische Nation und den unabhängigen ungarischen Staat zu erhalten.

In einer Proklamation der neuen Regierung an das Volk Ungarns hieß es unter anderem: „*Wir vertrauen darauf, in sehr kurzer Zeit das Volk aus den Qualen des Krieges hinauszuführen, und hoffen, dass wir die Unversehrtheit unseres Gebietes werden bewahren können. [...] Als freie Nation reichen wir den anderen Nationen, die im Vaterlande leben, die Bruderhand. [...] Wir werden alles zur Sicherung und Organisation der von uns erkämpften Macht Erforderliche tun. [...] Wenn das gegenwärtige Abgeordnetenhaus welchen Punkt unseres Programms immer nicht annimmt, lösen wir es sofort auf und appellieren an die Nation.*“<sup>86</sup>

Neu in diesen allgemeinen Versprechungen – die anders als die bisherige Magyarisierungspraxis Ungarns gegenüber Minderheiten klang – war die versöhnliche Geste an die anderen im ungarischen Staatsverband lebenden Nationen. Zumindest programmatisch wurde damit ein Konzept eines Nationalstaates mit weitgehender Selbstbestimmung vorgestellt. Das wiederum gab, eher ungewollt, neue politische Betätigungsmöglichkeiten für die nationalistischen deutschen Aktivisten innerhalb und außerhalb Westungarns. Die neue ungarische Regierung ließ aber mit dieser Erklärung auch keine Zweifel daran, dass auch sie alles daransetzen wolle, um den bisherigen territorialen Besitzstand, trotz vorhandener kultureller Diversität der Bevölkerung, weitgehend erhalten zu können. Sie anerkannte lediglich den tschechischen, polnischen und südslowakischen Staat, nahm aber die Unabhängigkeitserklärung des Slowakischen Nationalrates sowie das Arader Memorandum des Rumänischen Nationalrates nicht an und bot den slowakischen und rumänischen Führern bloß Autonomie an.<sup>87</sup>

---

<sup>85</sup> Nach der revolutionären Umwälzung. Die ersten Stunden der neuen Volksregierung. Ein blutiges Nachspiel zur unblutigen Revolution. Ermordung des Grafen Stefan Tisza. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 256 (1. 11. 1918) 1.

<sup>86</sup> Eine Proklamation der neuen Regierung an das Volk Ungarns. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 256 (1. 11. 1918) 1.

<sup>87</sup> Péter Hanák, Ungarn im Auflösungsprozess der österreichisch-ungarischen Monarchie. Grundlagen und Folgen. In: Karl Bosl (Hg.), Versailles – St. Germain – Trianon: Umbruch in Europa vor fünfzig Jahren (München/Wien 1971) 44.

Wie bei allen Brüchen mit der Vergangenheit musste auch in Ungarn die Geschichte als Begründung und Legitimationsinstanz einer neuen Gegenwart umgeschrieben werden, um eine Kontinuität auf den verschiedenen Ebenen behaupten zu können. Denn durch den Zusammenbruch der alten Ordnung entstand eine Kluft zwischen Vergangenheit und Zukunft, die die politische Legitimation in Frage stellte. Es mussten daher neue Orientierungspunkte gesetzt werden, die nicht ohne Rückgriff auf die Vergangenheit auskamen.<sup>88</sup> Als Träger der kollektiven Identität wurde nach wie vor die Nation bemüht, ein Begriff, der allerdings mit verschiedenen Inhalten aufgeladen ist. Da in der kollektiven politischen Identität die Imagination eine wichtige Rolle spielt, konnte im neunzehnten Jahrhundert die Bildung von Nationen eng mit der Vorstellung homogener und stolzer Vergangenheit verbunden werden. Je ungewisser die nationale Identität in der Gegenwart war, desto notwendiger schien daher die Vergewisserung in der Vergangenheit. Die Verweigerung, sich mit dem Ersten Weltkrieg und der Vergangenheit gezielt auseinanderzusetzen, konnte es mit sich bringen, dass an die Stelle der Erinnerungen verschiedene Mythen treten konnten, die als verbindende und integrierende Kraft in der Nachkriegsgesellschaft dienten. Die Zeit nach 1918 bedeutete einen endgültigen Abschied von der Habsburgermonarchie und eine Zäsur für die nationale Identität.<sup>89</sup>

Die Károlyi-Regierung war bemüht, ihre bürgerlich-radikalen Ideen zur Lösung der anstehenden Probleme propagandistisch unter der heimischen Öffentlichkeit zu verbreiten. Mit dieser Aufgabe wurde das „Landeskomitee für Propaganda“ betraut. Zu den Aufgaben des Komitees gehörten die Popularisierung der Errungenschaften der Revolution, die Beruhigung und Aufklärung der Bevölkerung und die Rückgewinnung der Sympathien der Nationalitäten beziehungsweise die Schaffung einer neuen Einigkeit unter den Völkern des Landes.<sup>90</sup>

In großen Teilen der ungarischen Gesellschaft fand die neue Regierungspolitik weitgehende Zustimmung. Péter Hanák meinte allerdings zu dieser Haltung, „[d]ie ungarische Gesellschaft [konnte] nicht aus dem Bannkreis der nationalen Staatsidee und der Hegemonie ausbrechen.“<sup>91</sup> Dass diese Charakterisierung der ungarischen Gesellschaft zutrifft, zeigte sich bereits im Dezember 1918. Als Reaktion auf die durch die Waffenstillstandsvereinbarungen erlittenen ungarischen territorialen Verluste wurde von nationalistischen ungarischen Aktivisten in

---

<sup>88</sup> László Levente *Balogh*, *Trianon – Stationen und Statuen des Schmerzes*. In: Harald Gröller/Harald Heppner (Hg.), *Die Pariser Vororte-Verträge im Spiegel der Öffentlichkeit* (Wien 2013) 53–69, hier 53.

<sup>89</sup> *Balogh*, *Trianon*, 56-57.

<sup>90</sup> *Kovács-Bertrand*, *Der ungarische Revisionismus*, 45.

<sup>91</sup> *Hanák*, *Ungarn im Auflösungsprozess der österreichisch-ungarischen Monarchie*, 43.

Budapest die „Liga zum Schutze der territorialen Integrität Ungarns“ gegründet, deren Mitglieder Universitätsprofessoren, Wissenschaftler, Techniker, Vertreter des Adels, der Banken und der Wirtschaft waren. Der Vorsitzende des Vereins wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, *„wie wichtig es sei, daß die wirtschaftliche Einheit des Landes nicht gelöst werde, da dies sowohl für das Ungarntum als für die Entwicklung der Nationalitäten nachteilig wäre. Es wird Aufgabe der Liga sein, die Nationalitäten und die wissenschaftlichen Faktoren des Auslandes hierüber aufzuklären. [...] Was unsere inneren Feinde anbelangt, stehen wir hier solchen gegenüber, die in Kultur und Moral zu führen wir berufen sind.“*<sup>92</sup> Von der Liga wurde ausdrücklich begrüßt, dass auch die Károlyi-Regierung sich die territoriale Integrität des Landes zum gemeinsamen Programmpunkt gemacht habe. Auch ließ die Liga in ihren Erklärungen keinen Zweifel an ihren nationalistischen Zielsetzungen, dem Ungarntum gegenüber den anderen Nationalitäten den Vorrang einzuräumen. Und die ungarische Presse akzeptierte ohne Kritik diese Überzeugungen, denn sie gab sie unreflektiert weiter.

Auch die Erklärungen führender ungarischer Politiker, wie etwa die des Landwirtschaftsministers der Károlyi-Regierung, Barna Buza, waren nicht frei von Polemik gegen die Minderheiten. Er stellte die Rechtmäßigkeit und den Sinn der von den Nachbarvölkern erhobenen Forderungen in Frage und warf den Minderheiten im eigenen Land Undankbarkeit vor. Zugleich war er überzeugt, dass bei einer Volksabstimmung die Minderheiten für Ungarn votieren würden. Trotz seines Bekenntnisses zum Selbstbestimmungsrecht, das seiner Meinung nach die Aufrechterhaltung des historischen Ungarn nicht ausschließe, pochte er auf die wirtschaftliche Einheit des Landes.<sup>93</sup>

Allen ungarischen Beteuerungen zum Trotz sahen die Alliierten und ihre Verbündeten in der neu geschaffenen ungarischen Volksrepublik den Rechtsnachfolger des dualistischen Ungarn. Denn die ungarische Regierung wollte wenigstens „bis zum Friedensvertrag die Oberhoheit der ungarischen Verwaltung auf dem gesamten Gebiet des engeren Ungarn aufrechterhalten, auch dort, wo sie im Waffenstillstand von Belgrad vom 13. November der Besetzung zugestimmt hatte.“ Peter Hanák führte dies darauf zurück, dass das neue System an den nationalistischen Ansprüchen, seiner Bindung an eine zerronnene Staatsidee und seinem Illusionismus

---

<sup>92</sup> Liga zum Schutze der territorialen Integrität Ungarns. In: Pester Lloyd (Abendblatt) Jg. 65, Nr. 294 (16. 12. 1918) 3.

<sup>93</sup> Kovács-Bertrand, Der ungarische Revisionismus, 47.

festhielt. Für die Alliierten und ihre Verbündeten dürfte aber seiner Meinung nach in der Formulierung ihrer Ansprüche und Beschlüsse dennoch nicht vorrangig die ungarische Nationalitätenpolitik ausschlaggebend gewesen sein, sondern ihre eigenen Machtinteressen.<sup>94</sup>

### 5.1.2 Revolutionäres Ungarn

Die ungarische Koalitionsregierung der Sozialdemokraten mit den kleinen bürgerlichen Parteien unter Károlyi erwies sich als zu schwach oder unfähig, die notwendigen Sozialreformen durchzusetzen und mit der Umverteilung des Bodens zu beginnen. „Das war eine drängende Frage, denn in Ungarn hatte der Magyarenadel enorme Privilegien behalten und bewirtschaftete mit einer fast noch untertänigen Bauernschaft weiterhin ausgedehnte Ländereien.“ Es kam zu Massendemonstrationen in den Städten, die einen radikalen Wandel forderten. Die moderaten Sozialdemokraten verloren an Einfluss und zunehmend forderten Arbeiter- und Soldatenräte die Regierungsmacht heraus. Vor allem aber konnten die Hoffnungen auf einen für die ungarische Gesellschaft akzeptablen Frieden ohne nennenswerte Gebietsverluste nicht erfüllt werden. Den Ausschlag für das Scheitern der Regierung gaben schließlich die Alliierten, die ultimativ den Rückzug des ungarischen Militärs forderten, das sich rumänischen Truppen entgegenstellte, um noch größere ungarische Gebietsverluste zu verhindern. Am 21. März 1919 trat die Koalitionsregierung zurück, weil sie das alliierte Ultimatum nicht annehmen wollte.<sup>95</sup>

Von alliierter Seite wurden bereits durch die Demarkationslinie von Belgrad und später durch eine Reihe von Modifikationen immer größere von Ungarn bewohnte Gebiete besetzt. Auf der Pariser Konferenz wurden weitgehend die einmal historischen und dann wieder strategischen und wirtschaftlichen Argumente der Nachfolgestaaten bei der Bestimmung der endgültigen Grenzen anerkannt. Die Alliierten, vor allem Frankreich, ließen sich in ostmitteleuropäischen Angelegenheiten vom Hauptmotiv leiten, die Nachfolgestaaten als Pfeiler ihres Einflusses zu stärken. In diesen neuen Rahmen ließ sich jedoch die ungarische Volksrepublik nicht einfügen. Die französischen Politiker und Militärs brachten wenig Verständnis für die ungarische Regierung und ihre Schwierigkeiten sowie ihr ungewisses Schicksal auf. Dies war zum Großteil die Ursache dafür, dass Anfang 1919 in Ungarn die westliche Orientierung und mit ihr die demokratische Ordnung verloren gingen und bald darauf die Regierung gestürzt wurde.<sup>96</sup>

---

<sup>94</sup> Hanák, Ungarn im Auflösungsprozess der österreichisch-ungarischen Monarchie, 44.

<sup>95</sup> Kershaw, Höllensturz, 191-192.

<sup>96</sup> Hanák, Ungarn im Auflösungsprozess der österreichisch-ungarischen Monarchie, 45-46.

In der am 22. März 1919 veröffentlichten Proklamation des Präsidenten Michael Károlyi an das ungarische Volk hieß es: „*Die Regierung ist zurückgetreten. [...] Ich danke ab und übergebe die Macht dem Proletariat der Völker Ungarns.*“<sup>97</sup>

Nun konnten „[d]ie Kommunisten die Macht übernehmen und die Räterepublik Ungarn und eine ‚Diktatur des Proletariats‘ ausrufen.“<sup>98</sup> War von alliierter Seite und von den Nachbarstaaten schon der ungarischen demokratischen Republik nur geringes Verständnis entgegengebracht worden, konnte die Räterepublik mit noch weniger rechnen, obwohl sie mit dem ungarischen Nationalismus ein Ende machte.<sup>99</sup> Bela Kun regte sogar im April 1919 zur Lösung aller Streitfragen mit den Nachbarstaaten die Abhaltung einer Konferenz der auf dem Gebiet der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie neu entstandenen Staaten parallel mit der Pariser Konferenz in Prag oder in Wien an. Nach Kun wäre die Konferenz berufen, Fragen der politischen Grenzen, die für Ungarn keine besondere Wichtigkeit besäßen, und der wirtschaftlichen und Verkehrsverhältnisse zu lösen. Ungarn stehe nicht auf der Grundlage der territorialen Integrität, verwehre sich nur dagegen, dass irgendein Problem im Sinne imperialistischer Eroberungspolitik gelöst werde.<sup>100</sup>

Mit dieser Erklärung signalisierte die Räteregierung, dass sie von der territorialen Integrität Abstand nähme und das Selbstbestimmungsrecht der Nachbarvölker sowie deren Anspruch auf ihre nationalen Gebiete anerkenne. Denn die Führer der Räterepublik hielten die Grenzfrage nicht für wichtig. Sie glaubten an die Weltrevolution und die Verwirklichung der europäischen sozialistischen Revolution. Unter diesem Aspekt hatte daher die Diskussion über nationale Grenzen keinen Sinn.<sup>101</sup>

In einem Interview im April 1919 sagte der Volksbeauftragte Kalmár über die neue Kulturarbeit der ungarländischen Deutschen, die Nationalitätenfrage sei von jeher ein wunder Punkt im Lande gewesen. Eine chauvinistisch denkende Oberschicht habe mit ihren Maßregeln die wirtschaftliche und geistige Knechtung des ganzen Volkes, darunter auch des deutschen Volkes, bezweckt. Die Räterepublik wolle die deutsche Kultur in Ungarn zu neuer Blüte bringen. Vor allem wolle man die deutschen Siedlungsgebiete sprachlich abgrenzen. Wo Deutsche in

---

<sup>97</sup> Proklamation des Präsidenten Michael Károlyi an das ungarische Volk. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 66, Nr. 68 (22. 3. 1919) 1.

<sup>98</sup> Kershaw, Höllensturz, 192.

<sup>99</sup> Hanák, Ungarn im Auflösungsprozess der österreichisch-ungarischen Monarchie, 46.

<sup>100</sup> Volksbeauftragter für Äußeres Béla Kun über die Verhandlungen mit General Smuts. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 66, Nr. 81 (6. 4. 1919) 1.

<sup>101</sup> Hanák, Ungarn im Auflösungsprozess der österreichisch-ungarischen Monarchie, 46.

größeren Massen wohnen, sollen deutsche Direktorien aufgestellt werden, so auch in Westungarn. Hauptaufgabe sei nun die Errichtung und Verdeutschung der Volksschulen, die Errichtung von Kindergärten und Bewahranstalten. In den Volksschulen, in denen die Unterrichtssprache Deutsch ist, soll auch magyarisch als Gegenstand unterrichtet werden. Man erhoffe sich dadurch mehr Erfolg als im bisherigen System, bei dem die Kinder weder deutsch noch ungarisch konnten.<sup>102</sup>

Doch Theorie und Praxis klappten stark auseinander. „*Los von Ungarn in – Ungarn*“ so lautete im April 1919 die Überschrift eines Artikels einer österreichischen Zeitung über Vorgänge im Ödenburger Komitat. Der Artikel wurde von einem Mitarbeiter des Blattes über die Situation im Ödenburger Komitat verfasst und beschäftigte sich mit den Fragen der dortigen Bevölkerung: „*Kommen wir zu Deutschösterreich?*“ „*Wie lange müssen wir noch unter dieser [...] Regierung leiden?*“ „*Warum erlöst uns Deutschösterreich nicht?*“ Weiter hieß es, was eine Legion von Agitatoren nicht hätte zustande bringen können, habe die Budapester bolschewistische Regierung in kurzer Zeit geschafft. Besonders verhasst gemacht habe die Kommunisten bei der Bevölkerung ihr brutales Vorgehen gegen die Religion. Alle mit ganz wenigen Ausnahmen seien nun für den Anschluss an Deutschösterreich. Den deutschösterreichischen Parteien, der Wiener Nationalversammlung und der Regierung erwachse eine große Aufgabe. Es wäre vom nationalen Standpunkt aus nicht zu verantworten, wenn man gegenüber diesem Anschluss untätig bliebe.<sup>103</sup>

Ob große Teile der deutschwestungarischen Bevölkerung tatsächlich gegen diese Drangsal aufbegehrten, lässt sich schwer feststellen. Doch dürfte das extreme Vorgehen der ungarischen Kommunisten gegen die Religion und deren Ausübung in der größtenteils bäuerlichen Bevölkerung Westungarns starke emotionale Reaktionen hervorgerufen haben. Dadurch werden auch die flehentlichen Hilferufe in einem durch Gewalt geprägten Umfeld verständlich. Dieser ausführliche Artikel über Zustände in Deutschwestungarn zur Haltung der dortigen Bevölkerung lässt aber noch etwas anderes erkennen. Es sind die ideologischen Gegensätze zwischen der Blattlinie der Reichspost und dem von ihr vehement bekämpften Kommunismus. Angeprangert wurden im Artikel Praktiken der bolschewistischen Machthaber auf dem Lande und in den Gemeinden, denen Vertretungen aufgezwungen werden, die zum größten Teil aus „*arbeitsscheuen und politischen Desparados*“ bestünden. Den nationalistischen deutschen Aktivisten in Wien war dieser Artikel sicher willkommen, stützte er doch ihre Bemühungen

---

<sup>102</sup> Volksbeauftragter Kalmár über die neue Kulturarbeit der ungarländischen Deutschen. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 66, Nr. 90 (17. 4. 1919) 4.

<sup>103</sup> Los von Ungarn in – Ungarn. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVI, Nr. 195 (26. 4. 1919) 1-2.

um einen Anschluss Deutschwestungarns an Deutschösterreich. Inwieweit der Artikel auf fruchtbaren Boden in der österreichischen Bevölkerung und vor allem bei der deutschösterreichischen sozialistischen Staatsführung fiel, lässt sich schwer beurteilen, da keine unmittelbaren Reaktionen von diesen Seiten in der Berichterstattung auffindbar sind. Auch in den folgenden Wochen berichteten die österreichischen Zeitungen, selbst die Arbeiter-Zeitung, von bolschewistischen Übergriffen auf die Bevölkerung Deutsch-Westungarns.

Dass die Sozialdemokraten in der deutschösterreichischen Regierung ideologische Gemeinsamkeiten mit dem ungarischen kommunistischen Regime teilten, ist unbestritten. In der westungarischen Frage fanden sie aber keinen gemeinsamen Nenner. Diese ungelöste Frage bot auch während der österreichischen Friedensverhandlungen Konfliktstoff zwischen dem kommunistischen Ungarn und Deutschösterreich. *„Ein neues Attentat der deutschösterreichischen Regierung gegen Ungarn“* lautete eine Titelzeile am 7. Mai 1919. *„Und nun, da Deutschösterreich seine Friedensdelegation entsendet, hat man die Kühnheit, unter den Delegierten auch einen Bevollmächtigten für Westungarn zu nominieren. [...] Mit welchem Rechte maßte sie sich das Recht an, im Namen eines ungarländischen Gebietes aufzutreten? Glaubt sie vielleicht auf diese bequeme Weise aus dem allgemeinen Raubzuge gegen Ungarn sich auch Beute erschleichen zu können?“* Der österreichischen Regierung wurde ein Doppelspiel vorgeworfen, da sie einerseits ständig Klage über die Einmischung Ungarns in innere Angelegenheiten führe, andererseits ohne Berechtigung sich *„berufen fühlt, im Namen eines integrierenden Bestandteiles Ungarns auf der Pariser Friedenskonferenz aufzutreten.“*<sup>104</sup> Vom Blatt wurde vehement der Standpunkt der Räteregierung vertreten, stand es doch im Dienste der bolschewistischen Machthaber. Die Reaktion der Räteregierung lässt sich mit den außenpolitischen Entwicklungen, vor allem durch den Einmarsch fremder Truppen in Ungarn, erklären.

Während des Monats Mai 1919 finden sich in den österreichischen Blättern zahlreiche Artikel und Meldungen, die von Hilferufen aus Westungarn berichten. Eine Meldung vom 3. Mai 1919 erklärte, dass zahlreiche in Wien eingetroffene Westungarn im Namen ihrer Gemeinden gegen die zunehmende Anarchie in Westungarn um Hilfe bitten, da niemand mehr des Lebens sicher sei, Raub und Plünderungen seien an der Tagesordnung. Sie verstünden es nicht, dass Deutschösterreich und die Ententestaaten sie vollständig im Stich lassen.<sup>105</sup> Unter der Titelzeile *„Deutschwestungarns Hilferuf“* wird von einer raubenden und plündernden Roten Garde

---

<sup>104</sup> Ein neues Attentat der deutschösterreichischen Regierung gegen Ungarn. In: Pester Lloyd (Abendblatt) Jg. 66, Nr. 105 (7. 5. 1919) 1-2.

<sup>105</sup> Hilferufe aus Westungarn. Bitte an die Wiener Regierung und Ententemissionen um Besetzung. In: Neue Freie Presse (Abendblatt) Jg. 1919, Nr. 19644 (3. 5. 1919) 3.

in Deutschwestungarn berichtet. Statt der zugebilligten Selbstverwaltung werde das Gebiet von kommunistischen Truppen und politischen Agitatoren überschwemmt, die jede Regung eines Selbständigkeitstriebes mit Gewalt unterdrückten.<sup>106</sup> Oder es stand zu lesen: „*Wenige Kilometer von Wien entfernt, leidet ein kerndeutsches, braves Bauernvolk ein schreckliches Martyrium.*“ Diesseits der Leitha rege sich nur platonisches Mitgefühl. „*Und warum? Weil unsern sozialistischen Machthabern der Anschluß der hunderttausender braver christlicher Bauern aus parteipolitischen Rücksichten nicht zu passen scheint.*“<sup>107</sup>

Diese Meldungen in den deutschösterreichischen Zeitungen nützten zweifelsohne den Zielsetzungen der nationalistischen deutschen Aktivisten in Deutschösterreich und machten zumindest hier ihre Anliegen einer größeren Leserschaft bekannt. Der Verbreitung österreichischer Zeitungen in Westungarn waren durch die bestehende Zensur in Ungarn aber Grenzen gesetzt. Deswegen war es für österreichische Zeitungen fast unmöglich, dort größere Bevölkerungsschichten zu erreichen.

Die Ereignisse in Ungarn zwangen die Räteregierung bald zur Aufgabe ihrer pazifistischen Grundsätze. Nach dem Überschreiten der Demarkationslinie durch rumänische Truppen im Osten und der Offensive der tschechoslowakischen Armee im Nordungarn im April 1919 leitete die Räteregierung militärische Schritte gegen die Angreifer ein. Mit der im Juni erfolgten ultimativen Aufforderung der Friedenskonferenz zur Räumung der von ungarischen Truppen besetzten Slowakei wurden gleichzeitig die endgültigen nördlichen und östlichen Grenzen Ungarns festgelegt. Trotz Erfüllung der Forderung durch die Räteregierung erfolgte weder die versprochene Einladung Ungarns zur Friedenskonferenz noch konnte die Entente die Einstellung der rumänischen Intervention in Ungarn bewirken. In dieser ausweglosen Situation blieb der Räteregierung nur der Rücktritt.<sup>108</sup>

Brandsch meinte zu dieser Situation in Deutsch-Westungarn, die deutsche Bevölkerung erwarte sehnsüchtig ihre Erlösung. Ihm sei vom österreichischen Oberbefehlshaber der Streitkräfte mitgeteilt worden, er sei bereit gewesen, Westungarn militärisch zu besetzen, doch wollte ihm der für das Heer zuständige sozialistische Staatssekretär Deutsch dafür keine materielle Unterstützung geben. Es bestehe aber der Plan, sobald die Stellung der Räteregierung in Budapest noch mehr erschüttert sei und die Zeichen des Aufruhrs sich in Westungarn mehren, dass dann der deutschösterreichische Grenzschutz in Westungarn einmarschieren und das

---

<sup>106</sup> Deutschwestungarns Hilferuf. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVI, Nr. 207 (4. 5. 1919) 4.

<sup>107</sup> Westungarn und Deutschösterreich. Pontius Pilatus. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVI, Nr. 212 (9. 5. 1919) 6.

<sup>108</sup> Kovács-Bertrand, Der ungarische Revisionismus, 75-76.

Land besetzen solle. Dazu liege auch die Zustimmung der Sozialdemokraten vor. Der Plan wurde, nach den Schilderungen von Brandsch, aus mehreren Gründen nicht in die Tat umgesetzt. Das nach dem Ende der Räterepublik etablierte gegenrevolutionäre Regime begegnete der Gefahr eines Abfalls durch Zusammenziehung von Truppen in Westungarn. Den Ausschlag für den österreichischen Verzicht auf einen Einmarsch in Westungarn gab jedoch die Entscheidung der Friedenskonferenz vom Juli 1919, Westungarn Österreich anzugliedern.<sup>109</sup>

Die vier Monate des kommunistischen Regimes in Ungarn wurden zum Desaster. Übereilte Maßnahmen zur Verstaatlichung der Wirtschaft, der Einzug von Bankeinlagen, die Beschlagnahme von Lebensmitteln, die Verfolgung der Kirche und mit zunehmendem Staatsterror die willkürliche Verhaftung hunderter Grundeigentümer führten dazu, dass alle diese Maßnahmen als „Roter Terror“ empfunden wurden. Die kommunistische Herrschaft hatte alle gegen sich aufgebracht, die Mittelschicht, die Bauern und sogar einen Großteil der Arbeiter. Während das Land in Anarchie abglitt, marschierten rumänische, tschechoslowakische und jugoslawische Truppen in Ungarn ein. Die Tatsache, dass Béla Kun und die meisten der für den „Roten Terror“ verantwortlichen Kommissare Juden waren, gab dem Antisemitismus in Ungarn neue Nahrung. Béla Kuns glücklose Regierung musste am 1. August 1919 kapitulieren, kurz bevor rumänische Truppen in Budapest einmarschierten.<sup>110</sup>

### 5.1.3 „Christlich-nationales“ Ungarn

„Rücktritt der Räteregierung. Konstituierung eines neuen Kabinetts“ hieß es am 2. August 1919 in der ungarischen Presse. Als Grund für das Ende der Räteregierung wurde die militärische und wirtschaftliche Überlegenheit der Gegner angegeben. Ein weiterer bewaffneter Widerstand gegen die Entente wäre kein Heldenmut, sondern Selbstmord. Die Pflicht der neuen Regierung sei vor allem die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Ein Ausbruch der Gegenrevolution müsse mit allen Mitteln verhindert werden.<sup>111</sup>

Nach dem Rücktritt der Räteregierung war die Lage in Ungarn instabil. Innerhalb von Monaten konnten die Rechtsnationalen ihre Herrschaft in Ungarn wieder herstellen. Militär, Bürokratie, Wirtschaftsführer und große Teile der Bauernschaft, die alle von Kuns Regime abge-

---

<sup>109</sup> Wulf *Schmidt-Wulffen*, Das Burgenland und die deutsche Politik 1918-1921. In: Österreichische Osthefte 11 (1969) 270-287, hier: 272.

<sup>110</sup> *Kershaw*, Höllensturz, 192.

<sup>111</sup> Rücktritt der Räteregierung. Konstituierung eines neuen Kabinetts. Ein Manifest an das Volk Ungarns. Ein Aufruf des Oberstleutnants Romanelli. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 66, Nr. 179 (2. 8. 1919) 1.

stoßen waren, begrüßten die Wiederherstellung der Ordnung durch den konservativen Autoritarismus.<sup>112</sup> Eine blutige Abrechnung mit der Linken, der sogenannte „weiße Terror“, konnte nur langsam eingedämmt werden. Belastend war zudem die rumänische Besetzung Budapests. Nach kurzlebigen Gegenregierungen in Wien, Arad und Szegedin überließ die traditionelle politische Elite die Regierung István Friedrich von der Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung. Daneben baute in Siófok am Plattensee Miklós Horthy eine „nationale Armee“ auf, die auch die westliche Landeshälfte mit Terror überzog. Horthy machte seinen Machtanspruch durch den Einzug seiner Armee am 16. November 1919 in Budapest geltend. Kurz darauf wurde von Károly Huszár eine Koalitionsregierung gebildet, der auch Sozialdemokraten und Liberale angehörten. Diese Regierung wurde auch von der Friedenskonferenz anerkannt. Die Parlamentswahlen im Jänner 1920, an denen die Sozialdemokraten wegen des weißen Terrors nicht teilnahmen, brachte die meisten Sitze für die Kleinlandwirte, die in ihrem Programm die Interessen des Besitzbuerntums vertraten, aber auch Anhänger im Kleinbürgertum hatten. Zweitstärkste Kraft war die Partei der Christlich-Nationalen, die überwiegend in Budapest beheimateten Bürgerlich-Liberalen erhielten 6 Sitze.

In der Königsfrage einigte man sich im Februar 1920 auf ein Provisorium, nach welchem im März 1920 Horthy als Reichsverweser mit den wichtigsten Befugnissen des Königs ausgestattet wurde. Das neu etablierte politische System nannte sich nun der „christlich-nationale Kurs“. Der rechtsextreme Terror von Horthys „nationaler Armee“ und die mit dessen Hilfe gesicherte Wahl zum Reichsverweser riefen im Ausland Vorbehalte gegen das „Horthy-Ungarn“ hervor, die auf das Land zurückfielen. In den folgenden Jahren distanzierte sich Horthy weitgehend von den rechtsextremen Kräften und näherte sich den gemäßigten Gruppen der Großgrundbesitzer und Großindustriellen um Teleki und Bethlen an.<sup>113</sup>

## **5.2 Österreichisches Nationalbewusstsein**

Wie bereits an anderer Stelle vermerkt, beschränkt nach dem Ausgleich 1867 Österreich und Ungarn verschiedene Wege im Umgang mit Fragen der Vielsprachigkeit und der nationalen Identifikation. In den Folgejahren bestätigten verfassungsrechtliche Regelungen immer wieder den multilingualen Status des österreichischen Staates. Die österreichische Staatlichkeit schuf seit dem 18. Jahrhundert verschiedene Formen von kollektivem Österreichbewusstsein. Oft war ein solches Staatsbewusstsein, das den Staat in patriotischer Weise bejahte, vom Nati-

---

<sup>112</sup> Kershaw, Höllensturz, 193.

<sup>113</sup> Kovács-Bertrand, Der ungarische Revisionismus, 76-77.

onalbewusstsein getrennt, ein Problem jener europäischen Regionen, in denen die Staatsgebiete im 19. Jahrhundert nicht mit den Wohngebieten der sich konstituierenden Nationen übereinstimmten. Im Prozess konkurrierender sprachnationaler Gruppen innerhalb der Habsburgermonarchie entwickelten die deutschsprachigen Österreicher ein deutsch-österreichisches Nationalbewusstsein, das sich emotional an der Dynastie und Staatlichkeit der Habsburgermonarchie orientierte, andererseits durch eine ebenso emotionale sprachlich-kulturelle Orientierung am Deutschtum erkennbar war. Innerhalb der deutsch-österreichischen Nation gab es zahlreiche regional und gesellschaftlich unterschiedliche Ausprägungen des Nationalbewusstseins, angefangen vom österreichischen Patriotismus der Beamten, Unternehmer und Bauern bis hin zum radikalen irredentistischen Deutschnationalismus. Obgleich Letzterer politisch nur eine kleine Minderheit umfasste, fand er durch seine starke Verbreitung innerhalb der Bildungseliten und bei Studenten eine relativ große gesellschaftliche Bedeutung.<sup>114</sup>

Nach vierjährigem Krieg erfuhr die nach dem Waffenstillstand (3. November 1918) erfolgte „österreichische Revolution“<sup>115</sup> – man konnte das, was sich in diesen Tagen abspielte „zumindest in der Überstürzung der Ereignisse eine Revolution“<sup>116</sup> nennen – mit der Errichtung der Republik ihr vorläufiges Ende. Die aus Sozialdemokraten, Christlichsozialen und Deutschnationalen gebildete deutschösterreichische Regierungskoalition sollte „*die Furcht vor einer allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe*“<sup>117</sup> verhindern – so definierte Staatskanzler Renner am 12. November 1918 in der dritten Sitzung der provisorischen Nationalversammlung eines ihrer Ziele. Vom deutschösterreichischen Staatsrat wurde am 11. November 1918 das Gesetz über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich als Gesetzesvorlage beschlossen und an die provisorische Nationalversammlung zur Beschlussfassung weitergeleitet. Renner legte gegenüber Vertretern der Presse die Beweggründe des Staatsrates für diese Gesetzesvorlage dar und erklärte unter anderem: „*Der Staatsrat und die Nationalversammlung ringen nach innen und nach außen einen verzweifelten Kampf. Nach außen um die Sicherung des ererbten Siedlungsgebietes der Nation, nach innen um die Aufrechterhaltung*

---

<sup>114</sup> Ernst Bruckmüller, Die Entwicklung des Österreichbewusstseins, <http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/bruckmueller.pdf>, (02.11.2019)

<sup>115</sup> Hans Haas, Österreich und die Alliierten 1918-1919. In: Isabella Ackerl/Rudolf Neck (Hg.), Saint Germain 1919. Protokoll des Symposiums am 29. und 30. Mai 1979 in Wien (Wien 1989) 11-40, hier 11.

<sup>116</sup> Roman Sandgruber, Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart (Österreichische Geschichte, hg. v. Herwig Wolfram, Wien 1995) 335.

<sup>117</sup> Die Erklärung der Republik in der Nationalversammlung. Die Sitzung. In: Arbeiter-Zeitung (Morgenblatt) Jg. XXX, Nr. 310 (13. 11. 1918) 4.

*der letzten Reste sozialen Zusammenhanges. Diese Absicht hält die sonst undenkbbare Koalition von drei Parteigruppen zurzeit zusammen.*<sup>118</sup>

Die Begleitumstände bei der Ausrufung der Republik „Deutsch-Österreich“ am 12. November 1918 zeigen deutlich die Schwierigkeiten der ersten Jahre des neuen Staates. Während der Ausrufung der Republik im Parlament versuchten die Roten Garden das Gebäude zu stürmen. Dabei kam es zu Schießereien mit Todesopfern, die rot-weiß-rote Fahne wurde heruntergerissen, das Weiß entfernt und die rote Fahne als Symbol der Räterepublik wieder gehisst. Noch Monate danach blieb nach einem kommunistischen Putschversuch im April 1919 unklar, ob sich der Staat in eine demokratische Republik oder einen Staat nach sowjetischem Muster entwickeln würde. Die Proklamation der Republik selbst erfolgte dergestalt, dass die Republik Deutsch-Österreich einen Teil der deutschen Republik bilden sollte. Es war somit der Zusammenschluss zweier demokratischer Staaten geplant. Damit lagen die Abgeordneten im Trend der Zeit, denn das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ galt als Schlagwort dieser Jahre. Allerdings nicht, wie sich später zeigte, für die besiegten Mächte des Ersten Weltkriegs. Hinzu kam, dass der junge Staat noch keine festen Grenzen hatte. Beanspruchen wollte man alle von Deutschen bewohnten Gebiete der Monarchie.<sup>119</sup>

In dieser Situation schien es verständlich, dass die meisten Österreicher, die nun nicht mehr in einem Riesenreich, sondern in einem kleinen deutschsprachigen Nationalstaat lebten, ihre Hoffnungen zunächst auf eine Vereinigung mit Deutschland setzten, ein Wunsch, der von den Alliierten zunichtegemacht wurde.<sup>120</sup> Während verschiedene deutschnationale Gruppierungen schon vor dem Weltkrieg für einen Anschluss an das Wilhelminische Deutsche Reich plädiert hatten, stand für die Sozialdemokraten nach 1918 der Gedanke an den Anschluss an eine neue deutsche Republik im Vordergrund. Das christlichsoziale Lager konnte sich nur schwer von der österreichisch-habsburgischen Tradition lösen. Für die Meisten war mit dem Ende des alten Österreich ihr Staat, ihr Vaterland, verschwunden und die Frage, wohin man nun eigentlich gehöre, quälend. Man sah sich als deutschen Rest des alten Reiches, das nun in der neuen Republik zusammengefasst und zunächst als "Deutschösterreich" bezeichnet wurde.

Unter diesen Voraussetzungen war es schwer, Österreich als eigene Nation zu begreifen. Ernst Bruckmüller sprach in diesem Zusammenhang von einer „fundamentalen kollektiven

---

<sup>118</sup> Eine sozialdemokratische Begründung. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXV, Nr. 522 (12. 11. 1918) 2.

<sup>119</sup> <sup>119</sup> Karl Vocelka, Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik (Graz 2000) 272ff.

<sup>120</sup> Kershaw, Höllensturz, 190.

Identitätskrise“.<sup>121</sup> Die Entstehung der Ersten Republik sei ein Prozess der Desintegration gewesen, der ein Gefühl des „Zuhause im eigenen Heim“ der Bewohner Österreichs nicht entstehen ließ. Die wesentlichen Hindernisse dafür waren, dass die neue Republik nicht die gesamte deutschsprachige Bevölkerung Cisleithaniens umfasste, und vor allem dass kein Wunsch nach einem Ende der Monarchie dahinter stand. „Desintegration ohne ein gewisses Verlangen danach erzeugt offenkundig keine Identität, sondern höchstens ein ‚Vakuum an Identität‘, in welches als scheinbar logische Fortsetzung des sprachnationalen Bewusstseins die Forderung nach dem Anschluss an Deutschland einströmte.“<sup>122</sup> Die Orientierung nach Deutschland in der demokratischen Phase der Ersten Republik erscheine vor allem durch den Schock des Zerfalls der Monarchie erklärbar, durch den der österreichische Bestandteil des Nationalbewusstseins schwerstens getroffen wurde und zu dessen Bewältigung eine Flucht hin zum Deutschtum und in das immer noch mächtige Deutsche Reich erfolgte.<sup>123</sup>

### 5.2.1 Die Frage der Grenzen

Fürs erste blieb völlig unklar, wo genau die neuen Grenzen für die Nachfolgestaaten des untergegangenen Habsburgerreiches verlaufen werden. Diese Unsicherheit betraf somit auch die Deutschen Westungarns und deren Siedlungsgebiet, erhob nun neben Ungarn auch Deutsch-Österreich Anspruch auf dieses Territorium.

In Verfolgung des Zieles der Sicherung des Siedlungsgebietes wurde bereits am 14. November 1918 in der Provisorischen Nationalversammlung die Absteckung der Grenzen Deutsch-Österreichs beraten, allerdings ohne zu einem Beschluss zu gelangen.<sup>124</sup> Während der Debatte erklärte der Abgeordnete Dr. Heilingner zu den zum überwiegenden Teil von Deutschen bewohnten westungarischen Komitaten, sie seien für Wien wichtig, weil es dadurch ein entsprechend großes Hinterland erlangen könnte. „*Gehen wir nach Ungarn und besetzen wir diese Gebiete, dann haben wir morgen Lebensmittel genug. Es liegen Nachrichten vor, daß die dort wohnenden Deutschen die ungarischen Amtspersonen bereits abgesetzt haben. Man kann also heute mit Leichtigkeit einmarschieren.*“ Staatskanzler Renner hielt dem entgegen, man könne, wenn man nicht den Kriegszustand erklären wolle, ein bis heute rechtlich unter einer fremden

---

<sup>121</sup> Ernst Bruckmüller, Das neue Österreich. Die Ausstellung zum Staatsvertragsjubiläum 1955-2005. In: Günter Dürigl, Österreichische Galerie Belvedere (Wien 2005) 242.

<sup>122</sup> Ernst Bruckmüller, Nation Österreich. Sozialhistorische Aspekte ihrer Entwicklung (Wien/Köln/Graz 1984) 200.

<sup>123</sup> Ernst Bruckmüller, Entwicklung des Österreichbewusstseins, 2.

<sup>124</sup> Das Staatsgebiet Deutsch-Österreichs. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXV, Nr. 528 (15. 11. 1918) 2.

Hoheit stehendes Gebiet nicht besetzen. Zur Forderung in der Sitzung der Nationalversammlung, Westungarn in das österreichische Staatsgebiet einzubeziehen, vertrat die Neue Freie Presse im Kommentarteil den Standpunkt, dies würde in ganz Österreich lebhaften Widerhall finden.<sup>125</sup>

Kurz darauf fasste der österreichische Staatsrat unter Berufung auf Pressestimmen aus Deutsch-Westungarn betreffend Westungarn folgenden Beschluss: *„Der Staatsrat erklärt, die geschlossenen Siedlungsgebiete der Komitate Preßburg, Wieselburg, Oedenburg und Eisenburg gehören geographisch, wirtschaftlich und national zu Deutschösterreich, sie stehen seit Jahrhunderten in innigster wirtschaftlicher und geistiger Gemeinschaft mit Deutschösterreich und sind insbesondere der Stadt Wien zur Lebensmittelversorgung unentbehrlich. Darum wird der deutschösterreichische Staat beim Friedenskongreß auf dem Anschluß dieser Gebiete an die Republik Deutschösterreich bestehen. In diesem Sinne begrüßt der Staatsrat die lebhaft nationale und wirtschaftliche Anschlußbewegung der Deutschen Westungarns und willkommt sie im Verbands der deutschösterreichischen Republik.“*<sup>126</sup>

Die Anwartschaft auf Deutsch-Westungarn stützte der Staatsrat auf das ethnische Prinzip. Im Vordergrund dieser Argumentation steht die gemeinsame Sprache. In Deutsch-Westungarn lebten aber auch noch andere Bevölkerungsgruppen, zahlenmäßig von Bedeutung waren die ungarisch und kroatisch Sprechenden. Wie lässt sich deren Einbeziehung in das deutschsprachige Kollektiv rechtfertigen? Georg E. Schmid meint, mit dem Beschluss wurde eine objektiv vorhandene Tatsache einer deutschsprachigen Majorität in Westungarn in eine Majorität umgedeutet, die den Anschluss an Deutschösterreich wünscht. Damit ging die österreichische Seite von der Prämisse eines vagen und ideologisch belasteten „Deutschtums“ und eines nicht unproblematischen „geschlossenen deutschen Siedlungsgebietes“ aus. Daraus wurde gefolgert, es bedeute die Durchführung des Selbstbestimmungsrechts, diesen Gebieten den Anschluss einzuräumen. Auch wenn das dem Wunsch der Majorität der betroffenen Bevölkerung tatsächlich nicht widersprochen hätte, „muß doch festgehalten werden, daß es dabei keineswegs um den Konsensus der Bevölkerung ging, sondern daß dieser sozusagen undemokratisch vorausgesetzt wurde, da das scheinbar objektiv feststellbare ‚Deutschtum‘ bereits eine konkrete politische Form a priori implizierte.“ Das wird durch den Umstand erhärtet, dass die Berufung auf eine Volksabstimmung sich in der Argumentation der deutschösterreichischen

---

<sup>125</sup> Der Umfang und die Grenzen des Staatsgebietes. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1918, Nr. 19478 (15. 11. 1918) 4.

<sup>126</sup> Anschluß Westungarns an Deutschösterreich. In: Reichspost (Mittagsausgabe) Jg. XXV, Nr. 532 (18. 11. 1918) 1.

Regierung erst nach Überreichung des ersten Entwurfs der österreichischen Friedensbedingungen findet. Also erst als sich erwiesen hatte, dass im Friedensentwurf das Modell der „objektiven Selbstbestimmung“ nicht zum Tragen gekommen war, wurde auf die Volksabstimmung als „subjektive Selbstbestimmung“ der wahlberechtigten Bürger zurückgegriffen.<sup>127</sup>

Nationalistisches Gedankengut war auch in Österreich nicht fremd. Ein wesentlicher Motor in der Verfolgung des westungarischen Anschlussgedankens an Österreich waren die in Wien lebenden Deutschen aus Westungarn, getragen von großdeutschen Kreisen. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg wurde 1907 in Wien vom Volksschullehrer Josef Patry und den in Frauenkirchen gebürtigen Gregor Meidlinger der „Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn“ gegründet. Außerdem wurde von Patry, Meidlinger und dem aus Mönchhof stammenden Thomas Polz in Wien die Vereinigung „Deutsche Landsleute aus Ungarn“ ins Leben gerufen. Diese Vereine zeigten zwar Wirkung auf die in der Metropole Wien lebenden Deutschen Westungarns, in Westungarn selbst blieb das Echo gering.<sup>128</sup> Die zahlreichen Versammlungen und Kundgebungen dieser Aktivisten in Wien nach dem Ende des Ersten Weltkrieges hatten zum Ziel, die Öffentlichkeit über ihr nationalistisches Gedankengut zu informieren und zu sensibilisieren sowie die politischen Entscheidungsträger Deutschösterreichs zur Unterstützung für ihre Anliegen zu gewinnen. Schon am 16. Dezember 1918 fand im Festsaal des Deutschen Schulvereins in Wien eine zahlreich besuchte Versammlung statt. Die Redner schilderten dort die nationalen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Westungarn und forderten zu einer Organisation der in Deutschösterreich lebenden „Heanzen“ auf. Mehrere Redner formulierten den nach ihrer Ansicht nach bei der überwältigenden Mehrheit der Heanzen herrschenden Wunsch, möglichst bald mit der Republik Deutschösterreich vereinigt zu werden.<sup>129</sup>

Für den 2. März 1919 wurde eine Versammlung aller österreichischen Parteien angekündigt. In einer Adresse an die Deutschen Westungarns zur bevorstehenden Ausübung ihres nationalen Selbstbestimmungsrechts hieß es: *„Mit diesem Selbstbestimmungsrechte ist Westungarn hoffentlich endgültig einer nationalen Bedrängnis entronnen, die im ganzen letzten Jahrhunderte bis zum Kriege schwer auf allen Deutschen in Ungarn lastete.“*<sup>130</sup> Die Versammlung

---

<sup>127</sup> Schmid, Selbstbestimmung 1919, 134-135.

<sup>128</sup> Ernst, Geschichte des Burgenlandes, 188.

<sup>129</sup> Wien, 16. Dezember (Westungarn und Deutschösterreich.). In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1918, Nr. 19510 (17. 12. 1918) 6.

<sup>130</sup> Aus Westungarns Leidenszeit. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVI, Nr. 104 (2. 3. 1919) 7.

forderte: „Die deutschösterreichische Regierung, welche verpflichtet ist, die Rechte und Freiheiten des deutschen Volkes, auch die der Deutschen Westungarns, zu vertreten, [...] die Stadt Wien, in der mehr als 100.000 Westungarn leben, und deren Lebensbedarf seit Jahrhunderten zum größten Teil durch das wackere Bauernvolk Westungarns gedeckt wurde, werden aufgefordert, die ihnen obliegenden nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Pflichten gegen Westungarn zu erfüllen und auch auf der Friedenskonferenz zu vertreten.“<sup>131</sup>

Das war ein Appell der in Wien lebenden deutschwestungarischen Aktivisten der Anschlussbewegung an die Repräsentanten der deutschösterreichischen Parteien, für ihre nationalistischen Ideen einzutreten. Sie glaubten, in der deutschösterreichischen Regierung und der provisorischen Nationalversammlung Verbündete zu haben, da ihre Argumentation jener des Beschlusses des Staatsrates vom 17. November fast wortidentisch war. In beiden Fällen wurden nationale, kulturelle und wirtschaftliche Gründe für einen Anschluss in Treffen geführt, die einen Anschluss Deutsch-Westungarns an Deutschösterreich rechtfertigen sollten.

### 5.2.2 Die Ernährungssituation

Neben der Frage des tatsächlichen Umfangs des Staatsgebietes stellte die Ernährungssituation im neu entstandenen Deutschösterreich ein fast unlösbares Problem für die Regierungsverantwortlichen dar. Mit dem Zusammenbrechen der militärischen Fronten Österreich-Ungarns „verflüchtigte sich jenes starke Empfinden einer wechselseitigen Beziehung, das den Staat und seine Bürger verbunden hatte. Das Reich hatte sich als unfähig erwiesen, das Volk angemessen zu ernähren und zu versorgen, und es hatte ihm im Krieg oft eine harte Behandlung angedeihen lassen.“<sup>132</sup> Die wirtschaftliche Situation nach dem Ersten Weltkrieg war katastrophal. Mit dem Zerfall des Wirtschaftsraumes der Monarchie war Österreich weder in der Lage, den Bedarf an Nahrungsmitteln und Energie, noch an industriellen Gütern zu befriedigen. Die ehemaligen Kornkammern der Monarchie in Ungarn und Mähren lagen nun außerhalb des Staatsgebietes. Besonders in den Ballungszentren herrschte furchtbarer Hunger. Die Hungerwinter 1918/19 und 1919/20 waren die Folge dieser tristen Situation.<sup>133</sup>

Die auf dem Boden der Habsburgermonarchie entstandenen neuen Nationalstaaten sperrten im November 1918 die Ausfuhr von Lebensmitteln. Damit war Österreich gänzlich von seinen bisherigen Bezugsquellen abgeschnitten. Von einer ausreichenden Ernährung hing aber

---

<sup>131</sup> Die Kundgebung für Deutschwestungarn. In: Neue Freie Presse (Nachmittagblatt) Jg. 1919, Nr. 19584 (3. 3. 1919) 4.

<sup>132</sup> Judson, Habsburg, 550.

<sup>133</sup> Vocelka, Geschichte Österreichs, 276.

die Zukunft der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung ab. Daher versuchte die deutsch-österreichische Regierung Lebensmittelhilfe aus Deutschland zu erhalten. Doch auch Deutschland war nicht bereit oder nicht in der Lage, Österreich auszuhelfen. Von deutscher Seite wurde die österreichische Regierung aufgefordert, alliierte Hilfe zu verlangen. Dieser Weg wurde von der Wiener Regierung beschritten und alliierte Lebensmittelhilfe beantragt. Die Lebensmittelhilfe ließ allerdings noch länger auf sich warten, da alliierte Differenzen über die Organisation der Lebensmittel den Beginn der Sendungen bis zur Jahreswende verzögerten. Es kam zu weiteren Verzögerungen wegen der Bezahlung der Lebensmittel bzw. ausreichender Sicherstellungen für Lebensmittelkredite. Die dann im Jänner 1919 in Österreich eingetroffenen Lebensmittel reichten allerdings nur für wenige Wochen.<sup>134</sup>

Die Neue Freie Presse berichtete am 8. Februar 1919 von einer Versammlung, bei der der Bürgermeister der Stadt Wien, Dr. Weiskirchner, erklärte, die Lieferung von Weizen durch die Entente an Österreich scheitere an den Zahlungsmodalitäten, da die Bezahlung entweder in Gold oder in Dollar zu erfolgen habe. Österreich besitze aber weder Gold noch Dollars. Nun sei es gelungen, 10.000 Tonnen Getreide aus Argentinien zu erhalten, auch ein Schiff konnte für den Transport beschafft werden. Ein Gesuch an die Alliierten um Ausnahme von der Blockade für dieses Schiff wurde seitens der Entente abgelehnt. Grund für diese Entscheidung sei nur gewesen, dass argentinischer Weizen billiger ist als amerikanischer.<sup>135</sup>

Die Monate März bis Juni 1919 brachten für Österreich kritische Tage, deren Ursache Arbeitslosigkeit, Unterernährung, Wohnungsnot, Kälte und das revolutionäre Beispiel der Nachbarn Ungarn und Bayern waren.<sup>136</sup> Den Alliierten dürfte klar gewesen sein, was in Österreich auf dem Spiel stand. Daher wurden die alliierten Liefermengen für Lebensmittel auf österreichische Bitten seit April 1919 erhöht, sodass Mitte April 1919 auf dem Höhepunkt der innenpolitischen Krise ausreichend Lebensmittel zur Verfügung standen. Im Juni 1919 fiel die Lieferquote allerdings wieder zurück.<sup>137</sup> Die Ernährungslage blieb auch in den Sommermonaten 1919 prekär. Vor allem galt es, nach Erschöpfung der bisher gewährten Kredite die Versorgung für den Winter sicherzustellen, um die Bevölkerung vor dem Verhungern zu bewahren. Die dringenden Bitten der österreichischen Regierung an den Obersten Wirtschaftsrat brach-

---

<sup>134</sup> Haas, Österreich und die Alliierten, 14 ff.

<sup>135</sup> Bürgermeister Dr. Weißkirchner über die Getreidelieferungen der Entente und die Kriegsanleihe. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1919, Nr. 19561 (8. 2. 1919) 6.

<sup>136</sup> Haas, Österreich und die Alliierten, 29.

<sup>137</sup> Haas, Österreich und die Alliierten, 33.

ten das Ergebnis, dass die Alliierten die Versorgung Österreichs mit Lebensmitteln und Rohstoffen auch für die Zukunft zusagten. Bei der Pariser Friedenskonferenz musste als Preis für ein von den Alliierten versorgtes und von alliierten Krediten lebendes Österreich auf den Anschluss an Deutschland verzichtet werden.<sup>138</sup>

## **7. Autonomie für Deutsch-Westungarn?**

Sowohl das neue Ungarn als auch das neue Deutschösterreich stellten den Anspruch auf das Gebiet Deutsch-Westungarns. Die ungarische Regierung pochte auf die territoriale Integrität des Landes und rechtfertigte dies mit der historischen Kontinuität von zehn Jahrhunderten. Die österreichische Regierung berief sich auf das ethnische Prinzip und begründete dies mit gemeinsamer Herkunft und einer jahrhundertelangen geistigen und wirtschaftlichen Gemeinschaft mit den Bewohnern Deutschwestungarns.

Der Untergang Österreich-Ungarns und die revolutionären Umwälzungen sowohl in Ungarn als auch in Deutschösterreich hinterließen auch in der deutschen Bevölkerung Westungarns, die seit Jahrhunderten im ungarischen Staatsverband lebte, seine Spuren. In den ungeordneten Verhältnissen in diesem Nachkriegseuropa wurde auch dort von Aktivisten die Forderung nach Selbstbestimmung erhoben. Doch der Begriff war offen für verschiedene Lesarten.<sup>139</sup>

Mit ihrer Forderung nach Autonomie verbanden die westungarischen Aktivisten die Möglichkeit, die ungarische Politik zu beeinflussen und seit Langem verfolgte Ziele auf lokaler Ebene zu verwirklichen. Die Realisierung der partikulären Interessen wurde mit der Umgestaltung übergeordneter Form staatlicher Herrschaft verknüpft.

Um die spezifische Situation der Deutschen Westungarns im Jahr 1918 zu verstehen, ist ein kurzer Blick in die Geschichte notwendig, welche die Identität in Westungarn stark prägte. Mitte des 19. Jahrhunderts unterschied sich die Lage der Deutschen in Ungarn wesentlich von jener der Magyaren. Während die Magyaren ihre Nationsbildung gerade abschlossen, waren die ungarländischen Deutschen zu diesem Zeitpunkt davon weit entfernt. Für die Schiefelage waren mehrere Gründe maßgeblich. Die Deutschen siedelten in geographischer Streulage, das fehlende zusammenhängende Siedlungsgebiet war für die Bildung eines Gemeinschaftsgefühls hinderlich. Hinzu kamen konfessionelle und soziale Unterschiede. Im gesellschaftlichen

---

<sup>138</sup> Haas, Österreich und die Alliierten, 37-38.

<sup>139</sup> Ian Kershaw, Höllensturz, 169.

Bereich gab es zwischen der Bauernschaft in den Dörfern und dem deutschen Bürgertum in den Städten kaum oder nur lose Beziehungen. Diese Uneinheitlichkeit in der Sozialstruktur hatte negative Auswirkungen auf die Identität der Deutschen. Das Fehlen einer festen nationalen Gemeinschaft bewirkte bei den Deutschen eine regionale und staatspatriotische Verhaltensweise. „Die nächste Stufe der Akkulturation der deutschen Bürger bedeutete dann meist das Aufgehen im Magyarentum. Die Assimilation vollzog sich teils freiwillig, teils auf Grund der politischen Magyarisierungsmaßnahmen“<sup>140</sup>

Diese innere Zerrissenheit verhinderte lange Zeit die Entstehung einer Partei für alle Deutschen in der ungarischen Reichshälfte. Erst 1906 kam es zur Gründung der „Ungarländischen Deutschen Volkspartei“ (UDVP). Ziel dieser Partei war die Erhaltung und Förderung des deutschen Volkstums. In ihrem Programm forderte sie den Gebrauch der Muttersprache in Schule, Verwaltung und vor Gericht sowie wirtschaftliche, soziale und demokratische Reformen. Das Programm wollte alle deutschsprachigen Bürger des Landes ansprechen. Bei den Wahlen des Jahres 1910 konnte aber kein einziger Kandidat der UDVP ein Abgeordnetenmandat erringen. Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs verhinderte schließlich eine weitere Entwicklung der deutschen nationalen Bewegung in Ungarn.<sup>141</sup>

Es erscheint nicht verwunderlich, dass die politischen Wirren in Ungarn nach Beendigung des Krieges von nationalistischen deutschen Aktivisten genutzt wurden, um in Deutschwestungarn zu Kundgebungen aufzurufen und Autonomieforderungen zu erheben. Dies nicht zuletzt deswegen, weil die „Staatsgrenze zwischen den beiden Nachfolgestaaten Deutschösterreich und Ungarn den bisherigen lockeren Grenzverkehr empfindlich einzuschränken drohte. Die wirtschaftlichen Folgen für diese Region waren unabsehbar.“<sup>142</sup> So wurde sowohl in der ungarischen als auch in der deutschösterreichischen Presse von sechs deutschen Kundgebungen am 1. Dezember 1918 im westungarisch-deutschen Sprachgebiet des Wieselburger und des Ödenburger Komitats berichtet, bei denen eine Entschliebung angenommen wurde, die verlangte, dass „den Deutschen Westungarns auf ihrem Siedlungsgebiet die volle Selbstverwaltung zu verleihen“ ist. Auch wollten sie in einem Verwaltungsgebiet vereinigt werden, an des-

---

<sup>140</sup> Friedrich *Gottas*, Vereine, Verbände und Parteien bei den Nationalitäten der Länder der ungarischen Krone. Vereine, Parteien und Interessenverbände der ungarländischen Deutschen. In: Helmut *Rumpler*/Peter *Urbanitsch* (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918. Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft, Bd. VIII, 1. Teilband (Wien 2006) 1205-1241, hier 1206.

<sup>141</sup> *Gottas*, Vereine, Verbände und Parteien 1240.

<sup>142</sup> *Ernst*, Geschichte des Burgenlandes, 187.

sen Spitze ein deutscher Volksbeauftragter stehen sollte. Gefordert wurde gleichzeitig im Interesse der Freiheit des Handels die Aufhebung der Grenzsperre für das deutsche Gebiet Westungarns.<sup>143</sup>

Während die ungarische Presse von „Versammlungen“ in sechs Gemeinden und den Autonomieforderungen berichtete, schrieb einige Tage später ein deutschösterreichische Blatt von „Massenkundgebungen“<sup>144</sup> und eine andere deutschösterreichische Zeitung gar von Anschlussgedanken an die Republik Deutschösterreich.<sup>145</sup> Der Hauptredner einer dieser Versammlungen in Neusiedl am See war Rudolf Brandsch, ein Führer des ungarischen Deutschtums. Brandsch, handelte mit der Forderung nach weitgehender Autonomie angeblich im Einklang mit der österreichischen Regierung.<sup>146</sup> Im Einvernehmen mit Staatskanzler Renner, Staatssekretär Dr. Bauer und dem ehemaligen Staatsrat Neunteufel soll vereinbart worden sein, für Westungarn eine weitgehende Autonomie zu fordern. Würde der Forderung nicht stattgegeben, sollte auf eigene Faust eine Nationalversammlung den Anschluss an Deutschösterreich beschließen. Würde die Autonomie gewährt, sollte diese als ungenügend zurückgewiesen und die sofortige Durchführung der eigenen Wünsche gefordert werden. Gleichzeitig sollte das Misstrauen gegenüber der ungarischen Regierung ausgesprochen und in der Nationalversammlung der Anschluss an Deutschösterreich beschlossen werden. Falls dabei kritische Augenblicke eintreten sollten, die ein militärisches Eingreifen notwendig machten, sollte dies von österreichischer Seite augenblicklich geschehen. In Ausführung dieses Planes wurden am 1. Dezember 1918 in mehreren Hauptorten Deutsch-Westungarns Volksversammlungen abgehalten, in denen die Autonomie für Westungarn gefordert wurde.<sup>147</sup>

Unzweifelhaft war es Absicht der deutschen Aktivisten, mit ihren Kundgebungen im deutschwestungarischen Gebiet die dortige Bevölkerung zu mobilisieren, um in einem breiteren Bevölkerungskreis ein nationales deutsches Bewusstsein zu schaffen. Für diesen Zweck konnten sie die durch die Grenzsperre gegenüber Deutschösterreich verursachten Handelshemmnisse mit agrarischen Produkten für ihre nationalistischen Zwecke instrumentalisieren. Allerdings stießen sie dabei an Grenzen, weil sie dafür offenbar nur punktuell örtliche Bevölkerungsschichten motivieren konnten. Die Betonung einer Massenkundgebung und die Bemühung

---

<sup>143</sup> Die Deutschen Westungarns fordern die Autonomie. In Pester Lloyd (Abendblatt) Jg. 65, Nr. 282 (2. 12. 1918) 2.

<sup>144</sup> Sechs deutsche Volksversammlungen in Westungarn. In: Arbeiter-Zeitung (Morgenblatt) Jg. XXX, Nr. 335 (8. 12. 1918) 4.

<sup>145</sup> Ungarn. Die Deutschen Westungarns für den Anschluß an Deutschösterreich. In: Deutsches Volksblatt (Morgen-Ausgabe) Jg. 30, Nr. 10745 (3. 12. 1918) 3.

<sup>146</sup> Heidrich, Burgenländische Politik in der Ersten Republik, 35-36.

<sup>147</sup> Schmidt-Wulffen, Das Burgenland und die deutsche Politik, 271-272.

des Anschlussgedankens in der deutschösterreichischen Presse konnten die Aktivisten als Legitimation für die Verteidigung ihres „nationalen Besitzstandes“ sehen. Aus diesem Blickwinkel waren diese Kundgebungen eine nationalistische Selbstmobilisierung, die ihre Loyalität zum ungarischen Staat betraf. Sieht man vom Artikel des Deutschen Volksblattes ab, der in den Versammlungen einen Anschlusswunsch an Deutschösterreich zu sehen glaubte, wurde von den Aktivisten die Zugehörigkeit Deutschwestungarns zum ungarischen Staatsverband zu diesem Zeitpunkt nicht in Frage gestellt. Ihre Kundgebungen dürften sie aber als eine Art Notwehraktion gesehen haben, die sie zum Handeln gegen die ungarische Regierung und ihre staatlichen Organe ermächtigte.

Eine andere Dimension hatten Meldungen vom 7. Dezember 1918 in deutschösterreichischen Blättern, nach denen sich sämtliche 309 deutschen Gemeinden der Komitate Ödenburg, Wieselburg, Eisenburg und Preßburg zu einem neuen Freistaat zusammengeschlossen hätten, der in wirtschaftlicher Beziehung sich nicht sogleich mit Deutschösterreich verbinden, sondern bis zur endgültigen Regelung seiner Daseinsfrage eine neutrale Stellung einnehmen wolle. Weiter hieß es, die Republik Heinzenland (Hinzenland) sei am 6. Dezember in Ödenburg ausgerufen und der ungarische Nationalitätenminister von der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen Westungarns telegraphisch verständigt worden.<sup>148</sup>

Diesen Ereignissen ging in Wien, getragen von großdeutschen Kreisen, die Bildung eines Ausschusses namens „Deutschwestungarn zu Österreich“ voran, der ohne genügende Kenntnis von den Vorgängen in diesem Raum den sofortigen Anschluss propagierte. Mit Hilfe der regionalen Arbeiterschaft kam es zur Ausrufung der Republik Heinzenland, der durch das ungarische Militär und der Ödenburger Bürgerwehr ein jähes Ende bereitet wurde.<sup>149</sup>

Es ist bemerkenswert, dass der deutschösterreichischen Presse dieses radikale Ereignis jeweils bloß eine Meldung ohne weiteren Kommentar wert war. Die österreichischen Berichte enthielten keine näheren Angaben darüber, wer die Akteure des Zusammenschlusses dieser 309 deutschen Gemeinden waren und wer sie zu diesem Schritt ermutigte oder legitimierte. Am gleichen Tag schrieb der Pester Lloyd über diese Vorgänge, dass es sich dabei um Einbrüche österreichischer Offiziere an der Westgrenze handle und dass diese Offiziere Flugzettel verteilten, in denen die Proklamation der Republik Heanzen angekündigt wird. Weiter hieß es,

---

<sup>148</sup> Republik Heinzenland. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXV, Nr. 565 (7. 12. 1918) 3; Selbständigkeitserklärung der deutschen Gemeinden Westungarns. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1918, Nr. 19500 (7. 12. 1918) 7; Ungarn. Ausrufung der Republik Heinzenland. In: Deutsches Volksblatt (Morgen-Ausgabe) Jg. 30, Nr. 10749 (7. 12. 1918) 3.

<sup>149</sup> Ernst, Geschichte des Burgenlandes, 188.

das in Wien verbreitete Gerücht über den Zusammenschluss von 309 Gemeinden der westungarischen Komitate zu einem neuen Freistaat und die Ausrufung der Republik Heanzenland in Sopron sei „*vom Anfang bis zum Ende erlogen*.“<sup>150</sup>

Realistisch betrachtet konnte die Ausrufung einer „Republik Heanzenland“ aus zweierlei Gründen keinen Erfolg zeitigen. „Sie stellte eine dilettantische Aktion dar und wurde durch die ungarische Regierung rasch wieder beendet.“<sup>151</sup> Ein schwerwiegender Fehler der Aktivisten war, dass sie sich nicht vorher der Unterstützung der bäuerlichen Bevölkerung Westungarns versicherten. Viel wesentlicher dürfte aber gewesen sein, dass es unter den deutschen nationalistischen Aktivisten zu diesem Zeitpunkt offenbar große Differenzen hinsichtlich ihrer Ziele gab und dass es ihnen daher nicht gelang, weite Teile der Bevölkerung des deutschsprachigen Westungarn für ihre Anliegen zu motivieren. Charlotte Heidrich führte deswegen die beiden geschilderten unterschiedlichen nationalistischen Zielsetzungen der deutschen Aktivisten – Autonomie beziehungsweise Freistaat – auf die mangelnde Einheit der Deutschen Westungarns zurück. Besonders am Beispiel der Ausrufung eines Freistaates lasse sich nachweisen, dass „ein starkes für deutsche Interessen eintretendes Bürgertum fehlte.“ Die Idee des Freistaates sei durch sozialdemokratische Wanderarbeiter bestimmt gewesen, die im Wiener Neustädter Bezirk einer Beschäftigung nachgingen, während die Impulse und Ideen für eine Autonomie im ungarischen Staatsverband vom Bildungsbürgertum ausgingen.<sup>152</sup> Federführend waren dabei der Apotheker Mag. Adalbert Wolf und der Rechtsanwalt Dr. Karl Amon, beide aus Neusiedl am See.<sup>153</sup> Doch selbst die sozialdemokratische Arbeiterschaft Westungarns war in zwei Lager gespalten. Hauptziel einer Gruppe war der Anschluss Westungarns an Österreich, wobei nicht vorrangig parteiideologische, sondern soziale und wirtschaftliche Gründe dafür ausschlaggebend waren. Befürworter waren Arbeiter aus den Gemeinden westlich von Ödenburg und rund um den Neusiedler See. Der andere Flügel, der für die Autonomie eintrat, wandte sich aus ideologischen und parteipolitischen Überlegungen gegen einen Anschluss an Österreich. Erst der Zusammenbruch der kommunistischen Räterepublik und Verfolgungen durch das konservative Horthy-Regime einte die sozialdemokratischen Arbeiter

---

<sup>150</sup> Die Volksrepublik Ungarn. Oesterreichische Einbrüche an unserer Westgrenze. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 287 (7. 12. 1918) 3.

<sup>151</sup> Tiefanbach, Historischer Atlas Burgenland, 119.

<sup>152</sup> Heidrich, Burgenländische Politik in der Ersten Republik, 37.

<sup>153</sup> Gerald Schlag, Burgenland. Geschichte, Kultur und Wirtschaft in Biographien (Eisenstadt 1991) 20 und 349.

dazu, einheitlich für den Anschluss einzutreten. Doch noch 1920/21 hegte die sozialdemokratische österreichische Bundesparteileitung Misstrauen gegenüber den burgenländischen Sozialdemokraten, die sich während der Räterepublik exponiert hatten.<sup>154</sup>

Diese Ereignisse in Westungarn bieten die Möglichkeit, die Einstellung der westungarischen Bevölkerung zum ungarischen Staat einzuschätzen. Sie blieb in dieser Situation lieber bei Ungarn, als an einen Anschluss an Österreich zu denken. Es gab daher keine nationale Solidarität für die westungarische Gesellschaft, sich mit den nationalistischen deutschen Aktivisten zu vereinigen. Der deutsche Nationalismus in Westungarn war bloß auf eine kleine Gruppe beschränkt. Die Haltung der westungarischen Bevölkerung zeigt, in welchem Maße sie zu dieser Zeit die ungarische Staatsidee akzeptierte. Die Separationsbestrebungen wurden nicht aus sozialen Motiven ausgelöst, vielmehr wurden sie von nationalistischen Aktivisten angezettelt, die im Machtvakuum nach dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie eine günstige Gelegenheit dazu erkannten.

Nach dem fehlgeschlagenen Versuch der Ausrufung einer eigenen Republik unternahmen sowohl die ungarischen als auch die österreichischen Nationalisten Propagandaversuche, um die Sympathien der westungarischen Gesellschaft zu gewinnen. Die ungarischen Nationalisten behaupteten, Westungarn hänge infolge gemeinsam erlebter Vergangenheit an der ungarischen Nation. Das offizielle Österreich konnte nicht zugeben, dass Gewalt gegen die ungarische Staatsmacht, auch wenn sie österreichischen Wünschen gedient hätte, in irgend einer Weise gerechtfertigt gewesen wäre.

Kurz darauf forderte der Deutsche Volksrat für die Deutschen in den Siedlungsgebieten Westungarns, Südungarns, der Zips und der schwäbischen Türkei die unverzügliche Durchführung der Schulverordnung des Unterrichtsministers, die sich auf die Einführung des Unterrichts in der deutschen Muttersprache bezieht. Ebenso forderten die westungarischen Deutschen die volle Autonomie in eigenen Verwaltungsbezirken, an deren Spitze deutsche Volkskommissäre oder die deutschen Volksräte gestellt werden sollen. Dazu hieß es, es sei anzunehmen, dass die ungarische Regierung in den allernächsten Tagen zur Durchführung ihrer Versprechungen schreiten wird.<sup>155</sup> Im Dezember 1918 fanden Verhandlungen der ungarischen Regierung mit Vertretern des westungarischen deutschen Volksrates statt. Verhandlungsgegenstand war die Selbstverwaltung sämtlicher geschlossener deutscher Siedlungen in Ungarn bei

---

<sup>154</sup> Christian *Ratz*, Zwischen Idylle und Radikalisierung: Die politische Kultur im Burgenland von 1927 bis 1938 (Diplomarbeit Universität Wien 2009)

<sup>155</sup> Einführung der deutschen Unterrichtssprache in den deutschen Siedlungsgebieten. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 288 (8. 12.1918) 4.

gleichzeitiger Auflassung der bisherigen Komitatsgrenzen und Schaffung eines eigenen Verwaltungsgebietes. Die ungarische Regierung schlug vor, zwei deutsche Verwaltungsgebiete bzw. deutsche Komitate zu bilden, in denen die gesamte Verwaltung sowie die Gerichts- und Unterrichtssprache Deutsch sein soll. Eine endgültige Entscheidung könne jedoch nur die ungarische Nationalversammlung treffen.<sup>156</sup>

Die Verzögerung des versprochenen Autonomiegesetzes verschärfte nicht nur den Konflikt zwischen der ungarischen Regierung und den deutschwestungarischen Aktivisten, er führte auch zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb der westungarischen Bewegung. In einem Ultimatum verlangten die Aktivisten die sofortige Gewährung der Autonomie. Bei einer Verweigerung wurde entweder die Ausrufung einer unabhängigen Republik oder der Anschluss an Deutschösterreich angedroht. Diese unklare Formulierung der Gegenmaßnahme lässt auf Meinungsverschiedenheiten innerhalb der westungarischen Bewegung schließen.<sup>157</sup> Die Veröffentlichung des Ultimatus erfolgte anlässlich des deutschen Volkstages in Ödenburg am 19. Jänner 1919.<sup>158</sup>

Schließlich beschloss Ende Jänner 1919 der ungarische Ministerrat das „*Volksgesetz VI des Jahres 1919 über die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes des ungarländischen deutschen Volkes*“. Darin wurde verfügt, dass in den von Deutschen bewohnten Gebieten autonome Rechtsgebiete (Gubernien) gebildet werden, in denen ihnen das Recht zur Selbstverwaltung in Verwaltungsangelegenheiten, Justiz, Unterricht, Kultur- und Religionsangelegenheiten eingeräumt und das Recht zur Verwendung der deutschen Sprache zugestanden werden.<sup>159</sup> „Mit diesem Gesetz wurden zwar auf dem Papier Rechte zugestanden, an deren Verwirklichung man in Budapest wohl kaum dachte. Die Novelle war angelegt, die Bewegung in Deutschwestungarn einzudämmen und zur Bedeutungslosigkeit herabzusetzen.“<sup>160</sup>

In Westungarn selbst formierten sich auch die Gegner der deutschen Autonomie. Der Verein der Soproner Kaufleute sprach sich bei einer Versammlung gegen die Einverleibung Soprons (Ödenburgs) in das Gebiet der deutschen Autonomie aus. Begründet wurde die Ablehnung da-

---

<sup>156</sup> Die Verhandlungen mit den Deutschen Westungarns. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 296 (18. 12. 1918) 3.

<sup>157</sup> Heidrich, Burgenländische Politik in der Ersten Republik, 38.

<sup>158</sup> Lostrennungsbestrebungen der Deutschen Westungarns. In: Pester Lloyd (Abendblatt) Jg. 66, Nr. 18 (21. 1. 1919) 2.

<sup>159</sup> Das Selbstbestimmungsrecht der ungarländischen Deutschen. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 66, Nr. 25 (29. 1. 1919) 3.

<sup>160</sup> Heidrich, Burgenländische Politik in der Ersten Republik, 38.

mit, dass durch die Angliederung an den Regierungsbezirk der deutschen Autonomie für Westungarn Sopron kulturell und wirtschaftlich einer Katastrophe entgegengehe. Die Bürgerschaft solle daher alles aufbieten, um den Anschluss Soprons an das Autonomiegebiet zu verhindern.<sup>161</sup> Dass diese Gegenbewegung vom Bürgertum einer Stadt ausging zeigt deutlich, wie sehr zumindest in den ungarischen Städten die Magyarisierungsbestrebungen der letzten Jahrzehnte Wirkung zeigten. Aus der bäuerlichen Bevölkerung Westungarns sind derartige Aufrufe in der Presse nicht aufzufinden.

Mehr Erfolg in der Verwirklichung der Ideen der deutschen Aktivisten Westungarns hätte ein eigenständiges deutsches Zeitungswesen liefern können, das aber zu Zeiten der Monarchie dort praktisch nicht vorhanden war. Erst Anfang 1919 erschien die erste Ausgabe des „Weckrufs“, einer Zeitung, die zum Ziel hatte, „ein inniges Band zwischen den deutschen Stammesgenossen der vier westlichen Komitate“ herzustellen. Mit vereinten Kräften sollte „die Freiheit der Muttersprache, Autonomie und Selbstverwaltung“ erreicht werden. Die Verhaftung des Herausgebers am 22. Februar 1919 führte bis zu seiner Freilassung am 14. März 1919 zur Stilllegung der Zeitung. Außerdem wurde die Verbreitung von Zeitungen aus Deutschösterreich geschickt unterbunden, indem die Zustellung deutscher Blätter aus Wien von den ungarischen Postbeamten boykottiert wurde.

Nach Gewährung der Autonomie gab es nach Meinung von Brandsch bei den nationalistischen deutschen Aktivisten eine Fehlleistung. Statt den mit der österreichischen Führung vereinbarten Plan auszuführen, die sofortige Durchführung der Autonomie zu fordern und weitergehende Forderungen zu stellen, ließen sie sich von der ungarischen Führung hinhalten. Allerdings tat auch die österreichische Regierung, geleitet von sozialistischen Parteigesichtspunkten, nichts, um die Frage günstig zu beeinflussen.<sup>162</sup>

Als einziger Teilerfolg in den Integrationsversuchen der nationalen Aktivisten kann die Einführung der deutschen Unterrichtssprache in den westungarischen Volksschulen gewertet werden, die jedoch nicht überall vorgenommen wurde, da nicht alle Lehrer dort die deutsche Sprache beherrschten oder wegen ihrer magyrischen Einstellung sich weigerten, den Unterricht in deutscher Sprache zu halten. Mit dieser geringen Effektivität müssen die Bemühungen

---

<sup>161</sup> Der Soproner Handels- und Gewerbestand gegen die Einverleibung Soprons in die deutsche Autonomie. In: Pester Lloyd (Abendblatt) Jg. 66, Nr. 62 (14. 3. 1919) 2.

<sup>162</sup> Schmidt-Wulffen, Das Burgenland und die deutsche Politik, 272.

um ein nationales Selbstbewusstsein in Westungarn zu diesem Zeitpunkt als gescheitert angesehen werden.<sup>163</sup>

## 8. Saint Germain-en-Laye

Das Urteil vieler Historiker zu den Pariser Vororteverträgen klingt auch nach Jahrzehnten ebenso emotionell, wie sie deutsche und österreichische Politiker des Jahres 1919 als „Ausdruck eines wahnsinnigen Vernichtungswillens empfanden, der nur das Recht der brutalen Gewalt kennt.“<sup>164</sup> Es wundert daher nicht, dass auch die österreichische Presse von einem Vertrag schrieb, der „*Deutschösterreich furchtbares gehässiges Unrecht antut.*“<sup>165</sup> Die Pariser Friedenskonferenz hatte aber, zum Unterschied vom Wiener Kongress 1815, nicht die Wiederherstellung einer alten Ordnung zum Ziel, sondern die nach dem militärischen Zusammenbruch der Mittelmächte „unorganisiert entstandene Neuordnung der europäischen Staatenwelt in friedlich geordnete Bahnen [zu] lenken, während das Gespenst der kommunistischen Revolution wie ein drohender Schatten über allen Beratungen lastete.“ Eine Neuordnung ließ sich unter diesen Voraussetzungen nur im Kompromiss mit den vorher verkündeten ethischen und ethnischen Prinzipien durchführen.<sup>166</sup>

### 7.1 Friedensberatungen

Die gesamten Beratungen bis zur Überreichung der Friedensbedingungen waren formal eine interalliierte Konferenz zur Vorbereitung der Friedensverhandlungen. Daraus lässt sich die unterschiedliche Behandlung der einzelnen Nachfolgestaaten erklären. Die Exilregierungen der Tschechoslowakei und Polens wurden bereits im Sommer 1918 als kriegsführende Regierungen anerkannt. Rumänien war im Herbst 1918 nochmals in den Krieg eingetreten und das nun vereinigte Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen sah sich als Nachfolger Serbiens. Daher wurden diese Staaten als „alliierte Nationen“ zur Teilnahme an der Konferenz berechtigt. Für Ungarn und Deutsch-Österreich bestand die Anerkennung als Alliierte nicht, „die revolutionären Regierungen dieser beiden Staaten hatten in den Herbsttagen 1918 entscheidende, wenn auch aus der damaligen Situation heraus durchaus verständliche Fehler gemacht, die es den siegreichen Alliierten erleichterten, diese beiden Länder als Feindmächte

---

<sup>163</sup> Heidrich, Burgenländische Politik in der Ersten Republik, 40-41.

<sup>164</sup> Fritz Fellner, Die Pariser Vororteverträge von 1919/20. In: Karl Bosl (Hg.), Versailles – St. Germain – Trianon: Umbruch in Europa vor fünfzig Jahren (München/Wien 1971) 8.

<sup>165</sup> Alles haben sie uns genommen! In: Arbeiter-Zeitung (Morgenblatt) Jg. XXXI, Nr. 152 (3. 6. 1919) 1.

<sup>166</sup> Fellner, Die Pariser Vororteverträge, 10.

und nicht als neugeschaffene Staaten zu betrachten.“<sup>167</sup> Wien identifizierte sich mit der Außenpolitik der eben gestürzten Regierung und deren Vergangenheit. Damit schloss man sich selbst aus der Vorkonferenz aus. Ähnlich erging es der ungarischen Regierung, denn die Regierung Károlyi hatte zu den Waffenstillstandsverhandlungen in der Villa Giusti keine Vertreter entsandt und anerkannte auch den am 3. November 1918 geschlossenen Waffenstillstand nicht, sondern schloss am 13. November 1918 in Belgrad einen eigenen Waffenstillstand mit alliierten Vertretern ab. Damit war Ungarn als Rechtsnachfolger jener Regierung, die im Juli 1914 in den Krieg eingetreten war, rechtlich ein Feindstaat geblieben, der sich selbst von den Vorkonferenzen ausgeschlossen hatte.<sup>168</sup>

Selbst unter den großen Vier, Frankreich, Großbritannien, USA und Italien, war man sich keineswegs einig, in welcher Form man Österreich und Ungarn behandeln sollte. Bis Ende Mai 1919 wurde die Frage des Vertrages mit Österreich im Rat der Vier überhaupt nicht behandelt.<sup>169</sup>

Erst nach Abschluss der Beratungen über die Friedensbedingungen für Deutschland nahm auch der Rat der Vier Ende Mai 1919 die Beratung der österreichischen Fragen auf. Als Hemmschuh in den österreichischen Beziehungen zu den Ententestaaten, in der westungarischen Frage und in den Friedensberatungen erwies sich die anlässlich der Staatsgründung erfolgte Erklärung der Provisorischen Nationalversammlung, dass Deutschösterreich ein Bestandteil der Deutschen Republik sei. Dieser Umstand war in der Folgezeit bis zum endgültigen Anschlussverbot durch den Friedensvertrag ein ständiger Reibepunkt in den gegenseitigen Beziehungen. Zu dieser Problematik erschien im April 1919 ein bemerkenswerter Artikel: *„Die Neutralisierung Deutschösterreichs. Ein Anbot der Entente?“* Darin hieß es, die Entente würde Deutschösterreich für den Fall des Verzichtes auf den Anschluss an Deutschland und der Anerkennung international garantierter Neutralität Gebietsvorteile in Deutsch-Südböhmen, Deutsch-Südmähren, Deutsch-Westungarn und Deutsch-Südtirol sowie Kredite für den wirtschaftlichen Wiederaufbau einräumen und die Selbstversorgung Deutschösterreichs bis zu einer gewissen Grenze gewährleisten. Das Blatt meinte weiter, falls diese Meldung der Wahrheit entspricht, *„müßte ein weiteres Beharren der Regierung auf dem – von sozialdemokratischer Seite vornehmlich vom parteipolitischen Gesichtspunkte aus betriebenen – Anschluß an*

---

<sup>167</sup> Fellner, Die Pariser Vororteverträge, 11.

<sup>168</sup> Fellner, Die Pariser Vororteverträge, 11-12.

<sup>169</sup> Fellner, Die Pariser Vororteverträge, 16.

*Deutschland im gegenwärtigen Augenblick als ein schweres, nie wieder gutzumachendes Unrecht am deutschösterreichischen Volke und Staate bezeichnet werden.*<sup>170</sup> Am folgenden Tag veröffentlichte das gleiche Blatt allerdings ein Dementi der Deutschösterreichischen Staatskorrespondenz zum angeblichen Anbot der Entente.<sup>171</sup>

Unter Berufung auf Meldungen schweizerischer Blätter aus Mailand wurde im Mai 1919 in österreichischen Blättern die Nachricht verbreitet, dass die Alliierten für Deutschösterreich gewisse Kompensationen vorbereiteten, die für unausweichliche territoriale Verluste entschädigen sollen. Als wichtigstes Kompensationsobjekt komme Westungarn in Betracht, dessen Einverleibung an Deutschösterreich mit Rücksicht auf die deutschsprechende Mehrheit den Grundsätzen Wilsons entsprechen würde. Italienischerseits hoffe man, dass die Zuweisung von Westungarn in Wien über einen Verlust von Südtirol trösten könnte, zumal dadurch ein fruchtbares Hinterland gewonnen würde.<sup>172</sup>

## **7.2 Selbstbestimmungsrecht für Westungarn?**

Es ist bemerkenswert, dass die auslösenden Impulse in der westungarischen Frage nicht von der österreichischen Friedensdelegation ausgingen. Der Anstoß bei der Pariser Friedenskonferenz erfolgte durch die tschechoslowakische Delegation, die den Plan für einen slawischen Korridor auf westungarischem Gebiet vorlegte. Die fraglichen Landstriche der Komitate Wieselburg und Ödenburg sollten an die Slowakei, jene des Komitats Eisenburg an Slowenien angeschlossen werden. Das Vorhaben wurde mit kroatischen Sprachinseln in diesem Raum begründet.<sup>173</sup> Ein im März 1919 erschienener österreichischer Zeitungsartikel bestätigt den tschechoslowakischen Vorstoß. Das Blatt meinte dazu, der Anspruch sei rein imperialistisch und sachlich völlig unbegründet. Deutsch-Westungarn sei geographisch und ethnisch ein unzweifelhafter Teil des geschlossenen deutschen Siedlungsgebietes Mitteleuropas. Die magyarische Revolutionsregierung habe die Besonderheit dieses Gebietes insofern anerkannt, als Deutsch-Westungarn durch das deutsche Autonomiegesetz als ein eigener Regierungsbezirk bestimmt wurde. Allerdings lasse Ungarn das Selbstbestimmungsrecht nur im Rahmen des magyarischen Staates gelten, an dessen „tausendjährigen“ Grenzen nicht gerüttelt werden dürfe. Umso mehr müsse Deutschösterreich bei der Friedenskonferenz darauf dringen, dass

---

<sup>170</sup> Die Neutralisierung Deutschösterreichs. Ein Anbot der Entente? In: Reichspost (Mittagblatt) Jg. XXVI, Nr. 158 (3. 4. 1919) 1.

<sup>171</sup> Das angebliche Anbot der Entente an Deutschösterreich. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVI, Nr. 159 (4. 4. 1919) 4.

<sup>172</sup> Westungarn als Kompensation für Deutschösterreich. In: Neue Freie Presse (Abendblatt) Jg. 1919, Nr. 19656 (15. 5. 1919) 2.

<sup>173</sup> Ernst, Geschichte des Burgenlandes, 190.

für Deutsch-Westungarn das Selbstbestimmungsrecht des Volkes ohne Umdeutung gewahrt bleibt und in seinen vollen Auswirkungen als Entschließungsfreiheit des Volkes, welchem Staate es angehören will, bestimmt wird.<sup>174</sup>

Der tschechoslowakische Antrag stieß allerdings auf heftigen Widerstand Italiens, das gänzlich andere Vorstellungen von einer geopolitischen Umgestaltung Mitteleuropas hatte. Schließlich sprachen sich auch Großbritannien und die USA gegen den Plan aus, nur Frankreich unterstützte ihn. Der erste Friedensentwurf ließ dann sowohl die tschechoslowakische Forderung als auch die westungarische Frage unberührt.<sup>175</sup>

Sofort nach Veröffentlichung des Inhalts des ersten Friedensentwurfes wurden dazu in der österreichischen Presse durchwegs negative Positionen bezogen. Nach dem Entwurf gingen für Österreich große Teile des von ihm beanspruchten deutschsprachigen Territoriums verloren, was in sämtlichen Blättern strikten Widerspruch hervorrief und zu Ausfällen gegen die Entente und die Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie führte. Schuldzuweisungen prägen die Berichterstattung: *„Alles, alles haben sie uns genommen, was nur zu nehmen war; an allen Grenzen, gegen die Tschecho-Slowakei, gegen die Südslaven, gegen Italien haben sie deutsches Gebiet geraubt und es den Habgierigen, die sich nicht scheuen, fremdes Gut zu begehren, zur Beute hingeworfen.“*<sup>176</sup> Oder: *„Man hält uns da einen Raubfrieden zur Unterschrift vor, wie er grausamer, frivoler gegen alle Grundsätze der Gerechtigkeit nicht lauten kann, einen Vertrag, der ein Spottgedicht auf Wilson, eine schamlose Enthüllung der von der Entente verkündeten Weltideale ist.“*<sup>177</sup> *„Von Deutsch-Ungarn wird uns kein Gebiet zuerkannt.“*<sup>178</sup>

In der Debatte der Friedensbedingungen in der österreichischen Nationalversammlung ging Staatssekretär Bauer in die Offensive, indem er erklärte, die deutschösterreichische Friedensdelegation werde für alle strittigen Grenzfragen ein Plebiszit vorschlagen.<sup>179</sup> Der Vorschlag werde sich auch auf ein Gebiet beziehen, das der Friedensentwurf der assoziierten Mächte gar nicht erwähnt: Deutsch-Westungarn. Bauer erklärte dazu: *„Was wir von den assoziierten Mächten fordern, ist nur dies: daß Deutsch-Westungarn Gelegenheit geboten werde, selbst durch freie unbeeinflusste Volksabstimmung zu entscheiden, ob es zu Deutschösterreich*

---

<sup>174</sup> Deutsch-Westungarn. In: Deutsches Volksblatt (Morgen-Ausgabe) Jg. 31, Nr. 10843 (13. 3. 1919) 2.

<sup>175</sup> Ernst, Geschichte des Burgenlandes, 190.

<sup>176</sup> Alles haben sie uns genommen! In: Arbeiter-Zeitung (Morgenblatt) Jg. XXXI, Nr. 152 (3. 6. 1919) 1.

<sup>177</sup> Die falsche Adresse von Saint Germain. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVI, Nr. 237 (3. 6. 1919) 1.

<sup>178</sup> Die Grenzbestimmungen für Deutschösterreich. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVI, Nr. 237 (3. 6. 1919) 1.

<sup>179</sup> Auf diese hier erstmals erhobene Forderung einer Volksabstimmung über die Zugehörigkeit Deutsch-Westungarns durch die deutschösterreichische Regierung wurde bereits oben hingewiesen.

*oder zu Ungarn gehören will. Der Entscheidung des deutsch-westungarischen Volkes, wie immer sie ausfalle, wollen wir uns gern unterwerfen, obwohl wir wissen, daß von dieser Entscheidung die wirtschaftliche Zukunft, die wirtschaftliche Lebensfähigkeit Deutschösterreichs in hohem Maße abhängig sein wird.*<sup>180</sup>

Hatte man auf österreichischer, vornehmlich sozialdemokratischer, Seite vor dem Friedensvertragsentwurf angenommen, die Bevölkerung Westungarns würde aus eigenem Bestreben den Anschluss an Österreich vorantreiben, sah sich die österreichische Regierung nun zum Vorschlag eines Volksentscheids gezwungen, um ihre Annahme jetzt rational zu belegen.

Die Reaktion der ungarischen Medien auf die österreichische Forderung einer Volksabstimmung in Deutsch-Westungarn fiel erwartungsgemäß negativ aus. *„Nur dort, wo die Vertreter Deutschösterreichs einem gleichfalls von der Entente wenig verhätschelten Staat gegenüberstehen, werden sie anmaßend und kühn, und machen den kläglichen Versuch, die unvermeidlichen Verluste durch Neueroberungen wettzumachen. Mit zynischer Offenheit, im Widerspruch zu allen Prinzipien des internationalen Rechts fordern sie unter dem Mantel der Volksabstimmung die Angliederung westungarischer Gebiete an Deutschösterreich.*<sup>181</sup>

Der Pester Lloyd stellt die Forderung einer Volksabstimmung über die Zugehörigkeit Westungarn als rechtswidrig und unbotmäßig hin. Da die Zeitung ein Sprachrohr der Räteregierung war, spiegelt sie damit auch die Haltung der Regierung zur westungarischen Frage wider. Inhaltlich wird in diesem Artikel eine nationalideologische Komponente sichtbar, die der kommunistischen Ideologie eigentlich widersprach.

In der Beantwortung der Friedensbedingungen durch die deutschösterreichische Regierung wurde zu den drohenden Gebietsverlusten argumentiert, *„[d]as geschlossene Ganze unseres Heimatbodens, der eine nationale und wirtschaftliche Einheit bildet, würde so verstümmelt, wenn man die aus dem lebendigen Leibe eines Volkes gerissenen Stücke unter die reichen Nachbarn verteilt [...].*<sup>182</sup>

Diese amtliche Äußerung – folgerte Schmid – führt zu einer Biologisierung des Volksbegriffes, die Auswirkungen in Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht hat und die Problematik der Verwendung dieses Begriffes sichtbar macht. „Aus einer Vielheit von Individuen, aus einem

---

<sup>180</sup> Die Nationalversammlung über den Friedensentwurf. Alle Länder und Vertreter im Urteil einig. In: Arbeiter-Zeitung (Morgenblatt) Jg. XXI, Nr. 157 (8. 6. 1919) 3-4.

<sup>181</sup> Budapest, 11. Juni. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 66, Nr. 136 (12. 6. 1919) 1.

<sup>182</sup> Der Wortlaut der Note. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVI, Nr. 244 (11. 6. 1919) 2.

diffizilen Pluralismus, aus einem bloßen , gar nicht exakt definierten Überbegriff wird plötzlich ein Lebewesen, das leiden, empfinden, zerrissen werden, vergewaltigt werden kann. Aus einer bestimmten Anzahl von Staatsbürgern wird ein Lebewesen, das notwendig eben auch nur über einen Willen verfügt.“ Selbst wenn weite Bevölkerungskreise damals tatsächlich so empfanden, zeigten solche Äußerungen, dass der primäre Antrieb der offiziellen österreichischen Politik eher das nationale Moment, nicht aber „die integral demokratische Überlegung war.“ Das Selbstbestimmungsrecht werde von der deutschösterreichischen Politik weder einzelnen noch allen Volksangehörigen zugebilligt, sondern dem Volk als unzerstörbares ewiges Gebilde.<sup>183</sup>

In den in der Folge von der deutschösterreichischen Regierung an die Friedenskonferenz überreichten Gebietsnoten wurde dezidiert erklärt, Westungarn nur auf Grundlage einer Volksabstimmung zu verlangen. Für den Anschluss sprächen vor allem wirtschaftliche Erwägungen: *„Die Leitha sei nur die administrative, niemals die wirtschaftliche Scheidegrenze gewesen. Diese Grenze liege auf Kanonenschußweite von Wien, auf Flintenschußweite von Wiener Neustadt. Oedenburg, Eisenburg, Wieselburg haben immer Wien approvisioniert, auch Graz werde beinahe ausschließlich aus Westungarn verpflegt.“* Den Anspruch auf Deutschwestungarn begründete die österreichische Regierung mit geografischen und nationalen Gründen, weil die beanspruchten westungarischen Gebiete die Ausläufer der Ostalpen bildeten und weil sie seit dem Mittelalter überwiegend von Deutschen besiedelt seien. Außerdem berief sie sich noch auf ökonomische Aspekte, insbesondere auf die land- und handelswirtschaftlichen Vernetzungen.<sup>184</sup>

### **7.3 Der Friedensvertrag**

Die abschließenden Gespräche über den Friedensvertrag mit Österreich fanden auf alliierter Seite unter entscheidend veränderten personellen Bedingungen statt. Der Rat der Vier war nach Unterzeichnung des deutschen Friedensvertrages zum letzten Mal am 28. Juni 1919 zusammengetreten. Am Tag zuvor wurde beschlossen, den Rat der Zehn zu reaktivieren und zum obersten politischen Entscheidungsorgan der Konferenz zu machen. Der neu geschaffene Rat wurde als Supreme Council (Oberster Rat) bezeichnet. Vielleicht war der Abschied Wilsons Ursache dafür, dass manche mitteleuropäische Lösungen nun härter ausgefallen sind, als dies nach den ursprünglichen Beratungen der großen Vier zu erwarten gewesen wäre.<sup>185</sup>

---

<sup>183</sup> Schmid, Selbstbestimmung 1919, 135.

<sup>184</sup> Westungarn. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1919, Nr. 19686 (15. 6. 1919) 5.

<sup>185</sup> Fellner, Die Pariser Vororteverträge, 19-20.

Der Friedensvertrag stieß in der österreichischen Presse auf allgemeine Ablehnung. In riesigen Lettern konnte man am 22. Juli 1919 auf der Titelseite der Arbeiter-Zeitung lesen: „*Der Friedensvertrag mit Deutschösterreich. Fast keine Verbesserungen*“. Als positiv wurden in diesem zweiten Entwurf die Volksabstimmung in Kärnten und der Zuspruch des deutschen Teiles Westungarns mit einigen Abstrichen hervorgehoben. Und dann bemerkte der Verfasser des Artikels im sozialistischen Organ noch, in Westungarn werde man wohl selbst die Volksabstimmung durchführen müssen.<sup>186</sup> Die Neue Freie Presse titelte zum Vertrag „*Der Friede des Zusammenbruches*“ und sah als Grund „*für die ausgeklügelte Grausamkeit*“ die Absicht, „*dieses unglückliche Volk so herunterzubringen, daß es zu einer selbständigen nationalen Politik nicht mehr die Entschlußfähigkeit habe und daß auch Deutschland von solchem wirtschaftlichen Elend abgeschreckt werde.*“<sup>187</sup>

Ungeachtet der Enttäuschung, die auch in der Arbeiter-Zeitung bei der Beurteilung des Friedensvertrages zum Ausdruck kommt, beschränkte sie sich im Wesentlichen auf die Wiedergabe der Vertragsbedingungen. In einem Kommentar zu den Friedensbedingungen äußerte sich Staatssekretär Bauer, „*so furchtbar, bedrückend und bedrohend all das ist, lassen Sie sich trotzdem nicht zu Haß und Feindschaft gegen die Ententevölker verlocken!*“<sup>188</sup>

War bisher die Neue Freie Presse um eine möglichst objektive Berichterstattung über die Pariser Friedensgespräche bemüht, überrascht sie mit ihrer drastischen Wortwahl, die Wut und Enttäuschung über die Entscheidung der Friedenskonferenz ausdrückt. Worte wie „*rohe Behandlung eines wehrlosen Volkes*“ durch die Siegermächte, oder „*an sämtlichen Grenzen von Feinden umgeben*“ und „*wirtschaftlicher Massenmord*“ richten sich als Schuldzuweisungen gegen feindlich gesinnte Alliierte. Nicht zu übersehen ist die nationalideologisch geprägte Haltung in der Anschlussfrage an Deutschland.

Zu den im Friedensvertrag vorgesehenen Gebietsverlusten urteilte die Reichspost, „*die territorialen Bestimmungen berauben nicht nur Millionen Deutscher des Selbstbestimmungsrechtes, sondern lassen Deutschösterreich auch keine Lebensfähigkeit übrig.*“ Ein weiterer Kritikpunkt, der auch in der Debatte des Friedensvertrages in der Nationalversammlung angesprochen wurde, war, dass als teilweiser Ersatz „*für den Raub an deutschem Boden und deutschem*

---

<sup>186</sup> Der Friedensvertrag mit Deutschösterreich. Fast keine Verbesserungen. In: Arbeiter-Zeitung (Mittagsblatt) Jg. XXXI, Nr. 199 (22. 7. 1919) 1.

<sup>187</sup> Der Friede des Zusammenbruches. Die Zahlungsfähigkeit in höchster Gefahr durch einen wahrscheinlichen Schuldenstand von etwa 40 Milliarden. In: : Neue Freie Presse (Nachmittagblatt) Jg. 1919, Nr. 19722 (22. 7. 1919) 1.

<sup>188</sup> Dr. Bauer über die Friedensbedingungen. In: Arbeiter-Zeitung (Mittagsblatt) Jg. XXXI, Nr. 199 (22. 7. 1919) 3.

*Volkskörper*“ von der Entente ein Teil Deutsch-Westungarns angeboten werde. Denn auch mit Deutsch-Westungarn verfare man „*wie mit unseren anderen deutschen Gebieten.*“ Zwar wünsche und hoffe man, dass das deutsche Heizenland sich mit Deutschösterreich vereinigt. Das solle aber nur dann geschehen, wenn es diesen Willen in einer Volksabstimmung bekundet.<sup>189</sup>

Die Reichspost wies die Entente-Entscheidung vehement zurück und bezog die Position, über das Schicksal Westungarns soll ein Volksentscheid den Ausschlag geben. Diesen Standpunkt vertrat auch Staatskanzler Renner in einem Interview Ende Juli 1919. Er erklärte auf Frage, ob Deutschösterreich den vorgeschlagenen Frieden annehmen werde, unter Bezugnahme auf Westungarn: „*Beiläufig bemerkt, werden wir aus Gründen des Selbstbestimmungsrechtes die von der Entente uns angetragenen westungarischen Komitate nicht annehmen, es sei denn, daß die Bevölkerung dieser Gegend in freier, unbeeinflusster Abstimmung sich für uns erklärt. Gewiß leben dort Deutsche, sogar Deutsche desselben Stammes wie wir und gewiß haben diese Deutschen Westungarns seit Menschengedenken wirtschaftlich nach Wien gravitiert; aber noch höher als das Nationalitätenprinzip und als wirtschaftliche Notwendigkeiten stellen wir das Recht der Völker, frei über ihr Geschick zu entscheiden.*“<sup>190</sup>

Renner stellte mit dieser Aussage das Recht auf Selbstbestimmung für die Deutschen Westungarns an die Spitze und reihte gleichzeitig nationale und wirtschaftliche Gründe hintan. Als Kalkül dahinter stand wohl die Überzeugung, bei einer Volksabstimmung werde sich die mehrheitlich deutsche Bevölkerung des durch den Richterspruch der Alliierten Österreich zugewiesenen Gebietsteiles ohnehin für die Angliederung an Österreich entscheiden. Tatsache ist, dass der offizielle Vertreter Österreichs mit dieser Erklärung die Annahme Deutsch-Westungarns ohne Volksabstimmung ausschloss. Diese Erklärung rief heftigen Widerspruch in den Reihen der für den Anschluss Deutschwestungarns an Österreich agitierenden Aktivisten sowohl in Österreich als auch in Deutschwestungarn hervor.

Die Reaktionen in der ungarischen Presse auf den veröffentlichten Textentwurf des Friedensvertrages mit Österreich fielen, soweit sie Westungarn betrafen, ablehnend aus. Es wurde von einem Raub an Ungarn geschrieben, den die Entente im Friedensvertrag von St.-Germain durch die Angliederung Westungarns an Deutschösterreich begehen will, der seinesgleichen

---

<sup>189</sup> Unerträgliche Folgen. Eine Kundgebung der Nationalversammlung an die Entente. Die verweigerete Selbstbestimmung. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVI, Nr. 289 (27. 7. 1919) 4-5.

<sup>190</sup> Unsere Gegenvorschläge in St.-Germain. Aeußerungen des Staatskanzlers Dr. Renner. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVI, Nr. 292 (30. 7. 1919) 2-3.

in der Geschichte suche. Deutschösterreich erhebe unter dem Titel der nationalen Zugehörigkeit Anspruch auf das westungarische Gebiet, wolle den Anspruch aber durch eine Volksabstimmung geltend machen. Die imperialistischen Ententeführer fänden jedoch jede Volksabstimmung überflüssig. *„Man reiße einfach der ungarischen Räterepublik noch ein Stück aus dem lebendigen Leibe. Die drei westungarischen Komitate bilden ein reiches Agrargebiet, das über einen ergiebigen Viehbestand verfügt.“* Die Entete habe aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Das größte Hindernis der Angliederung Westungarns an Deutschösterreich liege im Widerstand des arbeitenden Volkes von Westungarn selbst. Das westungarische Proletariat lege Verwahrung dagegen ein, dass diese Gebiete der Räterepublik entrissen und einem kapitalistischen Staat einverleibt werden. Selbst die deutschnationalistische Bourgeoisie Westungarns wünsche die Volksabstimmung zur Entscheidung über die staatliche Zugehörigkeit. Ohne diese Volksabstimmung könne das westungarische Problem unmöglich gelöst werden.<sup>191</sup>

Der Pester Lloyd sah als Begründung für den Zuspruch Westungarns an Österreich ökonomische Gründe und verwehrt sich dagegen, ein kommunistisches Gebiet einem kapitalistischen Staat zu überlassen. Selbstbestimmung wurde auch von den russischen Bolschewiki angewendet, allerdings war das nur Mittel zum Zweck. Sie unterstützten nationalistische Bewegungen, um die multinationalen Reiche in Europa zu unterminieren und zu zerstören, um damit den Kapitalismus und Imperialismus zu schwächen oder zu stürzen. Stalin selbst sagte, es gäbe Fälle, in denen das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Widerspruch zu einem höheren Prinzip gerät, dem Recht der an die Macht gekommenen Arbeiterklasse auf Festigung ihrer Macht. In solchen Fällen dürfe das Selbstbestimmungsrecht nicht zum Hindernis für die Verwirklichung des Rechts der Arbeiterklasse auf ihre Diktatur werden.<sup>192</sup> Das war nun auch die Devise der ungarischen Räteregierung. Mit dieser Stellungnahme des Blattes als offizielles Organ der Räteregierung, das die Regierungslinie vertrat, wurden die Äußerungen Bela Kuns vom April 1919, für Ungarn hätten die politischen Grenzen keine Wichtigkeit und Ungarn bestehe nicht auf seine territoriale Integrität, obsolet.

In großen Lettern wurde am 3. September 1919 verkündet: *„Die endgültigen Bestimmungen des Friedensvertrages überreicht.“* In der Überschrift hieß es weiter: *„Nur geringfügige Änderungen des Raubfriedens. – ‚Die Republik Oesterreich‘. – Radkersburg und linkes Murufer*

---

<sup>191</sup> Budapest, 28. Juli. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 66, Nr. 175 (29. 7. 1919) 1.

<sup>192</sup> Kershaw, Höllensturz, 169-170.

*sowie Westungarn ohne Volksabstimmung zugesprochen. – Wenig Aenderungen der wirtschaftlichen Bedingungen. – Weitreichende Befugnisse der Reparationskommission.*<sup>193</sup>

Allen diesen von Enttäuschung und Resignation gekennzeichneten Kommentaren stand der Motivenbericht des Begleitschreibens zum Friedensvertrag gegenüber, der die Aussage enthielt: *„Die Alliierten haben keineswegs die Absicht, die unglückliche Lage, in der sich Oesterreich befindet, zu verschärfen, sondern dem neuen Staat zu helfen.“* Dabei wurde auf Neuerungen im Vertrag hingewiesen, insbesondere darauf, dass Westungarn ohne Abstimmung an Deutschösterreich falle.<sup>194</sup>

Der schließlich am 10. September 1919 im Schloss Saint Germain unterzeichnete Vertrag „war ein mühseliges Instrument von 381 Artikeln und zahlreichen, umfangreichen Annexen zur Regelung der vielen, sich aus der Auflösung der Doppelmonarchie ergebenden Streitfragen wirtschaftlicher, rechtlicher und politischer Natur.“<sup>195</sup>

Wurde nun mit dem „Staatsvertrag“ von Saint Germain, wie er von der österreichischen Regierung bezeichnet wurde, den Forderungen nach Berücksichtigung nationaler Belange zumindest teilweise Rechnung getragen? Dass der Vertrag Härten für Österreich enthielt führte Fellner darauf zurück, dass viele Streitfragen zugunsten der anderen Nachfolgestaaten entschieden wurden. Es könne kein Zweifel darüber bestehen, dass die „befreiten Staaten“ auf jede Weise versuchten, den aus der Vergangenheit entspringenden Verpflichtungen wirtschaftlicher und finanzieller Art auf Kosten Österreichs und Ungarns zu lösen. Durch das Beharren auf den Standpunkt, die österreichische Regierung spreche im Namen aller Deutschen der ehemaligen Habsburgermonarchie habe man sich bei den Alliierten keinen guten Dienst erwiesen, denn dadurch hätte man auch jene Staatsmänner der Großmächte gegen sich eingenommen, die ursprünglich durchaus zu einer verständnisvolleren Haltung Österreich gegenüber eingestellt waren. Beurteilt man den Vertrag von Saint Germain vom Standpunkt des Scheiterns der Forderungen der österreichischen Delegation nach den deutschböhmischen und deutschmährischen Gebieten, erhellt, dass bereits während des Umsturzes im Herbst 1918 eine Verkehrung der Fronten eingetreten ist. Nationen, die seit Jahrzehnten auf das nationale Selbstbestimmungsrecht zur Erlangung ihrer Freiheit pochten, wurden nun zu Vertretern historischer Grenzen, während die deutschösterreichischen Politiker, die bis 1918 die historische Einheit des Gesamtstaates schützen wollten, nun das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung

---

<sup>193</sup> Die endgültigen Bestimmungen des Friedensvertrages überreicht. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVI, Nr. 327 (3. 9. 1919) 1.

<sup>194</sup> Die Bedingungen des Vertrages. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1919, Nr. 19765 (3. 9. 1919) 1.

<sup>195</sup> *Fellner*, Die Pariser Vororteverträge, 19.

zum Grundsatz ihrer Friedensregelung erhoben. Wenn Österreich, wie es die österreichische Delegation behauptete, ein erst 1918 konstituierter Staat geworden ist, konnte er sich zunächst nur innerhalb der historischen Grenzen der nun zusammengehörenden Provinzen konstituieren. Einen Rechtsanspruch auf die übrigen deutschsprachigen Länder der Monarchie, auch auf Deutsch-Westungarn, hatte dieses Österreich nicht. Die Forderung zur Abtretung dieser deutschen Gebiete an Österreich aus nationalen Gründen wäre zwar moralisch und ethnisch berechtigt gewesen, verfassungsrechtlich und völkerrechtlich war sie aber zweifelhaft. Wenn man allerdings Deutschösterreich als konstitutiven Kern der zerfallenen Monarchie ansieht, wäre die Argumentation zulässig, dass die Nachfolgestaaten sich aus Österreich das heraus schnitten, was ihnen begehrenswert erschien. Abgesehen von Südtirol und den südsteirischen Gebieten gehörte keine der Gebietsabtretungen zu den jetzt in der Republik vereinigten Provinzen. Mit Ausnahme der Kärntner Frage und Westungarn war somit die österreichische Delegation in der Forderung nach Berücksichtigung nationaler Belange völlig erfolglos geblieben.<sup>196</sup>

## **9. Mobilisierung für und gegen die Durchführung des Friedensvertrages**

### **8.1 Auswirkungen des Vertrages von Saint Germain**

Als Vertreter Deutschösterreichs bei der Friedenskonferenz in Paris erklärte Staatskanzler Renner in Saint Germain gegenüber einem Korrespondenten, unter den territorialen Fragen nehme die westungarische eine wichtige Stellung ein. *„Wir wissen, daß die von uns beanspruchten Landstriche ganz überwiegend deutsch sind, deutsch fühlen. [...] Darum ist die Anerkennung des deutschen Charakters dieser Gebiete und ihre Zuweisung an Deutschösterreich durch die Ententemächte in unseren Augen zugleich die Feststellung unbestreitbarer Tatsachen und die Begründung eines internationalen Rechts. [...] Trotzdem bleibt sich die junge Demokratie Deutschösterreichs nur selbst getreu, wenn sie für ihr Gewissen und für die Volksmenge, die die Veränderung betrifft, ebenso wie für das magyarische Nachbarvolk, diesen höchsten Richterspruch der heute höchsten Gewalt auf Erden nicht als alleinigen und entscheidenden Rechtstitel gelten lassen will, sondern eine Volksabstimmung fordert. [...] Deutschösterreich wird Westungarn so lange nicht als rechtlich zugehörigen Teil des Staates*

---

<sup>196</sup> Fellner, Die Pariser Vororteverträge, 17-19.

*behandeln, als die Massen Westungarns über ihre staatliche Zugehörigkeit selbst beschlossen haben.*<sup>197</sup>

Trotz der unmissverständlichen Formulierung im Textentwurf des Friedensvertrages, Deutsch-Westungarn werde ohne Volksabstimmung an Österreich angegliedert, verlangte die österreichische Regierung dennoch die Durchführung eines Plebiszits. Diese Haltung stieß bei den deutsch-westungarischen Aktivisten auf heftige Ablehnung. Sie organisierten in Fürstfeld am 10. August eine Massenversammlung Bevollmächtigter von 231 westungarischen Gemeinden. Die Redner der Versammlung wandten sich gegen das für sie unverständliche Vorgehen der Wiener Regierung. *„Heute arbeitet bereits die magyarische Propaganda mit dem Argument, daß Österreich Deutschwestungarn überhaupt nicht annehmen will.*“<sup>198</sup>

Die nationalistischen deutschen Aktivisten sahen sich in ihren Bemühungen um einen Anschluss Deutsch-Westungarns an Deutschösterreich nun von zwei Seiten bedrängt. Einerseits durch die für sie nicht nachvollziehbare Haltung der österreichischen Regierung mit ihrem Beharren auf einer Volksabstimmung in Deutsch-Westungarn, und andererseits durch die auf Grund des österreichischen Standpunktes in der ungarischen Presse einsetzende Gegenpropaganda. Diese Zwangslage veranlasste sie, ihre Strategie den neuen Bedingungen anzupassen. Um aus der Defensive herauszukommen, in der sie durch diese Entwicklung gedrängt wurden, organisierten sie die Versammlung westungarischer Gesinnungsgenossen auf deutschösterreichischem Gebiet. Damit sollte mit Hilfe der deutschösterreichischen Presse eine größere Öffentlichkeit zur Unterstützung ihrer Forderungen gewonnen werden, die ihrerseits wieder Einfluss auf die österreichische Politik im Sinne der Aktivisten nehmen sollte. Kurzfristig hatten sie damit zumindest die Aufmerksamkeit der österreichischen Presse und die ihrer Leserschaft erreicht. Mittelfristig führte dies schließlich auch zu einer Änderung der Haltung der österreichischen Regierung.

## **8.2 Ungarischer Widerstand**

In Ungarn hatten die Wirrnisse nach dem Sturz der Räterepublik zur Folge, dass Rechtsnationale eine neue Regierung bildeten, welche von Militär, Bürokratie, der Wirtschaft und besser

---

<sup>197</sup> Die Volksabstimmung in Westungarn. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1919, Nr. 19737 (6. 8. 1919) 2-3.

<sup>198</sup> Westungarn für den Anschluß an Deutschösterreich. In: Neue Freie Presse (Nachmittagblatt) Jg. 1919, Nr. 19742 (11. 8. 1919) 3.

gestellten Teilen der Bauernschaft, die vom kommunistischen Regime abgestoßen waren, begrüßt wurde. Die Antwort auf den „Roten Terror“ des Kun-Regimes war der Beginn eines umfassenden „Weißen Terrors“, der tausende Todesopfer und Gefangene fordern sollte.<sup>199</sup>

Die neue ungarische Regierung wehrte sich gegen die Entscheidung von Saint Germain. Sie betrachtete die Abtretung Westungarns als Provokation. In dieser Frage versteifte sich der Widerstand Ungarns. Die Regierung ließ nichts unversucht, den aus ihrer Sicht kränkenden und demütigenden Friedensvertrag revidieren zu lassen. Die Bevölkerung Deutschwestungarns wurde unter massiven politischen Druck gesetzt und die ungarischen diplomatischen Vertretungen versuchten in Paris, Rom, Berlin und Warschau alles daranzusetzen, um den drohenden Verlust Westungarns abzuwenden.<sup>200</sup>

Ungarn spekulierte darauf, die Entente werde es wegen eines unbedeutenden Grenzstreifens nicht zum Äußersten kommen lassen. Da sich Ungarn gerade in der Phase der ungarisch-französischen Zusammenarbeit befand, verlangte Budapest von Paris, dass in der westungarischen Frage keine Druckmittel angewendet würden, was den Ungarn auch versprochen wurde. Nur durch die Rückendeckung Frankreichs ist die Hartnäckigkeit der ungarischen Politik in dieser Frage verständlich. Ungarische Politiker erklärten nämlich, ganz Ungarn sei sich darin einig, sich von der Entente nicht so beschneiden zulassen, was besonders für Westungarn gelte. Man werde nur der Gewalt weichen, die man aber nicht fürchte. Denn habe die Entente erst einmal demobilisiert, werde sie sich nicht mehr zu einem Kampf um ein so entlegenes Gebiet aufraffen. Ein Erfolg gegenüber Österreich und der Entente sollte psychologisch eine Kompensation für den tief verletzten ungarischen Nationalstolz bieten. In der österreichischen Haltung erblickten die Ungarn einen Akt der Felonie.<sup>201</sup>

Der ungarische Widerstand rief bald Gegenreaktionen der deutschen Aktivisten in Deutsch-Westungarn hervor. Sie organisierten ein Treffen von Vertretern deutscher und kroatischer Gemeinden, vorwiegend aus den Komitaten Ödenburg und Wieselburg auf deutschösterreichischem Gebiet, um über den Anschluss Westungarns an Deutschösterreich zu beraten. Teilnehmer dieses Treffen bezifferten die Anschlussbereitschaft an Deutschösterreich mit 94 Prozent der gesamten Bevölkerung Westungarns. Gleichzeitig wiesen sie aber auch darauf hin, dass Regierungsorgane der Komitate Ödenburg und Wieselburg strenge Weisung hätten, gegen jedermann, der vom Anschluss spreche, mit den schärfsten Mitteln einzuschreiten und

---

<sup>199</sup> *Kershaw, Höllensturz*, 193.

<sup>200</sup> *Ernst, Geschichte des Burgenlandes*, 191-192.

<sup>201</sup> *Schmidt-Wulffen, Das Burgenland und die deutsche Politik*, 273.

Verhaftungen vorzunehmen. Im Bericht über dieses Treffen hieß es weiter, die weitgehend sozialdemokratisch organisierte Arbeiterschaft sei durchwegs für den Anschluss an Deutsch-österreich, während die westungarischen Führer und Agitatoren der ungarischen christlichsozialen Partei sowie die Geistlichkeit fast durchwegs im Dienst der anschlussfeindlichen Magyaren seien. Bedauerlich sei, dass bereits ein großer Teil des Viehbestandes in das ungarische Hinterland verschleppt worden sei. Die ungarischen Agitatoren verlören dadurch aber bei der Bauernschaft ihren Anhang.<sup>202</sup>

Die Behauptungen der deutschen Aktivisten über die prozentuelle Anschlussbereitschaft der westungarischen Bevölkerung scheinen doch stark übertrieben. Die Agitationen sowohl der ungarischen als auch der deutschen Seite dürften manche Kreise der westungarischen Bevölkerung in einen Gewissenskonflikt gebracht haben. Die meisten Angehörigen der Beamten-schaft und des Klerus sowie auch Teile der Bauernschaft – dies geht auch aus dem Bericht hervor – schwankten zwischen Staatstreue und Volkstum. Der tatsächliche Anschlusswille in der westungarischen Bevölkerung war daher noch keine ausgemachte Sache, weder für die eine noch für die andere Seite. Dafür scheint auch ein ungarischer Bericht zu sprechen, nach welchem Vertreter von 23 Gemeinden des Eisenstädter Bezirkes einen Beschluss gefasst hätten, „daß sie auch weiterhin treue deutsche Söhne des ungarischen Vaterlandes bleiben wollen und protestieren gegen den Anschluss an Oesterreich.“<sup>203</sup>

Wegen der innenpolitischen Entwicklung in Ungarn, vor allem wegen behaupteter Übergriffe auch auf Bewohner Deutsch-Westungarns, sah sich nun die deutschösterreichische Regierung genötigt, zum Schutz der Deutschen Westungarns die Friedenskonferenz in Paris um Ermächtigung zur Entsendung von Sicherungstruppen in die westungarischen Komitate zu ersuchen. Die ungarische Reaktion erfolgte postwendend: „Die Budapester Regierung gegen die Besetzung Westungarns durch Deutschösterreich“, schrieb die Reichspost. In einer Note an die deutschösterreichische Regierung protestierte die ungarische Regierung gegen den Schritt Österreichs, eine Ermächtigung zur Entsendung von Sicherungstruppen zwecks Wahrung von Ordnung und Ruhe in den westungarischen Komitaten zu erhalten. Die deutsche Bevölkerung Westungarns wurde in der Note als „Fleisch von unserem Fleische und Blut von unserem Blute“ bezeichnet. Dass die deutsche Bevölkerung misshandelt werde, wurde bestritten. Gleichzeitig warnte die ungarische Regierung, dass vor einem Beschluss der Friedenskonfe-

---

<sup>202</sup> Gewalttätige Beeinflussung der Volksstimmung in Deutschwestungarn. In Erwartung des Einmarsches der Deutschösterreicher. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1919, Nr. 19748 (17. 8. 1919) 6.

<sup>203</sup> Gegen die Lostrennung Westungarns. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 66, Nr. 252 (19. 12. 1919) 3.

renz eine vorgreifende gewaltsame Besetzung der westungarischen Komitate durch Deutschösterreich einen bewaffneten Widerstand zur Folge haben würde. Außerdem bestünde zwischen dem Schritt der deutschösterreichischen Regierung und ihrem bisherigen Standpunkt, wonach die Entscheidung über das Schicksal Westungarns von einer unbeeinflussten Volksabstimmung abhängig gemacht werden soll, ein Widerspruch.<sup>204</sup>

In den jetzigen und den folgenden Handlungen und Äußerungen der Regierungsverantwortlichen von Deutschösterreich und Ungarn wird das Dilemma, das der Friedensvertrag hinsichtlich seiner rechtlichen Auswirkungen schuf, deutlich. Die deutschösterreichischen Politiker sahen sich durch den Zuspruch Deutsch-Westungarns bereits zur Schutzmacht berufen, während die Regierungen Ungarns sich auf ihre faktische Rolle als Staatsmacht stützten. Diese entgegengesetzten Sichtweisen dominierten auch die zukünftigen Ereignisse in der westungarischen Frage und trübten die Beziehungen der beiden Staaten zueinander zusehends. Wurde bisher sowohl in der ungarischen als auch der österreichischen Presse trotz aller Gegensätze zumindest in Ansätzen das Bemühen um gutnachbarliche Beziehungen zwischen den beiden Staaten gefordert, überwogen ab jetzt Vorwürfe und Verunglimpfungen auf beiden Seiten.

Wie unklar die Situation tatsächlich war, zeigt ein Bericht einer österreichischen Zeitung, die sich auf eine Mitteilung der Presseleitung der diplomatischen Mission Italiens berief. Danach habe der Oberste Rat der Alliierten in seiner letzten Sitzung den Entschluss gefasst, „*der deutschösterreichischen Regierung wohl kein formelles Mandat zur Besetzung der westungarischen Gebiete, die im Frieden von Saint-Germain Deutschösterreich zugesprochen wurden, zu erteilen, sich jedoch auch dahin zielenden Maßnahmen seitens der deutschösterreichischen Regierung nicht zu widersetzen, das heißt diese stillschweigend zu dulden.*“<sup>205</sup> Von einem anderen österreichischen Blatt wurde diese Meldung bestätigt, das schrieb, es sei eine ähnliche Mitteilung von Seiten der Entente schon seit längerer Zeit eingelangt, die deutschösterreichischen Behörden hätten daraus aber keine Sicherheit dafür gewinnen können, dass nicht trotzdem ungarische Truppen mit Waffengewalt der Besetzung Widerstand leisten würden.<sup>206</sup>

Die österreichische Regierung selbst bezweifelte die Durchführbarkeit der Besetzung Westungarns. Gendarmerie und Grenzschutz wurden als unzulänglich angesehen, die Volkswehr

---

<sup>204</sup> Die Budapester Regierung gegen die Besetzung Westungarns durch Deutschösterreich. Eine Note an die deutschösterreichische Regierung. In: Reichspost (Montagausgabe der „Wiener Stimmen“) Jg. XXVI, Nr. 311 (187) (18. 8. 1919) 1.

<sup>205</sup> Die Erlaubnis zur Besetzung Deutschwestungarns durch Deutschösterreich. Stillschweigende Duldung durch die Entente. In: Neue Freie Presse (Abendblatt) Jg. 1919, Nr. 19754 (23. 8. 1919) 1.

<sup>206</sup> Die Prüfung unserer Gegenvorschläge. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVI, Nr. 317 (24. 8. 1919) 3.

schien dafür unzuverlässig. Nach dem Sturz der Kommunisten in Ungarn war man sich auch der Zustimmung der westungarischen Bevölkerung nicht mehr sicher. Der Redakteur des Deutschen Volksblattes, Kramer, schilderte in seinen Reiseeindrücken die veränderte Haltung der Burgenlanddeutschen und meinte, es könne keine Rede mehr von einem allgemeinen Anschlussverlangen sein. Die Menschen würden zwar den Anschluss hinnehmen, ihn aber nicht begrüßen. Die günstige Gelegenheit, in den letzten Tagen des Kun-Regimes einzugreifen, sei verpasst worden. Da wäre der Anschluss ohne weiteres erfolgt. Heute sei die Bevölkerung mit dem politischen Umschwung in Ungarn zufrieden, hingegen herrsche ein starkes Misstrauen gegenüber der sozialistischen Wiener Regierung.<sup>207</sup>

Dieser Schwebezustand über den Status von Deutsch-Westungarn ließ naturgemäß unterschiedliche Interpretationen des Friedensvertrages zu. So erklärte Kanzler Renner gegenüber Pressevertretern in Saint Germain im August 1919 den deutschösterreichischen Standpunkt zur ungarischen Note in Angelegenheit der Sicherheit der Bevölkerung Deutsch-Westungarns folgendermaßen: *„Wenn auch der Friedensvertrag noch nicht unterschrieben ist, so steht doch heute schon fest, daß die deutschen Teile der drei Komitate Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg, unser Dreiburgenland, zu Deutschösterreich kommen werden. [...] Nach wie vor erklären wir, daß wir diese Gebiete nicht anektieren wollen, sondern daß eine freie Selbstentschließung seiner Bewohner unter neutraler Besetzung entscheiden soll; aber unsere strenge Rechtlichkeit darf für keinen anderen die Handhabe zur Illoyalität werden.“*<sup>208</sup>

Mit dieser Erklärung zeichnete sich bereits eine Meinungsänderung Renners in der Frage einer Volksabstimmung Westungarns vor dem Anschluss an Österreich ab, die er anlässlich eines Interviews mit der Schweizerischen Depeschagentur zur Frage eines Vorarlberger Anschlusses an die Schweiz und zu Deutschwestungarn noch deutlicher formulierte. Renner erklärte dort, der Friedensvertrag habe die Vorarlberger Frage erledigt, da nach Unterzeichnung des Staatsvertrages das neue österreichische Staatsgebiet völkerrechtlich garantiert sei. Das von den Mächten bezüglich Vorarlberg gesetzte Recht widerspreche keinesfalls dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, denn hier handle es sich nicht um das Selbstbestimmungsrecht einer Nation, auch nicht eines Teiles einer Nation, der sich von fremder Nationalherrschaft lö-

---

<sup>207</sup> Schmidt-Wulffen, Das Burgenland und die deutsche Politik, 273.

<sup>208</sup> Die Notwendigkeit des Anschlusses Deutschwestungarns an Deutschösterreich. Die Antwort Dr. Renners auf die Note Lovaszys. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1919, Nr. 19750 (19. 8. 1919) 3.

sen will, sondern es blieben einfach Deutsche bei Deutschen. In Bezug auf Deutsch-Westungarn, das sich selbst den Namen Burgenland<sup>209</sup> gibt, habe der Friede von Saint Germain ein dauerndes Recht gesetzt, dem sich jede ungarische Regierung fügen müsse. Das dortige Volk werde zu gegebener Zeit befragt werden, aber schon jetzt sei das Burgenland durch den Friedensvertrag der Sorge und Verantwortung Österreichs anvertraut.<sup>210</sup> Mit dieser Erklärung Renners erfolgte eine deutliche Abkehr von der bisher von offizieller Stelle vertretenen österreichischen Forderung einer Volksabstimmung, die über die Zugehörigkeit Deutsch-Westungarns zu Österreich oder Ungarn entscheiden sollte.

In der nächsten Zeit kam es zu einigen proösterreichischen Kundgebungen in Deutschwestungarn, denen ungarische Gegenmaßnahmen folgten. Österreichische Blätter berichteten über die den ungarischen Behörden bis zum letzten Augenblick verborgen gebliebenen Vorbereitungen von Kundgebungen am 17. August 1919 in größeren Orten des an die Steiermark angrenzenden Gebietes von Deutschwestungarn. In Entschließungen bekannten die *„beglaubigten Vertreter [...] dem Volkswillen entsprechend, sich von heute an als zur Steiermark gehörend [...]“*.<sup>211</sup>

Am nächsten Tag wurde berichtet, dass erwartungsgemäß eine brutale Gegenaktion der magyarischen Machthaber im *„neusteirischen Gebiete“* eingesetzt habe.<sup>212</sup>

Wie sehr die westungarische Frage auch für innenpolitische ideologische Scharmützel in der österreichischen Presse instrumentalisiert wurde, zeigen zwei Artikel der Reichspost. Dort wurde unter dem Titel *„Die Wiener Regierung als Abschreckungsmittel“* ein ungarischer Aufruf an die Bevölkerung Deutschwestungarns wiedergegeben, mit dem auf eine große Gefahr für Westungarn bei einer geplanten Besetzung durch die Wiener Volkswehr, die man als Proletarierarmee, bestehend aus bolschewikischen Bataillonen, bezeichnete, hingewiesen wurde. Das Blatt schrieb dazu, der Aufruf zeige die politische Stimmung in Westungarn auf, die auch die Budapester Regierung benutze. Was im Aufruf auf das Konto der Wiener Volkswehr ge-

---

<sup>209</sup> Im untersuchten Material scheint hier zum ersten Mal für den beanspruchten Gebietsteil Deutsch-Westungarn die Bezeichnung „Burgenland“ auf.

<sup>210</sup> Staatskanzler Dr. Renner über die Vorarlberger und westungarische Frage. In: Neue Freie Presse (Abendblatt) Jg. 1919, Nr. 19770 (9. 9. 1919) 1-2.

<sup>211</sup> Der Anschluß westungarischer Gebiete an Steiermark proklamiert. Massenkundgebungen in Westungarn. In: Reichspost (Montagausgabe der „Wiener Stimmen“) Jg. XXVI, Nr. 311 (187) (18. 8. 1919) 2; Der Anschluß Deutschwestungarns an die Steiermark. Große Volkskundgebungen für die sofortige Einverleibung in Deutschösterreich. In: Neue Freie Presse (Nachmittagblatt) Jg. 1919, Nr. 19749 (18. 8. 1919) 3.

<sup>212</sup> Die Gewaltmaßnahmen der Ungarn gegen die Anschlußbewegung. Verhaftungen unter Waffenanwendung. In: Neue Freie Presse (Abendblatt) Jg. 1919, Nr. 19750 (19. 8. 1919) 2.

setzt werde, könne beim christlichen Volk Deutsch-Westungarns wirksam als Abschreckungsmittel benützt werden.<sup>213</sup> In einem weiteren Artikel der Reichspost hieß es, „[d]ie Nachricht von der Zuerkennung Westungarns an Deutschösterreich löste zwar ein Gefühl der Befreiung aus, konnte aber keine besondere Freude erwecken, da das Mißtrauen gegen die Wiener Kommunisten zu groß ist, das von den Magyaren geschickt ausgenützt wird.“<sup>214</sup>

Nach der Unterzeichnung des Vertrages von Saint Germain durch die österreichische Nationalversammlung verstärkten die nationalistischen deutschen Aktivisten in Österreich ihre Anstrengungen auf einen Anschluss Deutsch-Westungarns. Bei einer in Wien von der „Deutschen Hilfsstelle für Niederösterreich“ einberufenen Versammlung forderten sie in einer EntschlieÙung die Regierung auf, das durch den Friedensvertrag zugewiesene Gebiet Westungarns sofort zu besetzen und eine Regierung für das Heinzenland zu ernennen, dessen Bevölkerung später selbst darüber entscheiden soll, ob sie die Errichtung eines eigenen Landes oder die Angliederung an Niederösterreich und Steiermark wünsche. Staatskanzler Renner erklärte zu dieser Forderung, „aus wichtigen außenpolitischen Gründen könne derzeit an ein etwaiges Einmarschieren in Deutschwestungarn nicht gedacht werden. Wenn wir jetzt einmarschieren würden, würden uns die Truppen der Regierung Friedrich Widerstand leisten und würden insbesondere, wenn sie den Rückzug aus Westungarn antreten müÙten, gegenüber der Bevölkerung Westungarns die größten Repressalien üben, und Raub und Brand und Mord seitens der magyrischen Soldaten würden die Folge sein. [...] Wir haben die Möglichkeit, das deutschwestungarische Land auf diplomatischem Wege zu gewinnen.“<sup>215</sup>

Die Ratifizierung des österreichischen Friedensvertrages durch die Siegermächte ließ allerdings auf sich warten. Zwar hatte die österreichische Nationalversammlung den Vertrag bereits im September ratifiziert, doch er konnte erst in Kraft treten, wenn drei Hauptmächte die Ratifizierung vollzogen hatten. Bis November 1919 war dies nur von italienischer Seite geschehen. Das englische Parlament hatte sich bisher mit dem Vertrag nicht beschäftigt, in Frankreich standen Wahlen an, sodass erst im Frühjahr 1920 mit einem Beschluss zu rechnen war. Das hatte zur Folge, dass Österreich im Verhältnis zu den Hauptmächten und zu den Nachbarstaaten sich nicht im Krieg und auch nicht im Frieden befand. Die österreichische

---

<sup>213</sup> Die Bewegung in Westungarn. Die Wiener Regierung als Abschreckungsmittel. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVI, Nr. 323 (30. 8. 1919) 4.

<sup>214</sup> Deutsch-Westungarns Anschluß. Der Eindruck des Friedensvertrages bei der westungarischen Bevölkerung. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVI, Nr. 330 (6. 9. 1919) 4.

<sup>215</sup> Staatskanzler Dr. Renner über Westungarn. In: Neue Freie Presse (Nachmittagblatt) Jg. 1919, Nr. 19818 (27. 10. 1919) 2.

Presse schloss daraus, die Verschleppung sei die Ursache für die Krise, unter der die österreichische Bevölkerung zu leiden habe.<sup>216</sup>

Dieser unbefriedigende Zustand betraf auch weiterhin das Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn in der westungarischen Frage. Staatskanzler Renner meinte in einem Interview dazu: *„In der westungarischen Frage hat die Pariser Konferenz bereits gesprochen, endgültig gesprochen, sie ist für uns eine res iudicata, die wir nicht in Zweifel lassen können. Die Tatsache, daß wir Besetzungsmaßnahmen bisher unterließen, darf niemand beirren. [...] Die formelle Besitzergreifung dürfte vorläufig unterbleiben, eben weil das Besitzrecht nicht mehr strittig ist.“*<sup>217</sup> Mit diesen Aussagen distanzierte sich Renner gänzlich von einer Volksabstimmung in Westungarn, die über den Verbleib bei oder die Abspaltung von Ungarn entscheiden sollte. In der westungarischen Frage wird sich die österreichische Regierung in Zukunft auf den Standpunkt der res iudicata stellen.

In der ungarischen zivilen Gesellschaft begannen sich nun weitere Gruppen zu formieren, um in die öffentliche Diskussion um Westungarn einzugreifen. Am 7. Dezember 1919 hielt die „Westungarische Liga“ in Budapest ihre konstituierende Generalversammlung ab, an der auch Vertreter der Regierung, der Nationalen Armee und der Liga zur Wahrung der Integrität des Landes teilnahmen. Seitens des Vorbereitungskomitees wurde erklärt, *„daß sich die Liga zu dem Zwecke bilde, um die Großmächte durch Argumente und Tatsachen davon zu überzeugen, daß Westungarn vom Mutterlande nicht losgerissen werden könne und dürfe, [...] Westungarn gehöre politisch und administrativ seit einem Jahrtausend zu Ungarn, die Bevölkerung dieses Gebietes hat nie das Bestreben geäußert, sich Oesterreich anzuschließen, und die Bewohnerschaft von Westungarn halte ebenfalls treu zum Mutterland, dem es seine materielle und geistige Kultur und seinen Wohlstand verdankt.“*<sup>218</sup> Der Pester Lloyd sah es als dringendste Aufgabe der Liga an, im westungarischen Volk den unerschütterlichen ungarischen Patriotismus gegenüber österreichischen Versuchen wachzuhalten.

Im Jänner 1920 konstituierte sich in Budapest ein Verband namens „Ungarländischer Verband der ungarfreundlichen nationalen Minderheiten“. Als Verbandszweck wurden der Schutz der

---

<sup>216</sup> Das unerträgliche Verhältnis zu den Nachbarstaaten. Im Zusammenhange mit der Verschleppung der Friedensverträge. In: Neue Freie Presse (Nachmittagblatt) Jg. 1919, Nr. 19834 (13. 11. 1919) 1.

<sup>217</sup> Staatskanzler Dr. Renner über die Vorgänge in Ungarn und über Westungarn. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1919, Nr. 19840 (20. 11. 1919) 3.

<sup>218</sup> Konstituierende Versammlung der Westungarischen Liga. In: Pester Lloyd (Abendblatt) Jg. 66, Nr. 238 (8. 12. 1919) 3.

gebietlichen Unversehrtheit Ungarns und die Sicherung der Rechte der nationalen Minderheiten in brüderlichem Einvernehmen mit dem Ungarntum genannt. Die Versammlung beschloss, „*sich im Wege der Ententemissionen und auch unmittelbar mit einer Denkschrift an die Friedenskonferenz zu wenden, und bei dieser Gelegenheit gegen die Gebietsverstümmelung Ungarns Einsprache zu erheben.*“<sup>219</sup>

Auch die westungarischen Abgeordneten in der ungarischen Nationalversammlung formierten sich zu einer Einheitsfront in der westungarischen Angelegenheit. Von ihnen wurden der ungarischen Nationalversammlung und sämtlichen ausländischen Missionen in Budapest folgende Botschaft überreicht: „*Wir Abgeordneten der Nationalversammlung aus dem Oesterreich zugesprochenem Westungarn verwahren uns insgesamt feierlich dagegen, daß unser Volk von unserem ungarischen Vaterland abgetrennt wird. Zu diesem Protest haben wir volles Recht, da wir in unseren Programmreden und in jedem Verkehr mit den Wahlbürgern immer betonten, daß wir unentwegte Anhänger der mit Ungarn bestehenden tausendjährigen Zusammengehörigkeit sind. Mit diesem Programm wurden wir von einer überwiegenden Mehrheit [...] gewählt, [...]. Es erfüllt uns das erhebende Bewußtsein, daß unsere Wahl gleichzeitig eine Volksabstimmung zugunsten des Verbleibens bei Ungarn war.*“ Schließlich wurde im Schriftstück die Durchführung einer Volksabstimmung für Westungarn gefordert.<sup>220</sup>

Alle diese Aktivitäten der ungarischen Nationalisten lassen sich mit den bevorstehenden ungarischen Friedensverhandlungen erklären, wo es galt, den ungarischen Standpunkt mit gewichtigen Argumenten zu untermauern. Das Hauptaugenmerk in der Argumentation lag dabei immer wieder im Hinweis auf die historischen Grenzen und auf den Willen der Bevölkerung zum Verbleib bei Ungarn. In das gleiche Horn stieß auch die ungarische Presse, die nicht müde wurde, eindeutig Position in der westungarischen Frage zu beziehen. In einem Leitartikel schrieb der Pester Lloyd: „*Herr Renner bringt die Versicherung des Obersten Rates heim, daß Deutschwestungarn ohne Volksabstimmung unwiderruflich zur Republik Oesterreich gehöre. [...] Wenn Westungarn vom ungarischen Staate abgetrennt werden soll, so darf es nur auf ausdrücklichen Wunsch der dortigen Bevölkerung geschehen. Ohne Volksabstimmung*

---

<sup>219</sup> Ungarländischer Verband der ungarfreundlichen nationalen Minderheiten. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 67, Nr. 7 (8. 1. 1920) 2.

<sup>220</sup> Eine Verwahrung der deutschen Abgeordneten Westungarns. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVII, Nr. 44 (14. 2. 1920) 3.

*wäre die Abtrennung ein Akt der Vergewaltigung, aus dem weder für Oesterreich, noch für die Entente, am allerwenigsten aber für die künftige Ruhe Europas Heil erwachsen kann.*<sup>221</sup>

Der durch die noch nicht erfolgte Ratifikation des Friedensvertrages durch die alliierten Hauptmächte verursachte Schwebzustand wirkte sich auch auf die österreichische Ernährungsfrage aus. Durch den Anschluss Deutsch-Westungarns erhoffte man sich zumindest eine Verbesserung in der Lebensmittelversorgung für die österreichische Bevölkerung. Doch sowohl in der Einschätzung der wirtschaftlichen Potenz Westungarns als auch der völkerrechtlichen Konsequenz des Vertrages von Saint Germain zeigten sich auch hier deutliche Auffassungsunterschiede zwischen Österreich und Ungarn. Noch im Juli 1919 behauptete die kommunistische Räteregierung, die westungarischen Komitate bildeten ein reiches Agrargebiet, das über einen ergiebigen Viehstand verfüge. Der ungarische Gesandte der neuen Regierung, Dr. Gratz, meinte dagegen im Dezember 1919, *„daß durch den Anschluß dieses Gebietes die Ernährungslage Oesterreichs nicht erleichtert, sondern erschwert würde. Das Gebiet ist arm und hat sich nie selbst versorgt, weder mit Getreide, noch mit Kartoffeln, Vieh und Zucker.“* Und weiter sagte er: *„Ich halte es schlechterdings für unmöglich, daß eine sozialdemokratische Regierung fremdes Gebiet ohne Befragen des Volkes, das es bewohnt, einem fremden Staat angliedern könnte. [...] Eine Entscheidung der Frage durch eine Volksabstimmung aber würde wohl einen Ausweg aus den Differenzen darstellen.“*<sup>222</sup>

War es bis vor Kurzem noch die Haltung Österreichs, die westungarischen Frage auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker durch eine Volksabstimmung zu entscheiden, brachte nach der Abkehr Österreichs von diesem Prinzip nunmehr der offizielle Vertreter Ungarns erstmals auf ungarischer Seite das Recht auf Selbstbestimmung in die Diskussion und forderte seinerseits die Abhaltung einer Volksabstimmung in Westungarn. Und die Zeit schien, nicht zuletzt wegen der bisher noch nicht erfolgten Ratifizierung des österreichischen Friedensvertrages, für Ungarn zu arbeiten.

Besorgniserregende Entwicklungen in Österreich und Deutsch-Westungarn, die auch von den Alliierten besorgt registriert wurden, wie die Schritte des Vorarlberger Landtages und der Bewegungen in Salzburg und Tirol, die die Einbeziehung in den Wirtschaftskreis benachbarter Staaten zum Ziel hatten, sowie die Bewegungen in den Komitaten Westungarns, deren Ziel die Abhaltung eines Plebiszits war, das der Friedensvertrag nicht vorsah, waren Anlass für

---

<sup>221</sup> Budapest, 19. Dezember. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 66, Nr. 253 (20. 12. 1919) 1.

<sup>222</sup> Gesandter Gustav Gratz über die westungarische Frage. In: Pester Lloyd (Abendblatt) Jg. 66, Nr. 242 (12. 12. 1919) 2.

eine Note des Obersten Rates an die österreichische Regierung. Der Oberste Rat sah durch diese Ereignisse die Integrität der österreichischen Republik bedroht. Sollten nämlich, so meinte er, die trennenden Kräfte in irgendeinem Punkt zum Durchbruch gelangen, ziehe dies den Zerfall des österreichischen Staates nach sich und zerstöre das Gleichgewicht Mitteleuropas. Um den Bestimmungen des Vertrages von Saint Germain Geltung zu verschaffen, habe der Oberste Rat den Entschluss gefasst, *„den Bestand Oesterreichs in den Grenzen sicherzustellen, die ihm angewiesen worden sind, und erklären die alliierten und assoziierten Mächte, daß sie sich allen Versuchen widersetzen werden, die geeignet sind, die Integrität des österreichischen Gebietes zu beeinträchtigen, oder die im Gegensatze zu den Bestimmungen des Artikels 28 des erwähnten Vertrages in irgend einer Weise, sei es unmittelbar, sei es mittelbar, die politische oder wirtschaftliche Unabhängigkeit Oesterreichs beeinträchtigen können.“*<sup>223</sup>

Eine den Erklärungen Renners zur Frage einer Volksabstimmung in Westungarns völlig konträre Meinung vertrat die Reichspost in einem Kommentar zur Note des Obersten Rates. Sie kritisierte, die Note schalte die Frage der Zugehörigkeit Westungarns nun endgültig aus der Debatte aus. Dies, obwohl die österreichische Regierung bei den Friedensverhandlungen in Saint Germain und durch öffentliche Kundgebungen in der österreichischen Nationalversammlung ihren Willen bekundet habe, die Erwerbung Deutsch-Westungarns durch die Vornahme einer Volksabstimmung so durchzuführen, dass *„diese staatliche Veränderung keinen Stachel in den Beziehungen der beiden, auf einen freundschaftlichen Verkehr angewiesenen Nachbarstaaten Oesterreich und Ungarn zurücklasse.“* Es nütze nun den Ungarn nichts, darüber nachzudenken, dass Wilson programmatisch erklärte, Selbstbestimmung sei nicht eine bloße Redensart. Das war einmal. Jetzt stehe man einer unüberwindlichen vis major gegenüber und solle sich die gegenseitige Verständigung und das künftige Zusammenleben nicht vergällen lassen.<sup>224</sup> Damit vertrat die Reichspost weiterhin den Standpunkt einer Volksabstimmung über die Zugehörigkeit Deutsch-Westungarns, die in Verhandlungen zwischen Ungarn und Österreich ermöglicht werden sollte, um so ein für beide Kontrahenten akzeptables Klima gutnachbarlicher Beziehungen zu schaffen. Es ist zu vermuten, dass einerseits die ideologischen Gemeinsamkeiten mit der ungarischen Regierung, andererseits die innenpolitischen Zwistigkeiten zwischen der Sozialdemokratie und den Christlichsozialen, zu dieser Haltung den Ausschlag gaben.

---

<sup>223</sup> Der Oberste Rat für den Bestand Oesterreichs. Eine EntschlieÙung des Obersten Rates gegen die Loslösungsbestrebungen. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVI, Nr. 428 (18. 12. 1919) 1.

<sup>224</sup> Der Oberste Rat und Oesterreich. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVI, Nr. 428 (18. 12. 1919) 1.

Dem gegenüber vertrat die Arbeiter-Zeitung vehement den Standpunkt Renners. Sie begrüßte die ausdrückliche Erklärung des Obersten Rates, dass an der Bestimmung des Friedensvertrages, der Österreich Deutsch-Westungarn ohne Volksabstimmung zuweist, nicht gerüttelt werden dürfe, denn seit dem Sieg der Konterrevolution in Ungarn träume Ungarn wieder den törichten Traum von den „historischen Grenzen“.<sup>225</sup> In der Neuen Freien Presse fanden sich zu den Erklärungen des Obersten Rates betreffend Deutsch-Westungarn keine Kommentare.

Für weitere Irritationen sorgten die von der ungarischen Regierung für Jänner 1920 geschriebenen Wahlen zur Nationalversammlung auch in Westungarn. In einem Telegramm, das die deutschen Aktivisten Westungarns über die Steiermark an Staatskanzler Renner richteten, ersuchten sie, im Wege der Entente die ungarische Regierung zur sofortigen Zurückziehung der Ausschreibung der Wahlen in die ungarische Nationalversammlung im Heinenland zu veranlassen.<sup>226</sup>

### 8.3 Ungarische Verhandlungsvorschläge

Die österreichischen und ungarischen Positionen in der westungarischen Fragen standen sich also Anfang 1920 in diametralem Gegensatz gegenüber. Dies zeigte sich neuerlich in einer im Februar 1920 überreichten ungarischen Note an die österreichische Regierung, in der die ungarische Regierung zwar auf die Geltendmachung *„jener historischen Rechte, die eine mehr als tausendjährige Vergangenheit dem ungarischen Staate auf dieses Gebiet gegeben hat [...]“* verzichtete. Die Entscheidung, ob das Gebiet künftig zu Österreich oder zu Ungarn gehöre, wolle man dem freien Entschluss der Bevölkerung überlassen, wobei sich die ungarische Regierung verpflichtete, das Ergebnis der Volksabstimmung als bindend anzusehen, unter der Voraussetzung, dass Österreich gleichfalls eine solche Erklärung abgibt. Sollte sich die Bevölkerung Westungarns für einen Verbleib bei Ungarn entscheiden, wäre Ungarn bereit, per Gesetz beziehungsweise durch vertragliche Abmachungen der deutschen Bevölkerung Westungarns zur Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten eine weitgehende Autonomie zu gewähren. Außerdem sei Ungarn bereit, zwischen Österreich und Ungarn einen gegenseitigen freien Handelsverkehr einzurichten. Im Kommentar zu diesen Vorschlägen hieß es im Pester Lloyd, der ungarische Wunsch beschränke sich bloß darauf, mit dem ursprünglich eingenommenen österreichischen Standpunkt die Angliederung des Gebietsstreifens von einer Volksab-

---

<sup>225</sup> Die Entente und wir. In: Arbeiter-Zeitung (Morgenblatt) Jg. XXXI, Nr. 344 (18. 12. 1919) 1.

<sup>226</sup> Die Vertreter Deutschwestungarns an den Staatskanzler. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1919, Nr. 19872 (23. 12. 1919) 4.

stimmung abhängig zu machen. Als Gegenleistung werde Österreich ein gemeinsames Zollgebiet angeboten. Mit dem Vorschlag habe Ungarn vor aller Welt kundgetan, dass es im Interesse des Friedens und der guten Nachbarschaft zu allen Opfern bereit sei, die sich mit seinen Lebensmöglichkeiten und seiner Ehre vereinbaren lassen.<sup>227</sup>

Das Neue in der Argumentation der ungarischen Regierung war die Erklärung, auf das Prinzip der territorialen Einheit zu verzichten, das auf den unbedingten Erhalt der historischen Grenzen abstellte, um dieses durch die Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht zu modifizieren. Dahinter stand die Hoffnung, dass eine Volksabstimmung für den Verbleib Deutsch-Westungarns im ungarischen Staatsverband mehr Aussicht auf Erfolg versprach. Ein weiterer Grund für diese Haltung dürften die baldigen ungarischen Friedensverhandlungen in Paris gewesen sein, die nicht grundlos eine dem Vertrag von Saint Germain hinsichtlich Deutsch-Westungarn gleichlautende Bestimmung befürchten ließen.

Die ungarische Note bot in den nächsten Tagen reichlich Stoff für ausführliche Kommentare. In einer ersten Reaktion dazu schrieb die Reichspost, der österreichischen Regierung komme, da die westungarische Frage im Vertrag von Saint Germain zugunsten Österreichs gelöst worden sei, in den Verhandlungen mit Ungarn eine vorteilhaftere Position zu. Daher verdiene die Note als erst freundschaftliche Annäherung beider Staaten „*eine wohlwollende Aufnahme und sachliche Prüfung*“.<sup>228</sup> Einige Tage später meinte das Blatt, der Friedensvertrag von Saint Germain mache es Österreich unmöglich, das ungarische Angebot anzunehmen, weil mit dem Vertrag endgültig über das Schicksal des Burgenlandes entschieden wurde. Wenn auch das Angebot nicht zu den von Ungarn erhofften Erfolg geführt habe, war es der erste Akt freundschaftlichen Entgegenkommens, den Österreich von einem Nachbarn der Nachfolgestaaten erfahren hat. Um zu verstehen, dass er so nicht erwidert werden konnte, wie erhofft, müsse sich Ungarn in das Empfinden breiter Volksmassen in Österreich hineindenken und sich vergegenwärtigen, welcher Ungar es zustande gebracht hätte, „*seinem zerrissenen und tiefgebeugten Lande*“ die Vereinigung mit einem von Ungarn bewohnten Stück Land zu verweigern, das „*seinem Volke als einziger Trost in denselben ungerechten Frieden zugesprochen würde.*“ Es sei eine Zwangszuweisung, denn in verschiedenen Regierungskundgebungen habe man bewiesen, dass Österreich eine Volksabstimmung gewünscht hätte. Schließlich treten die ideologischen Gemeinsamkeiten des Blattes mit den Regierenden in Ungarn klar zutage,

---

<sup>227</sup> Die Note Ungarns an die österreichische Regierung. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 67, Nr. 40 (15. 2. 1920) 1.

<sup>228</sup> Der Kompromißvorschlag über Westungarn. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVII, Nr. 45 (15. 2. 1920) 3.

wenn es heißt: „*Zu einem christlichen Ungarn führt uns eine breite Brücke.*“ Gleichzeitig erfolgte die Rechtfertigung für die Übergriffe gegen die westungarische Bevölkerung. Sie könnten nicht der jungen ungarischen Regierung zugerechnet werden, da noch nicht alle Behörden und Organe mit dem christlichen Geist durchdrungen seien.<sup>229</sup>

Das Deutsche Volksblatt führte in seiner Stellungnahme zur Note aus, Ungarn handle inkonsequent, wenn es die Volksabstimmung nur in jenem Gebiet anrege, das der Friedensvertrag von Saint Germain Österreich zuspricht, nicht aber in jenen Gebieten, die ethnisch zu Österreich gehören und für die als Ganzes bei den Friedensverhandlungen von österreichischer Seite das Selbstbestimmungsrecht in Anspruch genommen wurde. Verhandeln könne man nur, wenn dadurch eine Revision des Friedensvertrages mit Österreich ermöglicht werde und in allen zwischen den Nachbarn strittigen Gebieten, auch in Westungarn, eine Volksabstimmung zur Entscheidung zugelassen würde. Keinesfalls könne man in einem willkürlich herausgegriffenen Einzelfall eine Revision des Friedens zu Ungunsten Österreichs gestatten.<sup>230</sup>

Während die Neue Freie Presse sich in einem ersten Kommentar zum ungarischen Angebot auf die „Auffassung in Wiener unterrichteten Kreisen“ stützend vorerst ablehnend zum ungarischen Vorschlag äußerte,<sup>231</sup> sprach sie sich in einem Kommentar am nächsten Tag zustimmend zu Verhandlungen mit Ungarn aus. Nach Ansicht des Verfassers bestehe keine Gefahr für die im Vertrag von Saint Germain erworbenen Rechte, denn der Eintritt in Verhandlungen bedeute keinen Verzicht auf Westungarn. Daher könnten die Verhandlungen beginnen, ohne dass man vom zugesicherten Recht durch den Friedensvertrag etwas verliere. Allerdings werde die österreichische Regierung in den Verhandlungen vor ein ernstes Problem gestellt sein. Auf Grund der Entwicklungen der letzten sechzehn Monate habe sich gezeigt, dass Österreich innerhalb seiner derzeitigen Grenzen keine gesunden wirtschaftlichen Bedingungen habe. Der Regierung blieben daher in wirtschaftlicher Hinsicht nur zwei Möglichkeiten: Anschluss an Deutschland oder Anschluss an die Nachfolgestaaten. Die Verkehrsfreiheit zwischen Österreich und Ungarn könnte hier Abhilfe schaffen. Da niemand sagen könne, wie sich die Nahrungspolitik entwickeln werde, sei es schon aus Gründen der Vorsicht geboten, mit dem Vorbehalt aller Rechte zu verhandeln.<sup>232</sup>

---

<sup>229</sup> Das Angebot Ungarns. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVII, Nr. 50 (20. 2. 1920) 1.

<sup>230</sup> Deutschösterreich und Ungarn. In: Deutsches Volksblatt (Morgen-Ausgabe) Jg. 32, Nr. 11176 (18. 2. 1920) 2

<sup>231</sup> Der österreichische Standpunkt gegenüber der ungarischen Note. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1920, Nr. 19924 (15. 2. 1920) 2.

<sup>232</sup> Anerbieten des freien Verkehrs mit Ungarn. Im Zusammenhange mit Westungarn. In: Neue Freie Presse (Nachmittagblatt) Jg. 1920, Nr. 19925 (16. 2. 1920) 1.

Das ungarische Angebot wurde in der Arbeiter-Zeitung zuerst dazu benutzt, mit den anderen Wiener Zeitungen, die ihrer Ansicht nach zu ungarunfreundlich mit dieser Initiative umgingen, abzurechnen. Hätten diese Blätter bisher für das Selbstbestimmungsrecht immer nur Spott und Hohn übrig gehabt, schwärmten sie nun für die Entscheidung durch ein Plebiszit. Das ungarische Angebot werfe aber eine Frage allergrößter Bedeutung auf: Von der österreichischen Entscheidung hänge nicht bloß das künftige Verhältnis zu Ungarn, sondern auch zu den anderen Nachbarstaaten und in fernerer Zukunft vielleicht von Krieg und Frieden ab. Österreich habe in Saint Germain für die Deutschen Westungarns das Selbstbestimmungsrecht gefordert. An diesem Grundsatz müsse auch jetzt festgehalten werden. Westungarn solle frei über seine Staatsangehörigkeit entscheiden. Das könne es aber nur, wenn es von ungarischen Truppen und Behörden geräumt werde. Dann müsse aber das ganze deutsche Gebiet Westungarns abstimmen, weshalb nicht nur der im Vertrag von Saint Germain zugesprochene Teil, sondern das ganze deutsche Siedlungsgebiet geräumt werden müssten. Erst wenn das Land vom Terror befreit sei, könne es in voller Freiheit seine Landesregierung wählen und nach ein paar Monaten die Volksabstimmung durchführen. Das seien die Bedingungen, denn für ein Wirtschaftsbündnis dürfe man Westungarn nicht verschachern. Schließlich stellte der Verfasser die Frage: „Sollen wir also auf Grund des ungarischen Angebotes verhandeln?“ Um gleich zu antworten: Im Augenblick nicht! Denn sollte Österreich seinen Anspruch auf Westungarn in Frage stellen, indem es mit Ungarn verhandelt, könnte die Entente, was die Hoffnung Ungarns sei, den Frieden von Saint Germain revidieren und das schon zugesprochene Gebiet aberkennen. Ungarn solle zuerst den Frieden von Neuilly unterschreiben und das Gebiet räumen. Erst dann könne man über das Selbstbestimmungsrecht mit Ungarn verhandeln.<sup>233</sup>

In der von einer österreichischen Zeitung veröffentlichten Antwortnote des österreichischen Staatsamtes für Äußeres auf die ungarische Note hieß es, das Anerbieten einer nationalen Autonomie für Westungarn genüge nicht, da die Autonomie nur für versprengte Teile eines Volksstammes geeignet sei, nicht aber für Völker in geschlossenen Siedlungsgebieten, die einen Anspruch auf eigene Staatlichkeit haben. Auf dieses Gebiet könne nicht gegen wirtschaftliche Zugeständnisse von zeitlicher Beschränkung verzichtet werden. Den Bewohnern werde die Republik Österreich eine bessere Ausdrucksmöglichkeit für sein Selbstbestimmungsrecht geben, als die in einer einmaligen und unter einseitigem Druck in einer Zeit allgemeiner Verwirrung stattfindenden Abstimmung.<sup>234</sup>

---

<sup>233</sup> Das ungarische Angebot. In: Arbeiter-Zeitung (Morgenblatt) Jg. XXXII, Nr. 47 (17. 2. 1920) 1-2.

<sup>234</sup> Die Antwort auf die ungarische Note. Heute dem Gesandten Dr. Gratz überreicht. In: Neue Freie Presse (Abendblatt) Jg. 1920, Nr. 19929 (20. 2. 1920) 1.

Von ungarischer Seite wurden nach der Übermittlung der österreichischen Note den Verhandlungen zwischen Österreich und Ungarn keine Erfolgsaussichten zugebilligt. In einem Artikel im Pester Lloyd erklärte der ungarische Staatssekretär Géza Zsombor, die Verhandlungsmöglichkeiten, die die Note offengelassen habe, seien sehr gering und könnten von ungarischer Seite kaum akzeptiert werden. Das österreichische Staatsamt für Äußeres erkläre nämlich, es betrachte Westungarn bereits als endgültig zu Österreich gehörig, über dessen Zugehörigkeit könne nicht mehr verhandelt werden. Ungarn habe noch keinen Friedensvertrag und käme erst dann in eine ähnliche Verhandlungsposition wie Österreich, wenn es seinen Friedensvertrag ratifiziert habe. Dann stünde zur endgültigen Rechtsgültigkeit der Verträge, die die westungarische Frage regeln, immer noch die formelle Ratifizierung durch die vorgeschriebene Anzahl von Großmächten aus. Noch geringer sei die Wahrscheinlichkeit zur Aufnahme von Gesprächen in der Frage des freien Handelsverkehrs, der von ungarischer Seite bedingungsweise nur in Verbindung mit der westungarischen Frage angeregt wurde. Da nun Österreich den Gegenwert, das ist Westungarn, zuerst entschieden ausschaltet, gleichzeitig aber nach freiem Handelsverkehr verlangt, gäbe es seither in Ungarn viele maßgebende Widersacher, die in dieser Konzession für Österreich sehr große Nachteile für Ungarn sehen und die fordern, dass diese auf keinen Fall verwirklicht werden dürfen.<sup>235</sup>

## **10. Der Friede von Trianon**

Der Friedensvertrag von Trianon spielte in der Vergangenheit und spielt auch heute noch in der ungarischen politischen Kultur eine nicht hoch genug einzuschätzende Rolle. „Trianon ist nicht nur ein Wendepunkt in der ungarischen Geschichte, sondern ein absoluter Bezugspunkt, mit dem alle anderen früheren oder späteren Ereignisse korrelieren.“<sup>236</sup>

### **9.1 Die ungarische Friedensmission**

Am 5. Jänner 1920 brach die ungarische Delegation zu den Friedensverhandlungen nach Paris auf. Darüber konnte man im Pester Lloyd lesen, wie sehr sich die ungarische Bevölkerung „der Bedeutung des historischen Moments bewußt sei.“ Eine tausendköpfige Menschenmenge sei am Budapester Bahnhof erschienen, an den Wänden des Bahnhofs befänden sich mächtige

---

<sup>235</sup> Deutschösterreichs Absichten mit dem „Burgenland“. In: Pester Lloyd (Abendblatt) Jg. 67, Nr. 62 (12. 3. 1920) 1

<sup>236</sup> László Levente *Balogh*, Trianon – Stationen und Statuen des Schmerzes, 59.

Anschläge, die die Sehnsucht nach einem unverstümmelten Ungarn ausdrückten. Der Delegationsführer, Graf Apponyi, meinte in seiner Ansprache an die Menge, sollte die Friedenskonferenz die Integrität Ungarn nicht gewähren, würde man *„Trost in der glanzvollen und eine bessere Zukunft verheißenden Vergangenheit suchen.“* Beim Aufenthalt in Győr sagte der dortige Bischof bei seiner Ansprache an die Delegation, *„daß sich jeder Ungar unbedingt an die territoriale Unversehrtheit des Landes klammere.“* Auf der Weiterfahrt antwortete Apponyi am Bahnhof Hegyeshalom auf die Worte des dortigen Erzdechanten, dass *„wir alles aufbieten werden, damit die Grenzen Ungarns unversehrt erhalten bleiben.“* Und in Pándorfalu (Parndorf) erwiderte Apponyi der dort erschienenen Delegation, die in ungarischer, deutscher und kroatischer Sprache bat, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Lostrennung von Westungarn zu verhindern: *„Es ist ergreifend, daß, je mehr wir uns den Grenzen unseres Vaterlandes nähern, desto begeisterter das ungarische Fühlen ist, dem wir begegnen, und noch ergreifender ist es, daß dieses Gefühl geteilt wird, auch von denen, deren Muttersprache nicht die unsere ist und die doch ebenso gute Ungarn sind [...]“* In deutscher Sprache meinte er weiter, die deutschen Bürger in Westungarn seien ehrliche, aufrichtige, treue, patriotische Anhänger ihres Vaterlandes. In diesem würden sie ihre Freiheit finden und ihre Rechte gewahrt sehen. Außerhalb dieses Vaterlandes warte auf sie nur der Verfall und die Armut.<sup>237</sup>

Mit dieser starken romantisierend-nationalistischen Rhetorik, die offensichtlich von weiten Kreisen der ungarischen Gesellschaft, vor allem dem Bürgertum, der Geistlichkeit, der Intelligenz und auch der Presse geteilt wurde, sollte in historischer Tradition das tausendjährige Erbe ungarischer Staatlichkeit und damit die Einheit von Nation und Staat heraufbeschworen werden. Doch die großen Erwartungen, die man in Ungarn in das Geschick der ungarischen Verhandler setzte, sollten sich nicht erfüllen. Die ungarische Bevölkerung setzte zu hohe Erwartungen in den Verhandlungserfolg der ungarischen Delegation bei den Pariser Friedensverhandlungen. Die Folgen der Fehleinschätzungen und enttäuschten Hoffnungen mündeten in den Zuspruch für populistische und protektionistische Aktivisten.

## 9.2 Die Friedensbedingungen

*„Ungarns Schicksalstunden“* titelte der Pester Lloyd am 18. Jänner 1920 nach der Überreichung des Entwurfes des Friedensvertrages von Trianon an die ungarische Friedensabordnung. Im Artikel hieß es: *„Da ist eine so rein künstliche, den geographischen, völkischen und wirtschaftlichen Richtlinien hohnsprechende Schaffung einer Landesgrenze vorgesehen, die*

---

<sup>237</sup> Die Reise der Friedensdelegation. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 67, Nr. 5 (6. 1. 1920) 3-4.

*unhaltbar erscheinen muss[.] [...] Was uns in dem unbarmherzigsten Friedensentwurf der Weltgeschichte zgedacht wird, ist unvereinbar mit den elementarsten Existenzansprüchen eines Staatswesens. Es ist, als würden einem Menschen Hände und FüÙe abgehauen, die Augen geblindet und man spräche dann zu dem Rumpfe: Bleib und lebe!*<sup>238</sup>

Der Grund für die Trauer und vor allem die Entrüstung in der ungarischen Gesellschaft lässt sich in der Überzeugung finden, die Großmächte und die Nachbarländer haben Ungarn ungerecht behandelt, es wurde von ihnen durch Arglist und falschen Versprechungen um alles gebracht. Die Gebietsbestimmungen des Vertragsentwurfes standen ganz im Gegensatz zu den hohen Erwartungen in der ungarischen Gesellschaft. Aber worauf gründete sich diese Erwartungshaltung? Das Hauptinteresse der ungarischen Gesellschaft war in diesen Tagen auf die nationale Tragödie des Verlustes großer Teile des „tausendjährigen“ ungarischen Königreiches gerichtet. Und diese harte Realität stand in krassem Gegensatz zur ruhmreichen ungarischen Geschichte, wie sie von ungarischen Dichtern erzählt wurde. Angefangen mit der Erzählung der heldenhaften Landnahme durch den Landesfürsten Árpád im 9. Jahrhundert wurden die bis heute existierende Stereotypen geschaffen und breiteren Schichten vermittelt. Dieses durch Literatur und bildende Künste geschaffene Bild der Geschichtshelden hat die historische Selbstbetrachtung der ungarischen Gesellschaft entscheidend gestaltet. Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg bekam diese Selbstdarstellung eine kompensatorische Funktion: der traurigen Realität der Gegenwart wurde die ruhmvolle Zeit der Völkerwanderung gegenübergestellt, als die westlichen Völker Europas, vor allem die Deutschen, vor der Kriegskunst der Ungarn zittern mussten. Unter diesen Prämissen wird es verständlich, dass die ungarische Gesellschaft in der radikalen Zurückweisung der gegebenen Verhältnisse nach historizistischen Auswegen suchte, welche sie in einem romantischen und konservativ-reaktionärem Denken fand. In der ungarischen Geistesgeschichte fällt die Rückbesinnung auf den Historismus in Zeiten schwerer Demütigung auf, so beispielsweise nach der Niederlage und dem Neoabsolutismus nach 1849. Im kompensatorischen Charakter dieser Denkungsart ist ein Wesensmerkmal des Selbstbildes der ungarischen Öffentlichkeit erkennen.<sup>239</sup>

Diese Frustration wird auch in der ungarischen Note an die Friedenskonferenz zum Vertragsentwurf betreffend die Gebietsfrage erkennbar, wo es im Zusammenhang mit Westungarn hieß *„daß es ein ungarisches Gebiet ist [...] Sämtliche geplanten neuen Grenzen wurden*

---

<sup>238</sup> Ungarns Schicksalstunden. In Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 67, Nr. 16 (18. 1. 1920) 1.

<sup>239</sup> Vilmós Heiszler, Romantisierende Abstammungstheorien als Elemente des Nation-building in Ungarn. In: Endre Kiss, Justin Stagl (Hg.), Nation und Nationenbildung in Österreich-Ungarn, 1848-1938: Prinzipien und Methoden (Wien 2006) 87-96, hier 89-90.

*ohne jede Kenntnis unserer Lebensverhältnisse gezogen. [...] Die Interessen ihrer Bewohner vor Augen haltend, kann der ungarische Staat niemals freiwillig darein sich fügen, daß sein Gebiet aufgeteilt werde.*<sup>240</sup> Das Schriftstück führte zunächst aus, die Aufrechterhaltung der tausendjährigen natürlichen Grenzen Ungarns sei eine Vorbedingung eines wahrhaften Friedens. Man berufe sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die bei Ungarn bleiben wollen, und auf das Nationalitätenprinzip. Die im Friedensvertrag bezeichneten Grenzen berücksichtigten weder die ethnographischen noch die historischen Rechte.<sup>241</sup>

Mit dieser Argumentation führte die ungarische Regierung die traditionelle ungarische Nationalstaatsideologie fort. Für jene Gebietsteile, die trotz ungarischer Mehrheitsbevölkerung an die Nachfolgestaaten abzutreten waren wurde das ethnographische Prinzip bemüht, in der westungarischen Frage wurden jedoch die historischen Rechte eingefordert, abgeschwächt durch ein Selbstbestimmungsrecht für die dortige Bevölkerung, das aber nur innerhalb des ungarischen Staatsverbandes Wirkung entfalten sollte. Damit trug die Regierung vor allem der nach dem Bekanntwerden der Friedensbedingungen herrschenden Stimmungslage in der ungarischen Gesellschaft Rechnung. Die Berufung auf die historischen Grenzen und deren Unverletzlichkeit sowie auf das Selbstbestimmungsrecht bei gleichzeitigem Hinweis der Inanspruchnahme dieses Rechts durch im ungarischen Staatsverband lebende anderssprachige Nationalitäten, die wünschten, nicht von Ungarn abgetrennt zu werden, deckten sich mit den zentralen Forderungen aller nationalistischen ungarischen Vereine und ihrer Aktivisten. Dass sie nun auch offiziell gegenüber der Friedenskonferenz von den politischen Vertretern des Landes vertreten wurden, konnte von den Nationalisten als Bestätigung der Richtigkeit der von ihnen vertretenen Positionen wahrgenommen werden. Ihre Hoffnungen wurden jedoch bitter enttäuscht.

### **9.3 Der Friedensvertrag**

Anfang Mai 1920 wurde die endgültige Fassung des Friedensvertrages an die ungarische Verhandlungsdelegation übergeben. Er wurde in der ungarischen Presse durchwegs abgelehnt. Ein erster ungarischer Kommentar zur Entscheidung des Obersten Rates gab sich bereits kämpferisch. *„Die Entscheidung, die der Oberste Rat getroffen hat, entspricht den schlimmsten Erwartungen. Die territorialen Bestimmungen des Friedensvertragsentwurfes bleiben unverändert, und der ungarischen Forderung nach Volksbefragung wird nicht stattgegeben.*

---

<sup>240</sup> Die ungarische Note betreffend die Gebietsfrage. In: Pester Lloyd (Abendblatt) Jg. 67, Nr. 38 (13. 2. 1920) 1-2.

<sup>241</sup> Die Gegenvorschläge Ungarns in Neuilly. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVII, Nr. 44 (14. 2. 1920) 3.

[...] Mit der Entscheidung des Obersten Rates werden wir uns noch viel zu befassen haben. Doch darf schon heute gesagt werden: in das Urteil, das gegen uns gefällt wurde, kann Ungarn sich nimmermehr schicken.[...] [D]ieser Vertrag, der eine durch Naturgewalten geschaffene Staatseinheit zertrümmern will, wird nun und nimmer Wirklichkeit werden, denn seine Durchführung ist menschlichem Wollen und menschlichem Können entrückt.“<sup>242</sup>

„Niemals!“ so beginnt der Kommentar auf der Titelseite des Pester Lloyd vom 8. Mai 1920 zum Friedensvertrag von Trianon. „Niemals! Das ist der dröhnende Ruf, mit dem die Bevölkerung der Hauptstadt heute auf die Botschaft der Entente geantwortet hat. Niemals – denn unannehmbar ist er in seiner entrechtenden, beutegierigen Art – kann dieser Entwurf wirklicher, dauerhafter Friede werden. Soweit das ungarische Volk frei zu Worte kommen kann, wird es im ganzen Gebiet der alten Heimat in diesen Ruf einstimmen. Die Mantelnote zum Antwortschreiben des Obersten Rates ist nicht geeignet, auch nur in der Form irgendwie mildernd auf die aufgepeitschten Leidenschaften gerechtester Entrüstung zu wirken. Sie ist die zynische Demaskierung nach dem infernalischem Fastnachtspiel, das auf Seite der Entente mit dem Worte der Menschlichkeit, der Gerechtigkeit, des Völkerfriedens getrieben wurde.“<sup>243</sup>

Die Pressestimmen drückten das Gefühl von Ungerechtigkeit und gleichzeitig die Entschlossenheit aus, den Friedensvertrag keinesfalls zu akzeptieren. Der Pester Lloyd schrieb vom „Kummer, der alle ungarischen Herzen erfüllt“, aber auch gleichzeitig zuversichtlich „[...] in den Seelen aber lebt, alle Spannkkräfte einsetzend, der unbeugsame Entschluß, das jetzt Verlorengegangene durch Arbeit und Eintracht dereinst wiederzugewinnen.“<sup>244</sup> Die Zuversicht, man könne Großungarn mit eigener Kraft in Zukunft wieder vereinigen, wurde allgemein geteilt.

Wegen der beabsichtigten Unterzeichnung des Friedensvertrages durch die ungarische Regierung kam es zu Protestkundgebungen in Budapest und vielen Städten des Landes. Die ungarische Gebietsschutzliga, der Bund ungarischer Fabrikindustrieller, der Otthonklub der Schriftsteller und Journalisten und eine Anzahl von kulturellen Vereinigungen in den verschiedenen Komitaten forderten die Zurückweisung jedes Friedensvertrages, der eine wie immer geartete

---

<sup>242</sup> Die Entscheidung des Obersten Rates über den ungarischen Friedensvertrag. In: Pester Lloyd (Abendblatt) Jg. 67, Nr. 108 (6. 5. 1920) 1.

<sup>243</sup> Budapest, 7. Mai. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 67, Nr. 110 (8. 5. 1920) 1.

<sup>244</sup> Ungarn und der Friedensschluß. Kundgebung der Nationalversammlung. In: Pester Lloyd (Abendblatt) Jg. 67, Nr. 133 (4. 6. 1920) 1.

Verstümmelung des Gebietes der seit tausend Jahren einheitlichen Nation und des ungarischen Vaterlandes enthalten würde.<sup>245</sup> Auch die Westungarische Liga verabschiedete in ihrer Protestversammlung in Budapest eine Resolution, in der gelobt wurde, „*daß sich die Liga nie und nimmer mit dem Friedensvertrage zufrieden gebe, in dem die Loslösung von Westungarn ausgesprochen wird.*“ In Sopron protestierten drei Komitate „*gegen die Loslösung von Ungarn*“.<sup>246</sup>

Trotz massiver Proteste der ungarischen Zivilbevölkerung stimmte die ungarische Regierung schlussendlich dem Friedensvertrag zu. „*Unwiderstehlichem Zwange weichend, unterfertigt unsere Regierung den Friedensvertrag. Sie tut es [...] mit voller Wahrung der historischen Rechte Ungarns auf sein tausendjähriges Besitztum, sie tut es, ohne den Zustand, der durch diesen Vertrag geschaffen wird, als einen zu Recht bestehenden anzuerkennen. [...] Aber im Gefühle ihrer schweren Verantwortlichkeit für Gegenwart und Zukunft unserer schwer heimgesuchten Nation gibt die Regierung in ihrer Entschließung zwei wichtigen Erwägungen Raum. Die eine betrifft den milderen Geist, der in der Mantelnote sich ausgesprochen hat. [...] Die Zusage, daß die Grenzfeststellungskommissionen an Ort und Stelle die Ungerechtigkeit erkennen und zu deren Beseitigung den Völkerbundrat anrufen werden, faßt unsere Regierung als formelles Versprechen auf.*“<sup>247</sup>

Péter Hanák meinte in einer nüchternen Bewertung des Vertrages, für die ungarischen Friedensbedingungen kam es den Pariser Friedensrichtern wesentlich darauf an, dass die ungarische Gesellschaft nicht aus dem Bannkreis der nationalen Staatsidee und der Hegemonie ausbrechen konnte und dass deswegen eine Umgestaltung Ungarns durch äußere Faktoren mit Gewalt durchgeführt werden musste. Aber die Umgestaltung wurde nicht von ungarischen Interessen, sondern von äußeren Faktoren, also den Interessen der Alliierten und der Nachbarstaaten bestimmt.<sup>248</sup> Hanák sah im Vertrag von Trianon eine für das Ungarntum qualvolle aber notwendige Operation. Mussten sich die Nachbarvölker von der ungarischen Herrschaft befreien, so musste sich das ungarische Volk von seiner eigenen Herrschaft freimachen, vom Traum von Großungarn, der das Verhältnis zu den Nachbarn vergiftete und die reale Einschätzung seines Platzes in Ostmitteleuropa verhinderte. Allerdings, meinte Hanák, sei die Operation nicht vollkommen gelungen. Die ungerechten Bestimmungen der Neuregelung, wie

---

<sup>245</sup> Protestkundgebungen. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 67, Nr. 112 (11. 5. 1920) 3.

<sup>246</sup> Protestkundgebungen. In: Pester Lloyd (Abendblatt) Jg. 67, Nr. 129 (31. 5. 1920) 1.

<sup>247</sup> Die Unterzeichnung des Friedensvertrages. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 67, Nr. 124 (25. 5. 1920) 1.

<sup>248</sup> Hanák, Ungarn im Auflösungsprozess, 43-44.

die Abtrennung von drei Millionen Ungarn, lösten ein anhaltendes Trauma aus und erleichterten die Illusion, dass es dabei nur um brutale Willkür und um eine ungerechte Bestrafung durch die Sieger handelte.<sup>249</sup>

#### 9.4 Ungarische Revisionsbestrebungen

Die drastischen Verluste, die der Vertrag von Trianon festschrieb, stießen in der ungarischen Zivilbevölkerung auf energischen Widerstand und riefen massive Proteste hervor. So veröffentlichte der ungarische Journalistenverein aus Protest gegen die „*grausamen Friedensbedingungen*“ eine Erklärung, in der er die angebotenen Bedingungen des Friedensvertrages „*nie und nimmer als gerecht und stichhaltig anerkennen*“ werde. Von jedem ungarischen Journalisten ebenso wie von jedem Ungarn werde erwartet, dass er mit Worten, mit der Feder und mit der Tat mitwirke, dass, „*was seit tausend Jahren unser Besitz ist, [...] von dem Reiche des heiligen Stefan nicht losgerissen werde.*“<sup>250</sup>

Was bewog, im Unterschied zur österreichischen Gesellschaft, der gleichfalls schmerzliche Verluste zugemutet wurden, weite Schichten der ungarischen Zivilbevölkerung, sich zu formieren und zu organisieren, um gegen den Vertrag von Trianon einen derart heftigen Widerstand zu leisten? Tatsache ist, dass mit dem Friedensvertrag das multinationale Königreich Ungarn einen beträchtlichen Teil seines Territoriums und seiner Bevölkerung, darunter drei Millionen Ungarn, an die Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie verlor. Doch nicht so sehr der Wegfall von Territorium, sondern vielmehr der Umstand, dass mit dem Vertrag rund ein Drittel des eigenen Volkes, also magyarisches Ethnikum, gezwungen war, außerhalb des Staatsterritoriums als Minderheit in fremden Nationalstaaten zu leben, bedeutete den Zerfall der Einheit von Nation und Staat und damit den radikalen Abbruch einer historischen Tradition. Diese Tradition war als „tausendjähriges Erbe ungarischer Staatlichkeit“ konstitutiv für das politische Selbstverständnis des Ungarntums geworden, das den magyarischen Herrschaftsanspruch im multinationalen Königreich Ungarn begründete. Der Vertrag von Trianon beendete die Geschichte der magyarischen Nation, sie war ab nun nicht mehr die Geschichte des ungarischen Staates. Mit dem Vertrag erfolgte für Ungarn eine als absolut „ungerecht“ empfundene Festlegung der Staatsgrenzen, wodurch sich die ungarische Gesellschaft legitimiert sah, gegen diese Rechtsverletzung Klage über ihr erlittenes Unrecht zu erheben. Trianon

---

<sup>249</sup> Hanák, Ungarn im Auflösungsprozess, 46-47.

<sup>250</sup> Protestversammlung des ungarländischen Journalistenvereins. In: Pester Lloyd (Abendblatt) Jg. 67, Nr. 111 (10. 5. 1920) 3.

löste in der ungarischen Gesellschaft einen Prozess der nationalen Identitätsstörung aus, der Auswirkungen bis in die Gegenwart zeitigt.<sup>251</sup>

Legt man diese Empfindungen als Bewertungsmaßstab fest, wird die Haltung der offiziellen politischen Vertreter Ungarns ebenso wie die der öffentliche Meinung, die vor allem von den Bürgerlichen und Intellektuellen getragen wurde, leichter verständlich. Aus der Tradition heraus war die Maxime des ungarischen Denkens auch in der westungarischen Frage ein Bestehen auf den Erhalt der territorialen Integrität des historischen ungarischen Staates, für die es mit allen Mitteln zu kämpfen galt. Und im Hintergrund dieses Denkens schwebten stets die historischen Schicksalsschläge mit, für deren Ursache man Österreich verantwortlich machte und derentwegen man Wien auch misstraute.

Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages durch die ungarische Regierung nahmen die Aktivitäten der ungarischen Nationalisten, von denen nicht wenige aus den Reihen des Militärs stammten, auch in Deutsch-Westungarn zu. Die Reichspost, der jetzigen christlich-nationalen ungarischen Regierung eher freundlich gesinnt, schrieb im Juni 1920 von einer krisenhaften Lage in Ungarn, der sich die Regierung einer wohlorganisierten Gesellschaft gegenüber sehe, welche das Vaterland mit Mitteln retten wolle, die dem Land nur Verderben bringen könne. Bedauerlicherweise beteiligten sich an derartigen Bestrebungen auch Mitglieder der Nationalarmee.<sup>252</sup> In den folgenden Monaten berichteten österreichische Zeitungen von Verfolgungen von Deutschen in Westungarn<sup>253</sup> und von Übergriffen auf österreichisches Gebiet durch ungarische Aktivisten<sup>254</sup>.

Auch die nationalistischen Aktivisten in Österreich blieben nicht untätig. Im September 1920 erfolgte der Zusammenschluss der Wiener westungarischen Vereine, *„um gemeinsam den Anschluß des Heinenlandes an Deutschösterreich zu betreiben. [...] Das Heinenland selbst ist stumm. Darum ergreifen wir in Wien lebende Deutsche aus Westungarn das Wort, um vor aller Welt Zeugnis abzugeben von dem Anschlußwillen unserer Brüder und Schwestern in der*

---

<sup>251</sup> Kathrin Sitzler, Ungarn: Im Spannungsfeld von Demokratie und Geschichte. In: Margareta Mommsen (Hg.), Nationalismus in Osteuropa. Gefährliche Wege in die Demokratie (München 1992) 96-117, hier 104-105.

<sup>252</sup> Die Krise in Ungarn. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVII, Nr. 158 (10. 6. 1920) 3.

<sup>253</sup> Anklage wegen angeblicher Anschlußagitation in Westungarn. In: Neue Freie Presse (Abendblatt) Jg 1920, Nr. 20028 (1. 6. 1920) 1; Verhaftung und Verurteilung von 46 westungarischen Deutschen. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1920, Nr. 20077 (20. 7. 1920) 5.

<sup>254</sup> Ein neuerlicher ungarischer Raubeinfall. In: Arbeiter-Zeitung (Morgenblatt) Jg. XXXII, Nr. 230 (21. 8. 1920) 2.

*Heimat.*<sup>255</sup> Sie sahen sich zu diesem Schritt veranlasst, weil Nachrichten aus Deutsch-Westungarn zufolge proösterreichische Sympathisanten von ungarischen Offiziersdetachements verfolgt würden.<sup>256</sup>

Der von der ungarischen Nationalversammlung am 13. November 1920 vorgenommenen Ratifizierung des Friedensvertrages von Trianon, gingen zahlreiche Proteste der ungarischen Zivilgesellschaft voraus. Der Pester Lloyd berichtete, mehrere gesellschaftliche Vereinigungen, darunter die Integrationsliga, der Ungarische Nationalbund, die Oberungarische Liga, der Székler-Bund, der Landes-Agrikulturverein, der Verein der Erwachenden Ungarn, hielten in Budapest eine Versammlung ab, um gegen die Ratifikation des Friedensvertrages feierlichen Protest einzulegen. In den Reden an die Menge wurde betont, *„daß ein selbstbewußter Ungar den Friedensvertrag von Trianon nicht ratifizieren könne, und die Devise auch fernerhin: ‚Nem, nem, soha!‘ bleiben müsse. Die Nation willige nicht in die Ratifizierung.“* Der Redner habe die Anwesenden aufgefordert, einen Eid zu leisten, bis zum letzten Blutstropfen für die Integrität Ungarns zu kämpfen.<sup>257</sup>

Einen Erklärungsversuch für die unerschütterliche Haltung der ungarischen Zivilgesellschaft gegen den Friedensvertrag lieferte Kathrin Sitzler. Sie stellte fest, mit dem Vertrag von Trianon, der für Ungarn den Ersten Weltkrieg beendete, verlor das multinationale Königreich Ungarn zwei Drittel seines Territoriums und 60 Prozent seiner Bevölkerung – darunter drei Millionen Magyaren – an die Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie: Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien und Österreich. Der Vertrag von Trianon, der unter dem Postulat des Selbstbestimmungsrechts der Völker diktiert wurde, brachte für Ungarn eine als absolut ungerecht empfundene Festlegung der Staatsgrenzen und bedeutete ein schweres nationales Gravamen. Die realen und ideellen Verluste von Trianon wirkten auf die ungarische Gesellschaft so traumatisch, dass auch die errungene volle staatliche Souveränität keinen ausreichenden Ausgleich darstellte. Kompensation schien nur ein auf eine Revision des Friedensvertrages ausgerichteter politischer Kurs zu versprechen, der Staat und Nation wieder zur Deckung bringen sollte, was die Forderung nach einer territorialen Revision bedeutete. Der ungarischen Regierung stand dafür kein anderes Argument zur Verfügung, als die ständige Vorhaltung des Gravamens: Ungarn ist Unrecht geschehen. Die Gravamina-Politik, d.h. die Vorhaltung von

---

<sup>255</sup> Für den Anschluß Westungarns. In: Deutsches Volksblatt (Morgen-Ausgabe) Jg. 32, Nr. 11372 (4. 9. 1920) 2.

<sup>256</sup> Momentbilder aus Deutsch-Westungarn. In: Der Telegraf (Abendblatt des „Deutschen Volksblattes“) Jg. 32, Nr. 11384 (16. 9. 1920) 2.

<sup>257</sup> Protest gegen die Ratifikation des Friedensvertrages. In: Pester Lloyd (Abendblatt) Jg. 67, Nr. 260 (4. 11. 1920) 2.

Rechtsverletzungen und die Klage über erlittenes Unrecht, wurde ursprünglich von den ungarischen Ständen zur Verteidigung ihrer Rechte und Privilegien gegenüber den zentralistischen Bestrebungen des habsburgischen Absolutismus im 18. und 19. Jahrhundert betrieben und stellt ein wesentliches Element ungarischer politischer Kultur dar, das auf das Nationale bezogen bis heute bemerkbar ist.<sup>258</sup>

Trotz aller bisherigen Rückschläge und obwohl das ungarische Parlament den Trianoner Vertrag mit der Bedingung der Abtretung Deutsch-Westungarns an Österreich im November 1920 ratifizierte, schöpfte man in Budapest neue Hoffnung. Denn die Übergabe des Burgenlandes konnte völkerrechtlich erst nach der endgültigen Ratifizierung des Vertrages durch die Hauptmächte der Alliierten stattfinden und die dafür notwendigen Formalschritte würden noch geraume Zeit in Anspruch nehmen. Außerdem glaubte man auf Grund verschiedener Äußerungen von Vertretern der Siegermächte, dass Frankreich und Italien die ungarischen Anliegen nicht mehr so negativ beurteilten. Auch der Wahlsieg der österreichischen Christlichsozialen im Oktober 1920 nährte in Ungarn die Hoffnung auf ein Einlenken Österreichs in der westungarischen Frage.<sup>259</sup>

Diese Überlegungen zur westungarischen Frage fanden in der Berichterstattung des Pester Lloyd ihre Bestätigung. Das Blatt zitierte zu den Auswirkungen der Ratifikation den ungarischen Minister für nationale Minderheiten, Dr. Bleyer, der meinte, *„daß, was das Schicksal Westungarns betreffe, die formelle Ratifikation des Friedens von Neuilly noch nicht die sofortige Durchführung bedeute. Die Grenzkommission könne ihre Tätigkeit erst nach Inkrafttreten des Friedens beginnen und die Grenzgebiete können nicht vor Abschluß dieser Tätigkeit in den Besitz eines anderen Staates übergehen. [...] Die Frage der Zugehörigkeit des Grenzgebietes sei also auch durch die Ratifikation des Friedensvertrages vorläufig in kein neues Stadium getreten.“*<sup>260</sup>

Die Einbringung des Entwurfes eines Verfassungsgesetzes über die Stellung des Burgenlandes im österreichischen Nationalrat im Dezember 1920 veranlasste den Pester Lloyd, in einem Leitartikel die Sichtweise des Blattes und die der ungarischen Gesellschaft zur westungarischen Frage auch nach der Ratifikation des Vertrages von Trianon ausführlich darzulegen. Das Blatt folgerte, durch diesen Entwurf, der das westungarische Grenzgebiet schon jetzt in

---

<sup>258</sup> Kathrin Sitzler, Ungarn: Im Spannungsfeld von Demokratie und Geschichte, 104-105.

<sup>259</sup> Ernst, Geschichte des Burgenlandes, 192.

<sup>260</sup> Minister Dr. Bleyer über Westungarn. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1920, Nr. 20194 (16. 11. 1920) 4.

den Verband der österreichischen Bundesländer aufnehmen, werde der letzte dünne Faden einer freundschaftlichen Verständigung mit Ungarn durchschnitten. Wenn der österreichische Bundeskanzler Dr. Mayr sich auf den günstigen Eindruck stütze, den der christlichsoziale Sieg bei den jüngsten österreichischen Wahlen in Ungarn gemacht habe, und er gleichzeitig im Parlament mit Nachdruck betone, für Ungarn handle es sich in dieser Frage „bloß“ um eine historische Grenze, da das sogenannte Burgenland eine deutsche Bevölkerung besitze, fordere dies entschieden Widerspruch heraus. Denn das entsprechende westungarische Gebiet sei bloß zum Teil von Deutschen besiedelt, zum anderen Teil aber von rassenreinen Ungarn und Kroaten. Es könne nichts Ungeheuerliches als dieses „bloß“ geben. Bloß tausend Jahre hindurch hätten die verschiedenen Nationalitäten den historischen Staat zwischen Karpaten und der Adria bevölkert, Freud und Leid zusammen getragen, sich von der naturgegebenen Schicksalsgemeinschaft, die sie aneinander und sie allesamt an den gemeinsamen Heimatstaat knüpfte, durchdringen lassen. Bloß tausend Jahre hindurch hätten sich in diesem Gebiet von vollkommener geopolitischer Einheit eine Gemeinschaft der Sitten, Überlieferung und Gemeinschaftsideale herausgebildet, die alle Bewohner Ungarns harmonisch umfasse. Daher seien die historischen Grenzen des Landes gleichbedeutend mit dem historischen Ungarn, an dem man trotz aller Verträge festhalte, von dem die Herzen sich niemals lossagen würden und das so teuer sei, dass man in jedem, der auch nur einen Zoll breit dieses Bodens Ungarn entreißt, einen Todfeind erblicken müsse. Der Verfasser kommt zum Schluss: Der Vertrag von Trianon beruhe auf Gewalt und könne daher kein Recht setzen. Es sei ein Blatt Papier und man könne nicht wissen, wann die Hand der Weltgeschichte selber es zerreißen werde. Die Stunde könne näher sein, als manche in Österreich heute zu glauben scheinen.<sup>261</sup>

In der ungarischen Argumentation hatte sich in Bezug auf Deutsch-Westungarn nichts geändert. Nach wie vor berief man sich auf die historischen Grenzen des tausendjährigen Ungarn und einer naturgegebenen Schicksalsgemeinschaft. Seitens der ungarischen Regierung kam es in der Folge sogar zu offenen Drohungen in der westungarischen Frage. Im Dezember 1920 drohte der ungarische Finanzminister, die Bezahlung der Zinsen von in Österreich befindlichen ungarischen Kriegsanleihen werde die ungarische Regierung nur dann vornehmen, wenn Österreich auf Westungarn verzichte. Andernfalls würden weder die Zinsen der in Österreich

---

<sup>261</sup> Deutschwestungarn. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 67, Nr. 288 (7. 12. 1920) 1.

noch der in Westungarn befindlichen ungarischen Kriegsanleihen bezahlt werden. Der Standpunkt der ungarischen Regierung werde gewiss auf die westungarische Bevölkerung seine Wirkung nicht verfehlen.<sup>262</sup>

## 11. Vorbereitungen für die Übergabe Deutsch-Westungarns

Anfang des Jahres 1921 schien sich die Gunst des Schicksals in der westungarischen Frage nun wieder Österreich zuzuwenden, weil die alliierten Siegermächte trotz aller Kompromissbereitschaft vom Inhalt der Verträge nicht abweichen wollten oder konnten, ohne weitere Revisionsbestrebungen in ganz Europa auszulösen.

### 10.1 Modalitäten der Übergabe

Bisher war völlig unklar, wie die Gebietsbestimmungen der Verträge von Saint Germain und Trianon vollzogen werden sollten. Einigermaßen überraschend kam daher die zum Jahreswechsel 1920/21 getroffene Entscheidung der Botschafterkonferenz, dass die durch die Friedensverträge von Saint Germain und Trianon Österreich zugesprochenen westungarischen Gebiete zuerst der Entente zu übergeben seien, die sie ihrerseits durch ihre Ödenburger Kommission an Österreich weitergeben werde.

Die österreichischen Zeitungen vertraten dazu differenzierte Meinungen. In der Reichspost hieß es, Österreich hätte sich im Rechtsentscheid über Westungarn eine andere Entwicklung gewünscht. Sollte Ungarn den Machtspruch der Entente schmerzlich empfinden, so möge es sich an frühere Erklärungen von österreichischen Staatsfunktionären und Volksvertretern erinnern, die forderten, über die Zukunft Westungarns solle eine Volksabstimmung entscheiden. Doch die Verfügung der Botschafterkonferenz entscheide nun das Schicksal Westungarns. Und an die Bewohner des Burgenlandes gerichtet, schrieb das Blatt: *„Wir hätten gewünscht, daß der Eintritt ihres schönen deutschen Landes in unseren Bundesstaat sich unter anderen Rechtsvoraussetzungen vollzogen hätte. Aber nun, da ein über uns stehendes Schicksal es so gefügt hat, so wollen wir alles daran setzen, es sie nie bereuen zu lassen, daß sie ohne vorherigen Volksentscheid in Oesterreich einziehen mußten!“*<sup>263</sup>

Im Kommentar des Deutschen Volksblattes wurde der Mitteilung der Botschafterkonferenz zugestimmt, sie habe in maßgebenden Kreisen große Befriedigung hervorgerufen. Es komme

---

<sup>262</sup> Deutsch-Westungarn. In: Deutsches Volksblatt (Morgen-Ausgabe) Jg. 32, Nr. 11483 (28. 12. 1920) 1.

<sup>263</sup> Vor der Uebergabe Westungarns an Oesterreich. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVIII, Nr. 1 (1. 1. 1921) 5.

jetzt zur endlichen Festlegung der Grenzen Deutschösterreichs. Das Blatt rechne damit, dass die Übergabe Deutsch-Westungarns durch die interalliierte Kommission Anfang März erfolgen werde. Bis Ende März werde Westungarn dann endgültig an Deutschösterreich angeschlossen sein.<sup>264</sup>

Hauptmann Reisner, Mitglied des Vollzugausschusses der burgenländischen politischen Parteien, schrieb in der Reichspost, mit der Verfügung der Botschafterkonferenz in der westungarischen Frage sei endlich über das Schicksal Westungarns entschieden worden. Die burgenländische Frage sei nun zwischen der Entente einerseits und Ungarn andererseits auszutragen. Bemerkenswerterweise meinte Reisner in Anspielung auf das Selbstbestimmungsrecht weiter, vom völkerrechtlichen Standpunkt aus sei die Übergabe der Leitha-Deutschen an Österreich nicht gut zu heißen. Aber es kämen Deutsche zu Deutschen, die noch immer Gelegenheit finden würden, ihren ausdrücklichen Willen kundzutun.<sup>265</sup>

Die Neue Freie Presse sah die Entscheidung der Botschafterkonferenz als eine Selbstverständlichkeit an. Sie zeigte sich bloß verwundert, dass erst Beratungen notwendig waren, um den Inhalt der Friedensverträge in Wirksamkeit zu setzen. Das Blatt warnte jedoch, die Übertragung des Gebietes dürfe keine Feindschaft mit Ungarn hervorrufen, da man mit Ungarn in bedeutsamen Verhandlungen über ein Verkehrsabkommen und über einen Handelsvertrag stehe.<sup>266</sup>

Die österreichischen Blätter sahen wohl voraus, dass diese neue Entwicklung in der westungarischen Frage auf Widerstand in Ungarn stoßen würde. Dementsprechend waren sie bemüht, versöhnliche Töne in dieser Angelegenheit anzuschlagen. Selbst Reisner, ein nationalistischer deutscher Aktivist, der in Wien unermüdlich für den Anschluss des Burgenlandes eintrat und vor allem im Deutschen Volksblatt zahlreiche Artikel in dieser Angelegenheit verfasste, wies in seinem Kommentar auf den völkerrechtlichen Makel der Entscheidung durch das Negieren des Selbstbestimmungsrechtes hin. Er relativierte diesen rechtlichen Fehler aber sofort mit dem Hinweis auf das ethnische Prinzip – es kommen Deutsche zu Deutschen –, welches für ihn die Entscheidung der Botschafterkonferenz rechtfertigte.

Dass die Befürchtungen der österreichischen Blätter, die Entscheidung der Alliierten werde in Ungarn Widerstand hervorrufen, nicht unbegründet waren, zeigte sich in einem ungarischen

---

<sup>264</sup> Endliche Angliederung Deutsch-Westungarns an Deutschösterreich. In: Deutsches Volksblatt (Sonntag-Ausgabe) Jg. 33, Nr. 11487 (1. 1. 1921) 4.

<sup>265</sup> Das Burgenland und die Botschafterkonferenz. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVIII, Nr. 1 (1. 1. 1921) 5.

<sup>266</sup> Die Entscheidung über Westungarn. Uebertragung an die Großmächte zur Uebergabe an Oesterreich. In: Neue Freie Presse (Abendblatt) Jg. 1920, Nr. 20238 (31. 12. 1920) 1.

Kommentar zur Note der Botschafterkonferenz. Dort hieß es, der Schritt der Entente werde in Ungarn von der ganzen Nation als schmerzlicher Schlag empfunden. Vor allem die Eile, mit der sich die alliierten Großmächte dazu ohne konkrete Veranlassung entschlossen hätten, Westungarn nach Inkrafttreten des Vertrages von Trianon durch die interalliierte Kommission in Sopron Österreich zu übertragen, sei verdächtig. Schließlich hieß es: *„Wie soll diese Nation noch einen Glauben an die Aufrichtigkeit der guten Absichten aufbringen, die in der Mantelnote zum Verträge von Trianon so eindringlich betont waren? [...] Die ungarische Nation muß sich aber fragen, warum die Botschafterkonferenz es nicht als ihre Pflicht betrachtet hat, die jugoslawische Usurpatorenherrschaft in Pécs und dem Komitat Baranya endlich einmal aus der Welt zu schaffen.“*<sup>267</sup>

Hatte sich die Arbeiter-Zeitung bisher noch nicht zum Inhalt der Note der Botschafterkonferenz geäußert, über sie bloß ohne Kommentar berichtet, holte sie dies bald nach, indem sie gegen die *„von Horthy losgelassene Preßmeute“* herzog. Sie bezichtigte die ungarische Presse der maßlosen Hetze gegen Österreich, wobei sie mehrere ungarische Blätter zitierte, wo es hieß: *„Wir werden Westungarn nicht herausgeben. Mag nur die Entente so viele Uebernahmskommissionen, bürgerliche oder militärische oder gemischte, mag sie Soldaten, wenige oder viele, zu uns schicken: das kann uns ganz gleichgültig sein. [...] Wir können auf niemanden rechnen[,] [n]ur von unserer eigenen männlichen Widerstandskraft ist zu erhoffen, daß sie die weitere Zerstückelung unseres Landes verhindern wird.“* Das Blatt meinte schließlich, diese großsprecherischen Redensarten seien nicht ernst zu nehmen. Doch in der verzweifelten Lage des Horthy-Systems könne ein Augenblick kommen, in dem diese Sprache Gehör findet und zu Verwicklungen führt, deren Ausgang zwar nicht zweifelhaft sei, aber mit großen Schwierigkeiten für Österreich verbunden sein könnte.<sup>268</sup>

Die Kommentare in der ungarischen Presse veranlassten auch den französischen Geschäftsträger in Budapest zur Erklärung, diese *„seien nur geeignet, die Bevölkerung aufzuregen und den falschen Glauben zu erwecken, daß es sich um ein neues Attentat gegen die Integrität Ungarns handle, während doch die Note bloß die Modalitäten der Durchführung eines Punktes des unterzeichneten Friedensvertrages zum Gegenstand habe.“*<sup>269</sup>

Tatsächlich riefen die in der ungarischen Zeitungslandschaft vertretenen Ansichten als Widerspruch auf die Entscheidung der Botschafterkonferenz in der ungarischen Bevölkerung größere

---

<sup>267</sup> Die Entente und Westungarn. In: Pester Lloyd (Abendblatt) Jg. 68, Nr. 1 (3. 1. 1921) 1.

<sup>268</sup> Der Rummel wegen Westungarns. In: Arbeiter-Zeitung (Morgenblatt) Jg. XXXIII, Nr. 5 (6. 1. 1921) 4.

<sup>269</sup> Die Uebergabe des Burgenlandes. Die Antwortnote der ungarischen Regierung. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVIII, Nr. 11 (12. 1. 1921) 3.

Emotionen hervor, als dies notwendig gewesen wäre. Denn, so erklärte der ungarische Ministerpräsident Teleki, die Note enthalte, anders wie man das von gewisser Seite hingestellt habe, keinen Annexionsbefehl, sondern setze bloß die Modalitäten einer eventuellen Übergabe fest. Unrichtig sei daher der österreichische Standpunkt, die Losreißung wäre eine vollendete Tatsache.<sup>270</sup>

Die neue Entwicklung in der westungarischen Frage veranlasste auch die in Österreich lebenden Burgenländer in einer Versammlung in Wien den „Burgenländischen Heimatdienst“ zu gründen. Zu dessen Aufgabenbereich hieß es: „Dieser soll im engsten Einvernehmen mit den österreichischen Behörden und der Bevölkerung des Burgenlandes den Anschluß fördern.“<sup>271</sup>

## 10.2 Auffassungsunterschiede

Die durch die Entscheidung der Botschafterkonferenz über die Modalitäten der Übergabe Deutsch-Westungarns neu hervorgerufenen Spannungen zwischen Ungarn und Österreich lassen sich an zwei gegensätzlichen Standpunkten festmachen. Während Österreich den Standpunkt der *res judicata* – ein im juristischen Sprachgebrauch verwendeter Terminus, der eine Sache als endgültig entschieden erklärt – vertrat, berief sich Ungarn auf die Mantelnote zum Vertrag von Trianon, die Gebietsveränderungen unter bestimmten Voraussetzungen versprach. Die österreichische Regierung vertrat den Standpunkt, dass die Mantelnote auf den Vertrag von Saint Germain keine Auswirkungen zeitigen konnte, da sie nicht Bestandteil des österreichischen Friedensvertrages war.

In den im Pester Lloyd veröffentlichten Grundsätzen des früheren ungarischen Gesandten in Wien und jetzigen neu ernannten ungarischen Außenministers, Dr. Gustav Gratz, zur künftigen ungarischen Politik wurde die ungarische Sicht näher erläutert. Gegenüber dem österreichischen Standpunkt der *res judicata* dürfe Ungarn sich „auf den durch die Entente authentisch interpretierten Friedensvertrag von Trianon berufen. Wenn die Entente dem österreichischen Staate die Ueberlassung eines Teiles Westungarns versprochen hat, so hat sie auf der anderen Seite uns das Versprechen gegeben, vor derartigen Gebietsveränderungen die Ausmerzung der ethnischen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten zu ermöglichen, die sich in den Friedensvertrag eingeschlichen haben. Im Falle Westungarn läßt sich eine derartige Ungerechtigkeit ohne Zweifel feststellen. [...] Die Erzwingung der Uebergabe Westungarns ohne

---

<sup>270</sup> Die westungarische Frage. Eine Deputation des Komitats Vas beim Ministerpräsidenten. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 68, Nr. 12 (16. 1. 1921) 2.

<sup>271</sup> Der Heimatsdienst der Burgenländer. In: Reichspost (Gleichzeitig Ausgabe der „Wiener Stimmen“) Jg. XXVIII, Nr. 23 (18) (24. 1. 1921) 2.

*die sorgfältige Durchprüfung der Argumente, die wir für unseren Standpunkt zur Erwägung stellen können, müßte von verhängnisvollen Folgen für die wechselseitigen Beziehungen der aufeinander angewiesenen beiden Staaten begleitet sein.“<sup>272</sup>*

Der offizielle ungarische Standpunkt, auf Grund der Zusagen in der Mantelnote könne Westungarn dem ungarischen Staat erhalten bleiben, wurde von der ungarischen Presse widerspruchslos übernommen und in zahlreichen Artikeln wiedergegeben. Das wiederum festigte in der ungarischen Gesellschaft den Glauben an diese Verheißungen. Außerdem war es für die ungarischen Aktivisten Ansporn, ihre Aktivitäten für den Erhalt Westungarns im ganzen Land und vor allem in Westungarn zu intensivieren.

Die ungarische Regierung versuchte indessen in der westungarischen Frage auch das Ausland für ihre Zwecke zu gewinnen. So wurde in rechtsorientierten deutschen Presseorganen die Auffassung lanciert, eine eventuelle Abtretung Westungarns ließe die ungarländischen Deutschen zu einer unbedeutenden Minderheit herabsinken, sodass das wahre deutsche Interesse die Belassung Westungarns bei Ungarn erfordere. Gleichzeitig wurde das Gespenst einer erneuten Einkreisung Deutschlands durch die französische Politik heraufbeschworen. Noch gehöre Ungarn nicht zum Einkreisungsring, aber der Verlust Westungarns könnte Ungarn an die Seite der Entente zwingen.<sup>273</sup>

Doch über den Umfang des durch die Mantelnote zum ungarischen Friedensvertrag zugesicherten Rechts bestand weithin Unklarheit. Mit Verbitterung wurde in der ungarischen Presse von der Diskussion des Vertrages von Trianon in der französischen Kammer anlässlich seiner Ratifizierung und in dessen Zusammenhang über die Mantelnote berichtet. Dort hieß es, der französische Berichterstatter habe von „chimärischen Hoffnungen“ gesprochen, die man in Ungarn an die Mantelnote knüpft. Verwirklichte man nämlich diese Hoffnungen, laufe dies auf ein Zerreißen des Vertrages hinaus. Die Grenzfeststellungskommissionen hätten sich lediglich auf lokale Berichtigungen bei der Festlegung des endgültigen Grenzverlaufes zu beschränken. Dem hielt der Pester Lloyd entgegen, die Mantelnote wollte den Grenzfeststellungskommissionen einen darüber hinausgehenden Wirkungskreis zuerkennen. So habe bisher jedermann in Ungarn die Mantelnote verstanden und keine hermeneutischen Künste der Welt könnten bewirken, dass die ungarische Auffassung nicht die richtige sei.<sup>274</sup>

---

<sup>272</sup> Das Exposé des Ministers des Aeußern Dr. Gustav Gratz. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 68, Nr. 17) 1-2.

<sup>273</sup> Schmidt-Wulffen, Das Burgenland und die deutsche Politik, 280.

<sup>274</sup> Der Bericht Guernier. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 68, Nr. 113 (26. 5. 1921) 1-2.

Der österreichische Standpunkt wurde vom österreichischen Bundeskanzler Mayr anlässlich einer Sitzung des Nationalrates, der über das Gesetz betreffend die Stellung des Burgenlandes debattierte, neuerlich ausführlich präzisiert. Er bezog sich auf den dem Friedensbestimmungen beigelegten Text, in dem die Friedenskonferenz feststellte, innerhalb der von ihr festgelegten Grenzen Westungarns verlange der Volkscharakter und das nationale Empfinden der Bewohner so klar den Anschluss an Österreich, dass die alliierten und assoziierten Mächte es nicht für notwendig fänden, auf eine Volksabstimmung zurückzugreifen. Sollte Österreich eine solche anstreben, werde man an ihrer Durchführung und Überwachung nicht teilnehmen. Mayr sagte weiter: Niemals seien in diesem völkerrechtlichen Verfahren Österreich und Ungarn Streitgegner gewesen. In diesem Verfahren habe allein die Entente die Verfügung getroffen, Ungarn habe seine Verbindung mit dem Burgenland zu lösen und Burgenland habe eine neue Verbindung mit Österreich einzugehen. Österreich habe mit seinem Friedensvertrag diese Verfügung in aller Form zur Kenntnis genommen, damit sei für Österreich rechtlich res judicata eingetreten. Sittlich wurde damit eine unauflösliche Bindung Österreichs gegenüber dem Burgenland geschaffen, die keine Preisgabe durch Verhandlungen mit Ungarn zulasse. Somit bliebe nur noch die Frage der Vollstreckung der Ententeverfügung offen. Folgerichtig wolle die Entente selbst die Vollstreckung durchführen, indem sie sich von Ungarn das Burgenland übergeben lässt, um dieses selbst an Österreich zu übergeben. Es sei klar, dass die Vollstreckung erst nach Ratifikation des ungarischen Friedensvertrages durchgeführt werden kann.<sup>275</sup>

Auf Wunsch der alliierten Mächte wurden trotz dieser divergierenden Auffassungen zwischen Österreich und Ungarn Verhandlungen über Westungarn eingeleitet. Von der Botschafterkonferenz wurde hinsichtlich des Verhandlungsgegenstandes ein wichtiger Beschluss gefasst, in dem sie ausführte, *„daß die Grenzen zwischen Oesterreich und Ungarn in ihrer Gesamtheit so bleiben müssen, wie sie die Verträge von Saint-Germain und Trianon festgelegt haben. Sache der beiden Grenzstaaten sei es aber, in beiderseitigem Einvernehmen auf Grund der von der Botschafterkonferenz empfohlenen Verhandlungen jene örtlichen Grenzmodifikationen im einzelnen durchzuführen, die sich etwa nach dem Laufe eines Flusses, eines Baches oder behufs Nichtzerreißung eines Grundbesitzes aus der praktischen Sachlage als wünschenswert erweisen.“*<sup>276</sup>

---

<sup>275</sup> Eine Erklärung der Regierung. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1921, Nr. 20263 (26. 1. 1921) 5.

<sup>276</sup> Eine Entscheidung der Botschafterkonferenz über Westungarn. Beschränkung der Verhandlungen auf örtliche Grenzmodifikationen. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1921, Nr. 20301 (5. 3. 1921) 1.

Der ungarische Außenminister, Dr. Gratz, äußerte sich zu der in der österreichischen Presse veröffentlichten Note der Botschafterkonferenz, er könne an eine solche Beschlussfassung nicht glauben, denn ein derartiger Beschluss liefe dem Standpunkt, den die Konferenz in einem Notenwechsel mit der ungarischen Regierung vertreten habe, zuwider. Sollte aber Westungarn ohne vorherige Übereinkunft zwischen Österreich und Ungarn an Österreich angegliedert werden, sähe sich Ungarn gezwungen, seine Grenzen nach Westungarn und nach Österreich mit Drahtverhauen abzusperren. Denn dies wäre das einzige Mittel, in der westungarischen Bevölkerung den Gedanken wachzuhalten, dass das Glück dieses Landstriches nur durch die Wiederangliederung an Ungarn gesichert werden könne.<sup>277</sup>

### 10.3 Verhandlungsversuche

Die Verhandlungen zwischen Österreich und Ungarn stockten bereits in der Anfangsphase, denn die von beiden Verhandlungsparteien eingenommenen Positionen in der westungarischen Frage blieben unverändert. Die Neue Freie Presse zitierte einen Teilnehmer an den Besprechungen, der hervorhob, *„daß Ungarn noch immer an der Hoffnung festzuhalten scheint, daß durch die von ihm gewählte Interpretation der Mantelnote zum Vertrag von Trianon weitgehende territoriale Veränderungen gegenüber dem durch die Friedensverträge festgesetzten Grenzzuge möglich wären. Demgegenüber steht der österreichische Standpunkt, daß das Wesen des Friedens von Saint-Germain nicht geändert werden kann und daß die Verhandlungen sich lediglich auf die Beschlußfassung der technischen Übergabs-, beziehungsweise Übernahmsmodalitäten zu beschränken haben.“*<sup>278</sup>

Bis Ende März blieben die Verhandlungen ohne substantielle Fortschritte. Sie wurden jäh von einem Ereignis unterbrochen, das sowohl in Ungarn als auch in Österreich, den Nachfolgestaaten sowie bei der Entente für große Aufregung sorgte. König Karl IV., Exkaiser von Österreich, war nach Ungarn zurückgekehrt um hier wieder die Macht zu übernehmen.

Bereits Anfang Februar 1921 brachte das Deutsche Volksblatt unter Berufung auf eine ungarische Zeitungsmittelung einen bemerkenswerten Bericht über eine Parteisitzung der ungarischen Christlichsozialen. In dieser Sitzung wurde ein Brief des Exkaisers Karl an den ungarischen Fürstprimas zur Sprache gebracht, in dem Karl nachfragt, ob der Monat März der geeignete Monat für seine Rückkehr wäre. Ministerpräsident Teleki habe dort zwar das Einlangen des Briefes bestätigt, sagte aber nichts über dessen Inhalt. Das Blatt schrieb weiter, in

---

<sup>277</sup> Die westungarische Frage. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 68, Nr. 49 (6. 3. 1921) 2.

<sup>278</sup> Die Verhandlungen über Westungarn. Noch keine Einigung auf einer gemeinsamen Plattform. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1921, Nr. 20293 (25. 2. 1921) 4.

dem Brief soll der Exkaiser erwähnt haben, nachdem die Stimmung in Frankreich und in England gegenüber den Habsburgern günstiger geworden wäre, sei seine Rückkehr nicht mehr ausgeschlossen.<sup>279</sup>

Zwei Wochen später wurde der ungarischen Regierung eine Note der Entente übergeben, die der Rückkehr der Habsburger nach Ungarn eine Absage erteilte, da sie dem Willen der Verbündeten widerspreche. In der Note wurden Staatsmänner und politische Gruppen genannt, die die Verbindung mit Karl IV. aufrechterhielten. Der ungarischen Regierung wurde angelastet, keine Maßregeln gegen die im Interesse der Habsburger eingeleitete Propaganda getroffen zu haben.<sup>280</sup>

Tatsächlich startete Karl Ende März 1921 einen Restaurationsversuch. Österreichische Blätter brachten am 30. März 1921 auf den Titelseiten die Meldung vom Eintreffen des Exkaisers Karl in Steinamanger. Sie berichteten auch gleichzeitig, dass der Versuch gescheitert sei, da Reichsverweser Horthy nicht auf sein Amt verzichtet hätte. Bei längeren Beratungen mit Politikern und Militärs in Budapest, sei dem König von allen geraten worden, das Land zu verlassen, da ansonsten Ungarn in größte Gefahr gestürzt werden könnte. Karl hätte sich, von falschen Informationen ausgehend, einen stürmischen Empfang in Ungarn erwartet, sei nun aber tief enttäuscht.<sup>281</sup>

Der Restaurationsversuch war überhaupt möglich, weil der Oberkommandierende des Distrikts mit stillschweigender Zustimmung des für Westungarn zuständigen Regierungskommissärs Graf Sigray königstreue Truppen unter dem Vorwand eines militärischen Kordons gegen Österreich konzentrieren konnte. Der Schutz des strategisch wichtigen Abschnittes war einem dem König absolut ergebenen Frontoffizier, Major Julius von Ostenburg, anvertraut gewesen, dessen Reservegardarmeriebataillon laufend Verstärkungen aus monarchistischen Kreisen erhielt. Um einen neuerlichen Restaurationsversuch zu verhindern, gleichzeitig aber im Falle der Ratifikation des Trianoner Friedensvertrages gegen Österreich gewappnet zu sein, trafen nationale Kreise geheime Vorbereitungen militärischer Abwehrmöglichkeiten. Zu diesem Zweck wurden antihabsburgische Einheiten, Studenten des nationalen Lagers und Vertriebene

---

<sup>279</sup> Exkaiser Karl über seine Rückkehr nach Ungarn. In: Deutsches Volksblatt (Morgen-Ausgabe) Jg. 33, Nr. 11521 (5. 2. 1921) 4.

<sup>280</sup> Eine neue Ententenote gegen die Rückkehr der Habsburger nach Ungarn. In: Deutsches Volksblatt (Abendblatt) Jg. 33, Nr. 11534 (18. 2. 1921) 3.

<sup>281</sup> Plötzliches Eintreffen des Exkaisers in Budapest. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1921, Nr. 20325 (30. 3. 1921) 1.

aus anderen Nachbarstaaten unter Führung der Freikorpsführer Pronay und Heijas nach Westungarn verlegt. Diese Freikorps-Abteilungen verbreiteten wegen ihres oft brutalen Verhaltens unter der westungarischen Bevölkerung Angst und Schrecken.<sup>282</sup>

Nach einer Verhandlungspause konnten auch bei den im Mai 1921 wieder aufgenommenen Verhandlungen zwischen Ungarn und Österreich keinerlei Fortschritte erzielt werden. Die ungarische Seite argumentierte auch jetzt, dass die von maßgebender österreichischer Stelle geäußerte Meinung, Österreich habe nicht das Recht, auf Westungarn zu verzichten, nicht zutreffe. Denn die Ententemächte hätten unzweideutig erklärt, sie würden jedes Arrangement, das in dieser Sache zwischen beiden Staaten zustande käme, begrüßen.<sup>283</sup> Unter dieser Voraussetzung wurde ein Verhandlungserfolg aus österreichischer Sicht als aussichtslos bezeichnet. Während nämlich die ungarischen Vertreter unter dem Titel von „Grenzberichtigungen“ Gebietsstreifen in Westungarn verlangten, die der Hälfte des im Friedensvertrag von Saint Germain Österreich zugesprochen Gebietes gleichkämen, beharrten die österreichischen Unterhändler auf Einhaltung des Friedensvertrages und wären lediglich bereit, kleinere unbedeutende Grenzkorrekturen gegen entsprechende Kompensationen zuzugestehen.<sup>284</sup>

In einem neuerlichen ungarischen Vorschlag wurde hervorgehoben, man stehe auf dem Boden des Vertrages von Trianon, könne aber auf die Geltendmachung der in der Mantelnote aufgezeigten Möglichkeiten nicht verzichten. Das neue ungarische Verhandlungsangebot teile das Anschlussgebiet in hochproduktive und minder produktive Gebiete ein. Die hochproduktiven Gebietsteile, die einen wertvollen Zuschuss an Lebensmitteln bedeuten würden, sollen an Österreich angegliedert werden, während die unproduktiven Teile bei Ungarn verblieben. Sollte bei den Verhandlungen nicht in allen Punkten Einigung erzielt werden können, wurde von der ungarischen Regierung ein gemeinsames Ansuchen beider Regierungen an den Botschafterrat um Mediation vorgeschlagen. Im Falle einer Einigung in den territorialen Fragen wäre die ungarische Regierung sofort zu Verhandlungen über ein wirtschaftliches Abkommen bereit. Außerdem verpflichtete sich die ungarische Regierung, für die bei Ungarn verbleibende deutsche Bevölkerung ihre ungehinderte sprachliche, nationale und kulturelle Entwicklung sicherzustellen.<sup>285</sup>

---

<sup>282</sup> *Ernst*, Geschichte des Burgenlandes, 193.

<sup>283</sup> Die westungarische Frage. In *Pester Lloyd* (Abendblatt) Jg. 68, Nr. 105 (17. 5. 1921) 1.

<sup>284</sup> Die Verhandlungen über Westungarn. In: *Deutsches Volksblatt* (Morgen-Ausgabe) Jg. 33, Nr. 11628 (26. 5. 1921) 2.

<sup>285</sup> Die Verhandlungen über Westungarn. In: *Pester Lloyd* (Morgenblatt) Jg. 68, Nr. 113 (26. 5. 1921) 3.

Auch die bis Juli 1921 sich hinziehenden Verhandlungen brachten keine Annäherung. Die österreichische Regierung bemerkte zum letzten ungarischen Vorschlag, bei aller Würdigung des Entgegenkommens in wirtschaftlicher und nationaler Beziehung könne dieses Anerbieten keine Gegenleistung für eventuelle territoriale Verzichtse sein.<sup>286</sup> Nun rief der Pester Lloyd in einem Leitartikel zu einem letzten Verhandlungsversuch vor Inkrafttreten des Trianoner Vertrages auf und appellierte an die Verantwortlichen der österreichischen Regierung, im Hinblick auf das Zukunftsschicksal Österreichs und einer friedlichen Verständigung in der westungarischen Frage, ihren Standpunkt zu überdenken. Denn die ungetrübte Freundschaft und die ersprießlichen Wirtschaftsbeziehungen mit Ungarn seien doch wichtiger und böten mehr Vorteile als ein ungekürzter Gebietsgewinn. Der klare Wortlaut der Mantelnote biete Ungarn auch eine teilweise Geltendmachung seines Standpunktes zu einem späteren Zeitpunkt, sollte das Wiener Kabinett den Eintritt in Verhandlungen ablehnen. Nur würde in einem solchen Fall sich Österreich um die Gegenleistungen bringen, zu denen sich Ungarn gegenwärtig bereitfinde. Sollte nämlich die Streitfrage durch einen Machtspruch der Entente entschieden werden, bestünde für Ungarn kein vernünftiger Grund mehr, bei einer gegen Österreich ausgefallenen Entscheidung, Zugeständnisse an Österreich zu machen.<sup>287</sup>

Das ungarische Verhandlungsangebot wurde von österreichischer Seite abgelehnt. Am 26. Juli 1921 wurden in Paris die Ratifikationsurkunden des Friedensvertrages von Trianon zwischen den Verbündeten und Ungarn ausgetauscht. Damit trat der Vertrag sofort in Kraft.<sup>288</sup>

## **12. Erster Übernahmeversuch**

### **11.1 Ungarische Widerstandssignale**

Noch vor dem in Kürze zu erwartenden Inkrafttreten des Trianoner Vertrages kam es im Juni 1921 in Budapest zu Protestversammlungen, die von der Westungarische Liga und der Gebietsschutzliga initiiert wurden. Die Notwendigkeit zu den Protesten sahen deren Aktivisten im Angebot der ungarischen Regierung an Österreich, zumindest die wirtschaftlich produktiven Teile Deutsch-Westungarns an Österreich abzutreten und für die bei Ungarn verbleibenden Teile eine Autonomiezusage abzugeben. In den Reden hieß es, die Protestversammlung

---

<sup>286</sup> Die österreichische Antwort auf die ungarischen Vorschläge über Westungarn. Nur im Rahmen des Friedensvertrages. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1921, Nr. 20382 (28. 5. 1921) 4-5.

<sup>287</sup> Westungarn. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 68, Nr. 159 (21. 7. 1921) 1.

<sup>288</sup> Die Ratifizierung des Vertrages von Trianon. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 68, Nr. 164 (27. 7. 1921) 2.

verwahre sich gegen diese Bereitwilligkeit der ungarischen Regierung. Die ungarische Gesellschaft betrachte den Friedensvertrag von Trianon als ungültig und protestiere gegen den Verzicht auf irgendeinen Teil Ungarns. Mit der Bereitschaft der ungarischen Regierung sei das Prinzip der Integrität Ungarns preisgegeben worden. Komme die geplante Abtrennung zur Verwirklichung, würden fast alle Hoffnungen auf Wiedervereinigung der übrigen Gebiete schwinden. Das Schicksal Westungarns bilde die Achse, um die sich die Frage Oberungarns, Siebenbürgens, der Bácska, ja die ganze ungarische Zukunft drehe. Die ungarische Gesellschaft werde die Regierung zwingen, nicht einen Akazienbaum hinzuopfern.<sup>289</sup>

Die Botschafterkonferenz nahm das baldige Inkrafttreten des Vertrages von Trianon zum Anlass, in einer Note die ungarische Regierung aufzufordern, Delegierte für den Grenzfeststellungsausschuss zu ernennen. Der Note waren gleichzeitig Richtlinien für die Grenzbestimmungskommissionen angefügt, die sich mit der praktischen Durchführung der in der Mantelnote zum Trianoner Friedensvertrag niedergelegten Versprechungen befassten. Danach werden die Grenzbestimmungskommissionen nur ermächtigt, geringfügige Änderungen des durch den Friedensvertrag festgelegten Grenzverlaufes vorzunehmen. Wesentliche Abänderungen berechtigten die Kommission bloß, darüber dem Rat des Völkerbundes Bericht zu erstatten, der seinerseits über den endgültigen Verlauf der Grenze entscheidet.<sup>290</sup>

Die herannahende Übernahme des Burgenlandes führte zu neuerlichen Aktionen der in Wien lebenden westungarischen Aktivisten. Bei einer Versammlung des Vereines der christlichen Burgenländer in Wien, wurden mit der Übernahme zusammenhängende Fragen zu diskutieren. Zum Übernahmeablauf meinte Hauptmann Reisner, es sei sehr wahrscheinlich, dass die ungarisch erzogene Jugend, die magyarische Studentenschaft in der Hauptstadt Ödenburg, Schwierigkeiten bereiten werde. Er habe Kenntnis von einem Plan, der nach Abzug des ungarischen Militärs vorsehe, dass ungarische Studenten die heimische Arbeiterschaft, die in Ödenburg gut organisiert sei, derart reizen, dass Arbeiter aus dem Westen des Burgenlandes ihnen zu Hilfe kommen würden. Auf ungarischer Seite rechne man damit, dass die Arbeiter sich gegen die Provokationen wehren und dadurch den außerhalb des Burgenlandes stehenden Truppen einen Vorwand zum Einmarsch nach Ödenburg bieten. Diesen Plan gelte es zu vereiteln.<sup>291</sup>

---

<sup>289</sup> Protestversammlung gegen die Losreißung Westungarns. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 68, Nr. 119 (3. 6. 1921) 2.

<sup>290</sup> Die Festsetzung der neuen Grenzen Ungarns. Eine Note des Generalsekretariats des Botschafterrates an die ungarische Regierung. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1921, Nr. 20427 (12. 7. 1921) 7.

<sup>291</sup> Die Angliederung Westungarns. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVIII, Nr. 185 (8. 7. 1921) 5.

Kritisch wurde die Übergabebereitschaft der ungarischen Regierung von der Arbeiter-Zeitung gesehen. In ihrem Leitartikel hieß es, die ungarische Regierung habe noch immer keine rechte Vorstellung vom Ernst der Lage, weil sie noch immer glaube, den schweren Verpflichtungen, die der Friedensvertrag Ungarn auferlegt, aus dem Weg gehen zu können. Es sei zu fragen: Warum gibt die ungarische Regierung nicht die nötigen Befehle zur Räumung Westungarns? Warum bewaffnet sie noch immer die Weißen Garden im Burgenland? Warum löst sie nicht die Brachialformationen, die Detachements, die Move, die Erwachenden Ungarn und die übrigen bewaffneten Formationen auf? Aber die Autorität der Regierung stütze sich nicht nur auf die Waffen ihrer Weißen Garden, sondern auf die nationalistischen Illusionen, die sie großzügig und mit denen sie das Volk über die grausame Wirklichkeit wegtäuschen wolle.<sup>292</sup>

Die trotz der bevorstehenden Übergabe des Burgenlandes in Deutsch-Westungarn von der ungarischen Regierung noch im Juli 1921 durchgeführten Gemeindewahlen wurden in Österreich als Provokation aufgefasst. Allerdings berichtete die Arbeiter-Zeitung von einer völligen Teilnahmslosigkeit der Bevölkerung, die Wahlbeteiligung habe kaum zwei Prozent betragen.<sup>293</sup>

Von der Botschafterkonferenz wurde Ungarn als Endtermin für die Räumung Westungarns der 27. August 1921 aufgetragen. Vom ursprünglich vorgeschlagenen Endtermin 18. August sei man wegen der Nähe zum ungarischen Nationalfest des heiligen Stephan abgekommen, um keinen Anlass zu chauvinistischen Kundgebungen und zu einem neuen Staatsstreichversuch der Habsburgerpartei zu bieten.<sup>294</sup>

Nach der Rede des Ministerpräsidenten Graf Bethlen anlässlich seines Rechenschaftsberichtes vor der ungarischen Nationalversammlung kurz vor dem Übergabetermin für das Burgenland hätten auf österreichischer Seite die Alarmglocken läuten müssen. Bethlen erklärte nämlich dort, es gelte über große nationale Fragen zu sprechen, denn jeder Ungar frage mit Bangen, was mit Westungarn geschehen werde. Jeder frage sich, ob diese Angelegenheit zum Besten oder zum Nachteil gelöst werden würde, ob die Nation genug Kraft und politische Reife aufbringen werde, das Wenige, was noch geblieben sei, behalten zu können. Bethlen meinte weiter, Ungarn habe im Interesse Westungarns alles getan, weiter könne man nicht gehen. Unter pflichtgemäßer Berücksichtigung der eigenen Interessen möge Österreich zur Kenntnis neh-

---

<sup>292</sup> Sturmzeichen in Ungarn. In: Arbeiter-Zeitung (Mittagsblatt) Jg. XXXIII, Nr. 188 (11. 7. 1921) 1.

<sup>293</sup> „Gemeindewahlen“ in Westungarn. In: Arbeiter-Zeitung (Morgenblatt) Jg. XXXIII, Nr. 196 (19. 7. 1921) 3.

<sup>294</sup> Das Schicksal Westungarns. Der 27. August letzter Termin. In: Arbeiter-Zeitung (Morgenblatt) Jg. XXXIII, Nr. 205 (28. 7. 1921) 3.

men, dass, wenn es die ungarische Freundschaft zurückweist, Ungarn seine Pflichten gegenüber dem Vaterland kennen werde. Falls in dieser Frage das Recht, das auf der Seite Ungarns stehe, nicht respektiert werde, müsse man sich unter strikter Berücksichtigung der eigenen Interessen auch der Mittel der Retorsion bedienen.<sup>295</sup>

Das waren Worte, die nur erbitterten ungarischen Widerstand bei der Übergabe des Burgenlandes erwarten ließen. Und das wurde von den österreichischen Blättern auch so gesehen. Die Neue Freie Presse zitierte zu den Äußerungen Bethlens ungarische Parlamentarier, die sich selbst über den Inhalt der angekündigten Retorsion nicht im Klaren waren. Sie meinten aber, es könne sich dabei wohl nicht um einen Putschversuch zur Verhinderung der Übergabe Westungarns an Österreich handeln, sondern um Retorsionen im Rahmen des internationalen Rechts, wie etwa politische und wirtschaftliche Boykottmaßnahmen. Diesen Interpretationen widersprach die Aktion des früheren Ministerpräsident Friedrich. Er wandte sich in einem offenen Schreiben an das Organisationskomitee der Landesverteidigungspartei und diese forderte die Öffentlichkeit auf, sich endlich zu einer Tat aufzuraffen. Ohne Opfer gebe es keine nationale Ehre, ein feiges Volk habe kein Vaterland, man müsse endlich handeln.<sup>296</sup>

Eine knappe Woche vor dem von der Botschafterkonferenz festgesetzten Übergabetermin für das Burgenland beklagten sich westungarische Abgeordnete in einer Sitzung der ungarischen Nationalversammlung, die Bevölkerung Westungarns sei über die kommenden Ereignisse noch immer nicht unterrichtet. Das Volk wisse weder, ob Westungarn an Österreich angeschlossen werde oder ob das nicht geschehe. Seit eineinhalb Jahren werde den westungarischen Abgeordneten von kompetenter Stelle immer wieder erklärt: „Vertrauet nur, wir werden Westungarn nicht verlieren.“ Hätte man den Abgeordneten gesagt, dass diese Aufklärungen jeder festen Grundlage entbehrten, dann hätte man die Bevölkerung, die am ungarischen Vaterland festhalte, selbst so organisiert, dass sie mit den Waffen Widerstand leisten würde. Heute sei es dazu schon zu spät.<sup>297</sup>

In allerletzter Minute vor dem Übergabetermin unterbreitete die ungarische Regierung der österreichischen Regierung noch ein Verhandlungsangebot, das den gesamten Komplex der zwischen den beiden Staaten offenen Fragen umfassen sollte. Allerdings knüpfte die ungarische Regierung daran die Bedingung, dass bis zur Beendigung der Verhandlungen das im ungarischen Vorschlag vom August beanspruchte Gebiet, falls aber Österreich darauf nicht eingehen

---

<sup>295</sup> Die Rede des Ministerpräsidenten. In: Pester Lloyd (Abendblatt) Jg. 68, Nr. 180 (16. 8. 1921) 3-4.

<sup>296</sup> Die angekündigte Retorsion gegen Oesterreich wegen Westungarns. Eine Boykottbewegung in Aussicht. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1921, Nr. 20462 (17. 8. 1921) 6.

<sup>297</sup> Abermals die westungarische Frage. In: Pester Lloyd (Abendblatt) Jg. 68, Nr. 185 (23. 8. 1921) 2.

könne, wenigstens die Stadt Ödenburg und deren Umgebung bei Ungarn verbleiben. Im äußersten Fall erklärte sich Ungarn auch bereit, auf dem von ihr angestrebten Gebiet einer Volksabstimmung zuzustimmen. Die öffentliche Meinung Ungarns mache es der ungarischen Regierung unmöglich, die bisher verfolgte Politik freundschaftlicher Auseinandersetzungen fortzuführen, falls Österreich auf seinem bisherigen Standpunkt verharren sollte. Dieses Verhandlungsangebot lehnte der österreichische Ausschuss für Äußeres ab. Er ermächtigte aber die österreichische Regierung, sofort nach ungestörter Übergabe des Österreich zugesprochenen Gebietes mit der ungarischen Regierung Verhandlungen aufzunehmen. Anzustreben sei ein Vertrag, in dem alle das künftige Verhältnis zwischen Ungarn und Österreich berührenden Fragen bereinigt und die Abgrenzungsfragen vorbehaltlich der Zustimmung der Signatarmächte des Staatsvertrages von Saint Germain einer einvernehmlichen Lösung zugeführt werden.<sup>298</sup>

Um über den österreichischen Standpunkt zu beraten, traten am 28. August 1921, um 9 Uhr, die Mitglieder der ungarischen Regierung zu einem außerordentlichen Ministerrat zusammen.<sup>299</sup>

Mit der Veröffentlichung der Proklamation der interalliierten Militärmission in Ödenburg trat die Übergabe des Burgenlandes durch Ungarn an die Entente und in weiterer Folge an Österreich in seine entscheidende Phase. Die Proklamation legte fest: *„Vom 23. August, 0 Uhr, an bis 6. September 1921, 24 Uhr, haben alle Anordnungen, die von der Interalliierten Militärmission in Oedenburg und über deren Ermächtigung von den Ententeoffizieren erteilt werden, für alle Zivil- und Militärbehörden im Lande verbindliche Kraft. Die Uebergabe der Souveränitätsrechte über das Burgenland von Ungarn an die Entente und von der Entente an Oesterreich erfolgt am 29. August, 16 Uhr. Von dem Zeitpunkte der Veröffentlichung dieses Manifestes angefangen, sind alle Ansammlungen sowie die Abhaltung öffentlicher Versammlungen verboten.“*<sup>300</sup>

---

<sup>298</sup> Die Beratungen im Ausschuß für Aeußeres. Die Noten der ungarischen Regierung. – Bereitwilligkeit der österreichischen Parteien zu einer einvernehmlichen Lösung der burgenländischen Fragen. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVIII, Nr. 235 (28. 8. 1921) 4.

<sup>299</sup> Ministerrat in Budapest. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVIII, Nr. 235 (28. 8. 1921) 4.

<sup>300</sup> Die Uebergabe des Burgenlandes. Befehlsgewalt der Ententemission bis 6. September. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVIII, Nr. 233 (26. 8. 1921) 2.

## 11.2 Gewaltsame Verhinderung

„Die ungarische Regierung hat ihre traurigste Pflicht erfüllt“. Mit diesem Satz begann der Leitartikel des Pester Lloyd am 29. August 1921, am Tag der festgesetzten Übergabe des Burgenlandes. Und gleich daran anschließend die überraschende Mitteilung, nur die erste Zone Westungarns sei an die Ententemächte übergeben worden, die zweite Zone müsse die Regierung jedoch als Garantie zum Schutz der ungarischen materiellen Interessen zurückbehalten. „Mehr kann und darf niemand von ihr fordern.“ Die ungarische Regierung wolle damit weder Komplikationen herbeiführen noch plane oder unterstütze sie einen Putsch. Es sei aber für jeden klar Denkenden vorauszusehen gewesen, dass die ungarische Nation sich mit der Übergabe Westungarns nicht zufrieden geben könne und dass das ungarische Volk, vor allem „die mit angeborener treuer Liebe an Ungarn hängende Bevölkerung der westungarischen Komitate“, nicht ruhig und gleichgültig den schwärzesten Tag ihrer Geschichte hinnehmen würde. Es verwundere daher nicht, dass in einzelnen Teilen Westungarns bewaffneter Widerstand gegen die von Österreich geplante ungerechte Annexion geleistet werde.<sup>301</sup>

Der Artikel integriert auch gleich die westungarische Bevölkerung in das widerständische ungarische Volk, wobei als Bindeglied die angeborene treue Liebe zu Ungarn dient. Gemeinsam bildeten sie einen geeinten Block, der sich geschlossen dem anrückenden Feind entgegenstellt.

Gegen diese Vorgänge in Westungarn gab es von Seiten der österreichischen Regierung einen scharfen offiziellen Protest und der ungarischen Regierung wurde durch ihr Verhalten Vertragsbruch vorgehalten. Denn die von der ungarischen Regierung getroffene Einteilung des westungarischen Gebietes in die Zonen 1 und 2 und der Besetzung des zurückbehaltenen Gebietes durch Ungarn als eine Art Pfand widersprach den Friedensverträgen und den wiederholten Entscheidungen der Ententemächte. In der bisherigen Argumentation der ungarischen Regierung gegen die durch den Friedensvertrag festgesetzten Grenzen berief sie sich stets nur auf ethnographische und wirtschaftliche Verhältnisse im Burgenland, nie jedoch machte sie die Erfüllung der Friedensverträge durch vorherige finanzielle Reklamationen abhängig. Die österreichische Regierung warf ihr deswegen vor, mit diesem Argument im entscheidenden Augenblick einen vorgeschobenen Vorwand als Grundlage für ein neuerliches Ausweichen von der Erfüllung der Friedensverträge zu konstruieren.<sup>302</sup>

---

<sup>301</sup> Westungarn. In: Pester Lloyd (Abendblatt) Jg. 68, Nr. 190 (29. 8. 1921) 1.

<sup>302</sup> Protest der österreichischen Regierung gegen den Vertragsbruch Ungarns. In: Reichspost (Gleichzeitig Ausgabe der „Wiener Stimmen“) Jg. XXVIII, Nr. 236 (196) (29. 8. 1921) 1.

Noch einen Tag zuvor wurde voll Zuversicht über die geplante feierliche Übergabe Westungarns durch die ungarischen Behörden an die Ententekommissäre und von diesen an die österreichischen Bevollmächtigten in österreichischen Blättern berichtet. Am nächsten Tag sollte die Besetzung des Burgenlandes durch österreichische Sicherheitstruppen beginnen und tags darauf die ungarische Gendarmerie von Ödenburg abziehen.<sup>303</sup>

Diese Hoffnung sollte sich nicht erfüllen. Ungarn hatte sich im Vorfeld gegen den Einmarsch regulärer österreichischer Militäreinheiten ausgesprochen. Daher überschritten am 28. August nur mangelhaft ausgerüstete österreichische Gendarmerie- und Zollwacheeinheiten die bisherige österreichisch-ungarische Staatsgrenze.<sup>304</sup> Ein entscheidender Faktor für das Scheitern der Übergabe war aber die eingeschränkte Aktionsmöglichkeit der Ententekommission in Ödenburg. Diesen Umstand kritisierte auch die Neue Freie Presse. Die militärischen Mittel, die der Interalliierten Kommission für die Durchsetzung ihrer Anordnungen zur Verfügung standen, waren so schwach, dass sie kaum reichten, in Ödenburg selbst die Ordnung aufrecht zu erhalten, ganz zu schweigen von einer Machtentfaltung auf dem flachen Land. Die Bemühungen der Kommission auf Wiederherstellung des Rechtszustandes wurden zudem dadurch verhindert, dass der telefonische und telegrafische Kontakt zu Wien abgeschnitten wurde und der Verkehr mit Budapest unter Kontrolle der ungarischen Organe stand. Seit der Besetzung des Ödenburger Raumes durch das Hejas-Detachement war die Interalliierte Kommission im Verkehr mit der Außenwelt auf dessen Wohlwollen angewiesen.<sup>305</sup>

Mit dem Auftauchen von Freischärlertruppen in Westungarn wurde die Lage für die vorrückenden österreichischen Gendarmerieabteilungen immer bedrohlicher, schließlich kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen. *„Blut fließt im Burgenland! Die ehrlosen Gesellen, die in Budapest regieren, haben den Friedensvertrag von Trianon zerrissen“* hieß es in der Arbeiterzeitung. Und weiter: *„Die Mörderbanden der ‚besten Offiziere‘ Horthys haben den Widerstand organisiert. [...] Der Widerstand ist von der ungarischen Regierung befohlen. [...] Die schwerste Verantwortung aber lastet auf der Entente. Sie hat Deutschösterreich entwaffnet, aber an Horthy-Ungarns waffenstrotzende Rüstung nicht gerührt. Sie hat selbst keine Truppen ins Burgenland geschickt, aber den deutschösterreichischen Besetzungsvorbereitungen alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Sie hat es übernommen, das Burgenland*

---

<sup>303</sup> Die Angliederung des Burgenlandes an Oesterreich. Feierliche Uebergabe am 29. August um 4 Uhr nachmittags. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1921, Nr. 20473 (28. 8. 1921) 1.

<sup>304</sup> Ernst, Geschichte des Burgenlandes, 194.

<sup>305</sup> Unzureichende Mittel der Interalliierten Kommission. In: Neue Freie Presse (Nachmittagblatt) Jg. 1921, Nr. 20474 (29. 8. 1921) 2.

*den Horthy-Magyaren abzunehmen und es uns zu übergeben; gegen sie zunächst richtet sich also Horthys Widerstand.*<sup>306</sup>

Auf Grund der besorgniserregenden Entwicklungen in Westungarn forderten die österreichischen Zeitungen das Einschreiten der Entente. Sie argumentierten, die Entente hätte es an der wünschenswerten Voraussicht fehlen lassen und keine ausreichenden Vorkehrungen für einen glatten Ablauf der Abtretung Deutsch-Westungarns getroffen.<sup>307</sup> In einer Reaktion auf die verzögerte Übergabe des Burgenlandes veröffentlichte die Interalliierte Generalskommission in Ödenburg einen Beschluss mit der Feststellung, dass Ungarn Westungarn nicht übergeben hat. Es sei aber nicht die Aufgabe Österreichs, Westungarn durch militärische Kräfte zu besetzen, sondern es müsse warten, bis Ungarn seinen Verpflichtungen nachkommt und die Generale in der Lage sein werden, Österreich das Land zu übergeben.<sup>308</sup>

Gegen die heftigen Angriffe der österreichischen Zeitungen auf die ungarische Regierung wegen des ungarischen Widerstandes gegen die Übergabe des Burgenlandes schrieb der Pester Lloyd in einem Leitartikel an. Der Verfasser zitierte zunächst den Schlusssatz eines vor drei Tagen in Pester Lloyd veröffentlichten Artikels: *„Besteht Oesterreich auf seinem Unrecht, dann muß es die Konsequenzen tragen, die aus seinem Moral und Gesetz hohnsprechenden Vorgehen sich ergeben, einzig und allein vor der Geschichte verantwortlich.“* Und er schreibt weiter, dass dies die Ansicht jedes ungarischen Politikers und jedes ungarischen Bürgers sei. Die Ereignisse in Westungarn zeigten, dass Österreich mit der Fackel der Zwietracht einen Brand entzündete, der in unheimlicher Weise um sich greift. Die ungarische Regierung habe mit tiefer Trauer die Bestimmungen des grausamen Vertrages von Trianon erfüllt und die erste Zone Westungarns übergeben. Sie werde auch die zweite Zone nach Erfüllung der wirtschaftlichen und finanziellen Verpflichtungen durch Österreich übergeben. Wer Ungarn und dessen Bürger kennt, weiß, dass es kaum ein fürchterlicheres Opfer geben kann. Dennoch wurde kein Wort oder Schritt unternommen, um Widerstand in Ungarn wachzurufen. In Westungarn traten mit elementarer Kraft die Gefühle der Erbitterung und Empörung an die Ober-

---

<sup>306</sup> Blut fließt im Burgenland! Horthy verweigert die Räumung. In: Arbeiter-Zeitung (Mittagsblatt) Jg. XXXIII, Nr. 236 (29. 8. 1921) 1.

<sup>307</sup> Der Putsch im Burgenland. Notwendigkeit des Einschreitens der Entente. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1921, Nr. 20475 (30. 8. 1921) 1.

<sup>308</sup> Verzögerung der Uebergabe Westungarns. Beschluß der Interalliierten Kommission in Oedenburg. In: Neue Freie Presse (Abendblatt) Jg. 1921, Nr. 20475 (30. 8. 1921) 1.

fläche. Denn dort gibt es lebende und denkende Wesen, die ein Selbstbestimmungsrecht besitzen und es ausüben wollen. Vergegenwärtigt man sich dies, wird begreiflich, was in Westungarn geschah, was dort geschehen musste.<sup>309</sup>

Der Konflikt wurde durch einen Einfall ungarischer Freischärler auf österreichisches Hoheitsgebiet bei Kirchschatz verschärft. Die dort postierten österreichischen Truppen konnten ihre Stellungen gegen eine Übermacht – das Deutsche Volksblatt schrieb von Banden der ungarischen Regierung – nicht halten. Der Überfall zeigte deutlich die durch die Entente geschaffene unhaltbare Lage, die es Österreich nicht erlaubte, reguläre Truppen auch im angeblich von Ungarn geräumten Gebiet zu verwenden. Andererseits blieb die Entente untätig, um die Ordnung wenigstens im geräumten Gebiet aufrechtzuerhalten und die ungarischen Banden zu vertreiben.<sup>310</sup>

Erst nach mehr als einer Woche erfolgte eine offizielle Reaktion der Botschafterkonferenz in der westungarischen Angelegenheit. Die Budapester Vertreter der Ententegroßmächte überreichten dem ungarischen Außenminister die Note der Botschafterkonferenz. Diese unterstellte dem Verhalten der ungarischen Regierung die Absicht, sich der Übergabe Westungarns zu entziehen. Entgegen der Warnung der Entente hätten die ungarischen Behörden es geduldet, dass fremde Personen in umstürzlerischen Absichten Westungarn betreten. Die Entente erwarte eine bedingungslose Erfüllung des Friedensvertrages durch Ungarn, eine Verquickung der Angelegenheit mit finanziellen Forderungen werde abgelehnt. Der Kommentar des Pester Lloyd zur Note der Botschafterkonferenz beklagte, dass in Westeuropa eine feindselige Haltung gegenüber Ungarn herrsche. Die Note enthalte aber kein Ultimatum, sondern verlange nur das, was die ungarische Regierung niemals bestritt. Wären die Österreicher nicht von jeher erbitterte, neidische Gegner Ungarns, hätten sie die ungarischen Kompromissvorschläge akzeptiert. Nun dürfe aber die ungarische Regierung auf ihr Recht auf Erfüllung der begründeten wirtschaftlichen und finanziellen Forderungen gegenüber Österreich nicht verzichten. Solange diese Forderungen nicht beglichen sind, könne Ungarn nichts anderes tun, als das ihm gebührende Faustpfand festzuhalten.<sup>311</sup>

Die ungarische Presse und auch die Budapester Regierung schienen trotz der Warnung der Entente an dem als unzulässig bezeichneten Junktim zwischen ihren finanziellen Forderungen und der völligen Räumung des Burgenlandes festzuhalten. Denn der ungarische Widerstand in

---

<sup>309</sup> Budapest, 29. August. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 68, Nr. 191 (30. 8. 1921) 1.

<sup>310</sup> Einfall der Ungarn. In: Deutsches Volksblatt Jg. 33, Nr. 11730 (6. 9. 1921) 1.

<sup>311</sup> Die Demarche. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 68, Nr. 198 (7. 9. 1921) 1.

Westungarn hielt trotz der Warnung der Botschafterkonferenz an. Österreich sah sich daher genötigt, das von der österreichischen Gendarmerie bisher besetzt gehaltene burgenländische Gebiet wegen überlegener ungarischer Streitkräfte im Raum Ödenburg zu räumen. Das Eingreifen des in Ödenburg stationierten regulären Ostenburg-Detachements gab dazu den Ausschlag. Schließlich sah sich Landesverwalter Davy genötigt, sämtliche noch auf burgenländischen Boden operierenden Einheiten zurückzubeordern.<sup>312</sup> Die Übernahme des Burgenlandes war damit gescheitert.

Nach dem Rückzug der österreichischen Gendarmerie aus dem Burgenland wurde in einem Artikel der Reichspost, gezeichnet mit „Von einem Diplomaten“, versucht, eine völkerrechtliche Beurteilung der Vorgänge im Burgenland vorzunehmen. Der Verfasser stellte eingangs fest, es sei falsch, den Bandenkrieg in Westungarn aus österreichischer Sicht als eine politische Angelegenheit anzusehen, denn tatsächlich war es eine polizeiliche. Ebenso unrichtig sei, dass in erster Linie Österreich berufen wäre, im Burgenland Ordnung zu schaffen und den ungarischen Umtrieben entgegenzutreten. Österreich hätte dort nur als Mandatar der Entente aktiv eintreten können. Die Betrauung mit einem derartigen Mandat sei aber umso weniger zu erwarten gewesen, je größer die Wahrscheinlichkeit ungarischen Widerstandes war, weil das zu folgenschweren blutigen Zusammenstößen zwischen Österreich und Ungarn hätte führen können. Für die österreichische Regierung gab es somit keine Möglichkeiten für militärische Maßnahmen, die über den Schutz der österreichischen Grenze hinausgingen. So paradox es klingen mag, Österreich habe heute im Burgenland noch gar nichts mitzureden und mitzuhandeln. Dass es trotzdem in Mitleidenschaft gezogen wurde, sei nur Folge der schlechten Ententeregierung, die es unterließ, der interalliierten Generalkommission entsprechend starke Ententetruppen beizugeben. Vertragsgemäß war das Burgenland von Ungarn der Entente zu übergeben, und zwar so, dass nach dem Abzug des ungarischen Militärs Ententetruppen das Land hätten besetzen müssen. Dann erst wären diese von österreichischen Organen und Truppen abzulösen gewesen. Bei einem solchen Vorgehen wäre es weder zur Festhaltung einer Zone durch die ungarische Regierung, noch zum Einbruch ungarischer Banden gekommen. Doch die Ententemächte wollten sich diesen Zwischenakt ersparen. Die Folge war, dass plötzlich die Budapester Regierung neue Forderungen stellte und wegen der fehlenden Ententetruppen ungarische Banden ins Burgenland eindrangen und es besetzten. Dass die österreichische Gendarmerie gegen diese Banden kämpfte, ging bereits über die vertragsmäßige Verpflichtung Österreichs ebenso hinaus wie das Herantreten der Wiener Regierung an das ungarische

---

<sup>312</sup> Ernst, Geschichte des Burgenlandes, 195-196.

Kabinett wegen Räumung der Zone 2 und Verhinderung des Bandenübertritts. Für die Abwehr der ungarischen Freischärler und die Freimachung der Zone 2 hatte nur die Entente zu sorgen, der es zukam, ab dem vertragsmäßigen Räumungstermin bis zur gänzlich vollzogenen Räumung im Burgenland die oberste politische und polizeiliche Gewalt auszuüben. Österreich hatte dabei überhaupt nicht mitzuwirken und der Beschluss der österreichischen Regierung, die Gendarmerie aus dem Burgenland zurückzuziehen, entspricht der geschilderten Sachlage. Man könne heute noch von einer oberschlesischen Frage sprechen, eine burgenländische oder westungarische gibt es seit dem Inkrafttreten des Vertrages von Trianon nicht mehr. Nur aus der eigenartigen Mentalität eines Teiles der ungarischen Nation sei zu erklären, dass sich Ungarn auf das sinn- und aussichtslose Abenteuer der Insurgierung des Burgenlandes eingelassen habe.<sup>313</sup>

### 11.3 Putschgerüchte

Nach dem erfolglosen Versuch einer Übernahme des Burgenlandes fragte die Neue Freie Presse, was nun die Entente zu tun gedenke, um die Friedensverträge durchzuführen.<sup>314</sup> Die Entente selbst war sich hier uneinig. Die Tschechen und Jugoslawen wären für eine Intervention, die aber Italien unbedingt zu verhindern suchte, da es fürchtete, das Burgenland könnte zur Brücke zwischen den slawischen Staaten werden. Daher drängte Italien, die große Entente solle Ordnung schaffen und Ungarn zur Vertragspflicht zwingen, wofür aber Frankreich und England wenig Eifer zeigten.<sup>315</sup>

Die aktive Teilnahme Italiens in den Auseinandersetzungen um Westungarn hatte ihren Grund in einer Initiative der slawischen Staaten. Um einen Weg aus der Sackgasse in der westungarischen Frage zu finden, wurde Mitte 1921 von Tschechen und Südslawen in Paris neuerlich die Diskussion eines Korridorplanes aufgerollt. Sie argumentierten, damit könne man die Streitparteien trennen und bei einem eventuellen Zusammenschluss Österreichs mit Deutschland verhindern, dieses noch durch Westungarn zu vergrößern. Italien und Ungarn sahen durch den slawischen Vorstoß gleichermaßen ihre Interessen bedroht, was zu einer Annäherung der beiden Staaten führte. Italien schlug Ungarn vor, das umstrittene westungarische Gebiet zu teilen, wobei die gänzlich deutschbewohnten Gebiete sofort Österreich übergeben würden, während über die zweite Zone eine Volksabstimmung entscheiden sollte. Mit diesem Vorschlag trat Italien in die Rolle eines Protektors für Ungarn, nachdem Frankreich sich mit Rücksicht

---

<sup>313</sup> Die Insurrektion im Burgenland. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVIII, Nr. 249 (11. 9. 1921) 1-2.

<sup>314</sup> Die ungarische Antwort. Die Beurteilung in Wien. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1921, Nr. 20489 (13. 9. 1921) 1.

<sup>315</sup> Rückzug im Burgenland. In: Arbeiter-Zeitung (Morgenblatt) Jg. XXXIII, Nr. 247 (9. 9. 1921) 1-2.

auf die Kleine Entente in der westungarischen Frage für die ungarischen Ambitionen nicht engagieren wollte. Gleichzeitig standen die italienischen Interessen in Mitteleuropa in einem natürlichen Gegensatz zur Kleinen Entente, was Italien für Ungarn attraktiv machte.<sup>316</sup> Die Idee einer Zoneneinteilung beim ersten Übernahmeversuch dürfte daher auf den italienischen Vorschlägen beruhen.

Sowohl die österreichische als auch die ungarische Öffentlichkeit wartete auf eine Entscheidung der Alliierten in der westungarischen Frage. In Budapester Ententekreisen sah man die weiteren Absichten der ungarischen Regierung in dieser Frage pessimistisch, weil gewisse ungarische Kreise die ganze Integritätsfrage durch einen Gewaltstreich neu aufwerfen wollten. Bei den führenden Elementen der Friedrich- und der Sigray-Gruppe sei eine sehr zuversichtliche Stimmung und ein Streben nach der Macht bemerkbar. Von diesen Gruppen rege sich Widerstand gegen Maßnahmen der ungarischen Regierung, die in der westungarischen Frage der Entente einigermaßen entgegenkommen wolle. Auffällig sei, dass sich der Abgeordnete Friedrich, dessen politischer Standpunkt bekannt sei, seit einiger Zeit in Steinamanger aufhält. Man müsse den Eindruck gewinnen, dass maßgebende Kreise in Budapest in einer anderen Welt leben und sich keine Rechenschaft über die tatsächlichen Verhältnisse ablegen.<sup>317</sup>

Diese Befürchtungen erhielten durch einen Bericht der Neuen Freien Presse neue Nahrung. Dort wurde von der Ausrufung einer westungarischen Republik berichtet. Es hieß, dass die Aufstandsbewegung in Westungarn immer mehr an Umfang zunehme. Im Raum von Steinamanger sollen sich bereits 30.000 Insurgenten versammelt haben und der Aufruhr erhalte durch zuströmende Banden aus dem Innern Ungarns immer neue Nahrung. Auch die Führer des bewaffneten Widerstandes, Oberst Lehar und Oberleutnant Heijas seien in Steinamanger eingetroffen, wo sich auch der Abgeordnete Friedrich aufhalte. Gerüchte über die politischen Ziele sagten bereits für die nächsten Stunden die Ausrufung einer selbständigen westungarischen Republik vorher, an deren Spitze sich Friedrich stellen werde. Damit soll die Budapester Regierung von der Verantwortung für den Aufstand entlastet und der karlistische Charakter der Bewegung verschleiert werden. Es mute seltsam an, dass die Ententemächte trotz dieser Vorgänge noch immer mit dem Kollektivschritt in Budapest zögern, der bereits vor Tagen angekündigt wurde.<sup>318</sup>

---

<sup>316</sup> *Schmidt-Wulffen*, Das Burgenland und die deutsche Politik, 284.

<sup>317</sup> Die Absichten der Friedrich-Gruppe. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1921, Nr. 20494 (18. 9. 1921) 5.

<sup>318</sup> Bevorstehende Ausrufung einer westungarischen Republik durch Friedrich. Zunahme der Aufstandsbewegung. In: Neue Freie Presse (Abendblatt) Jg. 1921, Nr. 20496 (20. 9. 1921) 1.

Vom Pester Lloyd wurden den österreichischen Blättern Phantasien von einer „westungarischen Republik“ vorgeworfen. Diese Nachricht sei ebenso aus der Luft gegriffen wie die wiederholt dementierte Meldung einer Mobilisierung in Ungarn. Offenkundige Erfindungen seien auch die mit den Namen Stefan Friedrich und Albin Lingauer in Verbindung gebrachten Mitteilungen. Friedrich sei auf Aufforderung der Regierung längst in Budapest, der Abgeordnete Lingauer habe sich gleichfalls zu einer Sitzung nach Budapest gegeben.<sup>319</sup>

### **13. Schlüsselzone Ödenburg**

Die ungarische Regierung kam dem diplomatischen Druck der Note der Botschafterkonferenz nur halbherzig nach. Der Grund dafür ist in den Forderungen von Kreisen der ungarischen Politik und der ungarischen Gesellschaft zu suchen, die die Integritätsfrage neu aufrollen wollten.

#### **12.1 Ultimatum an Ungarn**

Es dauerte seit dem gescheiterten Übernahmeversuch nahezu einen ganzen Monat, bis die Entente sich dazu durchrang, ein Ultimatum an Budapest mit zehntätiger Frist zu richten. Die Note drohte, sollte nach Ablauf dieser Frist die ungarische Regierung ihren Widerstand gegen die Verpflichtungen aus dem Vertrag von Trianon nicht aufgeben, sofortige Zwangsmaßnahmen wirtschaftlicher Natur an, die in der Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs sowie der Post- und Telegrafverbindungen mit den Nachbarstaaten bestanden und durch eine gleichzeitige Blockade verstärkt werden sollten. Militärische Strafmaßnahmen behielt man sich in zweiter Linie vor. Falls aber die ungarische Regierung der Aufforderung nachkommt, wird eine wohlwollende Prüfung der wirtschaftlichen Forderungen Ungarns gegenüber Österreich zugesagt.<sup>320</sup>

Als Antwort auf das Ententeultimatum übermittelt die ungarische Regierung der Botschafterkonferenz eine Note, in der sie erklärte, Westungarn unter den jetzigen Verhältnissen aus innenpolitischen Gründen nicht übergeben zu können. Die Abtretung würde den Zerfall Ungarns in eine Reihe von Gouvernements zur Folge haben. Um sich in den Augen des Landes

---

<sup>319</sup> Wiener Phantasien von einer „westungarischen Republik“. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 68, Nr. 209 (21. 9. 1921) 2.

<sup>320</sup> Das Entente-Ultimatum an Ungarn. Eine zehntägige Frist. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1921, Nr. 20500 (24. 9. 1921) 1.

rechtfertigen zu können, verlange die Regierung die Entsendung einer dreigliedrigen Delegation der Entente in das abzutretende Gebiet, um neue Grundlagen für ein Abkommen ausfindig zu machen.<sup>321</sup> Für die Neue Freie Presse waren mit diesem Schritt der ungarischen Regierung die beiden am Vortag Österreich vorgelegten Vermittlungsvorschläge – des italienischen, der für Ödenburg und das Hinterland eine Abstimmung, und des tschechoslowakischen, der die Rückgabe Ödenburgs samt Hinterland an Ungarn zum Gegenstand hat – hinfällig. Das Blatt meinte, die ungarische Note verfolge lediglich das Ziel, Zeit zu gewinnen, um seine Mobilisierung zu Ende führen zu können.<sup>322</sup> Das Deutsche Volksblatt glaubte hingegen, in der Vorgangsweise der ungarischen Regierung ein bewusstes Ausnützen der Interessensgegensätze zwischen den Ententemächten zu erkennen, um diese Gegensätze für das Aufrollen der Integritätsfrage in ihrer ganzen Tragweite zu nützen.<sup>323</sup>

Die augenblickliche Situation in Westungarn stieß bei ungarischen Politikern auf geteilte Ansichten. Viele zweifelten an einer friedlichen Lösung. Selbst die Optimisten sahen die Aufgabe der Regierung als fast unlösbar an. Man wisse nämlich nicht einmal genau, ob alle Insurgentengruppen in Westungarn gleiche Ziele verfolgen. Zudem kompliziere die Königsfrage die ganze Angelegenheit, obwohl man wisse, dass diese Frage zum jetzigen Zeitpunkt keinesfalls aufgerollt werden dürfe. Doch wegen unterirdischer Treibereien der Legitimisten laste auf allen Parteien ein Alpdruck. Noch viel gefährlicher sei aber die Auffassung in der Öffentlichkeit über die Lage. In der Gesellschaft breite sich der falsche Gedanke aus, nicht die diplomatischen Bemühungen, sondern der militärische Druck der Banden werde Österreich dazu veranlassen, einen Kompromiss anzunehmen. Daraus folgere man, die Banden dienten einer patriotischen Sache und frage sich bereits, ob nicht ein ähnliches Vorgehen gegebenenfalls anderswo Aussicht auf Erfolg biete. Und man begegne seit Tagen den tollsten Projekten, so dass man annehmen müsse, die Ungarn lebten leider von Illusionen und nicht in der Wirklichkeit.<sup>324</sup>

Die auch in Paris bekannten italienischen und tschechoslowakischen Vermittlungsversuche in der westungarischen Angelegenheit dürften der Anlass für einen Beschluss der Botschafter-

---

<sup>321</sup> Eine neue ungarische Note an die Botschafterkonferenz. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 68, Nr. 213 (25. 9. 1921) 4.

<sup>322</sup> Ablehnung der Räumung Westungarns durch die ungarische Regierung. Eine neue Note an die Botschafterkonferenz. In: Neue Freie Presse (Abendblatt) Jg. 1921, Nr. 20500 (24. 9. 1921) 2.

<sup>323</sup> Die Bedrohung des Friedens. Ungarn verweigert die Räumung des Burgenlandes. – Ungarn rollt die Integritätsfrage auf. In: Deutsches Volksblatt Jg. 33, Nr. 11749 (25. 9. 1921) 1.

<sup>324</sup> Die ungarischen Illusionen. Ein Bericht des „Temps“ aus Budapest. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1921, Nr. 20504 (28. 9. 1921) 5.

konferenz gewesen sein, nichts gegen den Abschluss eines österreichisch-ungarischen Übereinkommens einzuwenden, wenn Österreich das Vermittlungsangebot annehme. Die Zustimmung gelte unter dem Vorbehalt der vollständigen Räumung Westungarns innerhalb der in der letzten Note festgesetzten Frist.<sup>325</sup> Die Botschafterkonferenz instruierte die Generalsmission in Ödenburg, dass die Übergabe bis spätestens 4. Oktober zu erfolgen habe.<sup>326</sup>

Schließlich erfolgte mit der Unterzeichnung des Übergabeprotokolls durch Vertreter der ungarischen Regierung und Generälen der Entente am 4. Oktober 1921 formal die Übergabe Westungarns an die interalliierte Generalskommission in Ödenburg.<sup>327</sup> In der österreichischen Presse wurde der Standpunkt der österreichischen Regierung, angesichts der im Burgenland herrschenden tatsächlichen Verhältnisse das Protokoll nicht zu unterzeichnen, als richtiger Schritt gewertet. Durch die Vorgänge in Ödenburg befinde sich das Burgenland nun rechtlich-formell im Besitz der Generalsmission. Sie könnte diesen „Besitz“ jetzt an Österreich weitergeben, doch ein Eingehen Österreichs darauf wäre Selbsttäuschung über die gegenwärtige Lage und vor allem darüber, dass die Träger der Macht im Burgenland seit geraumer Zeit weder die ungarische Regierung, noch die interalliierte Mission in Ödenburg sind.<sup>328</sup>

## **12.2 Wer hat die Macht in Westungarn?**

Der Streit um das Burgenland führte in Ungarn nach einem Bericht der Arbeiter-Zeitung immer mehr in eine innenpolitische Krise. Seit dem Osterputsch Karl Habsburgs war die ungarische Innenpolitik vom Gegensatz zwischen den Anhängern des Reichsverwesers Horthy und den Legitimisten beherrscht. Horthy war nicht geneigt, Karl die Königswürde abzutreten. Er stützte sich dabei militärisch auf die Garden von Pronay und Heijas, politisch auf die Partei der kleinen Landwirte. Ihm standen die Legitimisten, Anhänger Karls, gegenüber, die jedoch selbst in zwei Gruppen gespalten waren. Auf der einen Seite die „staatsmännische“ Gruppe, der die Magnaten und der hohe Klerus angehörten. Sie scheute einen offenen Zusammenstoß mit den Horthy-Anhängern und der Entente. Nach ihrer Auffassung sollte die Rückberufung des Königs zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Von dieser Gruppe wurde die derzeitige Regierung angeführt. Ihr stand die radikale putschistische Gruppe der Legitimisten gegenüber, an ihrer Spitze Stephan Friedrich. Militärische Stützen dieser Gruppe waren Ostenburg

---

<sup>325</sup> Die westungarische Frage. Die Vermittlungsaktion. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 68, Nr. 216 (29. 9. 1921) 2.

<sup>326</sup> Die westungarische Frage. Eine Mahnung der Botschafterkonferenz. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 68, Nr. 219 (2. 10. 1921) 4.

<sup>327</sup> Die Uebergabe Westungarns. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 68, Nr. 220 (4. 10. 1921) 1-2.

<sup>328</sup> Ein amtlicher Kommentar. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVIII, Nr. 272 (4. 10. 1921) 1.

und Lehar. Ihr Ziel war es, Horthy und die gemäßigt-legitimistische Regierung zu stürzen, Karl Habsburg zurückzurufen und den Kampf auf Wiederherstellung der historischen Grenzen Ungarns aufzunehmen. Im Burgenland waren alle diese Kräfte vertreten. Der nördliche Teil stand unter dem Kommando des radikalen Flügels der Legitimisten, vertreten durch Friedrich und Ostenburg. Im südlichen Teil an der steirischen Grenze operierten die horthy-treuen Verbände von Pronay. Die gemäßigt-legitimistische Regierung Bethlen wurde verdächtigt, beiden Gruppen Geld, Waffen und Kriegsgerät zu liefern. Die politischen Pläne und Absichten der drei Gruppen divergierten aber stark. Die ungarische Regierung unter Bethlen fühlte sich selbst durch die Freischärler bedroht, ein Erfolg im westungarischen Konflikt zu Lasten Österreichs wäre ihr daher vermutlich willkommen. Dies wäre vielleicht möglich, wenn die ungarische Regierung Österreich die Räumung des Burgenlandes anbietet und Österreich im Gegenzug dafür auf Ödenburg verzichtet. Doch welche Gewähr kann die ungarische Regierung dafür bieten, dass Friedrich, Ostenburg und Pronay das Land tatsächlich räumen? Die Arbeiter-Zeitung meinte dazu, Österreich könne auf Ödenburg nicht verzichten, denn Demokratie schachere nicht mit Territorien. Aber das Selbstbestimmungsrecht des Ödenburger Volkes müsse die Demokratie anerkennen. Und wenn Ungarn überzeugt sei, dass Ödenburg bei Ungarn bleiben wolle, dann möge es einer Volksabstimmung zustimmen. Vorher aber müssten das Land und die Stadt geräumt sein.<sup>329</sup>

Ende September meldeten österreichische Zeitungen die Ausrufung eines selbständigen westungarischen Staates durch einen Landesverteidigungsrat unter Führung von Stephan Friedrich. In einer Proklamation hieß es, wegen des von der Entente aufgezwungenen Friedens sei die ungarische Regierung genötigt, auf die Ausübung der Hoheitsrechte über Westungarn zu verzichten. Der Landesverteidigungsrat habe das Imperium über Westungarn übernommen und werde das Land bei selbständiger Regierung verwalten. Die alten Beamten blieben im Amt und würden ihre Arbeit für Gott, König und Vaterland fortsetzen.<sup>330</sup>

Vom Pester Lloyd wurde diese Entwicklung in Westungarn verteidigt. Offenbar wurde sie auch vom Großteil der ungarischen Gesellschaft gutgeheißen. Das Blatt fand es nämlich seltsam, wie die öffentliche Meinung und die Regierungen im Ausland auf die erbitterten Worte und leidenschaftlichen Gebärden regierten, mit denen sich die ungarische Volksstimmung in der westungarischen Frage äußere. Tatsache sei, das Ungarn von heute sei der blutende Torso

---

<sup>329</sup> Die ungarische Krise. In: Arbeiter-Zeitung (Morgenblatt) Jg. XXXIII, Nr. 262 (24. 9. 1921) 1.

<sup>330</sup> Ausrufung des selbständigen Imperiums in Westungarn. Die Proklamation des Landesverteidigungsrates. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1921, Nr. 20506 (30. 9. 1921) 1.

eines Volkskörpers. Seit der Vertragsunterzeichnung habe die ungarische Publizistik sich bemüht, über die durch den Vertrag von Trianon begangenen Fehler und Gefahren, die sich durch seine Durchführung ergeben würden, hinzuweisen. Europa war also gewarnt und dürfe jetzt nicht überrascht tun, wenn die Ereignisse ihren Lauf nehmen. Der Aufschrei der ungarischen Volksseele sei für diejenigen, die für den Vertrag verantwortlich seien, unbequem. Sie dürfen aber jetzt nicht entrüstet sein, nachdem sie Ungarn beide Beine und einen Arm bereits abgeschnitten und sich nun anschicken, ihm auch noch den einzigen Arm, der ihm übrig blieb, zu amputieren. Ein Unvoreingenommener müsse die erregte Stimmung im Lande für die natürlichste Erscheinung der Welt betrachten.<sup>331</sup>

Im südlichen Teil Westungarns provozierte der Kommandant der Freischärlerverbände, Pronay, die alliierten Mächte, indem er am Tag der Übergabe des Burgenlandes an die Ödenburger Generalsmission ein unabhängiges „Leithabanat“ mit Oberwart als Hauptstadt proklamierte,<sup>332</sup> wovon auch in der Reichspost berichtet wurde.<sup>333</sup>

### 12.3 Vermittlungsangebot

Im Ringen um eine Lösung im westungarischen Konflikt unterbreitete Italien auf Anregung Ungarns der österreichischen Regierung einen Vermittlungsvorschlag, nach dem nach Räumung Westungarns über die Zugehörigkeit Ödenburgs eine Volksabstimmung entscheiden soll.<sup>334</sup> Mit Verwunderung fragte die Neue Freie Presse nach Bekanntwerden des Vermittlungsangebotes, warum man vom bisher vertretenen Standpunkt, Österreich habe direkt mit Ungarn wegen der Übergabe des Burgenlandes nichts zu tun, abgehe. Der Friedensvertrag verpflichte die Entente, das Burgenland an Österreich zu übergeben. Durch die Teilnahme an der Konferenz von Venedig könne der bisherige Standpunkt nicht mehr aufrechterhalten werden.<sup>335</sup>

Nach dem Bekanntwerden des italienischen Vermittlungsangebotes kam es zu größeren Versammlungen von Burgenländern in Wien, die vom Verein „Südmark“ initiiert wurden. Die Kundgebungen standen unter der Devise: „Ohne Ödenburg kein Burgenland“. Bei den Ver-

---

<sup>331</sup> Budapest, 30. September. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 68, Nr. 218 (1. 10. 1921) 1.

<sup>332</sup> Ernst, Geschichte des Burgenlandes, 196;

<sup>333</sup> Ausrufung der „Unabhängigkeit“ des Burgenlandes. Eine „konstituierende Nationalversammlung“. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVIII, Nr. 273 (5. 10. 1921) 2.

<sup>334</sup> Das Ringen um die Lösung. Zwei Vermittlungsvorschläge in der westungarischen Frage. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1921, Nr. 20501 (25. 9. 1921) 1.

<sup>335</sup> Die Konferenz in Venedig. Die Gefahren für Oesterreich. In: Neue Freie Presse (Abendblatt) Jg. 1921, Nr. 20510 (4. 10. 1921) 1.

sammlungen forderten die Aktivisten die Angliederung des Burgenlandes, wie es in den Friedensverträgen von Saint Germain und Trianon bestimmt sei. In einer EntschlieÙung erklärten die Teilnehmer, dass die Hauptstadt Ödenburg nicht zum Gegenstand eines Handelsgeschäftes gemacht werden dürfe. Sollte von der Entente die Übergabe des Burgenlandes verzögert oder die Abtretung Ödenburgs verlangt werden, müsse die österreichische Regierung öffentlich und feierlich erklären, dass der Friedensvertrag von der Entente gebrochen wurde und daher null und nichtig sei.<sup>336</sup>

Unter für Österreich nicht gerade hoffnungsvollen Aspekten trafen sich am 11. Oktober 1921 auf Einladung des italienischen Außenministers Marchese Della Toretta der österreichische Bundeskanzler Schober und der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen in Venedig. Ungarn erkannte bald, dass das Burgenland kaum zu halten war und konzentrierte sich daher ganz auf den Erhalt von Ödenburg. Schober musste zur Kenntnis nehmen, dass sich Italien in dieser Frage dem ungarischen Standpunkt anschloss. Da auch die Großmächte England und Frankreich für die beim Völkerbund eingeleiteten Kreditverhandlungen nur dann zugunsten Österreichs votieren wollten, wenn in der westungarischen Frage Österreich Kompromissbereitschaft zeigt, resignierte Schober und unterzeichnete am 13. Oktober das „Venediger Protokoll“.<sup>337</sup>

Das Ergebnis der Venediger Verhandlungen wurde in der österreichischen Presse unterschiedlich bewertet. Die Reichspost meinte zum politischen Wert des Vertrages, dieser sei nach den Sicherheiten, die für die Ausführung der Bestimmungen von der ungarischen Regierung geboten werden konnten, zu beurteilen. Natürlich müsse auch damit gerechnet werden, dass eine Volksabstimmung für Österreich ungünstig verlaufen kann und das Ödenburger Gebiet für das Burgenland verloren geht. Grundsätzlich sei gegen eine Volksabstimmung nichts einzuwenden. Es zeige sich allerdings, dass der von der Entente seinerzeit verbotene Volkentscheid des ganzen Landes, von dem einzelne Gebiete nicht willkürlich getrennt werden können, gerechter gewesen wäre.<sup>338</sup> Das Deutsche Volksblatt sah im Ergebnis der Verhandlungen einen Erfolg für Ungarn. Eine res judicata sei zum Gegenstand einer Abstimmung gemacht worden. Über den Ausgang der Abstimmung im Fall Ödenburg gebe es ebensoviele pessimis-

---

<sup>336</sup> Massenkundgebung für den Anschluß des Burgenlandes. In: Neue Freie Presse (Nachmittagblatt) Jg. 1921, Nr. 20509 (3. 10. 1921) 2.

<sup>337</sup> *Ernst*, Geschichte des Burgenlandes, 196.

<sup>338</sup> Versuch einer Einigung in Venedig. Volksabstimmung in Oedenburg unter Kontrolle der Entente nach vollständiger Entwaffnung der Freischärler und Räumung des Landes. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XVIII, Nr. 282 (14. 10. 1921) 4.

tische wie optimistische Ansichten. Es werde einzig und allein von der Sicherung einer geheimen und unbeeinflussten Wahl abhängen, ob die Bevölkerung sich für oder gegen Deutschösterreich entscheiden kann. Die Lage sei hier für die deutsche Sache aber wenig günstig, denn die Rolle, die Ödenburg im Kampf der ungarischen Banden bisher spielte, habe deren Position und Autorität in der Stadt vervielfacht.<sup>339</sup> Die Neue Freie Presse wiederum bezog sich in ihrer Bewertung auf der Regierung nahestehende Kreise und sah im Verhandlungsergebnis einen Erfolg der österreichischen Delegation, vorausgesetzt, die ungarische Regierung sei in der Lage, die gemachten Zusagen einzuhalten.<sup>340</sup> Die Arbeiter-Zeitung erhob grundsätzlich gegen das Selbstbestimmungsrecht des Volkes keinen Einwand, schränkte aber ein, dass es nicht allein auf das Prinzip ankäme, sondern auf die Art und Mittel seiner Verwirklichung. Garantiert müsse die friedliche Übergabe des Burgenlandes sein und die Volksabstimmung dürfe nicht zu einer Komödie werden. Deshalb müsse Ödenburg vor dem Volksentscheid von ungarischen Terrortruppen vollständig geräumt und volle Freiheit der Agitation zugesichert sein.<sup>341</sup>

In der Einschätzung des Abkommens von Venedig von ungarischer Seite meinte der Pester Lloyd, die ungarischen Unterhändler hätten die Heimreise aus Venedig nicht mit leeren Händen angetreten. Sie hätten die erfreuliche Gewissheit mitgebracht, dass Sopron, das westliche Bollwerk des Ungartums, dem Vaterland, dem es ein Jahrtausend angehört hat, erhalten bleibt. Dass sein weiterer Besitz an eine Volksabstimmung geknüpft ist, brauche nicht weiter zu beunruhigen. Der Ausgang des Plebiszits könne nicht zweifelhaft sein, er werde freudig die patriotische Gesinnung offenbaren. Die ungarische Seite sei auch überzeugt, dass eine Volksbefragung auch in den übrigen westungarischen Gebietsteilen zu einem gleichen Ergebnis führen würde. Jetzt werde Ungarn die Volksabstimmung in Sopron und Umgebung als Almosen hingeworfen und das Land müsse darin einen Akt besonderer Gnade erblicken. Die öffentliche Meinung in Ungarn fasse das Soproner Plebiszit anders auf. Den Ausgang des Plebiszits werde sie als Stichprobe jenes Geistes auffassen, der in der Bevölkerung aller abgetrennten Gebiete lebt. Auf das Zeugnis dieser Volksbefragung gestützt, werde es das ungarische Volk als erwiesen betrachten dürfen, dass die Grenzen des neuen Ungarn ganz anders ausgefallen wären, wenn die Siegerstaaten dem Selbstbestimmungsrecht der Völker Rechnung getragen hätten. Die Tatsache, dass das Schicksal Soprons von einem Plebiszit abhängig

---

<sup>339</sup> Das Ergebnis von Venedig. In: Deutsches Volksblatt Jg. 33, Nr. 11768 (14. 10. 1921) 1.

<sup>340</sup> Die Behauptung des österreichischen Standpunktes in Venedig. Erfolgreiche Durchsetzung der österreichischen Forderungen. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1921, Nr. 20521 (15. 10. 1921) 1.

<sup>341</sup> Einigung über das Burgenland? In: Arbeiter-Zeitung (Morgenblatt) Jg. XXXIII, Nr. 282 (14. 10. 1921) 1.

gemacht wird, obwohl der Friedensvertrag dies untersagt, bedeute, dass die Entente nicht umhin könne, die moralische und rechtliche Grundlage ihres Friedenswerkes zu überdenken.<sup>342</sup>

Einige Tage nach der Bekanntgabe des Inhalts der Venediger Protokolle zeigte sich unter den österreichischen Parteien wenig Geneigtheit, dem Übereinkommen zuzustimmen. Die Großdeutschen sahen darin einen Bruch des Friedensvertrages und eine Schmälerung der österreichischen Rechtsansprüche. Auch bei den Christlichsozialen gab es Unzufriedene, sie forderten, wenn schon in Ödenburg eine Volksabstimmung stattfinden solle, dann müsse das auch in Wieselburg der Fall sein. Die Sozialdemokraten wollten als Oppositionspartei aus taktischen Gründen ihre Zustimmung nicht erteilen.<sup>343</sup>

Trotz aller Bedenken der Parteien genehmigte der Ausschuss für Äußeres des österreichischen Nationalrates das Abkommen und ermächtigte die Regierung, die in Venedig begonnenen Verhandlungen fortzusetzen und abzuschließen.<sup>344</sup>

Um den Verpflichtungen aus dem Venediger Protokoll nachzukommen, erließ die ungarische Regierung ein Manifest an die ungarische Nation. Darin wurde die Erwartung ausgesprochen, dass jeder Bürger des Vaterlandes die Erfüllung der im Abkommen übernommenen Verpflichtungen als patriotische Pflicht betrachte. Und an die Insurgenten in Westungarn gerichtet, erging der Aufruf, die aus patriotischer Begeisterung zur Verteidigung der Grenzen ergriffenen Waffen niederzulegen. Jeder weitere Widerstand gefährde nicht nur das Ergebnis von Venedig, sondern führe zu Sanktionen der Großmächte gegen Ungarn, die das Vaterland ins Verderben stürzen würden. Wer der Aufforderung Folge leiste, handle patriotisch und könne auf die Dankbarkeit und Anerkennung der Nation zählen. Wer sich dagegen stelle, versündige sich an den Interessen der Nation und sei ein Rebell gegen das Vaterland. Ihn werde das ungarische Gesetz mit voller Strenge treffen. Das Manifest endet mit dem Satz: *„Helden waret Ihr im Kampfe, seid jetzt Helden der Selbstverleugnung.“*<sup>345</sup>

Der Vertragsabschluss in Venedig mobilisierte die ungarischen „Karlisten“. Sie überzeugten König Karl von der Notwendigkeit einer neuerlichen Rückkehr nach Ungarn.<sup>346</sup> In die erhoffte Normalisierung der Lage platzte die Nachricht über die neuerliche Ankunft König

---

<sup>342</sup> Das Abkommen von Venedig. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 68, Nr. 229 (14. 10. 1921) 1.

<sup>343</sup> Das Abkommen von Venedig in Frage gestellt. Die bevorstehenden Beratungen im Ausschusse für Aeußeres. In: Neue Freie Presse (Abendblatt) Jg. 1921, Nr. 20524 (18. 10. 1921) 1.

<sup>344</sup> Zwischen Krieg und Frieden. In: Arbeiter-Zeitung (Morgenblatt) Jg. XXXIII, Nr. 287 (19. 10. 1921) 2.

<sup>345</sup> Das Regierungsmanifest in der westungarischen Frage. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 68, Nr. 236 (22. 10. 1921) 1.

<sup>346</sup> Ernst, Geschichte des Burgenlandes, 197.

Karls in Ödenburg. Dazu schrieb der Pester Lloyd: „König Karl ist am 21. Oktober, Freitag, in Sopron angekommen. Der Standpunkt der ungarischen Regierung gegenüber dem unerwarteten Ereignis ist, daß König Karl im Sinne des G.-A. I : 1920 gegenwärtig die Ausübung der Herrscherrechte in Ungarn nicht übernehmen kann und das Gebiet des Landes abermals verlassen muß. Die Regierung hat die notwendigen Verfügungen getroffen.“<sup>347</sup>

Karl musste bald erfahren, dass auch dieser Restaurationsversuch an der unnachgiebigen Haltung seines ehemaligen Admirals, des Reichsverwesers Horthy, und der Entente, die die ungarische Regierung mit Nachdruck darauf hinwies, den Exkönig unverzüglich zu entfernen, zum Scheitern verurteilt war.<sup>348</sup> Nach wenigen Tagen brach der Königsputsch zusammen. Karl und seine Berater wurden gefangengenommen,<sup>349</sup> nach Zerstreung der aufständischen Truppen flüchteten Oberst Lehar und Major Ostenburg in Zivilkleidung.<sup>350</sup>

#### 12.4 Abstimmungsvorbereitungen

Nach dem gescheiterten Königsputsch veränderten sich auch die faktischen Machtverhältnisse im Ödenburger Abstimmungsgebiet. An Stelle des abgezogenen Ostenburg Detachements wurde ein Bataillon der nationalen ungarischen Armee nach Ödenburg entsendet. Auch Oberleutnant Heijas hatte sich mit seinen Banden entfernt, dagegen traf Oberstleutnant Pronay hier ein. Auf Grund dieser Entwicklung drängte die österreichische Regierung auf die Bereitstellung interallierter Truppen, denn nur sie konnten Gewähr für eine freie Volksabstimmung bieten. Die Regierung hatte bereits früher gegen die Absicht der Generalskommission, das Detachement Ostenburg als Sicherungstruppe während der Volksabstimmung in Ödenburg zu verwenden, starke Bedenken geäußert.<sup>351</sup>

Trotz der Aufforderung der ungarischen Regierung an die Freischärler, ihre Waffen niederzulegen, nahmen die Bandenüberfälle nach einer kurzen Unterbrechung durch den Königsputsch wieder zu. Doch weder den Alliierten, denen seit einigen Wochen die Herrschaftsgewalt im Burgenland übertragen wurde, noch der ungarischen Regierung war es bisher gelungen, die Banden zu entwaffnen und das Burgenland zu schützen. Dieser unhaltbare Zustand wurde auch bei einer Sitzung der Verwaltungsstelle für das Burgenland in Wien beklagt. Wegen der

---

<sup>347</sup> König Karl in Sopron. In: Pester Lloyd (Abendblatt) Jg. 68, Nr. 236 (22. 10. 1921) 1.

<sup>348</sup> Eine Demarche der Hauptmächte bei der ungarischen Regierung. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 68, Nr. 237 (23. 10. 1921) 1.

<sup>349</sup> Der König unter Bewachung gestellt. Stefan Rakovßky, Graf Julius Andrássy, Gustav Gratz verhaftet. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 68, Nr. 238 (25. 10. 1921) 1.

<sup>350</sup> Flucht Lehars und Ostenburgs. In: Deutsches Volksblatt Jg. 33, Nr. 11780 (26. 10. 1921) 1.

<sup>351</sup> Oesterreich und die Volksabstimmung in Oedenburg. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1921, Nr. 20535 (29. 10. 1921) 4.

Grenzsperre und des unerträglichen Druckes der Banden gäbe es für österreichische Aktivisten keine Möglichkeit, die Bevölkerung in Hinblick auf die Abstimmung aufzuklären. Dagegen, wurde behauptet, gäbe es in Ödenburg eine förmliche Fabrik für die Erzeugung falscher Heimatscheine. Der deutschen Bevölkerung werde unter Androhung schwerster Unbilden von Amtsorganen die Abstimmung für Ungarn aufgezwungen.<sup>352</sup>

Die fortgesetzten Klagen über die Beunruhigung der Bevölkerung des Burgenlandes durch die ungarischen Banden veranlasste die österreichische Regierung schließlich zu einer Protestnote an die Signatarmächte.<sup>353</sup>

Für weiteren Unmut in der österreichischen Regierung sorgte die Nachricht, dass die interalliierte Generalskommission in Ödenburg bereits ohne österreichische Einbindung mit der Vorbereitung der Abstimmung begonnen habe. Da Ungarn bisher auf die von Österreich mitgeteilte Bereitwilligkeit zu weiteren Verhandlungen unter Zugrundelegung der Venediger Beschlüsse eine Antwort schuldig blieb, stand zu befürchten, dass die ungarische Regierung unter Duldung der Generalsmission eine Abstimmung in ihrem Sinne durchführen könnte. Die österreichische Regierung lehnte es für diesen Fall ab, ein derartiges Plebiszit zu akzeptieren und teilte diesen Standpunkt sowohl den Ententemächten als auch der Generalsmission in Ödenburg mit.<sup>354</sup>

Ab nun wurden die Bemühungen sowohl auf ungarischer als auch auf österreichischer Seite intensiviert, Stimmberechtigte für die Wahl in Ödenburg zu mobilisieren. In einem Aufruf der ungarischen Regierung wurden alle in Ödenburg gebürtigen Personen über 21 Jahren zur Teilnahme an der Abstimmung aufgefordert. Außerdem wurden in ganz Ungarn Aufrufe zur Meldung der in Ödenburg gebürtigen Personen gestartet und ihnen zugesichert, dass sie auf Regierungskosten zur Abstimmung gebracht werden.<sup>355</sup> Auf der anderen Seite rief der Ödenburger Heimatdienst alle in Österreich und im Ausland lebenden Bewohner von Ödenburg und Umgebung auf, ihr Stimmrecht in der Heimat auszuüben. Jeder möge sich persönlich oder schriftlich beim Ödenburger Heimatdienst melden. Reisekosten und Verpflegung würden

---

<sup>352</sup> Die Durchbrechung des Friedensvertrags in bezug auf das Burgenland. Die Verwaltungsstelle über die Machenschaften zur Volksabstimmung. In: Neue Freie Presse (Abendblatt) Jg. 1921, Nr. 20539 (2. 11. 1921) 2.

<sup>353</sup> Die Bandenherrschaft in Westungarn. Ein Protest der österreichischen Regierung an die Westmächte. – Weitere Verhandlungen über Oedenburg? – Entsendung alliierter Truppen ins Burgenland. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVIII, Nr. 302 (3. 11. 1921) 3.

<sup>354</sup> Das Oedenburger Plebiszit. Abwehrmaßnahmen unserer Regierung. In: Deutsches Volksblatt Jg. 33, Nr. 11790 (5. 11. 1921) 1.

<sup>355</sup> Ungarische Vorbereitungen für die Oedenburger Abstimmung. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVIII, Nr. 304 (5. 11. 1921) 3.

rückvergütet. Allen jenen, die abstimmen, wurde die weitere Auszahlung der Gehälter und Löhne versprochen.<sup>356</sup>

Die westungarischen Aktivisten erhielten bei ihren Bemühungen um Ödenburg auch Unterstützung von der österreichischen Regierung. Nach einem Aktenvermerk des Außenamtes vom 9. Dezember 1921 wurden dem Ödenburger Heimatdienst für die Vorbereitungen der Abstimmung „leihweise 3 Underwood-Schreibmaschinen Nr. 1252643, 1261296, 1255868 übergeben, dieselben sind in gutem Zustand; seinerzeit zurückzustellen“.<sup>357</sup> Die Rückgabe erfolgte am 14. Februar 1922.

Im Abstimmungsgebiet selbst begann eine rege ungarische Propaganda. Soweit österreichische Blätter Ödenburg erreichten, wurden aus diesen alle Aufsätze entfernt, die das Burgenland betrafen.<sup>358</sup>

### **12.5 Besitznahme des Burgenlandes**

In der ersten Novemberhälfte forderte die interalliierte Generalsmission in Ödenburg die österreichische Regierung auf, die Besetzung der durch die Verträge von Saint Germain und Trianon Österreich zugesprochenen westungarischen Gebiete mit Ausnahme des im Venediger Protokoll umschriebenen Abstimmungsterritoriums unverzüglich vorzunehmen. Die österreichische Regierung traf daher die nötigen Maßnahmen, um bereits in den nächsten Tagen den Einmarsch des Bundesheeres und der Gendarmerie durchzuführen und eine Zivilverwaltung zu installieren.<sup>359</sup>

Am 14. November 1921 meldeten die österreichischen Blätter in großen Lettern den zweiten Anlauf zur Besetzung des Burgenlandes. Auf Grund der Erfahrungen aus dem ersten Übernahmeversuch erfolgte die Besitznahme nun schrittweise. Zunächst überschritten Kolonnen des Bundesheeres, gefolgt von der Gendarmerie die niederösterreichische Grenze, um zunächst den Landesteil nördlich des Abstimmungsgebietes zu besetzen.<sup>360</sup>

Zur Besetzung des Burgenlandes durch österreichische Truppen gab es in Österreich und Ungarn völlig entgegengesetzte Zeitungsmeldungen. Während die österreichischen Blätter von freudigen Begrüßungsszenen der burgenländischen Bevölkerung für die österreichischen

---

<sup>356</sup> An alle Oedenburger! In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVIII, Nr. 309 (10. 11. 1921) 3.

<sup>357</sup> Amtserinnerung vom 9.12.1921. Archiv des Bundesministeriums für Äußeres, AdR, NAR, Schachtel 224.

<sup>358</sup> Die ungarische Propaganda in Oedenburg. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVIII, Nr. 311 (12. 11. 1921) 3.

<sup>359</sup> Oesterreichische Maßnahmen zur Besetzung des Burgenlandes. Ueber Einladung der interalliierten Generalsmission. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVIII, Nr. 311 (12. 11. 1921) 1.

<sup>360</sup> Die zweite Besetzung des Burgenlandes. In: Reichspost (Gleichzeitig Ausgabe der „Wiener Stimmen“) Jg. XXVIII, Nr. 312 (259) (14. 11. 1921) 1.

Truppen und vom Märchen einer Volkserhebung der Burgenländer gegen die Besitznahme berichteten,<sup>361</sup> schrieb der Pester Lloyd von einer empörenden Verletzung der ungarischen Gefühle, den österreichische Volkswehrmänner mit jedem Schritt auf ungarischem Boden tun. Ungarn werde dieser schamlosesten aller Klauseln des Friedensvertrages stets in Zorn und Bitterkeit gedenken.<sup>362</sup>

Die am 13. November begonnene Besitznahme des Burgenlandes wurde am 30. November abgeschlossen. Am 5. Dezember wurde das Burgenland offiziell der Republik Österreich übergeben.<sup>363</sup>

## 12.6 Die Abstimmung

Im Vorfeld der Abstimmung traten grundlegende Auffassungsunterschiede zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung in der Interpretation der Venediger Beschlüsse zutage. Zankapfel war der Fristenlauf, der ausschlaggebend für den Abstimmungstermin war. Für die ungarische Seite begann die achttägige Frist für die Durchführung des Plebiszits im Zeitpunkt der an die Generalskommission notifizierten Räumung (Pazifizierung) des Burgenlandes zu laufen, die österreichische Seite sah diesen Fristbeginn erst nach Abschluss der mit der Übernahme verbundenen militärischen Operationen. Diesen österreichischen Standpunkt teilte schließlich auch die Generalskommission in Ödenburg, was heftige Reaktionen in der ungarischen Presse hervorrief.<sup>364</sup>

Aus dem Abstimmungsgebiet selbst kamen beunruhigende Nachrichten. Angeblich würden dort jungen Offizieren und ehemaligen Mitgliedern von Banden Heimatscheine ausgestellt, um ihnen so ein Abstimmungsrecht zu gewähren. Und die ungarischen Behörden in Ödenburg und Umgebung würden die Bevölkerung mit allen Mitteln einschüchtern, um sie zur Entscheidung für Ungarn zu zwingen. Nach wie vor befände sich auch reguläres ungarisches Militär im Abstimmungsgebiet. Das Deutsche Volksblatt verlangte daher im Interesse der Reinheit der Abstimmung die sofortige Entfernung des ungarischen Militärs, die Entsendung von Ententetruppen und die genaue Überprüfung der Abstimmungslisten.<sup>365</sup>

Um eine Verbesserung der Abstimmungsbedingungen im Ödenburger Gebiet zu erreichen, führte die österreichische Regierung mit den in der Botschafterkonferenz vertretenen Mächten

---

<sup>361</sup> Die Besetzung des Burgenlandes. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVIII, Nr. 313 (15. 11. 1921) 2.

<sup>362</sup> Die österreichische Landnahme. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 68, Nr. 257 (16. 11. 1921) 2.

<sup>363</sup> *Ernst*, Geschichte des Burgenlandes, 197.

<sup>364</sup> Ein unwürdiges Spiel. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 68, Nr. 259 (18. 11. 1921) 3.

<sup>365</sup> Ungarischer Terrorismus in Oedenburg. In: Deutsches Volksblatt Jg. 33, Nr. 11798 (14. 11. 1921) 1.

Verhandlungen. Die österreichischen Wünsche bezogen sich dabei auf die Garantie einer geheimen Wahl, die Entfernung der ungarischen Truppen und die Entsendung interallierter Sicherheitstruppen in das Abstimmungsgebiet.<sup>366</sup>

Anfang Dezember 1921, nachdem auch vom österreichischen Nationalrat das Protokoll von Venedig ratifiziert worden war, stellte die ungarische Presse bereits Spekulationen über den Ausgang der bevorstehenden Volksabstimmung im Ödenburger Gebiet an. Der Pester Lloyd rechnete vor, bei etwas mehr als 48.000 im Raum Ödenburg lebenden Bewohnern, davon 27.000 Deutsche, und 21.000 Magyaren, Kroaten und Andere, würden die Magyaren und Kroaten ausnahmslos ungarisch wählen. Diesen würden sich auch noch viele Deutsche anschließen, womit das deutsche Übergewicht sich als trügerisch erweise. Noch geringere Aussichten wurden Österreich in der Stadt Sopron zugebilligt, die ja zuerst und separat abstimme. Hier leben 17.000 Deutsche sowie 16.000 Magyaren und Andere. Man könne annehmen, dass auch der größte Teil der Soproner Deutschen für Ungarn stimmen werde. Neben diesen ziffermäßigen Daten sprächen auch die wirtschaftlichen Gefühlsmomente für einen Ausgang der Volksbefragung zugunsten Ungarns.<sup>367</sup>

Die für die Festsetzung des Abstimmungstermins wichtige Feststellung über die Beendigung der Pazifizierung des Burgenlandes wurde von der Generalskommission in Ödenburg mit Datum 3. Dezember 1921 getroffen. Der Pester Lloyd folgerte unter Hinweis auf die Bestimmungen des Venediger Protokolls, die Abstimmung sei am achten Tag nach der festgestellten Evakuierung durchzuführen.<sup>368</sup> Dieser Ansicht widersprach ein Artikel im Deutschen Volksblatt. Dort wurde der Standpunkt vertreten, die Pazifizierungsfeststellung stelle bloß einen Formalakt dar, dem noch die Unterzeichnung des Übernahmeprotokolls zu folgen habe. Die Feststellung der Generalskommission könne sich nur auf das von Österreich übernommene Gebiet beziehen, keinesfalls jedoch auf das Abstimmungsgebiet, da sich dort immer noch ungarische Truppen und Banden befänden. Die festgesetzten Fristen könnten daher erst mit dem Eintreffen der interalliierten Truppen zu laufen beginnen, sodass die Abstimmung zwischen dem

---

<sup>366</sup> Die Bürgschaften für eine unbeeinflusste Abstimmung in Oedenburg. Die Frage der Entsendung von Entente-truppen. In: Neue Freie Presse (Abendblatt) Jg. 1921, Nr. 20554 (18. 11. 1921) 1-2.

<sup>367</sup> Zur bevorstehenden Volksabstimmung im Soproner Gebiet. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 68, Nr. 271 (2. 12. 1921) 1.

<sup>368</sup> Die Lage in Westungarn. Die Volksabstimmung in Sopron. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 68, Nr. 273 (4. 12. 1921) 3.

16. und 20. Dezember stattfinden dürfte, falls bis dahin die Abstimmungslisten fertiggestellt sind.<sup>369</sup>

In den ersten Dezembertagen 1921 gab die Ödenburger Generalskommission mittels Maueranschlägen das Statut für die Volksbefragung bekannt. Dieses sah die Leitung durch ein Zentralkomitee der interalliierten Generalskommission vor, dem je ein Vertreter Österreichs und Ungarns mit beratender Stimme angehörten. Die Abstimmung würde geheim sein. Vor der Stimmabgabe müsse der Wähler vor dem Wahlkomitee seine Identität nachweisen, um dann in einer Zelle ohne Zeugen den Stimmzettel, orangengelb für Österreich, blau für Ungarn, in einen Briefumschlag zu legen. Die Öffnung der Wahlkuverts erfolge ausschließlich durch Ententeoffiziere.<sup>370</sup>

Als überaus skandalös wurde vom Deutschen Volksblatt der Umstand kritisiert, dass wegen der Versäumnisse der interalliierten Generalskommission die Erstellung der Abstimmungslisten ausschließlich in den Händen von ungarischen Verwaltungsbeamten lag, die bisher ihres Eides nicht entbunden wurden. Bereits oberflächliche Kontrollen der Abstimmungskommission hätten gravierende Fehler in den Abstimmungslisten, wie die Aufnahme längst Verstorbener oder von ungarischem Militär und Schemnitzer Hochschülern, die sich erst seit Kurzem in Ödenburg befänden, entdeckt.<sup>371</sup>

Von der interalliierten Generalskommission wurde als endgültiger Abstimmungstermin für die Volksabstimmung in der Stadt Ödenburg der 14., für das Umland der 16. Dezember festgesetzt.<sup>372</sup> Für die österreichische Regierung waren diese Termine unannehmbar, weil die zugesagten interalliierten Truppen zwar am 8. Dezember in Ödenburg eintrafen, die Räumung des Plebiszitgebietes durch die ungarischen Truppen jedoch erst am 12. Dezember erfolgen musste. Dadurch stünden der Generalskommission bloß zwei Tage bis zum Wahltermin zur Verfügung, um jene verwaltungstechnischen Maßnahmen durchzusetzen, die notwendig wären, um der durch die ungarische bewaffnete Macht eingeschüchternen Bevölkerung bewusst zu machen, dass sie nicht mehr unter ungarischer Verwaltung stehe und der Willkür seiner

---

<sup>369</sup> Die Besetzung des Burgenlandes beendet. Die Abstimmung zwischen dem 16. und 20. Dezember. In: Deutsches Volksblatt Jg. 33, Nr. 11819 (5. 12. 1921) 1.

<sup>370</sup> Die Lage in Westungarn. Die Vorbereitungen zur Abstimmung in Sopron. In: Pester Lloyd (Abendblatt) Jg. 68, Nr. 273 (5. 12. 1921) 3.

<sup>371</sup> Der Oedenburger Skandal. Die deutschösterreichischen Kommissäre haben ihren Rücktritt beschlossen. In: Deutsches Volksblatt Jg. 33, Nr. 11822 (8. 12. 1921) 1.

<sup>372</sup> Die Lage in Westungarn. Die endgültige Frist für die Abstimmung in Sopron und Umgebung. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 68, Nr. 277 (10. 12. 1921) 2.

Exekutivorgane ausgesetzt sei. Außerdem ließen sich die von der ungarischen Verwaltung angefertigten Abstimmungslisten, die von gewiss nicht unabsichtlichen Fehlern strotzten, in so kurzer Zeit nicht richtigstellen.<sup>373</sup>

Noch am 13. Dezember berichtete der Pester Lloyd, die Bemühungen der österreichischen Regierung um Verschiebung des Abstimmungstermins hätten zum Erfolg geführt, denn die Botschafterkonferenz habe die interalliierte Generalsmission in Ödenburg ermächtigt, die Abstimmung auf den 18. Dezember zu verschieben. Die österreichische Regierung gehe davon aus, dass die Generalsmission von der erteilten Ermächtigung Gebrauch machen werde.<sup>374</sup> Am folgenden Tag wurde aus Budapest über die Einschränkung der Ermächtigung der Botschafterkonferenz an die Generalsmission berichtet: „*Die Generalskommission in Oedenburg wird ermächtigt, die Abstimmung auf den 18. Dezember zu verschieben, falls Ungarn damit einverstanden ist.*“<sup>375</sup>

Die interalliierte Generalskommission in Ödenburg machte von der Ermächtigung keinen Gebrauch, sodass die Abstimmung in Ödenburg am 14. Dezember unter wütendem Protest der österreichischen Zeitungen begann. Das Deutsche Volksblatt schrieb: „*Es wird demnach heute in Oedenburg nach dem berüchtigten Muster der ungarischen Wahlen ein europäischer Skandal in Szene gehen, der nie und nimmer in der Sprache von Kulturvölkern die Bezeichnung einer Volksabstimmung tragen kann.*“<sup>376</sup> Die Arbeiter-Zeitung titelte: „*Der Betrug von Ödenburg.*“ Im Artikel wurde sowohl der italienischen als auch der ungarischen Regierung ein Doppelspiel vorgeworfen. Der italienische Außenminister habe nämlich gegenüber Österreich erklärt, sein Botschafter in Paris sei angewiesen worden, die Verschiebung der Abstimmung nicht bloß zu befürworten, sondern sie eventuell selbst zu beantragen. Außerdem habe der Minister den Gesandten in Budapest beauftragt, auf die ungarische Regierung einzuwirken, um deren Zustimmung zu erlangen. Derselbe Minister habe aber seinem General Ferrario in Ödenburg den Auftrag gegeben, die Abstimmung am 14. Dezember durchzuführen. Andererseits habe der ungarische Gesandte in Wien dem österreichischen Bundeskanzler erklärt, die ungarische Regierung sei überhaupt nicht befragt worden.<sup>377</sup> In einer Stellungnahme der

---

<sup>373</sup> Die österreichische Regierung und die Oedenburger Abstimmung. Der Termin am 14. Dezember unannehmbar. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1921, Nr. 20577 (11. 12. 1921) 8.

<sup>374</sup> Die Lage in Westungarn. Die Frage der Verschiebung der Volksabstimmung in Sopron. In: Pester Lloyd (Abendblatt) Jg. 68, Nr. 279 (13. 12. 1921) 4.

<sup>375</sup> Volksabstimmungstag in Oedenburg! Oesterreich bleibt der Abstimmung fern. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVIII, Nr. 342 (14. 12. 1921) 1.

<sup>376</sup> Keine Abstimmung in Oedenburg. Deutschösterreich zieht seine Kommissäre zurück. – Annullierung des Venediger Protokolles. In: Deutsches Volksblatt Jg. 33, Nr. 11828 (14. 12. 1921) 1.

<sup>377</sup> Der Betrug von Oedenburg. In: Arbeiter-Zeitung (Morgenblatt) Jg. XXXIII, Nr. 343 (15. 12. 1921) 2.

interalliierten Generalskommission zur Verlegung des Abstimmungstermins wurde erklärt, „daß die Generalskommission selbstverständlich in eine Verschiebung der Abstimmung gewilligt hätte, wenn Ungarn seine Zustimmung hiezu gegeben hätte.“<sup>378</sup> Und die Reichspost meinte: „Man schreibt es namentlich dem Einfluß des italienischen Generals Ferrario zu, daß die Generalskommission die Abstimmung für heute anordnete. Bei der heutigen Abstimmung wird Ungarn natürlich einen ‚glänzenden Sieg‘ davontragen.“<sup>379</sup>

Die Neue Freie Presse sah in der Beibehaltung des 14. Dezember als Abstimmungstermin einen Schlag der Generalskommission gegen Österreich, wobei gleichzeitig der Botschafterkonferenz vorgeworfen wurde, sie habe bloß eine halbe Entscheidung gefällt, da sie der Generalskommission den letzten Entschluss überließ. Mit ihrer Entscheidung habe die Generalskommission die Abstimmung wegen gefälschter Listen und betrügerischen Praktiken zur Farce gemacht. Jedermann in Österreich wisse, dass in diesem Fall von einer freien Willensäußerung keine Rede sein könne und dass eine wirkliche Selbstbestimmung im ernsten Sinn des Wortes unter diesen Umständen unmöglich sei.<sup>380</sup>

Der Pester Lloyd bezeichnete die österreichischen Anstrengungen um Verschiebung der Abstimmung als einen „letzten Kniff [...] in zwölfter Stunde“, dem die Generalskommission in ihrer weisen Einsicht und auf Grund der energischen Stellungnahme der ungarischen Regierung schwerlich zustimmen konnte. Die Bevölkerung des Abstimmungsgebietes sei durch die Verhetzungsarbeit österreichischer Agitatoren in wachsende Erregung versetzt, eine weitere Stundung der Abstimmung hätte unabsehbare Folgen nach sich ziehen können.<sup>381</sup>

Die österreichische Regierung war sich bewusst, dass die Volksabstimmung über Ödenburg und die umliegenden Randgemeinden nur eine Farce sein konnte.<sup>382</sup> Daher fasste sie im Einvernehmen mit allen politischen Parteien den Beschluss, an der Abstimmung nicht teilzunehmen, die Abstimmungskommissäre zurückzurufen und das Ergebnis nicht anzuerkennen, da in keiner Weise ein den primitivsten Begriffen der Unparteilichkeit und Reinheit der Abstimmung entsprechender Vorgang gewährleistet sei.<sup>383</sup>

---

<sup>378</sup> Die ungarische Weigerung der Verschiebung der Volksabstimmung. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1921, Nr. 20584 (18. 12. 1921) 6.

<sup>379</sup> Die „Volksabstimmung“ in Oedenburg. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVIII, Nr. 343 (15. 12. 1921) 3.

<sup>380</sup> Die Oedenburger Abstimmung für morgen festgesetzt. Ein Schlag gegen Oesterreich. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1921, Nr. 20580 (14. 12. 1921) 1.

<sup>381</sup> Die Volksabstimmung in Sopron und Umgebung. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 68, Nr. 280 (14. 12. 1921) 1.

<sup>382</sup> Ernst, Geschichte des Burgenlandes, 197.

<sup>383</sup> Abberufung der österreichischen Abstimmungskommissäre. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1921, Nr. 20580 (14. 12. 1921) 1.

Am 18. Dezember 1921 gab der Pester Lloyd das Endergebnis der Volksabstimmung bekannt. *„Das Endergebnis der Abstimmung über das Schicksal von Sopron und Umgebung liegt nun vor: von den 27.000 Stimmberechtigten haben sich 15.343, also erheblich mehr als die absolute Mehrheit, zum ungarischen Vaterland bekannt, und bloß 8227 Stimmen sind für Oesterreich abgegeben worden. [...] Die Bevölkerung von Sopron, diese alte, in den Traditionen der Staatstreue erzogene, kulturell so hochstehende Bürgerschaft der Stadt und das Landvolk der Nachbargemeinden haben sich, wie nicht anders zu erwarten stand, für ihr tausendjähriges ungarisches Vaterland entschieden. [...] Mit einer imposanten Mehrheit fällten die Abstimmungsberechtigten ihre Entscheidung zugunsten des Ungarlandes. [...] Das Abstimmungsergebnis ist ein eklatanter Beweis für die Freiheit und Unparteilichkeit des Plebiszits; gutgläubig und auf legaler Basis kann dieses Ergebnis nicht angefochten werden.“*<sup>384</sup>

Die Kommentare der österreichischen Zeitungen zum Abstimmungsergebnis fielen unterschiedlich aus. Fast gleichlautend die Einschätzung des rechten Deutschen Volksblattes und der linken Arbeiter-Zeitung. Das Deutsche Volksblatt schrieb von einer Komödie. *„Dieses Ergebnis zeigt deutlich, daß bei einer halbwegs freien Abstimmung und bei einer Richtigstellung der Stimmlisten, die bis zu 70 Prozent gefälscht oder unrichtig waren, sich eine überwiegende Mehrheit für Deutschösterreich ergeben hätte.“*<sup>385</sup> Die Arbeiter-Zeitung bemerkte nach der Bekanntmachung des Abstimmungsergebnisses: *„Dieses Ergebnis zeigt deutlich, daß sich bei einer halbwegs freien Abstimmung und richtigen Stimmlisten (die Listen waren fast zu siebenzig Prozent gefälscht oder unrichtig) eine überwiegende Mehrheit für Österreich ergeben hätte.“*<sup>386</sup> Die Reichspost sah das Ergebnis differenzierter und meinte, trotz mangelhafter Abstimmungslisten und trotz des auf der Bevölkerung lastenden ungarischen Drucks sei das Ergebnis in der Stadt Ödenburg für Ungarn keineswegs imposant. Trennt man die Stadt Ödenburg von den Landgemeinden, sprach sich in Letzteren die Mehrheit für Österreich aus. Das beweise, dass die bodenständige Bevölkerung zum größeren Teil österreichisch fühle.<sup>387</sup> Die Neue Freie Presse gab überhaupt nur in einer Kurzmeldung ohne Kommentar das Endergebnis der Abstimmung bekannt.<sup>388</sup>

---

<sup>384</sup> Die Volksabstimmung in Sopron. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 68, Nr. 284 (18. 12. 1921) 2.

<sup>385</sup> Die Oedenburger Komödie. In: Deutsches Volksblatt Jg. 33, Nr. 11832 (18. 12. 1921) 1.

<sup>386</sup> Die Abstimmung in Oedenburg. In: Arbeiter-Zeitung (Morgenblatt) Jg. XXXIII, Nr. 346 (18. 12. 1921) 2.

<sup>387</sup> Das Ergebnis der „Volksabstimmung“ in Oedenburg. Die Stadt Oedenburg für Ungarn. – Die Landgemeinden für Oesterreich. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVIII, Nr. 346 (18. 12. 1921) 1.

<sup>388</sup> Das Ergebnis der Abstimmung von Oedenburg. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1921, Nr. 20584 (18. 12. 1921) 1.

## **14. Analyse**

### **13.1 Veränderungen im westungarischen Diskurs**

#### **13.1.1 Allgemeines**

Das Vorhaben, Zeitungskommentare zur westungarischen Frage in vier deutschsprachigen österreichischen Zeitungen und einem ungarischen Blatt zu untersuchen, erbrachte das Ergebnis, dass dieses Thema im Betrachtungszeitraum sehr häufig behandelt wurde. Nicht weniger als insgesamt 2.169 Beiträge waren dem Themenkomplex Westungarn gewidmet. Die Neue Freie Presse lieferte dazu mit 643 Artikeln die meisten Beiträge, gefolgt vom Pester Lloyd mit 516 Artikeln, der Reichspost mit 413 Artikeln, dem Deutschen Volksblatt mit 350 Artikeln und schließlich der Arbeiter-Zeitung mit 247 Artikeln. Da sich diese Arbeit sowohl auf Artikel der unmittelbaren Berichterstattung zum Thema selbst als auch auf Artikel, die die Forschungsfragen näher behandeln konzentriert, war es für die Gesamtdarstellung der Ereignisse notwendig, sämtliche Artikel auf ihre Relevanz für diesen Zweck zu untersuchen. Es wurden daher in einem ersten Schritt alle 2.169 Beiträge in einer Excel-Datei mit folgenden Unterteilungen erfasst: Name der Zeitung; Erscheinungsdatum; Seite des Artikels; Titel des Artikels; Inhalt in Schlagworten; Begriffe. Wegen des großen Umfangs des Materials musste jedoch in der chronologischen Überblicksdarstellung der Ereignisse und in noch größerem Maße in den Analysen der Artikel zur „nationalen Identität“, zur „Autonomie“, zur „Selbstbestimmung“, zur „Nation“ und zum „Nationalismus“ eine Reduktion vorgenommen werden. Das in den folgenden Kapiteln untersuchte Zeitungsmaterial ist daher nur ein kleiner Bestandteil des Materials, das für diesen Zeitraum unter dieser Fragestellung analysiert werden könnte. Es wurde nur auf solche Artikel zurückgegriffen, die nach Meinung des Autors die jeweilige Fragestellung ausführlich behandeln.

Mit der Ratifizierung der Friedensverträge von Saint Germain und Trianon fand der Desintegrationsprozess Österreich-Ungarns formell seinen Abschluss. Das westungarische Problem wurde in dem Augenblick virulent, in dem auch Österreich Anspruch auf Deutsch-Westungarn erhob. Die Verträge von Saint Germain und Trianon wurden, gemeinsam mit dem von Woodrow Wilson propagierten „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, im westungarischen Diskurs zentrale Referenzpunkte.

Im Folgenden wird vergleichend nach der Präsentation des westungarischen Konflikts durch die ungarische und österreichische Publizistik und ihrer Veränderung gefragt: Welche rhetorischen Strategien werden angewendet, um Kritik am politischen Gegner zu üben? Wie soll die

eigene Anhängerschaft mobilisiert werden? Welche Interessen auf nationaler, regionaler oder individueller Ebene sind im westungarischen Diskurs erkennbar?

Wesentliche publizistische Kampfmittel im westungarischen Diskurs waren in den österreichischen Blättern das beispielhafte Anführen von Unterdrückung und Gewalt gegen die westungarische Bevölkerung, in der ungarischen Presse die Zurückweisung solcher Anschuldigungen als Lügenkonstrukte. Auch die Bevölkerungsstatistik und ihre Interpretation wurden als Kampfmittel eingesetzt.

### 13.1.2 Ungarische Volksrepublik

Für diese Periode wurden insgesamt 74 Artikel zu Westungarn in den untersuchten Zeitungen aufgefunden, davon 12 in der Reichspost, 8 in der Neuen Freien Presse, 8 in der Arbeiter-Zeitung, 10 im Deutschen Volksblatt und 36 im Pester Lloyd.

Am 7. Dezember 1918 ereignete sich an der ungarischen Westgrenze ein Zwischenfall, der nach österreichischen Zeitungsberichten zur Ausrufung einer „Republik Heinzenland“ führte, zu dem der Pester Lloyd titelte: „*Oesterreichische Einbrüche an unserer Westgrenze*“. Er bemerkte dazu, dass für diesen Teil des Landes bisher keine ernste Gefahr ausging, weil nur hier und da von deutschösterreichischen Agenten großösterreichische Propaganda mit wenig Erfolg betrieben wurde. Außerdem „*desavouierte*“ die deutschösterreichische Regierung bisher diese Propaganda.<sup>389</sup>

Wie bereits an anderer Stelle ausgeführt, fand die „Astern-Revolution“ in Budapest statt. Das an der Peripherie liegende Westungarn war von diesen Vorgängen kaum betroffen. Selbst nach der Übernahme der Macht durch die Károlyi-Regierung, die ja weitgehende Autonomie versprach, sahen die in Westungarn lebenden deutschen Aktivisten bloß die Notwendigkeit, auf Verwirklichung dieser Autonomie zu pochen. In der westungarischen Bevölkerung selbst bestand zu diesem Zeitpunkt kein akuter Grund, sich politisch zu exponieren, denn die Autonomiezusagen der ungarischen Regierung, die mit Forderungen der westungarischen deutschen Aktivisten übereinstimmten, deckten sich offensichtlich auch mit ihren Zukunftserwartungen. So sah es offenbar auch die ungarische Presse, wenn sie bisher keine Gefahr in der Propaganda deutschösterreichischer Aktivisten erblickte.

Anders beurteilten die in Wien lebenden und aus Westungarn stammenden deutschen Aktivisten die Entwicklungen in Ungarn. Ihr Bestreben ging dahin, nach dem Zusammenbruch der

---

<sup>389</sup> Oesterreichische Einbrüche an unserer Westgrenze. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 287 (7. 12. 1918) 3.

Monarchie auch die Deutschen Westungarns mit den Deutschen des untergegangenen Kaiserreiches in Österreich zu vereinigen. Sie stützten dabei ihre Definition von nationaler Eigenständigkeit auf die gemeinsame Kultur und Sprache der deutschen Volksgruppe. Sie gingen davon aus, dass auf Grund der negativen Erfahrungen der westungarischen Bevölkerung in Ungarn in den letzten Jahrzehnten die „nationalen Unterschiede wesentlich und unüberbrückbar seien“.<sup>390</sup> Diese Unterdrückung könne nur ein Zusammenschluss mit Deutschösterreich beenden. In der faktischen Akzeptanz einer zukünftigen Autonomie unter den in Westungarn lebenden Aktivisten und im überwiegenden Teil der westungarischen Bevölkerung ist auch der letztlich gescheiterte Versuch zur Gründung einer „Republik Heinzenland“ zu beurteilen, der von in Deutschösterreich lebenden Aktivisten inszeniert wurde und den Anlass für den zitierten Artikel bot. Wie bereits festgestellt, scheiterte der Versuch vor allem daran, dass der Großteil der Bevölkerung das Werben der deutschen Nationalisten einfach ignorierte.

Im Artikel des Pester Lloyd kommt die offiziell vertretene Doktrin von der territorialen Integrität Ungarns zum Ausdruck, die aus der Tradition eines vielhundertjährigen ungarischen Reiches abgeleitet wurde. Daher sah er sich berechtigt, von „Einbrüchen“ an der Westgrenze zu schreiben. Die Arbeiter-Zeitung verwahrte sich gegen die ungarischen Vorwürfe, die sozialdemokratische Parteiorganisation von Wiener Neustadt habe die irredentistischen Bestrebungen mit Waffen unterstützt. Sie begründete die Ablehnung damit, dass die Sozialdemokraten jede Einmischung in Lostrennungsbestrebungen der Deutschen Westungarns ablehnten, da dies ausschließlich deren Angelegenheit sei.<sup>391</sup> Ebenso distanzieren sich die Reichspost, die eine Beteiligung der Wiener Organisation zur Förderung des Deutschtums in Westungarn ausschloss,<sup>392</sup> und das Deutsche Volksblatt, das eine Mitwirkung jener Kreise, die sich mit dem Anschluss Westungarns an Deutschösterreich befassten, entschieden in Abrede stellte.<sup>393</sup>

Auffällig an diesem Beispiel ist, dass zu diesem Zeitpunkt von den Medien beider Staaten keine klaren und argumentativ unterstützten Positionen in der westungarischen Frage bezogen wurden. Die deutschösterreichischen Zeitungen versagten es sich wortreich, in der Frage des Anschlusses Partei für die nationalistischen deutschen Aktivisten zu ergreifen. Daher lassen sich auch noch keine unterschiedlichen Positionen der politischen Parteien erkennen. Auch der offizielle ungarische Standpunkt der territorialen Integrität wurde nicht in Frage gestellt.

---

<sup>390</sup> Judson, Habsburg, 346.

<sup>391</sup> Wiener-Neustadt und Westungarn. In: Arbeiter-Zeitung (Morgenblatt) Jg. XXX, Nr. 339 (12. 12. 1918) 4.

<sup>392</sup> Der angebliche Waffenschmuggel nach Westungarn. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXV, Nr. 567 (8. 12. 1918) 3.

<sup>393</sup> Westungarn. In: Deutsches Volksblatt (Morgen-Ausgabe) Jg. 30, Nr. 10752 (10. 12. 1918) 2-3.

Dies änderte sich im März 1919, als in der Reichspost ein Artikel mit der Titelzeile „Aus Westungarns Leidenszeit“ erschien. Darin wird eine Versammlung aller Parteien in Wien angekündigt, in der die Deutschen Westungarns zur Ausübung ihres nationalen Selbstbestimmungsrechts aufgerufen werden sollen. Gleichzeitig formulierte der Autor des Artikels zentrale Kritikpunkte, die die ungarische Schulpolitik und die Magyarisierung der deutschen Namen in der Vergangenheit betrafen. Der Artikel endete mit der Feststellung: *„Die Tage der Nadelstiche sollen nun für das Deutschtum in Ungarn vorbei sein. [...] [D]ie ‚Reichspost‘, die [...] unablässig die Rechte der Deutschen in Ungarn vertreten hat, [beglückwünscht] die Stammesbrüder im nahen Osten zu ihrer Befreiung.“*<sup>394</sup>

Mit diesem Artikel machte sich ein politischer Journalist eines konservativen Blattes außerhalb Westungarns für ein nationalistisches deutsches Anliegen stark. Mit seiner Forderung an die Deutschen Westungarns, ihr nationales Selbstbestimmungsrecht auszuüben, lag er ganz im Trend der Zeit. Vom Autor wurde das Selbstbestimmungsrecht als ein kollektives Recht („Rechte der Deutschen“) verstanden, das wegen einer vermeintlich unerträglich gewordenen ungarischen Fremdherrschaft, die sich seiner Auffassung nach in einer gewaltsamen Magyarisierung der deutschen Bevölkerung manifestierte, zum Verlassen dieses Staates und zum Überwecheln in einen anderen Staat ermächtigte. Zu der vom Verfasser kritisierten ungarischen Schulpolitik kam Judson in seinen Untersuchungen zum Schluss, ungarische Politiker versuchten in der Vergangenheit, ganz in nationalistischer Manier, die Assimilation anderssprachiger Nationalitäten an das ungarische Volk zu realisieren. Beherrschte man die ungarische Sprache, galt das als Indiz dafür, dass man sich der ungarischen Nation verpflichtet fühlte. Rechtlich war jemand durch die Staatsangehörigkeit Ungar, faktisch aber durch die sprachliche Kompetenz. Die ungarische Schulpolitik zielte darauf ab, Minderheiten – so auch die Deutschen in Westungarn – zu ungarisieren, indem ihnen die Nationalsprache beigebracht wurde, ohne unbedingt in ihren kulturellen Hintergrund einzugreifen. Dies sieht auch der Autor so, wenn er feststellt: *„Trotz der gewaltsamen Magyarisierungspolitik hat sich das Deutschtum auf dem flachen Lande und in den Städten bei dem Bürgertum vollkommen erhalten.“* Warum sich das Deutschtum in Westungarn so erhalten konnte, lag größtenteils in der mangelnden Ausführung von Gesetzen. Die vom Verfasser des Artikels zitierte „Lex Apponyi“ wurde selbst von ungarischen Politikern für vollkommen ineffizient innerhalb einer bäuerlichen Gesellschaft gehalten. Geldmangel der Regierung für wirksame Ungarisierungsprogramme in Schulen, die von radikalen Nationalisten gefordert wurden, verhinderte, dass in

---

<sup>394</sup> Aus Westungarns Leidenszeit. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVI, Nr. 104 (2. 3. 1919) 7-8.

vier Jahren Grundschulunterricht kaum wirkliche Kompetenz im Ungarischen vermittelt werden konnte.<sup>395</sup> Was die kritisierte Namensmagyarisierungen betrifft, dürfte aber eine nicht unbedeutende Zahl von Deutschen die Nähe zum ungarischen Staatsvolk gesucht haben. Halbjährlich veröffentlichte Namensmagyarisierungen fanden verstärkt seit den 1880er-Jahren statt und zeigten, dass vor allem deutsche Namen oft direkt ins Ungarische übersetzt wurden.<sup>396</sup>

In einem weiteren Kommentar befasste sich die Reichspost neuerlich mit der Magyarisierungspolitik, wobei dafür als publizistisches Kampfmittel eine Bevölkerungsstatistik präsentiert wurde, die als Interpretation für diesen Zweck Verwendung fand. Herangezogen wurde dafür die Statistik des Eisenburger Komitats, eines der dichtest besiedelten ungarischen Komitate. Laut Statistischem Jahrbuch 1908 sollen dort im Jahre 1900 nach der Muttersprache 53 Prozent Magyaren und nur 30 Prozent Deutsche gewesen sein, der Rest entfiel vornehmlich auf Kroaten. Im Jahr 1880 wurden 48,98 Prozent und im Jahr 1890 50,56 Prozent Magyaren angegeben. Der Autor meint, die Statistik zeige eine auffallend starke Vermehrung der Magyaren, während die Bewohner mit deutscher Muttersprache stets schrumpften. Des Rätsels Lösung liege darin, dass sich alle von einer ungarischen Amtsperson befragten zur Kenntnis der ungarischen Sprache bekannten, auch wenn sie diese nur in ganz bescheidenem Maß beherrschten. 1903/04 wären von den 521 Volksschulen im Eisenburger Komitat nicht weniger als 315 mit magyarischer, 155 mit deutsch-magyarischer und 10 mit deutscher Sprache gewesen. Und dies, obwohl selbst die ungarische Statistik den Deutschen im Jahr 1900 noch 30 Prozent der Bevölkerungszahl zugestand. Der Schlüssel zur Erklärung der außerordentlichen Vermehrung der Magyaren in der Statistik des Eisenburger Komitats liege in der Magyarisierung des Schulwesens und der Scheidung der Bevölkerung in der Kenntnis der magyarischen Sprache in Magyaren und Deutsche. Tatsächlich gehöre der überwiegende Teil der Bevölkerung des Eisenburger Komitats dem Deutschtum an.<sup>397</sup> Bezeichnend für diesen Kampf mit der Statistik ist die Vorhaltung von Willkür bei ihrer Erstellung. Dieses Ergebnis passte sicherlich in das Konzept der westungarischen deutschen Nationalisten, die es auch reichlich propagandistisch verwendeten. Allerdings steht die im Artikel behauptete Effizienz der Mag-

---

<sup>395</sup> Judson, Habsburg, 389-391.

<sup>396</sup> Gottas, Nähe und Abgrenzung. Multiethnische Beziehungen im Ungarn der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Burgenländische Forschungen, Sonderband XXII (Eisenstadt 1999) 174-185, hier: 185.

<sup>397</sup> Die statistische Gliederung des Eisenburger Komitats. Ein Schulbeispiel für die Magyarisierung. In: Reichspost (Mittagblatt) Jg. XXVI, Nr. 111 (6. 3. 1919) 3.

Yarisierungsmaßnahmen im Gegensatz zu den Untersuchungen von Judson, der deren Wirksamkeit eher gering einschätzte, und auch zu dem wenige Tage vorher erschienenen Artikel in der Reichspost.

### 13.1.3 Ungarische Räterepublik

Für den Untersuchungszeitraum fanden sich insgesamt 167 Artikel, die Westungarn und den österreichischen Friedensvertrag zum Gegenstand hatten. Davon wurden 52 in der Reichspost, 44 in der Neuen Freien Presse, 23 in der Arbeiter-Zeitung und 48 im Pester Lloyd veröffentlicht. Artikel aus dem Deutschen Volksblatt standen für diesen Zeitraum nicht zur Verfügung.

Den Umsturz in Ungarn bezeichnete die Arbeiter-Zeitung als neuen Schlag des Entente-Imperialismus gegen die ungarische Volksrepublik, weil die Entente mit ihren Verbündeten entgegen den Waffenstillstandsvertrag ungarisches Territorium besetze. *„Das Selbstgefühl der magyarischen Nation bäumt sich gegen diesen Raub ungarischen Bodens wild auf.“* Der Verfasser meinte, Ungarn rechne auf die Unterstützung der Sowjetregierung und auf die Furcht der Entente vor der Ausbreitung des Bolschewismus. Der Kommentar schließt mit der Einsicht, die Diktatur sei ein Wagnis, doch bewundere man den Mut der ungarischen Brüder. *„Denn die Sache, für die sie heute alles wagen, ist auch die unsere.“*<sup>398</sup>

Mit diesem Bekenntnis zeigt das Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokraten seine ideologische Verbundenheit mit dem neuen kommunistischen Regime in Ungarn. Gleichzeitig anerkennt es auch in der Entente mit ihren Verbündeten Tschechoslowakei und Rumänien ein gemeinsames Feindbild, indem diese als Imperialisten bezeichnet werden, die „ungarischen Boden rauben“. Mit dieser Negativbewertung der Feinde soll die höhere eigene sozialistische Gemeinschaft in ein günstiges Licht gerückt werden. Der Feind haftet hier auch für jene Fehlentwicklungen [in Ungarn], die alle betrafen, aber scheinbar von niemanden verursacht worden waren.<sup>399</sup> Im Artikel der Arbeiter-Zeitung kann man auch ein Vehikel für die Verbreitung fremdenfeindlicher Affekte an breitere Bevölkerungsschichten sehen, die erheblich den Aufbau von Feindbildern, hier gegen die Entente und die Nachbarstaaten, begünstigten.

Auch in der Reichspost beschäftigte sich ein längerer Kommentar mit dem Umsturz in Ungarn. Dort hieß es, mit der Räterepublik habe sich in Ungarn der Bolschewismus etabliert und verbünde sich mit den russischen Sowjetarmeen, um den sozialen Umsturz nach Mitteleuropa zu bringen. Wenn ein Staat durch die Schuld seiner Führer ins Verderben gestürzt wurde, sei

---

<sup>398</sup> Die Diktatur der Verzweiflung. In: Arbeiter-Zeitung (Morgenblatt) Jg. XXXI, Nr. 80 (22. 3. 1919) 1.

<sup>399</sup> *Räthzel*, Gegenbilder, 97.

es das Ungarn Károlyis. Nachdem Károlyi mit den Attributen „dekadenter Prasser“ und „Demagoge“ versehen wurde, warf man ihm vor, das, was weise Herrschergeschlechter in jahrhundertelanger Arbeit gebaut hatten, in knappen fünf Monaten verjuxt zu haben. Und wäre er nicht gewesen, hätte der Krieg nicht mit dieser Katastrophe geendet. Er sei der Vorkämpfer derjenigen gewesen, die in den bisherigen Bündnissen das größte Unglück und im Übertritt zur Entente die höchste Hoffnung erblickten. Bald sei er aber zum Spielball dunkler Elemente geworden, denen er die Macht in die Hände gespielt habe. Kein Volkstribun, sondern ein Falschspieler habe Bankrott gemacht und empfangen jetzt den Judaslohn für seine Verbrechen. Die neue Räteregierung bestehe aus 27 Mitgliedern, von denen nur zwei Christen seien, die anderen Juden. Das christliche Volk Ungarns habe nichts mehr zu reden.<sup>400</sup>

Diese aggressive Schreibweise gegenüber der Person Karolyis ist Ausdruck jener in Österreich in weiten Kreisen vorherrschenden Meinung, der Ausgang des Krieges sei wesentlich von Karolyi beeinflusst worden, weil er in den letzten Kriegstagen das Bündnis mit Deutschland verlassen und sich der Entente zugewendet habe. Die Aufforderung seiner Emissäre an die ungarischen Truppen an der Piavefront, ihre Stellungen zu verlassen und nach Ungarn heimzukehren, hätte erst die Katastrophe herbeigeführt. Er sei deswegen zum Verräter an der Monarchie geworden, der nun – ein Zitat aus der Bibel – den „Judaslohn für seine Verbrechen“ erhielt. Zum anderen werden die tiefen ideologischen Gegensätze zwischen der christlich-konservativen Reichspost und dem Kommunismus, dessen schärfster Gegner die Reichspost war, aufgezeigt. Und noch ein weiteres Merkmal wird im Kommentar sichtbar, der stark verbreitete Antisemitismus, den sich auch die Reichspost zunutze machte. Seine Popularität verdanke der Antisemitismus nach Meinung Judsons dem Umstand, dass viele der neuen Wähler in der Emanzipation der Juden und ihrer Integration eine Bedrohung für Gesellschaft und Kultur erblickten. Für eine kleine Gruppe, den alldeutschen Nationalisten um Georg von Schönerer, stellten die Juden überdies eine rassistische Bedrohung dar. Vorwiegend wurde aber der Antisemitismus durch die angebliche Vorherrschaft der Juden in bestimmten Gewerben genährt, was Populisten für ihre Zwecke ausnutzten.<sup>401</sup> Der katholischen Reichspost erschienen die Juden als Gefahr, die traditionellen kulturellen Werte zu bedrohen.

Nach der kommunistischen Machtübernahme in Ungarn mehrten sich Berichte über Zusammenstöße der westungarischen Bevölkerung mit den Roten Garden. Im April 1919 berichtete die Reichspost von einem „Blutgericht“ in Ödenburg. Anlass dafür bot die Hinrichtung eines

---

<sup>400</sup> Der Umsturz in Ungarn. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVI, Nr. 140 (23. 3. 1919) 1-2.

<sup>401</sup> Judson, Habsburg, 386.

Pfarrers im Raum Ödenburg durch Kommunisten. Der Bluttat ging ein Protest der örtlichen Bevölkerung von Nikitsch gegen einen Erlass der Räteregierung voraus, mit dem die Entfernung der Kreuze aus den Schulen sowie das Verbot des Religionsunterrichts dekretiert wurden. Den Inhalt des Erlasses teilte der Pfarrer auftragsgemäß dem Volk mit. In zorniger Erregung rief es: „*Das lassen wir uns nicht gefallen, eher erschlagen wir die Genossen.*“ Die Bewohner veranlassten den Pfarrer, alles so zu belassen wie es bisher war. Der kommunistische Distriktskommissär sah sich nun gezwungen, die Bewohner von Nikitsch aufzusuchen und sie über die verfügte Maßnahme der Räteregierung aufzuklären. Als er jedoch anfing, über Kirche und Pfaffen zu schmähen, wurde er von der Menge samt seines Gefolges verprügelt. Daraufhin rückte aus Ödenburg eine Kommunistengarde gegen Nikitsch vor. Doch auch die Bauern bewaffneten sich mit Hacken und Sensen und riefen überdies Bauern aus den benachbarten Gemeinden zu Hilfe. Die Kommunisten richteten vorerst gegen diese Übermacht nichts aus, allerdings wurden zwei Kinder von Rotgardisten erschossen. Erst nachdem sie weitere Hilfe heranholten, gelang es den Rotgardisten, das Dorf einzunehmen und den Pfarrer zu verhaften, den sie als Anstifter der Unruhen ansahen. Er wurde noch am selben Abend in Ödenburg von einem Revolutionstribunal zum Tode verurteilt und erschossen.<sup>402</sup>

Was war nun der Grund für diese spontane Rebellion? Das einfache Volk sah in der Verfügung der Räteregierung den Versuch, eine Säule der traditionellen Gesellschaft, ihre seit langer Vorzeit geübte religiöse Kultur auszulöschen. Für die Bewohner von Nikitsch waren die Verbote eine Kampfansage an die Religion. Sie waren daher nicht bereit, Einschränkungen oder gar Verbote bezüglich ihrer Religionsausübung hinzunehmen. Die Bauern gingen sogar so weit, für die Verteidigung der eigenen religiösen Kultur ihr Leben einzusetzen. Die Kommunisten wiederum versuchten durch die verfügten Verbote einen neuen Menschen zu schaffen. Das verlangte nach ihrer Meinung die Ausmerzungen der Kultur des Katholizismus, der dieses Ziel gefährdete, indem er die Bevölkerung „*durch jahrelange Pfaffenarbeit vollständig verblödete*“.<sup>403</sup> Der Zweck des Artikels der Reichspost lag in der Diskreditierung des ungarischen Kommunismus und im Aufzeigen der Gefahren, mit denen der Kommunismus das christliche Abendland bedroht. Er richtete sich an alle österreichischen Katholiken, sich der Versuchung einer Annäherung an kommunistische Ideen zu verschließen. Selbst die Arbeiter-Zeitung kritisierte die Methoden der Räteregierung gegen die westungarische Bevölkerung

---

<sup>402</sup> Das Blutgericht von Oedenburg. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVI, Nr. 185 (19. 4. 1919) 3.

<sup>403</sup> Das Blutgericht von Oedenburg. In: Arbeiter-Zeitung (Morgenblatt) Jg. XXXI, Nr. 109 (20. 4. 1919) 4.

und schrieb, „[e]s ist ein bißchen viel Genugtuung darüber, dass nun Galgen und Schafott sprechen werden.“

Ein weiterer Bericht der Reichspost informierte über Massenhinrichtungen in Westungarn, verübt von einem „Schreckensregiment“, und über „furchtbaren Schandtaten der ungarischen Bolschewiken in Westungarn“. <sup>404</sup> Im Artikel werden die Massaker unter der Zivilbevölkerung und die Verhängung von Kontributionen über ganze Dörfer als Sühne für Rebellion angeklagt.

Der Ton der ungarischen Presse gegenüber Deutschösterreich wurde mit dem Bekanntwerden des ersten Entwurfes des Friedensvertrages und der österreichischen Antwort auf die Friedensbedingungen zusehends rauer. Die Diskussion um Westungarn war nun eröffnet, nahm an Intensität zu und wurde teilweise gehässig geführt. Vor allem wurde die innenpolitische Situation im kommunistischen Ungarn von der österreichischen Presse in scharfen Worten angeprangert, ausgenommen von der Arbeiter-Zeitung, die dem Räteregime zumindest in seiner politischen Grundanschauung ein gewisses Verständnis entgegenbrachte, auch wenn sie gewaltsamen Methoden kritisierte. Permanente Nachrichten von Übergriffen auf die westungarische Bevölkerung trugen in der österreichischen Presse zu gesteigerten Angriffen gegen die ungarische Regierung bei.

#### **13.1.4 „Christlich-nationalen“ Periode**

In dieser Periode befassten sich insgesamt 1.928 Beiträge mit den Themen Westungarn und Friedensverträge von Saint-Germain und Trianon. In der Reichspost waren es 349, in der Neuen Freien Presse 591, in der Arbeiter Zeitung 216, im Deutschen Volksblatt 340 und im Pester Lloyd 432 Artikel.

Waren während der Räterepublik die ideologischen Gegensätze am auffälligsten im christlich-sozialen Reichsblatt und im kommunistischen Pester Lloyd auszumachen, zeigten sich diese in der daran anschließenden Periode am deutlichsten zwischen der sozialdemokratischen Arbeiter-Zeitung und dem nun deutlich der christlich-nationalen Weltanschauung der ungarischen Regierung zugewandten Pester-Lloyd.

---

<sup>404</sup> Massenhinrichtungen in Westungarn. Blutige Verfolgungen von Sozialdemokraten durch die Bolschewiken. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVI, Nr. 246 (13. 6. 1919) 3.

So schrieb die Arbeiter-Zeitung Ende August 1919 von einem „weißen Schrecken“ in Westungarn, bei dem mehr als dreihundert Personen bisher verhaftet worden seien. Es zeige sich deutlich, wie wenig das Regime von Friedrich dem kommunistischen Terror nachstehe.<sup>405</sup>

Demgegenüber vertrat die Reichspost kurze Zeit später eine genau entgegengesetzte Meinung, als sie von einem Märchen vom weißen Terror schrieb. „[D]as Geschwätz vom weißen Terror ist unsinnig.“<sup>406</sup> Die von der Reichspost eingenommene Position überrascht, konterkarierte sie damit auch die Bemühungen der deutschen Aktivisten in Westungarn und schadete deren Sache, die zu unterstützen sie sich von der Reichspost erwarteten. Der gegensätzliche Standpunkt des Journalisten lässt sich nur damit erklären, dass die politischen Gemeinsamkeiten des Blattes mit jener der Regierung Friedrich zu einer derartigen Fehleinschätzung führte. Diese dürfte aber auch im ideologischen Gegensatz zur Arbeiter-Zeitung zu suchen sein. Der Bericht stand jedenfalls im Widerspruch zu allen anderslautenden Meldungen der österreichischen Blätter über die Vorkommnisse in Ungarn in dieser Zeitspanne. Tatsache ist „[d]as unkorrekte, mitunter brutale Verhalten einzelner Freikorps-Abteilungen gegenüber der ansässigen Bevölkerung“<sup>407</sup> Westungarns.

Der Pester Lloyd verdeutlichte im November 1919 den ungarischen Standpunkt in der westungarischen Frage mit einer neuen Begründung. Er stellte einleitend fest: „*Dem Feinde kann man verzeihen, dem treulosen Freunde bleibt das Herz für immer verschlossen.*“ Um dann zu fragen: „*Was ist der Vorteil Oesterreichs? Stand man etwa einem unwiderstehlichen Gebote nationaler Integration gegenüber?*“ Man könne ein guter Deutscher sein, ohne blind versessen alle Bande sprengen zu wollen, die Recht und Geschichte zusammengefügt haben. Wie die Hunderttausende denken und fühlen, möge man ihrem Schweigen entnehmen. Würde es sonst der maßlosen Anstrengungen eines politischen Minenkrieges seit fast Jahresfrist bedürfen, um von außen her eine Bewegung zu entfachen, die im Lande selbst gar keine Wurzel hat.<sup>408</sup>

Der Artikel entstammte der ungarischen Propaganda im Ausland und wurde einem Schweizer Blatt entnommen. Der Autor vertrat vehement das von offizieller Seite als auch von der ungarischen Gesellschaft vertretene Prinzip der territorialen Einheit des Staates und würdigte mit

---

<sup>405</sup> Der Weiße Schrecken in Westungarn. In: Arbeiter-Zeitung (Morgenblatt) Jg. XXXI, Nr. 239 (31. 8. 1919) 3.

<sup>406</sup> Das Märchen vom „weißen Terror“. Ein Besuch bei den politischen Gefangenen in Steinamanger. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVI, Nr. 332 (9. 9. 1919) 3.

<sup>407</sup> Ernst, Geschichte des Burgenlandes, 193.

<sup>408</sup> Zur westungarischen Frage. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 66, Nr. 225 (18. 11. 1919) 3.

dieser Begründung gleichzeitig das von offizieller österreichischer Seite und von den nationalistischen deutschen Aktivisten propagierte ethnische Prinzip herab. Er meinte, es sei unter Rückbesinnung auf die unseligen Monarchiezeiten mit ihren modrigen Ideen unverständlich, dass man sich auf die „*mißliche Abstammung*“ berufe. Im Laufe der Jahrhunderte habe es trotz mancher Stürme niemals Abfallbestrebungen der Grenzbevölkerung gegeben. Auch die Schweizer seien gute Deutsche. Die Deutschen Westungarns hätten ein ähnliches Heimatgefühl und das rechte Empfinden, was deutsche Treue gebiete. Mit seiner Forderung, Ungarn in seinen historischen Grenzen zu erhalten, wandte sich der Autor vor allem an ein internationales Publikum, aber auch an die ungarische und westungarische Gesellschaft.

Kurz vor dem Inkrafttreten des Vertrages von Trianon, als der Anschluss des Burgenlandes an Österreich bald Wirklichkeit zu werden drohte, berichtete die Arbeiter-Zeitung von ungarischen Verwüstungen in Westungarn. „*Knapp bevor Deutschwestungarn an Deutschösterreich übergeben werden muß, läßt die Horthy-Regierung das Land ausplündern. Was an Lebensmitteln vorhanden war, wurde bereits fortgeschleppt. [...] Selbst was niet- und nagelfest ist, ist vor diesen Betyaren nicht sicher.*“ Im Folgenden wurde geschildert, dass die Steinbauten für die Offizierswohnungen in der Kaserne Bruckneudorf demoliert und das Baumaterial fortgeschafft werde.<sup>409</sup>

Mit diesem Artikel wurden die Vorgänge in Westungarn zur Kritik der ungarischen Regierungspolitik genutzt, wobei das „ausplündern“ durch die „Betyaren“, was sich mit Räubern übersetzen lässt, mit sehr kraftvollen Worten ausgedrückt wird. Darin ist deutlich die Ablehnung des ungarischen politischen Systems erkennbar. Gleichzeitig ist es ein starkes Signal für die Sache der deutschen Aktivisten in Westungarn.

Eine ganz eigene ungarische Sichtweise in der westungarischen Frage wurde in einem Artikel des Pester Lloyd im Juli 1921 offenbar, in dem deutlich die Wut über die unvermeidliche Angliederung Westungarns an Österreich zu Ausdruck kommt. Bei einer Wählerversammlung sagte Finanzministers Hegedüs: „*Wenn England käme und von uns die Margaretinsel verlangte, so könnten wir sagen: Der Engländer hat gesiegt[,] [...] Das aber dieses Oesterreich, das niedergestreckt wie wir, an unserer Seite im Staube liegt, und zuletzt noch unsere goldene Uhr uns aus der Tasche stiehlt, das ist die verwerflichste Schande.*“<sup>410</sup>

---

<sup>409</sup> Ungarische Verwüstungen im Burgenland. In: Arbeiter-Zeitung (Morgenblatt) Jg. XXXII, Nr. 157 (9. 6. 1920) 4.

<sup>410</sup> Eine Rede des Finanzministers Hegedüs. In: Pester Lloyd (Abendblatt) Jg. 68, Nr. 156 (18. 7. 1921) 2.

Mit dieser Verunglimpfung der österreichischen Regierung in der Anschlussfrage Westungarns machte der Minister durch seine Aussage unmissverständlich klar, ein „Siegespreis“ gebühre nur dem Sieger im Krieg, nicht aber auch dem besiegten Österreich. Solche Redensweisen waren geeignet, die eigene revisionistische Anhängerschaft zum Widerstand – trotz anderslautender Beteuerungen – gegen die drohende Abtretung des Burgenlandes anzustacheln.

Die Arbeiter-Zeitung bezichtigte deswegen den Minister der „wüsten Hetzereien“ und der „Unverschämtheit“. Damit übertreffe er die niedrigsten Hetzreden der erwachenden Ungarn.<sup>411</sup> Selbst die Reichspost bezeichnete die Äußerungen als „Schimpfreden, maßlos gehässig und wahrhaft schamlos“.<sup>412</sup>

Die heftigsten Wortgefechte lieferten sich die österreichischen und ungarischen Blätter anlässlich des ersten Versuches einer Inbesitznahme des Burgenlandes durch österreichische Gendarmerie Ende August 1921. Unter dem Titel „Blut fließt im Burgenland!“ berichtete die Arbeiter-Zeitung am 29. August 1921 von der Weigerung Ungarns, das gesamte Gebiet Burgenlands zu räumen. *„Die ehrlosen Gesellen, die in Budapest regieren, haben den Friedensvertrag von Trianon zerrissen.“* Weiter hieß es: *„Die Mörderbanden der ‚besten Offiziere‘ Horthys haben den Widerstand organisiert. Blut ist geflossen. Leichen bezeugen Horthys Vertragstreue, Horthys Friedenswillen. Der Widerstand ist von der ungarischen Regierung befohlen.“*<sup>413</sup> Mit derart drastischen Worten hat selbst die Arbeiter-Zeitung die ungarische Regierung bisher nicht angegriffen. Dabei kommt die ganze Verachtung für ein von ihr gehasstes politisches System zum Ausdruck. Den westungarischen deutschen Aktivisten dürfte es aber Ansporn gewesen sein, ihr Ziel unbeirrt weiter zu verfolgen.

Völlig anders stellte der Pester Lloyd diese Ereignisse in Westungarn dar. *„Dass die ungarische Nation sich mit der Übergabe Westungarns nicht zufrieden geben könne, war vorauszusehen und dass die an Ungarn hängende Bevölkerung der westungarischen Komitate den schwärzesten Tage ihrer Geschichte nicht ruhig hinnehmen werde, war jedem klar.“* Daher komme die Nachricht, dass in einzelnen Teilen Westungarns bewaffneter Widerstand geleistet werde *„gegen die von Oesterreich geplante, jeder Moral und jeder Gerechtigkeit hohnspre-*

---

<sup>411</sup> Das freche Mundwerk des Herrn Hegedüs. In: Arbeiter-Zeitung (Morgenblatt) Jg. XXXIII, Nr. 197 (20. 7. 1921) 2-3.

<sup>412</sup> Die Schimpfreden des Ministers Hegedüs. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXVIII, Nr. 199 (22. 7. 1921) 3.

<sup>413</sup> Blut fließt im Burgenland! Horthy verweigert die Räumung. In: Arbeiter-Zeitung (Mittagsblatt) Jg. XXXIII, Nr. 236 (29. 8. 1921) 1.

*chende Annexion*“ nicht überraschend. In den letzten Tagen habe man die österreichische Regierung gewarnt, den Bogen nicht zu überspannen, ehe es zu spät ist und es nicht zum Alleräußersten kommen zu lassen.<sup>414</sup>

Der Artikel weist die Schuld für die Vorkommnisse in Westungarn einzig und allein der österreichischen Regierung zu, da sie zu keinen territorialen Kompromissen in der westungarischen Frage bereit war. Gleichzeitig wird die Inbesitznahme als unmoralische Annexion bezeichnet und ihr so die Berechtigung abgesprochen.

Schließlich schrieb die Arbeiter-Zeitung im Dezember 1921 über die auf Grund des Venediger Protokolls durchgeführte Volksabstimmung in Ödenburg und Umgebung: „*Der Wahlschwindel, die erfolgreichen Aussichten des österreichischerseits beantragten Reklamationsverfahrens sowie die offenkundige Parteilichkeit der Generalsmission werden durch ein telephonisches Gespräch des offiziellen ungarischen Vertreters bei der Generalsmission Baron Villany endgültig erwiesen, das durch einen Zufall abgehört wurde.*“<sup>415</sup>

Die Behauptung eines Wahlschwindels lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Es ist eine schwere Anklage gegen die Vorgangsweise Ungarns und der Generalsmission in Ödenburg, denen für den Ausgang der Abstimmung die Schuld zugewiesen wird. Für den Wahrheitsgehalt dieser Behauptung wird auch ein Zeuge angeführt.

Völlig anders wurde das Ergebnis im Pester Lloyd vom 18. Dezember 1921 gesehen. Dort hieß es: „*Das Abstimmungsergebnis ist ein eklatanter Beweis für die Freiheit und Unparteilichkeit des Plebiszits; gutgläubig und auf legaler Basis kann dieses Ergebnis nicht angefochten werden.*“<sup>416</sup> In diesem Artikel wird kein Wort über Unregelmäßigkeiten bei der Wahl geschrieben, im Gegenteil wird die Wahl als frei und unparteilich bezeichnet. Und vorsorglich wird hinzugefügt, dass eine Anfechtung der Wahl keinen Erfolg haben könne.

### **13.1.5 Schlussfolgerungen**

Das Auseinanderbrechen des Habsburgerreiches setzte neue Kräfte eines extremen Nationalismus frei, der die nationale Zugehörigkeit in der Regel ethnisch definierte. Die westungarische Frage wurde sowohl in der ungarischen als auch in der österreichischen Presse als nationaler und ethnischer Konflikt gesehen, nicht zuletzt deswegen, weil es sich hier um eine ethnisch

---

<sup>414</sup> Westungarn. In: Pester Lloyd (Abendblatt) Jg. 68, Nr. 190 (29. 8. 1921) 1.

<sup>415</sup> Die „Abstimmung“ in Oedenburg. In: Arbeiter-Zeitung (Morgenblatt) Jg. XXXIII, Nr. 344 (16. 12. 1921) 4.

<sup>416</sup> Die Volksabstimmung in Sopron. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 68, Nr. 284 (18. 12. 1921) 2.

gemischte Gemeinschaft handelte. Verletztes nationales Ansehen und die Konkurrenz um materielle Ressourcen, ein Nährboden für aggressiven ethnischen Nationalismus, spielten dabei eine nicht unwesentliche Rolle.

Während der Zeit der Volksrepublik Ungarn (November 1918 bis März 1919) gab es sowohl in der deutschösterreichischen als auch in der ungarischen Presse zur westungarischen Frage noch keinen nennenswerten medialen Diskurs. Dies vor allem deswegen, weil die westungarischen deutschen Aktivisten den Verbleib beim ungarischen Staat nicht ablehnten, sondern sich für den Verbleib aussprachen. Ihre Forderungen zielten bloß auf eine größere administrative Autonomie ab. Durch die neue Situation nach dem Kriegsende entstanden politische Spielräume, innerhalb derer die Aktivisten mit dem neuen Staat verhandeln und ihn effektiver beeinflussen konnten. Selbst die Separationsbestrebungen der in Österreich ansässigen nationalistischen Aktivisten, die im Dezember 1918 versuchten, im deutschsprachigen Westungarn einen Freistaat zu errichten, der sich später wegen seiner gemeinsamen Sprache, seines gemeinsamen Brauchtums und seiner gemeinsamen religiösen Praxis an den größeren deutschsprachigen Staat Deutschösterreich anschließen sollte, führte zu keinen längeren Diskussionen sowohl in den österreichischen als auch in den ungarischen Medien. Ministerpräsident Károlyi glaubte nicht, dass es Österreich gelingen könnte, die Bewohner Westungarns zum Abfall von Ungarn zu bewegen. Denn ein sicheres Druckmittel gegenüber Wien schien ihm die Abhängigkeit von ungarischen Lebensmittellieferungen zu sein. Die Stimmung in der westungarischen Bevölkerung im November 1918 war eher zurückhaltend, weil es ihr bisher in Ungarn gut gegangen war und der Anschluss an „Hunger-Österreich“ nicht verlockend erschien. Als das den westungarischen deutschen Aktivisten versprochene Autonomiestatut nicht verwirklicht wurde, setzten sie die ungarische Regierung mit der Anschlussdrohung Deutsch-Westungarns an Österreich unter Druck. Daraufhin wurde das Statut erlassen, konnte jedoch gegen den Widerstand der lokalen Behörden nicht verwirklicht werden.<sup>417</sup>

Der mediale Diskurs zur westungarischen Frage änderte sich während der Räterediktatur (März 1919 bis Anfang August 1919). Die deutschösterreichischen Blätter begannen sich nun mit den innenpolitischen Verhältnissen in Ungarn, soweit sie in einem Zusammenhang mit der deutschen Bevölkerung Westungarns standen, näher zu befassen. Intensiviert wurde die Berichterstattung mit der bei den Friedensverhandlungen in Paris von deutschösterreichischer Seite erhobenen Forderung auf Anschluss der deutschsprachigen Gebiete Westungarns an Deutschösterreich. Von ungarischer Seite wurde diesem Ansinnen mit Ablehnung begegnet

---

<sup>417</sup> Schmidt-Wulffen, *Das Burgenland und die deutsche Politik*, 270-271.

und der deutschösterreichischen Regierung ein völkerrechtswidriges Vorgehen vorgeworfen. Nachdem die Entente im Friedensvertrag von Saint-Germain nach ungarischer Auffassung Westungarn ohne Volksabstimmung Deutschösterreich „zur durchaus überflüssigen Beute hingeworfen“<sup>418</sup> hat, brach in Ungarn ein Sturm der Entrüstung sowohl auf Seiten der Räteregierung als auch in der Zivilbevölkerung gegen die Entente und Deutschösterreich aus, der den Diskurs ab nun befeuerte. Er nahm in dieser Frage ab nun an Heftigkeit stets zu, sowohl was die Wortwahl als auch die gegenseitigen Beschuldigungen betrifft.

Die nach dem Sturz der Räteregierung in Ungarn (Anfang August 1919) neu an die Macht gekommenen nationalistischen Regierungen sahen als eine ihrer Hauptaufgaben, alles daranzusetzen, um das deutschsprachige Westungarn im ungarischen Staatsverband zu erhalten. In diesen Bemühungen fand sie breite Unterstützung in der ungarischen Zivilgesellschaft. Sowohl in Österreich als auch in Ungarn herrschte tiefe Verbitterung über die Behandlung durch die alliierten Siegermächte. Die revisionistischen Ambitionen wurden besonders in der ungarischen Gesellschaft deutlich. Die territoriale Aufteilung durch die Alliierten schürte die nationalistischen Konflikte massiv. Der Nationalismus gewann nicht nur wegen ethnischer Rivalitäten, sondern auch durch Klassenkonflikte an Dynamik. Das Gefühl der nationalen Einheit ließ sich dadurch steigern, dass der vermeintliche Klassenfeind innerhalb und außerhalb des Staates zu suchen war. Nach der russischen Revolution und der Gründung der Sowjetunion gab es ein alternatives Gesellschaftsmodell zum Kapitalismus, das für große Teile der verarmten Massen attraktiv war. Der Kommunismus stärkte die extrem nationalistischen Kräfte und die Gewaltbereitschaft all jener, die sich vom Bolschewismus bedroht fühlten. Es waren dies die begüterten Eliten, der Mittelstand und die Bauernschaft. Die nationalistischen ungarischen Aktivisten nutzten die Verbitterung und die Ängste, die aus dem Klassenkonflikt resultierten. Ihre Bewegung war deswegen attraktiv, weil es ihr gelang, extremen Nationalismus mit aggressivem Antibolschewismus zu verbinden. Schließlich gab es eine Legitimationskrise des Staates, hervorgerufen durch ideologische Spaltungen und kulturelle Gegensätze, die die geschwächten Machteliten durch die mobilisierten Massen unter Druck setzten. Diese Bedingungen waren in Ungarn gegeben, wo ein integraler Nationalismus, geleitet vom Gefühl, nationales Prestige verloren zu haben, das von enttäushtem Großmachtdenken genährt wurde, eine starke Bewegung hervorbringen konnte. Alle diese Elemente zusammengenommen trieben die ungarische Gesellschaft an, den Widerstand gegen die Abtretung Deutsch-Westungarns zu organisieren und aktiv zu führen.

---

<sup>418</sup> Der Friede mit Deutschösterreich. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 66, Nr. 170 (23. 7. 1919) 1-2.

Die Politik der nationalistischen ungarischen Regierung, in Westungarn alle Regungen, die den Anschluss dieses Gebietes an Deutschösterreich zum Ziel hatten, zu unterdrücken, gab der österreichischen Presse ausreichend Gelegenheit, den Blick auf diese Ereignisse zu lenken. Auch verbale Ausritte sowohl von ungarischen als auch von deutschösterreichischen Politikern in dieser Angelegenheit bildeten reichlich Stoff für Diskussionen in den folgenden fast zweieinhalb Jahren. Besonders die sozialdemokratische Arbeiter-Zeitung fand in den christlich-nationalen ungarischen Regierungen ihren bevorzugten Feind, dem sie laufend schändliche Taten gegen die westungarische Bevölkerung vorwarf. Doch auch die Reichspost, die diesen Regierungen zumindest ideologisch nahestand, begann sich von deren Handlungsweisen verbal zu distanzieren. Auch die Neue Freie Presse als liberales Blatt nahm an der neuen Politik Ungarns Anstoß und verurteilte verübte Gräueltaten an der westungarischen Bevölkerung mit scharfen Worten. Das Deutsche Volksblatt als bevorzugtes Sprachrohr der deutschwestungarischen Vereine in Wien, forderte vehement den Anschluss Deutschwestungarns an Österreich und sparte nicht mit kantiger Kritik am ungarischen Vorgehen in Westungarn.

In der ungarischen Presse wurden die deutschösterreichische Regierung und die deutschösterreichische Presse als Feindbilder in der westungarischen Frage ausgemacht. Es darf in diesem Zusammenhang aber nicht übersehen werden, dass in Ungarn die Presse unter Zensur stand und nur jene Berichte veröffentlicht werden durften, die mit den Zielsetzungen der jeweiligen Regierung in Einklang standen. So erscheint es nicht verwunderlich, dass der Pester Lloyd stets die Regierungslinie vertrat und auch die Wortwahl der Politik verteidigte. So geschehen beim ersten Versuch der Besetzung der Österreich im Friedensvertrag zugesprochenen Teile Deutschwestungarns Ende August 1921. Während die österreichische Presse von Verrat, von Mörderbanden, vom Blut fließen, von gewaltsamer Verhinderung und ähnlichem berichtete, schrieb der Pester Lloyd von einer verständlichen ungarischen Reaktion, die auf Grund der unmoralischen Annexion Westungarns durch Österreich und dessen Weigerung, territoriale Zugeständnisse zu machen, erwartbar gewesen sei.

Wie war eine derartige Beeinflussung der Massen in Ungarn möglich? Um die territoriale Einheit zu erhalten, versuchten die ungarischen nationalistischen Aktivisten die Massen zu „nationalisieren“, also mit aggressiv nationalistischen, imperialistischen und rassistischen Empfindungen zu indoktrinieren. Die Massenpolitik begünstigte diese Formen der Mobilisierung, das politische Establishment wurde dadurch verunsichert. Nach der These des französi-

schen Psychologen Gustave Le Bon, „die Vernunft schwinde, wenn das Individuum den irrationalen, emotionalen Impulsen der Masse ausgesetzt werde“,<sup>419</sup> ließen sich emotionale Impulse am einfachsten durch nationalistische Parolen aufstacheln. Politische Polarisierung im Inneren und außenpolitische Spannungen bildeten verschiedene Ebenen extremer nationalistischer Rhetorik. In Ungarn war es die Vorstellung einer „nationalen Wiedergeburt“, die zu einer neuen Einheit der Gesellschaft führen sollte. Es wurden Feindbilder, sowohl von Feinden im Inneren als auch von außen, zu einer aggressiven Rhetorik ausgebaut. Geschürt wurden diese Animositäten durch die Zeitungen, stark fremdenfeindlich, häufig auch rassistisch, oft von der Regierung unterstützt. Die inneren Feinde waren vor allem nach dem Scheitern der Räterepublik die Kommunisten, Sozialisten und Juden, wobei für viele nationalistische Aktivistinnen die drei Gruppen eine Einheit bildeten. Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft von Bela Kun tobte in Ungarn antijüdische Gewalt.

Der ungarische Nationalismus definierte die Nation über das Territorium. Nationalistische ungarische Organisationen trommelten für eine energische radikale Außenpolitik. Die ungarischen Nationalisten repräsentierten offenbar die Mehrheitsmeinung der ungarischen Gesellschaft. Ihr nationaler Druck trug dazu bei, dass sich die ungarische Regierung dazu entschloss, beim ersten Übernahmeversuch des Burgenlandes durch Österreich vorerst nur einen Teil Deutsch-Westungarns abzutreten. Nationalismus, Territorialkonflikte und Klassenhass ergaben in Ungarn eine explosive Mischung. Der Nationalismus war das Hauptvermächtnis des Krieges. Er entfaltete sich dort, wo neue Spannungen, Konflikte und Feindschaften zu Auseinandersetzungen um umstrittene Grenzen führten. Die Feindseligkeiten und die territorialen Interessensgegensätze wurden überdies nach Überwindung der Räterepublik in Ungarn vom Klassenfeind Kommunismus überlagert und erzeugten tiefgehende Feindschaften. Der Krieg hatte ganze Gesellschaften brutalisiert, nicht nur die heimkehrenden Soldaten, die an Blutvergießen und Leid gewohnt waren. In Ungarn gingen auch nach 1918 die Kämpfe in heftigen Grenzkonflikten mit den Nachfolgestaaten Rumänien und Tschechoslowakei weiter. Viele der heimkehrenden Soldaten traten in paramilitärische Einheiten ein. Verstärkt wurden sie von jungen Aktivisten, die für das Kämpfen im Krieg noch zu jung waren, dennoch die Mentalität jener teilten, die mit militärischen Werten und der Hoffnung auf nationale Größe aufgewachsen waren. Die paramilitärischen Rekruten suchten das Gefühl der Verbundenheit und des patriotischen Eifers für eine Sache, für die es sich zu kämpfen lohnte. Dies verstärkte die Rachsucht gegen alle, die sie für den Verlust von Teilen ihrer Heimat verantwortlich

---

<sup>419</sup> Kershaw, Höllensturz, 33.

machten. Extreme Gewalt war ihre Antwort, was in der westungarischen Frage zum Ausdruck kam.<sup>420</sup>

Nach dem gescheiterten Übernahmeversuch durch Österreich im September 1921 nahm die Berichterstattung weiter an Heftigkeit zu und die verbalen Schuldzuweisungen ufernten zeitweise aus. Den Höhepunkt und Abschluss bildete die nach dem Venediger Abkommen in Ödenburg und Umgebung im Dezember 1921 durchgeführte Volksabstimmung, bei der letztmalig die gegensätzlichen Meinungen der ungarischen und österreichischen Presse in der westungarischen Frage in heftiger Weise aneinandergerieten.

Nicht zu unterschätzen ist die Bedeutung der Propaganda in den Printmedien, was die Zustimmung der Öffentlichkeit für die Sache der Nationalisten betrifft. Wie weit die Darstellungen in den Zeitungen als „veröffentlichte Meinung“ auf die westungarische Bevölkerung Wirkung ausüben konnten, lässt sich schwer feststellen. Es ist aber davon auszugehen, dass die Wirkung der Medieninformation bei denjenigen am größten war, wo bereits vorhandene Meinungen verstärkt wurden.

### **13.2 Textanalyse: Nation und Nationalismus**

Die Frage der nationalen Identität spielte insbesondere in den Anfangsjahren nach ihrer Gründung in den Nachfolgestaaten des Habsburgerreiches eine nicht zu unterschätzende Rolle in den öffentlichen Debatten. Sowohl zur ungarischen als auch zur österreichischen nationalen Identität wurde zwar im Kapitel 5 bereits Stellung bezogen. Im Folgenden sollen vertiefend einige Elemente der Diskurse referiert werden, die für die Entscheidung der westungarischen Bevölkerung, sich dem einen oder anderen Staat anzuschließen, von Belang sein konnten.

Identität braucht einen vorstellbaren Bezugsrahmen. Historische Erfahrungen und prägende Ereignisse bilden die Grundlage für gemeinsame Wahrnehmungen und Handlungspotenziale. So sind von Generation zu Generation weitergegebene Geschichten über das Kollektiv, politische Grenzen und Ordnungen in der Vergangenheit, religiöse Fundamente oder Kriege Momente, die die Identität der Gegenwart stark bestimmen.

#### **13.2.1 Deutschösterreich**

Um von einer Nation sprechen zu können, wird in der Wissenschaft nach objektiven und subjektiven Grundlagen gefragt. Zu den objektiven, eine Nation konstituierenden Faktoren zählen das Vorliegen eines Territoriums, eine gemeinsame Sprache, Rasse, Religion etc. Subjektives

---

<sup>420</sup> Kershaw, Höllensturz, 155.

Element ist der Gemeinschaftswille zum Zusammenleben.<sup>421</sup> Auch ist die Konstruktion von Nation ohne die Konstruktion von Anderen nicht denkbar, also von jenen, die nicht als Bestandteil der Nation definiert werden.<sup>422</sup>

Die aus dem Zeitungsmaterial entnommenen Äußerungen von Repräsentanten der verschiedenen politischen Gruppierungen anlässlich der Staatsgründung der Republik Deutschösterreich und Kommentare der einzelnen Zeitungen bilden das Basismaterial für eine Analyse zur Fragestellung der nationalen Identität. Die vier österreichischen Tageszeitungen repräsentieren einen jeweils anderen politische Standpunkt; die Reichspost einen konservativen, die Arbeiter-Zeitung einen linken, das Deutsche Volksblatt einen rechten und die Neue Freie Presse einen liberalen. Damit soll die Spannbreite des Diskurses über die deutschösterreichische Nation nach dem Ende des Ersten Weltkrieges gezeigt werden.

Mit dem Gesetzesbeschluss der Provisorischen Nationalversammlung vom 12. November 1918 wurde Deutschösterreich zur demokratischen Republik erklärt. Die Vorrechte der Familie Habsburg wurden aufgehoben, alle Rechte des Kaisers dem Staatsrat übertragen und das allgemeine Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts angeordnet. Im Artikel 2 des Grundgesetzes wird erklärt, „Deutschösterreich ist Bestandteil der Deutschen Republik“. Vor diesem Hintergrund kann man von einer politischen Revolution sprechen, einem Prozess der De-Feudalisierung, eines sozialen Umsturzes und des „Eintritts der Massen in die Geschichte“.<sup>423</sup>

In ihrer Ausgabe vom 13. November 1918 veröffentlichte die Neue Freie Presse den Aufruf der provisorischen Nationalversammlung mit dem Titel "*An das deutschösterreichische Volk!*"<sup>424</sup> Darin hieß es an einer Stelle: „*Deutschösterreicher! Wir sind nun ein Volk, sind eines Stammes und einer Sprache, vereinigt nicht durch den Zwang, sondern durch den freien Entschluß aller.*“ Die Neue Freie Presse hat die wesentlichen Merkmale der „deutschösterreichischen Identität“ herausgestrichen: Volk (nicht Nation) und Stammesgemeinschaft, dessen entscheidende Identifikationsmerkmale die (deutsche) Sprache und die gemeinsame Herkunft sind. „Die Sprache wurde zum Beweismittel für eine gemeinsame Herkunft, ein gemeinsames

---

<sup>421</sup> Rätzl, Gegenbilder, 68.

<sup>422</sup> Rätzl, Gegenbilder, 94.

<sup>423</sup> Wolfgang Maderthaler, Die österreichische Revolution. In: Helmut Konrad (Hg.), 1918 – 2018. Die Anfänge der Republik Österreich im internationalen Kontext (Wien 2018) 19-22, hier: 20.

[https://www.hdgoe.at/items/uploads/module\\_pdf/1541603479\\_VhoxfY0OoSzd.pdf](https://www.hdgoe.at/items/uploads/module_pdf/1541603479_VhoxfY0OoSzd.pdf) (27.10.2019)

<sup>424</sup> An das deutschösterreichische Volk. In: Neue Freie Presse (Morgenblatt) Jg. 1918, Nr. 19476 (13. 11. 1918) 2.

„Blut“.<sup>425</sup> Hier erfolgt keine Unterscheidung zwischen der Staatsnation als Willensgemeinschaft und der Kultur- oder Sprachnation als Herkunftsgemeinschaft, beide Elemente werden als konstitutive Merkmale genannt. Da der Name „Österreich“ bisher primär für das ehemalige habsburgische Herrscherhaus stand, war er in den Augen der damaligen politischen Akteure kein taugliches identitätsstiftendes Element. Auch ein Rückgriff auf die Vergangenheit schien aus diesem Grund nicht opportun und wurde zum damaligen Zeitpunkt – zumindest in liberalen Kreisen, die ja die Neue Freie Presse vertrat, – auch nicht versucht.

Die Reichspost brachte am 13. November 1918 die Erklärung des christlichsozialen Abgeordneten Miklas zur neu geschaffenen Republik.<sup>426</sup> *„[D]er junge Volksstaat Deutschösterreich, der unser teuerstes umschließt, unser geliebtes Volk, unsere Familien, unsere teure Heimat und die Gräber unserer Altvordern, [möge] mit Gottes Segen und durch die Einigkeit des ganzen Volkes und aller Stände den äußeren und inneren Frieden erlange[n] und bewahre[n], durch den allein die Wunden des Krieges geheilt werden können.“* „Heimat ist zunächst keine politische Kategorie, und Nation und nationale Identität sind keine Fragen von unmittelbaren Erfahrungen oder der Empirie.“<sup>427</sup> Der Aufruf zur Einigkeit soll dazu dienen, den Frieden, eine emotionale Kategorie, zu verwirklichen. Denn der Staat befriedigt nicht nur ökonomische Interessen, sondern auch transhistorische menschliche Bedürfnisse.<sup>428</sup> Das Heraufbeschwören der Liebe zur Heimat wird mit der politischen Zielsetzung der Friedenserlangung verbunden und soll dadurch die emotionale Wirkung der Nation konkretisieren. Der Hinweis auf Familie, Heimat und die Gräber der Altvorderen ist ein Appell an die Emotion des Einzelnen, an das Nationalgefühl. Das Heimatgefühl wird damit zu einem Grundelement der nationalen Identität erhoben.

Die Arbeiter-Zeitung titelte am 14. November 1918: *„Die monarchische Legende“*. Im Artikel hieß es: *„Der ganze so kunstvoll-unnatürliche Bau der habsburgischen Herrlichkeit liegt in Trümmern. [...] Dieses Gebilde, das durch kein anderes Band zusammengehalten war als durch die Dynastie, mußte in demselben Augenblick ihre Ohnmacht erfahren, da sich die Menschheit von dem Gängelbände des Monarchismus losgesagt hatte, [...].“*<sup>429</sup> Grundelemente

---

<sup>425</sup> Ernst Bruckmüller, Zur Problematik kollektiver Identitätsstiftung innerhalb der Donaumonarchie. In: Pierre Béhar, Eva Philippoff (Hg.), Von der Doppelmonarchie zur Europäischen Union. Österreichs Vermächtnis und Erbe (Hildesheim 2011) 17-44, hier: 41.

<sup>426</sup> Die Erklärung der Christlichsozialen. In: Reichspost (Morgenblatt) Jg. XXV, Nr. 524 (13. 11. 1918) 2.

<sup>427</sup> Rätzzel, Gegenbilder, 140.

<sup>428</sup> Rätzzel, Gegenbilder, 74.

<sup>429</sup> Die monarchische Legende. In: Arbeiter-Zeitung (Morgenblatt) Jg. XXX, Nr. 311 (14. 11. 1918) 1.

der nationalen Identität im sozialdemokratischen Diskurs sind die Ablehnung der monarchischen Regierungsform und des Kapitalismus. Für den jetzigen desolaten Zustand des Staates wird, getreu dem Muster eines traditionell linken Diskurses, nicht das Verhalten von Einzelpersonen verantwortlich gemacht, sondern das bisherige System in seiner Gesamtheit.

Im Deutschen Volksblatt vom 13. November 1918 wurde unter dem Titel „*Ein großer Tag*“ geschrieben: „*Deutschösterreich hat sich entschlossen, die Gestaltung seines Schicksals nach den Grundsätzen des Volksabstimmungsrechtes in die Hand zu nehmen und es wird sich dabei von niemand stören und hindern lassen. [...] Um dies mit Aussicht auf Erfolg zu können, muß es selbst stark sein und seine Kräfte mit denen des übrigen deutschen Volkes verbinden.*“<sup>430</sup>

Konstituierendes Merkmal ist hier die Einheit des deutschen Volkes. Das Volksabstimmungsrecht wird mit Selbstbestimmung gleichgesetzt und damit die nationale Einheit begründet, die von einem einheitlichen deutsch-österreichischen Volk ausgeht, das sich, um stark zu sein, mit dem übrigen deutschen Volk verbinden muss.

Fasst man die Elemente des Diskurses über die nationale Identität in den österreichischen Tageszeitungen zusammen, fällt die übereinstimmende Darstellung Deutschösterreichs als leidgeprüftes Opfer ausländischer Nationen auf. Im liberalen, konservativen und rechten Diskurs wird jeweils der Begriff „Volk“ verwendet, welches durch Abstammung und Sprache bestimmt wird. Der konservative Diskurs bezieht sich auf Werte wie Familie, Heimatliebe und den Verweis auf die Geschichte. Einmütig wird von allen ideologischen Richtungen, abgeschwächt nur im konservativen Diskurs, für die Nation eine Überlebenschance nur im Verband des großen Deutschland gesehen und daher ein Anschluss an das Deutsche Reich für unabdingbar gehalten.

Unter den dargestellten Voraussetzungen sind Zweifel angebracht, ob dieses Deutschösterreich für die deutschsprachige Bevölkerung von Westungarn genügend Anziehungskraft für eine Integration in diesen Staat bietet und ob sie daraus ökonomische oder politische Vorteile ziehen kann, oder ob ein Verbleib im ungarischen Staatsverband für sie mehr Vorteile bietet.

### **13.2.2 Ungarn**

Mit den nachstehend ausgewählten deutschsprachigen ungarischen Zeitungsartikeln soll gezeigt werden, wie nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und in den folgenden Jahren sich Ungarn als Nation verstand. Diese Texte wurden deswegen ausgewählt, weil sie zu zentralen Fragen Auskunft geben, die die damaligen Debatten zur ungarischen Nation ausmachten: Was

---

<sup>430</sup> Ein großer Tag. In: Deutsches Volksblatt (Mittag-Ausgabe) Jg. 30, Nr. 10724 (12. 11. 1918) 1.

definiert die ungarische Nation? Wie kann man das Verhältnis Nation und Staat bestimmen?  
In welcher Beziehung stehen die Fragen zur ungarischen Geschichte?

Anlässlich der Gründung der ungarischen Volksrepublik nach dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie war im Leitartikel des Pester Lloyd vom 17. November 1918 zu lesen<sup>431</sup>: *„Die ungarische Volksrepublik, am 31. Oktober geboren, ist heute aus der Taufe gehoben worden. Wenn das, was wir an ihrer Wiege denken, Wirklichkeit zu werden bestimmt ist, so haben wir die ersten Atemzüge eines Ungarn, das die Seele des alten, tausendjährigen Landes verjüngt in sich trägt, das das alte unverwüstliche Ungarn selbst ist[.] [...] In diesem neuen Ungarn [...] werden die Völker ihr völkisches Eigenleben haben, mit dem Land Ungarn nur verbunden durch Organe zur Befriedigung von Bedürfnissen, die sie ohne diese Verbindung nicht und durch die Verbindung mit anderen Ländern nur schwer befriedigen könnten. [...] Wir glauben an die Kraft der bürgerlichen Freiheit und an die Unverwüstlichkeit Ungarns.“* Diese sehr optimistische Sichtweise des Artikels zeichnet keineswegs ein desolates Bild vom neu geschaffenen ungarischen Staat und dessen innerer Einheit. Es war ein neues Konzept nationaler Identität, das sich zwar auf die historisch gewachsene Einheit Ungarns stützte, die Nation aber nicht mehr durch eine privilegierte Elite repräsentiert sah, sondern die einzelnen Nationalitäten zumindest theoretisch mit einschloss. Der Zweck war die Schaffung von Staatsbürgern aus allen Bevölkerungsgruppen. Zur Legitimation dieses Staates wechselt der Verfasser von der Gegenwart in die tausendjährige Vergangenheit Ungarns und verlegt damit den Beginn des Staates um tausend Jahre zurück, wobei er die Unterschiede der jeweiligen Herrschaftsformen ignoriert und das alte Königreich mit dem bürgerlichen Nationalstaat mit weitgehender Selbstbestimmung gleichsetzt. Der Hinweis auf die tausendjährige Geschichte Ungarns soll aber nicht bloß zum Bewusstsein über Herkunft und Ziel, also die Identität, der Bürger beitragen, sondern darüber hinaus auch eine emotionale Wirkung, wie etwa Stolz, erzeugen. Die Vorstellung, dass alle in eine Nation Hineingeborenen wie eine Familie verbunden sind, suggeriert Wärme und Sicherheit. Der Rückgriff in die Vergangenheit soll auch zeigen, dass das Territorium und die Homogenität, das Gefühl der Zusammengehörigkeit bereits vorhanden waren, geformt durch den monarchistischen Zentralstaat. Die Nennung der nichtungarischen Völker im Text bezweckt die Bejahung der Vielfalt im Staat und soll die Notwendigkeit eines einheitlichen Staates für das Überleben der Nation und der anderen Völker signalisieren. Damit werden die Vorstellung eines homogenen Ungartums bei gleichzeitiger Anerkennung einer Pluralität der Völker herbeigeschrieben. Dies wird noch verdeutlicht,

---

<sup>431</sup> Budapest, 16. November. In: Pester Lloyd ((Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 270 (17. 11. 1918) 1.

wenn es weiter in dem Artikel heißt: *„Zusammen sind wir etwas Starkes, Einheitliches, Lebensfähiges. Auseinandergebrochen haben sie wie wir verloren, nicht nur, was zur Größe und zur Stärke, auch was zum Leben gehört.“* Vielfalt und Einheit der Nation scheinen nicht im Gegensatz zueinander stehen. Man kann dies aber auch als Negation individueller Freiheit zugunsten kollektiver Macht verstehen. Identität steht hier gegen Identität. Allem Anschein nach sollte diese Botschaft ein Angebot auch an die deutschsprachige Bevölkerung Ungarns zum Verbleib im ungarischen Staatsverband sein, das ebenso für Teile der in Westungarn lebenden deutschen Bevölkerung galt und das für sie, trotz mancher Enttäuschungen in der Vergangenheit, verlockend gewesen sein konnte.

Über die Errichtung der Diktatur des Proletariats in Ungarn veröffentlichte der Pester Lloyd am 23. März 1919 einen Funkspruch des Volkskommissärs für Äußeres Belá Kun an Alle: *„Das gesamte ungarische Proletariat raliert sich mit einhelligem Entschlusse unter die Fahne der Diktatur des Proletariats, der sozialen Weltrevolution und wird den Kampf gegen den Imperialismus gemeinsam führen mit der Russischen Sowjetrepublik und allen jenen Proletariern, die erkannt haben, daß es keinen anderen Weg gibt, die Kräfte des internationalen Imperialismus zu besiegen und den Sozialismus zu verwirklichen[.]“*<sup>432</sup> Konstitutive Merkmale der ungarischen nationalen Identität sind im Räteregime der Kampf gegen den Imperialismus und die Verwirklichung des weltweiten Kommunismus. Feine sind alle, die sich gegen die Diktatur des Proletariats stellen.

Anlässlich der Übergabe der Friedensbedingungen an die ungarische Friedensdelegation am 16. Jänner 1920 schrieb der Pester Lloyd über die ungarischen Nation: *„Vom lebendigen Leibe Ungarns reißt er die wertvollsten Stücke ab, mehr als zwei Drittel des von der Natur zum Einheitsstaate geschaffenen Gebiets, auf dem das Königreich Ungarn seit tausend Jahren bestand, spricht er den Nachbarvölkern zu, und nur den kümmerlichen Rest [...] darf die Nation für sich behalten, die Jahrhunderte hindurch ein Schutzdeich des Westens und seiner Zivilisation gegen den Einbruch kulturfeindlicher Horden gewesen ist, und die an Bildung und Gesittung, an fruchtbarer Kraft zur Hervorbringung geistiger Werte die jetzt aus den Trümmern Ungarns so weit bedachten Völker weitaus überragt.“*<sup>433</sup> „Der Mythos des Uralten hat stets die Vorstellungen von Nation beglaubigt.“<sup>434</sup> Mythen spielen eine wichtige Funktion in gemeinschaftsbildenden Prozessen. In der Zeit der Romantik befassten sich immer breitere

---

<sup>432</sup> Funkspruch des Volkskommissärs für Äußeres Belá Kun an Alle! In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 66, Nr. 69 (23. 3. 1919) 1.

<sup>433</sup> Der Vernichtungsfriede. In: Pester Lloyd (Morgenblatt) Jg. 67, Nr. 15 (17. 1. 1920) 1.

<sup>434</sup> *Langewiesche*, Nation, Nationalismus, Nationalstaat, 10.

Kreise der Gesellschaft mit Fragen der nationalen Geschichte, insbesondere mit ihrer nationalen Abstammung. Die Romantiker zeichnete ein Sehnsuchtsgefühl aus, das bestrebt war, aus den zeitlichen und örtlichen Gegebenheiten in andere zeitliche und räumliche Dimensionen zu flüchten. Das zeitlich und räumlich Ferne wurde aufgewertet, die trostlose Gegenwart und der eigene Raum wurden mit Hilfe der Phantasie zurückgewiesen. Da die nationale Problematik im Mittelpunkt stand, traten Fragen der Abstammung der Nation ins Blickfeld der Wissenschaft und der kulturell-politischen Öffentlichkeit. Dieser Kontext war im Ungarn der Frühromantik besonders relevant, denn die Geschichte war ruhmreicher als die Realität des frühen 19. Jahrhunderts. Als Gegenpol entwarfen die ungarischen Literaten heldenhafte Geschichten, die Stereotypen schafften, welche die historische Selbstbetrachtung der ungarischen Gesellschaft entscheidend beeinflussten.<sup>435</sup> Der Erinnerungsschatz an eine tausendjährige Vergangenheit wird zum kollektiven Glauben und zur unangreifbaren Tatsache stilisiert. Er dient zur Beglaubigung der Vorstellung einer ungarischen Nation, in der die neuen Verhältnisse eine lange Vergangenheit in ihrer Nationalgeschichte haben und die sich von anderen klar unterscheidet. Es wird eine nationale Identität dargestellt, die durch Homogenität, Kontinuität und Einheit gekennzeichnet ist. Diese nationale Homogenität wird durch die Abtrennung von Teilen des Territoriums, „des von der Natur geschaffenen Gebiets“, zerstört. Der Nation wird dadurch Unrecht getan.

Der Autor zeichnet ein organisches Bild vom Staat, wenn er schreibt, man wolle „vom lebendigen Leibe Stücke abreißen“. Er macht sich damit die Vorstellungen der Romantiker zu eigen, die im Staat einen allumfassenden Organismus sahen, außerhalb dessen der Mensch nicht leben kann. Der Staat wird als höchster Zweck des Handelns, als Gehirn, gesehen. So wie die Entwicklung eines natürlichen Organismus nicht willkürlich gelenkt werden könne, dürfe der Staat nicht willkürlich umgestaltet werden. Diese Sicht ermöglicht die Rechtfertigung einer Politik der Beharrung, die im Vergangenen das schlechthin Bessere sieht und jeden Fortschritt ablehnt.<sup>436</sup> Der Autor und mit ihm die ungarische Gesellschaft sahen im Abtrennen von Gebietsteilen samt seiner Bevölkerung vom ursprünglichen Territorium eine Amputation, die den Staatsorganismus schwächt. Diese Rückwärtsgewandtheit bildet gleichzeitig auch eine verbindende Klammer zu den ungarischen Geschichtsmythen. Denn in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg machten sich die ungarischen Nationalisten auch die neuesten Errungenschaften

---

<sup>435</sup> Heiszler, Romantisierende Abstammungstheorien, 88-89.

<sup>436</sup> Dieter Grosser, Grundlagen und Struktur der Staatslehre Friedrich Julius Stahls (Köln 1963), 7.

romantisierender Elemente der nationalen Selbstdarstellung, den deutschen Biologismus und Rassismus, zunutze.<sup>437</sup>

Der Kampf um das nationale Territorium ist auch ein Kampf um nationale Homogenität. Eine Nation konstituiert sich über Selbst- und Gegenbilder. Hier sind als die Fremden – die äußeren Gegner der ungarischen Nation – die „Nachbarvölker“, die Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie gemeint. Die äußeren Feinde ermöglichen es, die Einheit zu konstruieren, indem ihre negativen Eigenschaften als Folie dienen, vor der die überlegenen Eigenschaften der eigenen Nation, ihre Wehrhaftigkeit und ihre behauptete überlegene Zivilisation, herausgestrichen werden können. Der Bezug auf die äußeren Feinde dient der Mobilisierung von Befreiungskräften gegen die fremde Herrschaft.

Was ist nun die ungarische Nation? In den generellen Antworten dazu reicht die Bandbreite vom Nationalstaat zum Staat über den Nationalitätenstaat. Stets wird die Notwendigkeit der Einheit des Staates beteuert. Kriterien, nach denen sich die historisch-ethnische Einheit bestimmen lässt, finden sich etwa im Hinweis auf die Kultur, worauf die Substantive „Bildung“ und „Gesittung“ schließen lassen. Eine genauere Bestimmung dazu erfolgt jedoch nicht. Der Verweis auf das „alte unverwüstliche Ungarn selbst“ suggeriert, dass etwas von früher überlebt hat. Ein Kriterium, das die „Vielfalt“ in Bezug auf die ungarische Geschichte näher bestimmen ließe, ist nicht zu finden. Die Einheit der ungarischen Nation wird bloß als eine Einheit der Vielfalt dargestellt. Problematisch ist dabei jedoch das Adjektiv „ungarisch“. Vielfalt im ungarischen Königreich bedeutete immer auch Vielfalt der nicht-ungarischen Minderheiten, die innerhalb seiner Grenzen lebten. Die Behauptung eines ungarischen Volkes schließt aber Minderheiten aus, macht sie sozusagen unsichtbar. Was Einheit ausmacht, bleibt hier unbestimmt, da objektive und subjektive Kriterien ausgeschlossen worden sind, welche die Nation bestimmen. Alle analysierten Artikel beziehen sich auf die Geschichte, um die Auffassung von Nation zu begründen. Zentrales Element in der Konstruktion der ungarischen Nation ist der Bezug auf die Geschichte. Neben der Konstruktion einer tausendjährigen Geschichte und dem Streben nach Einheit findet sich als wiederkehrendes Element der Hinweis auf die kulturelle Überlegenheit der eigenen Nation gegenüber anderen Nationen. Allen untersuchten Diskursen zur ungarischen Nation gemeinsam ist die Darstellung Ungarns als ein Opfer feindlicher ausländischer Mächte. Gegner sind die Sieger des Ersten Weltkrieges, im Besonderen aber die neu entstandenen Nachbarstaaten. Zu den Werten, auf die sich der Diskurs bezieht, gehören die Würde der Nation, die Liebe zum Vaterland und der Wille zum Kampf. Der Wille

---

<sup>437</sup> Heiszler, Romantisierende Abstammungstheorien, 94.

zur Einheit wird aus der Geschichtskonstruktion abgeleitet. Da die Geschichte den Willen der Ungarn zur Einheit zeigt, muss dieser Wille auch heute noch vorhanden sein. Da der behauptete einheitliche ungarische Nationalstaat auch andere als ungarische Volksgruppen einschloss, konnte dieser Widerspruch durch die Konstruktion einer tausendjährigen ungarischen Geschichte, deren Besonderheit darin besteht, Vielfalt und Einheit zu verschmelzen, gelöst werden.

Im den beiden erstgenannten Artikeln wurde die ungarische Nation dargestellt, ohne explizit ein Gegenüber, ein Anderes zu nennen. Im Gegensatz dazu werden im letzten Artikel die slawische und romanische Welt als Gegenwelten dargestellt. Damit wird die Definition dessen, was ungarisch ist, klar abgegrenzt. Darüber hinaus wird als inhaltliche Bestimmung des Ungarischen dessen Überlegenheit in kultureller und zivilisatorischer Hinsicht eingeräumt. Die Nation ist hier einerseits historisch definiert, im Unterschied zur slawischen und romanischen Welt bildet sie ein wesentliches Element Europas. Sie ist historisch-kulturell definiert, was sich aus der Entgegensetzung zu den beiden anderen genannten Welten ergibt. Diese Entgegensetzung bringt eine Sichtweise von den Anderen, der andererseits Bilder des Selbst, des Ungarischen, entsprechen. Damit ist gesagt, dass Nation nichts Statisches ist, das sich über die Veränderungen der Geschichte hinweg erhält oder eine Grundlage für staatliche Einheit bildet. Sie ist vergänglich und kann den Niedergang aller gesellschaftlichen Lebensbereiche bedeuten. Nation und nationale Identität sind nicht selbstverständlich, sie müssen politisch konstruiert werden.

Der ungarische Nationalismus mit seiner Ideologie des tausendjährigen Reiches der Stephanskronen, die die Eigenständigkeit zum obersten Gebot erklärt, ist nicht bloß politisch, sondern gleichsam religiös. Die Verteidigung der territorialen Einheit Ungarns gegen ausländische Mächte ist daher heilige Pflicht, die von den Vereinigungen zum Schutz der territorialen Integrität auch gefordert wird. Widerstreitende Interessen sind für sie verhandelbar, nicht aber Angelegenheiten, die als heilig gelten.

### **13.3 Zusammenfassung**

Aus der Überblicksdarstellung konnte die These abgeleitet werden, dass die Gewalteskalation in der westungarischen Frage, die beim ersten Übernahmeveruch Deutschwestungarns durch Österreich ihren Höhepunkt erreichte, das Resultat einerseits einer Verweigerung der Diskussion auf österreichischer Seite in der Gebietsfrage durch Beharren auf den Standpunkt der unterschiedenen Sache durch den Friedensvertrag und andererseits des Festhaltens Ungarns an der Forderung auf Wahrung der territorialen Einheit war. Ein Abrücken vom eigenen Standpunkt

wurde in Österreich als nationaler Verrat gesehen, in Ungarn als Verzicht auf ein zustehendes Recht. Je weniger Diskussionsbereitschaft Österreich in dieser Frage im Verlauf des Konflikts zeigte, desto aggressiver wurde die mediale Auseinandersetzung geführt. In gleichem Maße nahm die dadurch angestachelte Gewaltbereitschaft der ungarischen Nationalisten zu, die schließlich zum bewaffneten Widerstand gegen die Besetzung des Burgenlandes durch österreichische Gendarmerie führte.

Ausgangspunkt für die „westungarische Frage“ waren der nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg erfolgte Zusammenbruch der Habsburgermonarchie und die aus dieser Konkursmasse entstandenen Sukzessionsstaaten, die allesamt ihre existenzielle Berechtigung im Selbstbestimmungsrecht der Völker sahen. Problematisch in der westungarischen Frage war dabei jedoch die von den beiden betroffenen Nationen, (Deutsch)Österreich und Ungarn, je verschiedenen Auffassungen von Selbstbestimmung. Deutschösterreich stützte seinen Anspruch auf Deutschwestungarn auf das Nationalitätenprinzip und berief sich dabei auf die gemeinsame Abstammung, Sprache und Kultur mit der deutschsprachigen Bevölkerung Westungarns sowie auf wirtschaftliche Notwendigkeiten, die es rechtfertigten, dass ein Bevölkerungsteil der ungarischen Nation, die Deutschen Westungarns, und deren Territorium sich von der ungarischen (Fremd)Herrschaft lösen dürfe. Dies umso mehr, als von Teilen dieser Bevölkerung Anschlusswünsche an Österreich artikuliert wurden. Ungarn wiederum reklamierte die Zugehörigkeit Deutschwestungarns zur ungarischen Nation mit dem Argument einer tausendjährigen gemeinsamen Schicksalsgemeinschaft mit den Deutschen Westungarns, deren Heimat das historische Ungarn sei. Die Zugehörigkeit zur ungarischen Nation sei dabei nicht durch die Sprache bedingt, sondern durch das Heimatgefühl und durch den Willen zur Gemeinsamkeit. Forderungen und Gegenforderungen zwischen Österreich und Ungarn wurden wechselseitig mit dem Lippenbekenntnis der Selbstbestimmung gestellt. Diese Grundhaltung auf beiden Seiten bestimmte während der gesamten Dauer des Konflikts den Diskurs, selbst dann noch, als mit den Friedensverträgen von Saint-Germain und Trianon bereits ein Richterspruch in der westungarischen Angelegenheit gefällt worden war, der diesen Gebietsstreifen Österreich zuwies. Wurde bis zum Abschluss des Friedens von Saint Germain von Österreich eine Volksabstimmung über die Zugehörigkeit Westungarns gefordert, die vorerst Ungarn vehement ablehnte, erhob Ungarn danach die Forderung nach einem Plebiszit der westungarischen Bevölkerung, das nun von Österreich unter Hinweis auf die Haltung der Friedenskonferenz verneint wurde.

Die österreichische Presse verwendete in der Konstruktion der österreichischen Nation je nach Weltanschauung einen jeweils verschiedenen Ansatz. Dieses von den einzelnen Blättern gezeichnete Bild der nationalen Identität wird als Maßstab dafür herangezogen, wie eine Entscheidung der Deutschen Westungarns für oder gegen Österreich zu bewerten ist. Den österreichischen Interpretationen von Nation werden die Modelle einer Konstruktion der ungarischen nationalen Identität im Pester Lloyd gegenübergestellt.

Für die Reichspost als konservatives Blatt waren Grundelemente der nationalen Identität die deutsche Sprache, die Heimat und das Heimatgefühl. Dem durch den Untergang der Habsburgermonarchie erfolgten Systembruch im Staat, der die bisherige Legitimation durch Gott und Kaiser verwarf und sie nun dem Volk zubilligte, wurde mit Skepsis begegnet. Zur Überwindung dieses als krank empfundenen Zustandes des Staates sollte eine Rückbesinnung auf das Vorbild Altösterreich beitragen.

Die Arbeiter-Zeitung als links orientiertes Blatt konstruierte die nationale Identität mit der Ablehnung der monarchistischen Regierungsform und des Kapitalismus. Die Schuld am jetzigen Zustand des Staates wurde nicht Einzelnen, sondern dem bisherigen System gegeben. Angestrebt wurden nicht eine eigene deutschösterreichische Nation, sondern der Anschluss an Deutschland und als Fernziel die Überwindung des Kapitalismus durch Schaffung einer sozialistischen Weltordnung.

Die Neue Freie Presse als Vertreterin einer liberalen Haltung sah die nationale Identität durch die gemeinsame Sprache und die Opferrolle Österreichs, für die Andere, die neu entstandenen Nachfolgestaaten des Habsburgerreiches, die Schuld trugen, begründet. Aus dieser Opferrolle entspringe auch das Recht auf Selbstbestimmung.

Das Deutsche Volksblatt als im rechten Spektrum angesiedeltes Blatt verwendet zur Konstruktion des eigenen Selbst gleichfalls die deutsche Sprache und den Gegensatz zu den Anderen, den Nachbarstaaten, die es für die Ernährungskrise in Österreich verantwortlich machte.

Mit Ausnahme der Arbeiter-Zeitung spielt für die anderen Blätter das Volk für die Begründung der Nation eine zentrale Rolle. Allen gemeinsam für die Lösung der österreichischen Probleme ist der Wunsch nach einem Zusammenschluss Österreichs mit Deutschland, der allerdings im konservativen Lager am geringsten ausgeprägt war.

Der Pester Lloyd als Auskunftswort für die Darstellung der nationalen Identität Ungarns sah als dessen konstitutives Element die tausendjährige Geschichte Ungarns, während der alle in die Nation Hineingeborenen, daher auch fremde Nationalitäten, eine Familie bildeten. Danach

stellen Territorium und die Homogenität der Nation eine Einheit dar, die als schon immer vorhanden angenommen wurde. Die Bejahung der Vielfalt (der Nationen) in der Einheit sei für das Überleben des einheitlichen Staates notwendig. Die Zugehörigkeit zur Nation war somit nicht durch die Sprache bedingt, sondern durch das Heimatgefühl. Daraus lässt sich ableiten, dass sich die ungarische Nation aus mehreren Nationen zusammensetzte, die sich durch die Verwendung verschiedener Sprachen unterschieden. Damit wird eine gewisse „nationale Toleranz“ sichtbar. Allerdings hielten die ungarischen Aktivisten ihre eigene Volksgruppe für überlegen, ließen es aber zu, dass andere Völker ihr beitraten. Diese Konstruktion von nationaler ungarischer Identität wurde sowohl während der Volksrepublik Ungarn als auch nach dem Sturz der Räteregierung vertreten.

Eine andere Sicht der ungarischen Identität vermittelte das Räteregime. Konstitutive Merkmale der ungarischen Nation waren im Räteregime der Kampf gegen den Imperialismus und die Verwirklichung des weltweiten Kommunismus. Feinde waren alle, die sich gegen die Diktatur des Proletariats stellten.

Welche Zukunftsperspektiven ergeben sich unter der aufgezeigten Alternativen für die Deutschen Westungarns bei einer Integration in den neuen österreichischen Staat? Als positiver Aspekt einer Integration in die österreichische Nation kann die gemeinsame deutsche Sprache ins Treffen geführt werden, die selbst bei Verwirklichung eines Anschlusses Deutschösterreichs an Deutschland als Gewinn erhalten bliebe. Allerdings trifft dieser Vorteil für die anderssprachige Bevölkerung (v.a. Ungarn und Kroaten), die einen nicht zu vernachlässigenden Prozentanteil in Deutschwestungarn ausmachten, nicht zu. Zumindest für die ungarischsprechende Minderheit würde sich ihr bisheriger sprachlicher Vorteil ins Gegenteil verkehren.

Die ungarische Auffassung von Nation, ausgenommen jene während der kurzen Zeit des Räteregimes, berief sich auf die jahrhundertelange Vergangenheit in politischer und administrativer Gemeinsamkeit mit anderen Nationalitäten. Dies hätte in der Vergangenheit auch den Deutschen Westungarns materielle und geistige Kultur sowie Wohlstand gebracht. Der Erinnerung der westungarischen Bevölkerung an vergangene stabile und deshalb vermeintlich bessere Zeiten in sozialer Sicherheit stand bei einer Vereinigung mit Deutschösterreich die Ungewissheit der Zukunft gegenüber. Das Verlassen der bisherigen Heimat konnte Angst vor Bindungs- und Beziehungslosigkeit sowie existenzieller Einsamkeit erzeugen und konnte ein Argument gegen einen Anschluss an Österreich sein.

Es kann davon ausgegangen werden, dass sich auch die Landbevölkerung Deutschwestungarns nach stabilen und einheitlichen Verhältnissen sehnte. Verunsicherungen wie eine Erosion der Gemeinschaft oder die Gefährdung von Wohlstand und Sicherheit waren für die Einschätzung der Vor- oder Nachteile sicher essentiell. Was die politischen Verhältnisse in Österreich und in Ungarn während der Zeit der ungelösten westungarischen Frage betrifft, war für die deutschwestungarische Bevölkerung eine Bewertung ihrer politischen Vorteile problematisch. Die politische Situation während der gesamten Dauer dieses Konflikts war sowohl in Österreich als auch in Ungarn labil und wechselhaft. In Ungarn ermöglichte dieser Umstand sogar eine kurz andauernde Machtübernahme durch eine Räteregierung. Nach Überwindung des Räteregimes und der Bildung von christlich-nationalistischen Regierungen wurde von diesen nach den eigenen Erfahrungen mit dem Räteregime immer wieder das Gespenst einer drohenden bolschewistischen Machtübernahme in Österreich als Abschreckung der Deutschen Westungarns vor Anschlussbestrebungen bemüht. Ein möglicher politischer Umbruch in Österreich, der in eine kommunistische Schreckensherrschaft münden konnte, wie sie Ungarn bereits erlebte hatte, war für die deutschwestungarische Bevölkerung sicher kein Anreiz für einen Anschluss. Diese Befürchtungen bestanden bis zum tatsächlich durchgeführten Anschluss nicht ganz zu Unrecht, denn diesbezügliche Bestrebungen in Österreich von kommunistischer Seite gab es. Die Furcht davor wurde durch ein weiteres Ereignis im Juni 1920 nicht geringer. Denn der von der internationalen Gewerkschaftskommission verhängte Boykott über Ungarn, dem sich auch die Arbeiterschaft Österreichs anschloss, brachte große Teile der westungarischen Bevölkerung gegen die österreichische sozialdemokratisch geführte Regierung auf und trübte noch weiter die Aussichten auf einen freiwilligen Anschluss Deutschwestungarns an Österreich.

Was die politische Partizipation der Deutschen Westungarns im ungarischen Staatsgefüge anbelangt, wurde ihnen zwar eine weitgehende Autonomie zugesichert, die allerdings während des gesamten westungarischen Konflikts nicht verwirklicht wurde. Dieses Manko mag für viele Deutsche Westungarns den Wunsch einer Loslösung vom ungarischen Staatsverband verstärkt haben. Allerdings war die politische Stellung des Burgenlandes bei einem Zusammenschluss mit Österreich bis zur Verabschiedung des österreichischen Verfassungsgesetzes über die Stellung des Burgenlandes im Bundesstaat im Jänner 1921 unklar. Erst ab diesem Zeitpunkt wurde seine Stellung als selbständiges und gleichberechtigtes Land im Bund festgeschrieben und damit ein starkes positives Signal für die deutschwestungarische Bevölkerung für einen Anschluss gesetzt.

Negativ sind die ökonomischen Gegebenheiten in Österreich, wie der Verfall der österreichischen Valuta, die katastrophale Wirtschaftslage und die verheerende Ernährungssituation einzuschätzen. Sie sprachen gegen ein gesteigertes Vereinigungsstreben Deutsch-Westungarns mit Österreich. Auf ökonomischem Gebiet überwogen die Vorteile klar für einen Verbleib Deutsch-Westungarns im ungarischen Staatsverband. Wohl blieb auch in Ungarn die Wirtschaftsleistung im Vergleich zum Vorkriegsniveau im Hintertreffen, doch war Ungarn in der landwirtschaftlichen Produktion Österreich weitaus überlegen und konnte seine Bevölkerung ohne nennenswerte Hilfe aus dem Ausland ernähren. Österreich wiederum war in der Ernährungsfrage nicht autark und daher auf Lebensmittellieferungen aus dem Ausland angewiesen. Zwar könnten bei einer Vereinigung mit Österreich die bis zum Kriegsbeginn bereits vorhandenen intensiven Handelsbeziehungen zwischen Deutschwestungarn und Wien mit landwirtschaftlichen Produkten ohne Zollschranken wieder aufgenommen und damit die Lebensmittelnot in Wien etwas gelindert werden. Allerdings wäre dann der Handel in Richtung Osten, also nach Ungarn, durch eine in der Diskussion bereits angedrohte ungarische Grenzsperrverwehrt. Ob dieser Nachteil des Verlustes des ungarischen Hinterlandes den Vorteil der ungehinderten Handelsbeziehungen mit Wien aufwiegen hätte können, muss bezweifelt werden. Die von Karl W. Deutsch vertretenen Ansicht, größere Sprach- und Kultureinheitlichkeit bedeute eine größere gegenseitige Austauschfähigkeit, ist in ihrer Allgemeinheit in diesem Fall entgegenzuhalten, dass der Verbleib bei Ungarn in wirtschaftlicher Hinsicht für Deutschwestungarn wesentlich mehr Vorteile offerierte, die wohl den sprachlichen Vorteil einer Vereinigung mit Österreich übertrafen. Die wirtschaftlichen Gegebenheiten sprachen daher eher für einen Verbleib Deutschwestungarns bei Ungarn als für einen Anschluss an Österreich.

Die Berichte über Bilder von Anderen in den untersuchten Medien zeigen diese im Gegensatz zur eigenen Nation meist negativ, definieren sie über ihre Nationalität, stellen sie als Bedrohung dar, die aggressives Handeln gegen sie legitimiert und schildern sie in Begriffen mit abwertendem Klang. Die Sukzessionsstaaten der Habsburgermonarchie werden gleichwohl in den österreichischen Zeitungen als im ungarischen Blatt explizit als Gefährdungspotential wahrgenommen und für die inneren und äußeren Probleme verantwortlich gemacht. Beide Staaten sehen sich durch die Abtrennung großer Teile ihrer Territorien und den damit verbundenen Bevölkerungsverlust als Opfer, das durch die Zuteilung an die Nachfolgestaaten in ihrer Existenz gefährdet ist. Aus diesem Opferdiskurs ergibt sich die Notwendigkeit zum Handeln. Sowohl Österreich als auch Ungarn erhoben deswegen bei den Friedensverhandlungen die Forderung auf Rückgabe ihrer Gebiete.

In beiden Nationen besteht Konsens darüber, dass die ihnen aufgebürdeten Verluste an Territorium und Bevölkerung für die Nation zu groß sind, um sie hinzunehmen. Nachdem Österreich im Friedensvertrag Deutschwestungarn zugesprochen erhält, zeigt sich eine weitgehende Resignation hinsichtlich der übrigen territorialen Verluste. Ungarn hingegen will die ihm auferlegten Abtretungen keinesfalls hinnehmen, insbesondere mit dem Zuspruch Deutschwestungarns an Österreich durch die Friedenskonferenz scheint eine Schmerzgrenze überschritten zu sein, außerhalb der es keine andere Lösung als eine Gegenreaktion, die schlussendlich zu gewalttätigen Kampfhandlungen führen musste, geben konnte. Ein Diskussionsstrang richtet sich dabei gegen die Entente und die Nachfolgestaaten, ein weiterer direkt gegen Österreich. Die ungarischen Debatten enthielten stets die Forderung und Hoffnung auf Rückgabe der verlorenen Gebiete bzw. gegenüber Österreich zum Verzicht auf Deutschwestungarn.

Vergleicht man die zentralen Begriffe im Diskurs über Nation und über Andere, fällt auf, dass sie in einem Gegensatz zueinander stehen. Wenn über die Nation gesprochen wird, geht es um Kultur, Freiheit oder Demokratie. Begriffe wie Unterdrückung, Ausbeutung oder Herrschaft werden dabei nicht angesprochen. Konflikte gibt es nur mit den Anderen, den unbotmäßigen Nachbarn, aber nicht bei der Frage, was die Nation ausmacht. Im Zusammenhang mit den Anderen werden Konfliktpotentiale wie Besetzung, Verwüstung, Vergewaltigung u.ä. benannt. Sie werden als Probleme zwischen außen und innen artikuliert. Es sind die Anderen, die nicht ins Land gehören und die Unheil verursachen. Die Anderen sind der Katalysator, sie stellen eine Bedrohung dar, sie sind eine Last. Bei den Anderen lässt sich „Unbehagen“ abladen, sie sind nicht Teil der gewohnten Gemeinschaft und überhaupt an allem schuld. Damit wird eine Sündenbockstrategie verfolgt, mit der es leichter fällt, Probleme bestimmten Gruppen zuzuschreiben, als deren systemische Ursachen zu erkennen und zu beseitigen.

Der Diskurs in der westungarischen Frage, wie er in den analysierten Zeitungen dargestellt wurde, zeigt deutliche Veränderungen während des Betrachtungszeitraumes. Die Veränderungen in den Aussagen hingen einerseits von der je aktuellen politischen Konstellation in Österreich bzw. Ungarn ab und andererseits von der ideologischen Ausrichtung der jeweiligen Zeitung. Auslösende Ereignisse für die Veränderungen des Diskurses waren die Bekanntgabe des Inhalts der Friedensverträge von Saint-Germain und von Trianon sowie deren Durchführung.

Während des Bestehens der Volksrepublik Ungarn bis zur Übernahme der Regierungsgewalt durch das Räteregime im März 1919 gab es in den insgesamt 74 ausgewerteten Artikeln keine nennenswerten Auffassungsunterschiede in der Berichterstattung zu Westungarn, sei es in den österreichischen Zeitungen oder im ungarischen Blatt. Sowohl dem Inhalt nach als auch in der

Wortwahl gab es keine großen Gegensätze, wohl auch deswegen, weil das westungarische Problem in diesem Zeitraum noch nicht die Schwelle einer direkten Konfrontation zwischen den beiden Staaten erreicht hatte.

Das sollte sich bereits während der kurzen Dauer der ungarischen Räterepublik ändern. Nicht nur nahm die Berichterstattung an Intensität zu – in diesem Zeitraum erschienen 167 Artikel zum Thema –, auch der Diskurs selbst wurde immer heftiger und teilweise gehässig geführt. Vor allem die innenpolitische Situation in Ungarn, soweit sie auch Westungarn betraf, war für die österreichischen Blätter Anlass für heftige verbale Angriffe, die von einem „Schreckensregiment“ oder von „Schandtaten“ schrieben. Der ideologische Gegensatz machte sich nun auch in der Wortwahl stark bemerkbar. Lediglich die Arbeiter-Zeitung hielt sich, wohl aus verwandten ideologischen Gründen mit dem Räteregime, mit schärferen Attacken zurück. Der Pester Lloyd als Organ der Räteregierung verteidigte deren Handlungen, bezeichnete die Meldungen der Wiener Zeitungen als „Lügenmeldungen“, und griff die österreichischen Blätter in der westungarischen Frage seinerseits scharf an. Besonders heftig fielen die Anfeindungen von ungarischer Seite nach Bekanntwerden der endgültigen Friedensbedingungen für Österreich aus, wofür Worte wie „kapitalistische Räuber“, „unersättliche Gier“ oder „Kampf bis zum Äußersten“ verwendet wurden.

Die in Ungarn nach dem Sturz der Räteregierung im August 1919 an die Macht gekommenen nationalistischen Regierungen setzten in der Folge alles daran, um das deutschsprachige Westungarn dem ungarischen Staatsverband zu erhalten. Die in diese Richtung gehenden Bemühungen der ungarischen Regierungen und die der ungarischen Zivilgesellschaft waren das Schwungrad für die nun einsetzende weitere Steigerung der Berichterstattung. Während des doch sehr langen Zeitraumes von mehr als zwei Jahren bis zur Erledigung der westungarischen Frage erschienen in den bearbeiteten Zeitungen insgesamt 1.928 Beiträge zu dieser Thematik. Nicht nur die Anzahl der Berichte, sondern auch die Heftigkeit der gegenseitigen verbalen Attacken nahm zu. Besonders die sozialdemokratische Arbeiter-Zeitung sah in den christlich-nationalen ungarischen Regierungen ihren bevorzugten Feind und sparte gegen ihn nicht mit deftigen Worten wie „Betyaren“, „ehrlöse Gesellen“, „Mörderbanden“ u.ä. Aber auch die Reichspost, die diesen Regierungen ideologisch nahe stand, distanzierte sich verbal immer mehr von deren Handlungen in Westungarn. Auch die Neue Freie Presse verurteilte Gräueltaten an der westungarischen Bevölkerung mit griffigen Worten. Und das Deutsche Volksblatt als Sprachrohr der westungarischen Vereine in Wien geißelte immer wieder das

ungarische Vorgehen in Westungarn. Auf ungarischer Seite wurden deshalb die österreichische Regierung und die Wiener Blätter zum Feindbild stilisiert. Der Pester Lloyd vertrat, nicht zuletzt aus Gründen der Zensur in Ungarn, die Regierungslinie und griff seinerseits die Wiener Zeitungen verbal heftig an. Am heftigsten wurden die gegenseitigen Anfeindungen während des ersten Versuches einer Inbesitznahme Deutschwestungarns durch die österreichische Gendarmerie Ende August 1921. Die österreichische Presse schrieb von ungarischem „Verrat“, von „Mörderbanden“, von „Blut fließen“, wobei federführend wieder die Arbeiter-Zeitung war, hingegen verteidigte der Pester Lloyd den ungarischen Widerstand als verständliche Reaktion auf eine „unmoralische Annexion“ Westungarns durch Österreich. Er nannte die Österreicher „verräterische Nachbarn“ und bezichtigte sie eines „ekelhaften Zynismus“. Nach der gescheiterten Übernahme nahm der Diskurs weiter an Heftigkeit zu, die gegenseitigen Schuldzuweisungen ließen auf beiden Seiten jede Zurückhaltung vermissen. Selbst während der späteren geglückten Übernahme hielten die Kampagnen an.

Den Schluss- und Höhepunkt bildeten dann die nach dem Venediger Abkommen im Dezember 1921 in Ödenburg durchgeführte Volksabstimmung und deren negativer Ausgang für Österreich, der in den Wiener Blättern als „Komödie“, „Skandal“ oder „Betrug“ bezeichnet wurde und dem „Einschüchterung“ und „Willkür“ durch die ungarische Seite unterstellt wurde. Der Pester Lloyd wieder schrieb kurz vor der Abstimmung von „Stimmenkauf“ durch österreichische Agitatoren und unlauteren Mitteln bei der Wahlwerbung.

Bemerkenswert ist die Beobachtung, dass der westungarische Konflikt auf einer rechtlichen Fehlinterpretation der Friedensverträge durch die beiden Konfliktparteien beruhte, die erst mit einer Note des Botschafterrates vom 7. Jänner 1921<sup>438</sup> erkennbar wurde. Zwischen den beiden Parteien, Ungarn und Österreich, bestand nämlich in der westungarischen Frage keine unmittelbare völkerrechtliche Beziehung, denn ihre Rechte und Pflichten aus diesen Verträgen hingen nicht unmittelbar zusammen. Der eine Kontrahent, Österreich, erwarb zwar auf Grund des Friedensvertrages von Saint-Germain ein Recht auf die westungarischen Gebiete, dem stand allerdings noch keine Verpflichtung Ungarns zur Übergabe der Gebiete gegenüber, denn die Verpflichtung zur Verschaffung des Territorium und dessen Übergabe an Österreich oblag den verbündeten Siegermächten. Erst mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages von Trianon entstand für Ungarn die Verpflichtung zur Übergabe der fraglichen Gebiete, der das Recht der alliierten Mächte zur Übernahme gegenüberstand. Übernahmsberechtigt war somit

---

<sup>438</sup> Die Note der Botschafterkonferenz wegen der Uebergabe Westungarns. In: Neue Freie Presse (Abendblatt) Jg. 1921, Nr. 20244 (7. 1. 1921) 1.

vorerst nicht Österreich, sondern die Alliierten, was bedeutete, dass die Vollstreckung der maßgebenden territorialen Bestimmungen einzig und allein einem Akt zwischen der Entente und Ungarn vorbehalten war. Erst nach erfolgter Übernahme Westungarns durch die alliierten Mächte war dieses Gebiet vertragsgemäß an Österreich zu übergeben. Unter diesen Voraussetzungen hätten die zwischen Ungarn und Österreich geführten Auseinandersetzungen eigentlich zwischen der Entente und Ungarn stattfinden müssen. Man könnte daher von einem irrtümlich geführten Diskurs zwischen Ungarn und Österreich in der westungarischen Frage sprechen.

## 14. Literatur- und Quellenverzeichnis

Benedict *Anderson*, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts (Frankfurt/Main 1998)

László Levente *Balogh*, Trianon – Stationen und Statuen des Schmerzes. In: Harald *Gröller*/, Harald *Heppner* (Hg.), Die Pariser Vororte-Verträge im Spiegel der Öffentlichkeit (Wien 2013) 53-69

Richard und Maria *Bamberger*, Ernst *Bruckmüller*, Karl *Gutkas* (Hg.), Österreich Lexikon in zwei Bänden (Wien 1995)

Karl *Bömer*, Handbuch der Weltpresse. Eine Darstellung des Zeitungswesens aller Länder (Berlin 1931)

Karl *Bosl* (Hg.), Versailles – St. Germain – Trianon: Umbruch in Europa vor fünfzig Jahren (München/Wien 1971)

Ernst *Bruckmüller*, Zur Problematik kollektiver Identitätsstiftung innerhalb der Donaumonarchie. In: Pierre *Béhar*, Eva *Philippoff* (Hg.), Von der Doppelmonarchie zur Europäischen Union. Österreichs Vermächtnis und Erbe (Hildesheim 2011) 17-44

Ernst *Bruckmüller*, Nation Österreich. Sozialhistorische Aspekte ihrer Entwicklung (Wien/Köln/Graz 1984)

Ernst *Bruckmüller*, Die Entwicklung des Österreichbewusstseins, 1-2. <http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/bruckmueller.pdf>,

Ernst *Bruckmüller*, Das neue Österreich. Die Ausstellung zum Staatsvertragsjubiläum 1955-2005. In: Günter *Dürriegl*, Österreichische Galerie Belvedere (Wien 2005)

Johann *Burger*, Gertraud *Diendorfer* (Hg.), Wir und die anderen: zur Konstruktion von Nation und Identität (Wien 1992)

Felix *Czeike*, Das Burgenland: Land der Störche und der Burgen. Kultur, Landschaft und Geschichte zwischen Ostalpen und Pußta (Köln 1988)

Karl W. *Deutsch*, Nationalism and social communication: an inquiry into the foundations of nationality (Cambridge 1967)

Karl W. *Deutsch*, Nationenbildung – Nationalstaat – Integration (Düsseldorf 1972)

Franz X. *Eder*, Historische Diskurse und ihre Analyse – eine Einleitung. In: Franz X. *Eder* (Hg.), Historische Diskursanalysen. Genealogie, Theorie, Anwendungen (Wiesbaden 2006) 9-27

Petronilla *Ehrenpreis*, Die „reichsweite“ Presse in der Habsburgermonarchie. In: Helmut *Rumpler*/Peter *Urbanitsch* (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918. Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft, Bd. VIII, 2. Teilband (Wien 2006)

Carsten *Ensbach*, Nation und Nationalität im Werk von Karl Renner und Otto Bauer. In: Endre *Kiss*, Justin *Stagl* (Hg.), Nation und Nationenbildung in Österreich-Ungarn, 1848-1938: Prinzipien und Methoden (Wien 2006) 73-85

August *Ernst*, Geschichte des Burgenlandes (München 1991)

Fritz *Fellner*, Die Pariser Vororteverträge von 1919/20. In: Karl *Bosl* (Hg.), Versailles – St. Germain – Trianon: Umbruch in Europa vor fünfzig Jahren (München/Wien 1971) 7-23

Jörg *Fisch*, Das Selbstbestimmungsrecht – Opium für die Völker. In: Erich *Reiter* (Hg.), Grenzen des Selbstbestimmungsrechts. Die Neuordnung Europas und das Selbstbestimmungsrecht der Völker (Graz 1996) 11-33

Jörg *Fisch*, Das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Domestizierung einer Illusion (München 2010)

Gabriel *Foco*, Der verlorene Friede nach dem gewonnenen Krieg. Kritik an den Pariser Vororteverträgen 1919 – 1920 aus ungarischer Sicht (Wien 2005)

Michel *Foucault*, Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften (Frankfurt am Main 1971)

Michel *Foucault*, Archäologie des Wissens (Frankfurt am Main 1988)

Ernest *Gellner*, Nationalismus und Moderne (Berlin 1991)

Friedrich *Gottas*, Nähe und Abgrenzung. Multiethnische Beziehungen im Ungarn der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Burgenländische Forschungen, Sonderband XXII (Eisenstadt 1999) 174-185

Friedrich *Gottas*, Vereine, Verbände und Parteien bei den Nationalitäten der Länder der ungarischen Krone. Vereine, Parteien und Interessenverbände der ungarländischen Deutschen. In: Helmut *Rumpler*, Peter *Urbanitsch* (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918. Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft, Bd. VIII, 1. Teilband (Wien 2006) 1205-1241

Harald *Gröller*, Harald *Heppner* (Hg.), Die Pariser Vororteverträge im Spiegel der Öffentlichkeit (Wien 2013)

Dieter *Grosser*, Grundlagen und Struktur der Staatslehre Friedrich Julius Stahls (Köln 1963)

Hans *Haas*, Österreich und die Alliierten 1918-1919. In: Isabella *Ackerl*/Rudolf *Neck* (Hg.), Saint Germain 1919. Protokoll des Symposiums am 29. und 30. Mai 1979 in Wien (Wien 1989) 11-40

Péter *Hanák*, Ungarn im Auflösungsprozess der österreichisch-ungarischen Monarchie. Grundlagen und Folgen. In: Karl *Bosl* (Hg.), Versailles – St. Germain – Trianon: Umbruch in Europa vor fünfzig Jahren (München/Wien 1971) 37-48

Ernst *Hanisch*, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (Österreichische Geschichte 1890 – 1990, hg. v. Herwig *Wolfram*, Wien 1994)

Peter *Haslinger*, Der ungarische Revisionismus und das Burgenland: 1922 – 1932 (Frankfurt am Main 1993)

Charlotte *Heidrich*, Burgenländische Politik in der Ersten Republik. Deutschnationale Parteien und Verbände im Burgenland vom Zerfall der Habsburgermonarchie bis zum Beginn des autoritären Regimes (1918-1938) (Wien 1982)

Hans-Joachim *Heintze*, Selbstbestimmungsrecht und Minderheiten. In: Erich *Reiter* (Hg.), Grenzen des Selbstbestimmungsrechts. Die Neuordnung Europas und das Selbstbestimmungsrecht der Völker (Graz 1996) 61-85

Vilmós *Heiszler*, Romantisierende Abstammungstheorien als Elemente des Nation-building in Ungarn. In: Endre *Kiss*, Justin *Stagl* (Hg.), Nation und Nationenbildung in Österreich-Ungarn, 1848-1938: Prinzipien und Methoden (Wien 2006) 87-96

Martin *Hobek*, Der Rest ist Österreich!: zum Vertrag von Saint-Germain-en-Laye 1919 (Wien 1999)

Martin *Hobek*, Geschichte der Ungarndeutschen (Wien 1997)

Eric J. *Hobsbawm*, Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780 (Frankfurt/Main<sup>3</sup> 2005)

Pieter M. *Judson*, Guardians of the Nation. Activists on the Language Frontiers of Imperial Austria (Cambridge 2006)

Pieter M. *Judson*, Habsburg. Geschichte eines Imperiums 1740 – 1918 (München 2017)

Robert A. *Kann*, Geschichte des Habsburgerreiches 1526 – 1918 (Wien/Köln/Graz 1982)

Ian *Kershaw*, Höllensturz. Europa 1914 bis 1949 (München 2017)

Endre *Kiss*, Nation und Nationenbildung in Österreich-Ungarn, 1848 – 1938: Prinzipien und Methoden (Wien 2006)

Endre *Kiss*, Nation und Nationalismus in wissenschaftlichen Standardwerken Österreich-Ungarns, ca. 1867 – 1918 (Wien 1997)

Aniko *Kovacs-Bertrand*, Der ungarische Revisionismus nach dem Ersten Weltkrieg: der publizistische Kampf gegen den Friedensvertrag von Trianon (1918 – 1931) (Oldenbourg 1997)

Rolf-Ulrich *Kunze*. Nation und Nationalismus (Darmstadt 2005)

Achim *Landwehr*, Historische Diskursanalyse (Frankfurt am Main 2009)

Dieter *Langewiesche*, Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa (München 2000)

Paul *Lendvai*, Die Ungarn. Ein Jahrtausend Sieger in Niederlagen (München 1999)

Wolfgang *Maderthaner*, Die österreichische Revolution. In: Helmut *Konrad* (Hg.), 1918 – 2018. Die Anfänge der Republik Österreich im internationalen Kontext (Wien 2018) 19-22  
[https://www.hdgoe.at/items/uploads/module\\_pdf/1541603479\\_VhoxfY0OoSZd.pdf](https://www.hdgoe.at/items/uploads/module_pdf/1541603479_VhoxfY0OoSZd.pdf)

Magyar Revizios Liga, Tatsachen: [Vertragsdokument des Völkerbundes; betrifft die Grenzfestsetzungen zu Ungunsten Ungarns nach dem Friedensvertrag von Trianon] (Budapest 1930)

Adam *Markus*, Die Geschichte des ungarischen Nationalismus (Frankfurt am Main 2013)

Margareta *Mommsen* (Hg.), Nationalismus in Osteuropa. Gefährliche Wege in die Demokratie (München 1992)

Robert *Musil*, Der Mann ohne Eigenschaften (Reinbek bei Hamburg 1998)

- Kurt *Paupié*, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte 1848 – 1959, Bd. I: Wien (Wien 1960)
- Nora *Räthzel*, Gegenbilder: Nationale Identitäten durch Konstruktion des Anderen (Opladen 1997)
- Christian *Ratz*, Zwischen Idylle und Radikalisierung: Die politische Kultur im Burgenland von 1927 bis 1938 (Diplomarbeit Universität Wien 2009)
- Manfried *Rauchensteiner*, Der „Rest“. In: Helmut Konrad (Hg.), 1918 – 2018. Die Anfänge der Republik Österreich im internationalen Kontext (Wien 2018) 11-14
- Ernest *Renan*, Was ist eine Nation? und andere politische Schriften (Wien 1995)
- Helmut *Rumpler*, Peter *Urbanitsch* (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918. Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft, Bd. VIII, 1. Teilband (Wien 2006)
- Roman *Sandgruber*, Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart (Österreichische Geschichte, hg. v. Herwig *Wolfram*, Wien 1995)
- Gerald *Schlag*, Burgenland. Geschichte, Kultur und Wirtschaft in Biographien (Eisenstadt 1991)
- Gerald *Schlag*, Aus Trümmern geboren ...Burgenland 1918 – 1921 (Eisenstadt 2001)
- Georg E. *Schmid*, Selbstbestimmung 1919. Anmerkungen zur historischen Dimension und Relevanz eines politischen Schlagwortes. In: Karl *Bosl* (Hg.), Versailles – St. Germain – Trianon: Umbruch in Europa vor fünfzig Jahren München/Wien 1971) 127-142
- Wulf *Schmidt-Wulffen*, Das Burgenland und die deutsche Politik 1918-1921. In: Österreichische Osthefte 11 (1969) 207-287
- Ingomar *Senz*, Die nationale Bewegung der ungarländischen Deutschen vor dem Ersten Weltkrieg: eine Entwicklung im Spannungsfeld zwischen Alldeutschtum und ungarischer Innenpolitik (München 1977)
- Kathrin *Sitzler*, Ungarn: Im Spannungsfeld von Demokratie und Geschichte. In: Margareta *Mommsen* (Hg.), Nationalismus in Osteuropa. Gefährvolle Wege in die Demokratie (München 1992) 96-117
- Arnold *Suppan*, Identitäten und Stereotypen in multiethnischen europäischen Regionen. In: Valeria *Heuberger* et al. (Hg.), Das Bild vom Anderen. Identitäten, Mentalitäten, Mythen und Stereotypen in multiethnischen europäischen Regionen (Frankfurt am Main 1998) 9-20
- Josef *Tiefenbach*, Historischer Atlas Burgenland (Eisenstadt 2011)
- Karl *Vocelka*, Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik (Graz 2000)
- Wilhelm *Wagner*, Bildatlas zur Zeitgeschichte Österreichs: 1918 – 1938 (Wien 2007)

Rudolf *Walther*, „Nationale“ Selbstbestimmung: Der Stimmungsmacher im Schlachthaus. In: Giuseppe *Orsi* et al. (Hg.), Rechtsphilosophische Hefte. Beiträge zur Rechtswissenschaft, Philosophie und Politik, Bd. III, Nation, Nationalstaat, Nationalismus (Frankfurt am Main 1994) 69-75

R. *Winterstetten*, Heizenland: deutsches Neuland im Osten (Wien/Leipzig 1919)

## 15. Abstract

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit der medialen Darstellung der Ereignisse um den Anschluss des Burgenlandes an Österreich im Zeitraum November 1918 bis Ende Dezember 1921 in den österreichischen Tageszeitungen „Reichspost“, „Arbeiter-Zeitung“, „Deutsches Volksblatt“ und „Neue Freie Presse“ sowie in der deutschsprachigen Budapester Tageszeitung „Pester Lloyd“. Aus den Ausgaben dieser Zeitungen wurden Beiträge ausgewählt, die über die „westungarische Frage“ – so wurde der Konflikt um das Burgenland in diesen Blättern überwiegend bezeichnet – im gewählten Zeitraum berichteten. Nach einer ausführlichen systematischen und chronologischen Darstellung der in den Zeitungen berichteten Vorkommnisse wurde eine Untersuchung ausgewählter Texte durchgeführt, wobei besonderes Augenmerk sowohl auf Aussagen als auch auf sprachliche und stilistische Mittel gelegt wurde. Die Arbeit zeigt, dass der Diskurs mit Fortdauer des Konflikts sowohl auf österreichischer als auch auf ungarischer Seite an Heftigkeit zunahm, was sich vor allem in der Wortwahl und den gegenseitigen Anschuldigungen bemerkbar machte. In der Analyse der Texte lag der Fokus auf prägenden Begriffen wie „nationale Identität“, „Autonomie“, „Selbstbestimmungsrecht“ sowie „Nation und Andere“. Dabei zeigte sich besonders im Diskurs über Nation und nationale Identität eine Tendenz in allen untersuchten Artikeln, den anderen Nationen ein konstruiertes „Selbst“ gegenüberzustellen, wobei als Abgrenzungsmechanismen die Zuschreibung spezifischer negativer Eigenschaften der anderen Nation auf der einen Seite und positiver Eigenschaften der eigenen Nation auf der anderen Seite hervorstachen. Vor allem die Sukzessionsstaaten der Habsburgermonarchie werden gleichwohl im österreichischen als auch im ungarischen Diskurs explizit als Gefährdungspotential wahrgenommen und für die inneren und äußeren Probleme verantwortlich gemacht. Beide Staaten sehen sich durch die Abtrennung großer Teile ihrer Territorien und den damit verbundenen Bevölkerungsverlust als Opfer, das durch die Zuteilung an die Nachfolgestaaten in ihrer Existenz gefährdet ist. Aus diesem Opferdiskurs ergibt sich die Notwendigkeit zum Handeln. Besonders der ungarischen Argumentation kann die These einer moralischen Überlegenheit der eigenen Nation gegenüber den Anderen unterstellt werden. Es herrscht nämlich eine Asymmetrie in der Zuschreibung von Motiven, wobei die eigenen vermeintlich auf Recht und Gerechtigkeit beruhen, die der Anderen auf Habgier und Unterdrückung. Dieser Moralismus erhebt den Anspruch, das Gewissen für alle zu sein, um sich des eigenen Gewissens, der Selbstkritik, zu entledigen. Auf Grund dieser starken Prägung des ungarischen Diskurses schien es nicht möglich, andere Sichtweisen in die Diskussion einzubringen.